

Eine gegen alle
Karoline Preisler von der
FDP geht auf Demos,
deren Ziele sie nicht teilt
50–51

Die Pille für freie Liebe
Ein Antibiotikum schützt
vor Geschlechtskrankheiten.
Was heißt das für unser Sexleben?
25–27



Zu kritisch für Hamas
Hamza Howidy floh aus Gaza
nach Europa. Hamas-Fans wollen
ihn zum Schweigen bringen
3

4 193489 604909
€ 5,40 Ausland, € 4,90 Deutschland
Ausgabe Nr. 88
www.taz.de

wochen

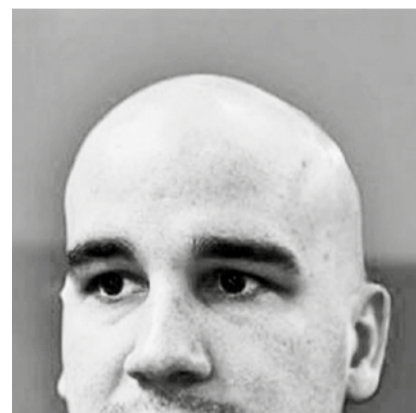
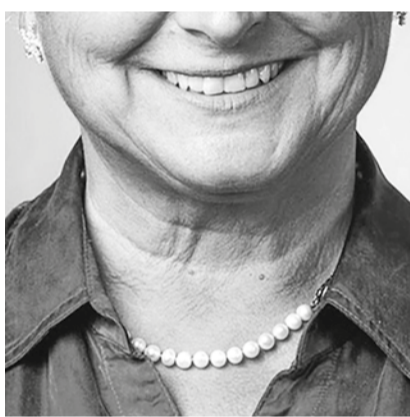
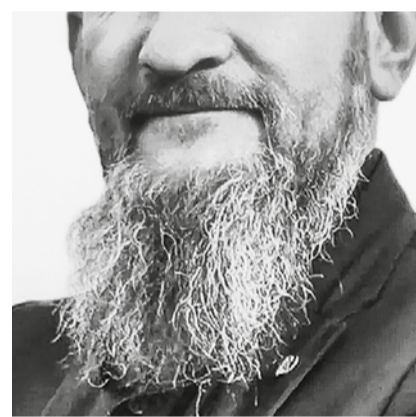
taz

13. – 19. 7. 2024



Deutschland. Aber brutal

Die AfD könnte im Herbst bei drei Landtagswahlen stärkste Partei werden. Wer sind die Menschen, die auf ihrer Wahlliste ganz oben stehen? Ein Kandidatencheck
4–6



Die wochentaz hat Hintergründe zu 150 AfD-Kandidat:innen recherchiert Fotos: picture alliance, imago, privat

5 dinge, die wir gelernt haben

1 Ein Regenbogen reicht nicht
Die Berliner CDU möchte dem U-Bahnhof Nollendorfplatz den Zusatz „Regenbogenkiez“ verpassen. Aber bitte missverstehen Sie das nicht als Bekenntnis zu alternativen Lebensentwürfen: Es gibt nur zwei Geschlechter, ließ CDU-Mann Timur Husein vor Kurzem unwidersprochen verlauten. Auch ist Parteichef Kai Wegner nach wie vor ein Konzept gegen Hasskriminalität schuldig. Sonst müsse er auf seine traditionelle Eröffnungsrede beim Christopher Street Day verzichten, so die Veranstalter. Zumindest soll sich sein Büro nach langem Schweigen nun kurz vor Fristende beim CSD gemeldet haben, sagte Vorstand Marcel Voges der wochentaz. Doch noch Party für Kai? Na, eigentlich muss er ja sparen.

2 Aufmerksamkeit kostet Geld
Anders Mukesh Ambani, reichster Mann Asiens. Der lässt für die Hochzeit seines Sohns Anant an diesem Wochenende mehr als 130 Mil-

lionen Euro springen. Der Großteil geht wohl für die Gagen berühmter Stars drauf: Justin Bieber, Adele, Rihanna, Andrea Bocelli – aber auch die Luxuskreuzfahrt unter dem Motto „Das Leben ist eine Reise“ dürfte einiges kosten. Weltweite Aufmerksamkeit? Unbezahlbar.

3 Roboter beherrschen die Welt
Es gibt auch ein Zuviel an Aufmerksamkeit: US-Präsident Joe Biden etwa wird derzeit auf Schritt und Tritt beobachtet, seit er beim TV-Duell gegen Trump ein paar mentale Aussetzer hatte. Zuletzt verwechselte er Ukraines Premier mit Putin und nannte seine Vizepräsidentin Trump. Ist das noch Senilität – oder hat eine kremlnahe Botfabrik Joes Gehirn gehackt?

4 SPD löst Grüne ab
Sie glauben, die Grünen sind Spaßbremsen? Think again. Denn Karl Lauterbach, Kämpfer gegen Salz, Zucker, Grillfleisch und lebensbe-

drohliche Viren, ist SPDler. Nun will der Gesundheitsminister 14-jährigen sogar den Alkohol verbieten, obwohl die unter Aufsicht Erwachsener bislang noch saufen dürfen. Rechte wittern schon die Gesundheitsdiktatur.

5 Bären sind die neuen Wölfe
Das politische Potenzial von Wildtieren ist bekannt: Von Wölfen bis hin zu als Wildschweine getarnten Löwen war vergangenes Jahr alles dabei. Sommerlochtier 2024 ist jedoch der Braubär. In der Slowakei mischt er im Wahlkampf mit, in Rumänien sorgt er für Angst – nun will auch Bayern von ihm profitieren. Eine Allgäuer Landrätin fordert eine Bärenwehr mit robustem Mandat – obwohl sich seit Bruno 2006 kein Bär mehr hier hergetraut hat. Aber man weiß ja, wie schnell so was gehen kann. Plötzlich stehen Tausende vor den Toren Berlins. Und dann muss auch der Kanzler dem Druck nachgeben: und Bären endlich in großem Stil abknallen. (sny)

„Die Linke versagt“

Die Philosophin Lea Ypi postuliert einen moralischen Sozialismus. Was das heißt und wie wir dort hinkommen, erzählt sie im Interview
29–31



Foto: Jens Gyarmaty

der leitartikel

Um Abschreckung zu garantieren, braucht es die US-Langstreckenraketen in Deutschland

Von Tanja Tricarico

Es gibt Vereinbarungen, die wirken wie ein Fußtritt, der in die Realität katapultiert. So auch die Ankündigung, dass die USA ab 2026 wieder weitreichende Waffen in Deutschland stationieren wollen. Die viel beschworene echte Zeitenwende materialisiert sich – und zwar konkret in US-amerikanischen Tomahawk-Marschflugkörpern, die bis nach Moskau fliegen können – von Deutschland aus. Seit dem Ende des Kalten Kriegs hat es das nicht gegeben.

Die Vereinbarung zwischen Deutschland und den USA ist Teil einer sichtbar werdenden weltweiten Aufrüstung, ausgelöst durch die russische Invasion in der Ukraine im Februar 2022. Eindrücklich konnte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg als einer seiner letzten Amtshandlungen Rekordwerte bei den Verteidigungsausgaben der Mitglieder vermelden.

Erfüllt wird die Nato-Quote von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 23 Staaten. Tendenz steigend. Von einer Eskalationsspirale

ist die Rede, von Aufrüstungsmanie und dem gefährlichen Spiel mit dem Feuer. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius spricht gar von einer „effektiven Abschreckung“. Es sind keine schönen Erinnerungen an die 1980er Jahre. Ein Grund zu feiern ist die Umsetzung der Zeitenwende sicher nicht.

In der bitteren Debatte um den Fokus auf Kriegsgerät, geht häufig aber unter, mit wem die Weltgemeinschaft es zu tun hat. Der russische Präsident Wladimir Putin hat nur einen Tag vor dem Nato-Gipfel in Washington seine brutale Entschlossenheit gezeigt. Der Angriff auf eine Kinderklinik in Kyjiw ist erneut eine Zäsur, in diesem verfahrenen Krieg. Mehr als 30 Menschen starben landesweit bei den Bombardements.

Bomben auf die Zivilbevölkerung, auf öffentliche Plätze, auf Kritische Infrastruktur, auf Bahnhöfe, Theater und Einkaufszentren sind seit Beginn der Invasion Teil der russischen Kriegsführung, kombiniert mit Cyberangriffen, Sabotage und Spionage. Behörden werden lahmgelegt, Desinformationskam-

pagnen gestartet, Energieversorger gestört.

Für Empörung und Entsetzen sorgte zuletzt die Nachricht, dass die russische Regierung offenbar ein Attentat auf den Chef des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall plante. All das zeigt, dass es bei der russischen Invasion in der

Es sind keine schönen Erinnerungen an die 1980er Jahre. Ein Grund zu feiern ist die Umsetzung der Zeitenwende nicht

Ukraine nicht um einen territorialen Konflikt geht, sondern um einen Krieg gegen den „gesamten kollektiven Westen“, in dem die Ukraine von Moskau lediglich als Vorposten beschrieben wird. Die ukrainischen Streitkräfte bitten aus reinem Selbstverteidigungstrieb ihre Unterstützer, um Erlaubnis verstärkt russisches Territorium anzugrei-

fen. Schließlich fehlt es schlicht an Luftabwehr.

Sind damit jegliche Bemühungen um einen Frieden in der Ukraine passé? Russland kündigte als Reaktion auf die künftige Stationierung der Marschflugkörper militärische Maßnahmen an. Truppenübungen, Manöver oder die Verlegung von schlagkräftigen Bomben etwa an die Grenzen zu Finnland, zu den baltischen Staaten oder in Belarus sind eine Machtdemonstration, die seit Monaten in unterschiedlicher Intensität anhält. Unmissverständlich auch die Ansage Moskaus, an einem Folgetreffen nach der Friedenskonferenz in der Schweiz im Juni nicht teilnehmen zu wollen. All dies zeigt, dass keine Bereitschaft für Verhandlungen auf Augenhöhe und ohne Bedingungen besteht.

Wahr ist aber auch, dass für die Bundesregierung diplomatische Initiativen derzeit offenbar keine Priorität haben. Die aktuellen Haushaltsverhandlungen zeigen, dass Bundesentwicklungsministerium und Außenamt – also Ministerien, in deren Bereich solche Ini-

tiativen fallen würden – derzeit um ihre Budgets kämpfen müssen. Zu Lasten des Wehretats. Dabei liegt es im Aufgabenprofil dieser Ressorts, über Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit Gesprächskanäle offenzuhalten. Insbesondere mit Staaten im Globalen Süden, die auch unter den Folgen der russischen Invasion zu leiden haben. Sie gilt es zu stärken und für die Verbündeten und für den Weg zum Frieden zu gewinnen.

Die Nato strotzt vor Stärke wie seit Langem nicht mehr. Trotz politischer Instabilität in etlichen Mitgliedsländern und der Unwägbarkeit, ob Donald Trump wieder ins Weiße Haus einzieht. Von einer „hirntoten“ Nato, wie sie einst Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nannte, ist keine Rede mehr. Der Krieg in der Ukraine war und ist ein Booster für eine Institution, die sich wieder gezwungen sieht, auf Frieden durch Abschreckung mit militärischen Mitteln zu setzen. Im Umgang mit dem Aggressor Putin gibt es derzeit keinen anderen Weg.

politik 11

Tanja Tricarico ist im Auslandsressort der taz zuständig für EU, Nato und UN.

Illustration: Robert Samuel Hanson

politik + meinung

gaza Hamza Howidy hat in Gaza gegen die Hamas protestiert. Der Pro-Palästina-Bewegung wirft er Verherrlichung der Islamisten vor 3

thema der woche

rechtsextrem Wer sind die Rechten, die in die Parlamente von Thüringen, Sachsen und Brandenburg einziehen wollen? Wir haben die Hintergründe von mehr als 150 AfD-Kandidat:innen recherchiert und zeigen eine Auswahl 4–6

kolumne die eine frage Peter Unfried über den Konflikt zwischen Liberalen und Illiberalen 7

anschlagspläne Russland wollte angeblich den Chef von Rheinmetall ermorden 7

bild der woche Der Fotograf Thomas Höpker ist gestorben 7

★ klimapolitik Die Eigentümergeinschaft unseres Autors ist wohlhabend – ihr Haus viel wert. Aber einige können die Energiesanierung nicht bezahlen 8–9



die erklärung Schärfere Sanktionen beim Bürgergeld: Menschen, die Arbeit verweigern, sollen in 1-Euro-Jobs. Was bringt die neue Härte? 10

der check Kann Frankreich Deutschland den Strom abstellen? 10

nato-jubiläum Joe Biden ballt die Faust und in Deutschland werden neue Langstreckenraketen stationiert 11

ostwahlen Die Schriftstellerin Manja Präkels über Streit und Liebe im brandenburgischen Rheinsberg 12

kolumne stadtgespräch Michael Braun über Roms privilegierte Taxifahrer 12

das politische buch Jörg Später hat ein Buch über die intellektuellen Erben Adornos geschrieben 13

kolumne martini shot Tania Martini über antijüdische Ressentiments in der französischen Linken 13

kolumne fernsicht Shi Ming über die angekratzte Freundschaft zwischen Xi und Putin 14

kommentar Bernd Pickert über Joe Biden 14

kommentar Sabine am Orde über Annalena Baerbock 14

der rote faden Durch die Woche mit Johanna Treblin 14–15

essay Jan Feddersen über das Verhältnis von Links-Grünen zu Flucht und Migration 15

talk der woche Der Fokus auf Jean-Luc Mélenchon ist künstlich aufgebauscht 16

kolumne geraschel Doris Akrap fand das Türkeispiel gegen Holland „çok güzel“ 16

zukunft

die gute nachricht Immer mehr Menschen in Deutschland tragen einen Fahrradhelm 17

kolumne änder studies Maurice Conrad über den CSD in Sonneberg, der der wichtigste Tag des Jahres sein könnte 17

★ vor gericht Im Interview spricht Umweltjurist Hermann Ott über Klimaklagen und Ökozid. Vier Beispiele zeigen, welche Wirkung solche Klagen haben können 18–19

doppelblind KI-Chatbots erfinden manchmal Fakten. Eine Studie zeigt, warum das keine Halluzination ist, sondern Bullshit 20

zurück in die zukunft Über eine Zukunftsvision für Tennis in atemberaubenden Höhen 20

medizin Gewebe aus dem 3D-Drucker verspricht die schnelle Heilung von Knochenbrüchen – ein Ortsbesuch 21



Foto: BellaSeno

gesellschaft

kreisch! Taylor Swift kommt endlich nach Deutschland 23

die kinderfrage Warum haben Babys keine Haare? 24

starke gefühle Angerufen werden ist ja schön und gut – aber bitte vorher kurze Nachricht! 24

comic El Bebbe Grande 24

pillenkick Neue Medikamente machen Hoffnung auf reuelosen, ungeschützten Sex, vor allem in der schwulen Szene 25–27

genuss Ein Rundgang auf einer französischen Schneckenfarm 28

das gespräch Lea Ypi über ihre Idee „vom moralischen Sozialismus“ 29

★ ortsbesuch Warum einer Berliner Tagesstelle für wohnungslose Frauen die Schließung droht 32

Deutsches Theater Johannes Kopp unterwegs in Fußballland 34

Euro taz Die Uefa ist der allmächtige Ausrichter der EM und doch arg gesichtslos 34

Euro taz Zwei Ausstellungen in Berlin beschäftigen sich mit Fußball in der NS-Zeit 35

medien Wer braucht schon Google, wenn er ChatGPT nutzen kann? 37

kolumne der wochenendkrimi Italienisches Mantel-und-Degen-Spektakel aus der Zeit Garibaldi's 38

kultur

pluralismus Journalist Franklin Foer im Gespräch zu den tieferen Auswirkungen der antijüdischen Proteste in den USA 39

aufbruch Drei empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher, die sich besonders gut zum Vorlesen in der Urlaubszeit eignen 40

★ ausstellung Das Berliner Humboldt Forum widmet sich dem Punk in der DDR. Es spielt die legendäre Band Planlos 41

kolumne böse musik Detlef Diederichsen fragt sich, ob man Namen berühmter Bands eigentlich vererben darf 42

kino In seinem neuen Film „Crossing“ porträtiert Levan Akin die LGBTQ-Szene von Istanbul. Ein Interview mit dem Regisseur 42



Foto: Mubi

literatur Daphne Palasi Andreades erzählt in „Brown Girls“ vom Aufwachen nicht weißer Mädchen in Queens 43

roman Flucht, Liebe und alteingesessene Solinger Familien: „Stadt der Klingen“ von Najem Wali 43

die wahrheit Vor dem Finale der Fußball-EM wird in Berlins beliebtestem queeren Friseurladen die Weltlage erörtert 44

stadtland

momentaufnahmen Tretboot in Not, Männer, die nicht warten wollen, und ein Schockmoment mit Haaren 45

kolumne zu verschenken Katrin Seddig über Penisse 46

die ortsbegehung Im Gedenken unterwegs in der Stauffenbergstraße in Hamburg 46

bonjour glamour Gelsenkirchen wartet auf Taylor Swift 47

★ vielfalt Lust aufs große Wasser? Von Hamburg aus geht es gleich an zwei Meere 48–49

interview Karoline Preisler über Auseinandersetzungen bei Demonstrationen 50–51

bildkolumne Florian Sulzer schaut in einen Waschsalon 52

großbraumdisco Der experimentelle Kick in Monheim am Rhein 52

ortsgespräch Cannabis und die Berliner CDU 52

außerdem

briefe 22
wiese 36
touché 44

KONTEXT: WOCHENZEITUNG

Wieso ist Melis Sekmen aus Mannheim von den Grünen zur CDU übergelaufen?

★ Die Ressorts empfehlen

„Wir wollten die Hamas stürzen“



„Wir wollen leben“, steht auf dem Schild. Junge Palästinenser demonstrieren im Sommer 2023 in Chan Junis im Süden des Gazastreifens für bessere Lebensbedingungen
Foto: ap

Hamza Howidy hat in Gaza gegen die Hamas protestiert. Der internationalen Pro-Palästina-Bewegung wirft er Verherrlichung der Hamas-Herrschaft vor

Interview **Konstantin Nowotny**

Hamza Howidy ist 26 und wurde in Gaza geboren. Er studierte an der Islamischen Universität in Gaza. Erstmals nahm er 2019 an Protesten teil, die sich gegen schlechte Lebensbedingungen im Gazastreifen und die Herrschaft der Hamas richteten. Nachdem er 2023 nach weiteren Protesten verhaftet wurde, verließ er seinen Geburtsort. Wegen seiner Kritik an der Hamas wurde er mehrfach angegriffen und bedroht. Derzeit befindet er sich in einer Geflüchtetenunterkunft in Deutschland.

wochentaz: Herr Howidy, 2019 haben Sie an den „We want to live“-Protesten im Gazastreifen teilgenommen. Worum ging es bei diesen Protesten?

Hamza Howidy: Ich sollte 2019 mein Studium abschließen, also habe ich meine Zukunft zu planen begonnen und mich für Jobs beworben. Aber die wirtschaftlichen Bedingungen waren wirklich schlecht, und die Hamas verfolgte eine Politik, die nur Hamas-Mitglieder im öffentlichen Dienst vorsah, nicht Leute wie mich – ganz zu schweigen von der massiven Korruption. Die Menschen wollten die Hamas stürzen, aber wir waren nicht mutig genug, das öffentlich zu sagen, also versteckten wir uns hinter dem Slogan „Wir wollen leben“. Wir forderten angemessene Lebensbedingungen, mehr Arbeitsplätze – und Wahlen. Denn Wahlen gab es in Palästina nur ein einziges Mal, im Jahr 2006. Wir gingen auf die Straße, aber nach 20, 30 Minuten wurden wir von Hamas-Milizen angegriffen. Ich wurde von einem Hamas-Mann direkt neben mir festgehalten, der undercover unterwegs war. Wir wurden verhaftet und nach Dschabalia im nördlichen Gazastreifen gebracht. Ich war drei Wochen dort und wurde gefoltert, meine Familie konnte das Bestechungsgeld zahlen. Wer das Geld nicht hatte, blieb monatelang dort.

Haben Sie Solidarität erfahren?

Als wir freikamen, waren wir schockiert, weil niemand unsere Freilassung gefordert hatte. Wir hatten nicht erwartet, dass Menschenrechtsorganisationen, die Palästinensische Autonomiebehörde oder die arabischen Länder uns so im Stich lassen würden. Deshalb warteten wir viele Jahre, bis wir im Juni 2023 erneut protestierten.

Kurz bevor Israel infolge des Angriffs der Hamas am 7. Oktober in

den Gazastreifen einrückte, haben Sie Gaza verlassen. Warum?

Ich hatte die Hoffnung verloren. Nachdem ich zum zweiten Mal an den „We want to live“-Demonstrationen teilgenommen hatte, wurde ich erneut verhaftet und gefoltert. Es gab wieder keinerlei Medienberichterstattung oder gar einen Aufruf zur Freilassung. Also bewarb ich mich um ein türkisches Visum, verließ Gaza durch den Übergang in Rafah nach Ägypten, kam dann von Ägypten in die Türkei, von der Türkei mit einem Flüchtlingsschiff nach Griechenland und von Griechenland nach Deutschland.

Haben Sie Kontakt zu Freunden und Familienangehörigen, die noch in Gaza sind? Wie ist ihre Situation?

Ja, ich spreche ein- bis zweimal pro Woche mit ihnen. Die Situation dort lässt sich nicht mit Worten beschreiben. Sie leiden unter dem Mangel an Nahrung und Wasser, unter dem ständigen Bombardement, unter der Vertreibung. Ihre Häuser, Schulen, Krankenhäuser, alles ist zerstört. Sie schlafen buchstäblich in Zelten auf der Straße. Es ist schrecklich.

Wie denkt die Öffentlichkeit in Gaza heute über die Hamas?

Vor dem Krieg haben die Menschen zwischen der Hamas als politischer Bewegung und der Hamas als Widerstandsbewegung unterschieden. Als politische Bewegung mochte in Gaza niemand die Hamas, weil sie ständig versagt hat und die Menschen darüber total verärgert waren. Aber was das Narrativ des Widerstands angeht, haben die Menschen leider daran geglaubt. Sie glaubten, dass die Hamas sie vor dem „großen Feind“, oder wie auch immer sie es nennen, beschützt. Das war das Szenario vor dem 7. Oktober. In der Zwischenzeit haben die Leute verstanden, wie die Hamas die Palästinenser manipuliert und benutzt, sei es als menschlicher Schutzschild oder zur Finanzierung ihrer Bankkonten. Mittlerweile haben sogar Hamas-Offizielle öffentlich eingestanden dass mindestens 50 Prozent der Bevölkerung im Gazastreifen die Hamas nicht will. Zwischen nehme ich an, dass die Mehrheit die Hamas nicht will.

Ist es aktuell möglich, in Gaza gegen die Hamas zu protestieren?

Einige haben es versucht. Sie haben vor dem Haus von Jahia Sinwar [ranghöchster Anführer der Hamas in Gaza; Anm. d. Red.] protestiert, sie haben im

Norden protestiert. Aber jedes Mal reagiert die Hamas auf dieselbe Art und Weise: Sie schießen. Ich persönlich würde nicht versuchen zu protestieren, wenn ich damit rechnen muss, dass auf mich geschossen wird. Ohne Schutz, und den gibt es nicht, rechne ich leider nicht mit Protest.

Wie hat sich in Gaza die Haltung zu Israel entwickelt?

Als die israelische Regierung gewählt wurde, hieß es, es sei die am weitesten rechts stehende israelische Regierung, die es je gegeben habe. Als wir dann die Reaktion Israels auf die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober sahen, waren wir entsetzt. Wir waren Militäroperationen gewöhnt, wir hatten mindestens alle zwei oder drei Jahre eine. Da

„Inzwischen haben die Leute in Gaza verstanden, wie die Hamas die Palästinenser manipuliert und benutzt“

beschränkte sich die Reaktion der israelischen Armee auf die Einrichtungen der Hamas und ihre Mitglieder. Aber in diesem Krieg war die Reaktion massiv, und ich persönlich glaube nicht, dass die Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) die richtigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen haben, um die Zahl der zivilen Opfer zu minimieren.

Ist es so, dass viele Menschen in Gaza glauben, Israel gehe aktiv gegen die Zivilbevölkerung vor?

Die Menschen im Gazastreifen glauben, dass Israel sie irgendwie nach Ägypten drängen will, dass sie den Gazastreifen verlassen sollen. Diese Angst ist nachvollziehbar, weil die Palästinenser seit ihrer Vertreibung im Jahr 1948 mit einem Trauma leben.

Im Mai haben Sie alle Ihre Beiträge auf der Plattform X gelöscht. Sie schrieben, dass Ihre „Wut auf die Hamas“ Sie „blind gemacht“ habe, „für viele Verbrechen, die an meinem Volk begangen wurden und nicht zu rechtfertigen sind“. Was war der Auslöser?

Ich war entsetzt, denn viele meiner Freunde, von denen ich sicher weiß, dass sie nicht in militärische Aktivität

ten verwickelt sind, von denen ich sicher weiß, dass sie Zivilisten sind, habe ich einen nach dem anderen sterben sehen. Ich hatte das Gefühl, sie zu veraten, wenn ich nichts dazu sage. Auf der anderen Seite wurde ich, um ehrlich zu sein, von einigen meiner Landsleute angegriffen und war mit einer Verleumdungskampagne gegen mich und meine Familie konfrontiert.

Verstehen Sie, wenn Palästinenser*innen oder propalästinensische Aktivist*innen sich weigern, über die Hamas zu sprechen, weil sie meinen, dass die Brutalität Israels viel schlimmer sei?

Eigentlich bin ich nicht hier, um Israel zu verteidigen, aber wenn die Protestierenden sagen, dass Israel schlimmere Verbrechen begeht als die Hamas, sollten sie sich die Frage stellen: Was wäre, wenn die Hamas über die militärischen Kapazitäten der IDF verfügen würde? Ich glaube, es wäre ein Albtraum für alle. Ich denke, dass die Aktivist*innen Angst haben, als Alibi benutzt zu werden, um zu rechtfertigen, was mit den Zivilist*innen in Gaza und im Westjordanland geschieht. Andererseits zeigen die Menschen gerne mit dem Finger auf Israel und machen es für alles verantwortlich. Das ist nicht nur auf den Nahen Osten oder die arabische Welt beschränkt, sondern geschieht auch im Westen. Also ja, Israel verdient einige Kritik und trägt einige Schuld; aber nein, nicht die alleinige.

Was halten Sie von den propalästinensischen Protesten, die in westlichen Ländern stattfinden? Glauben Sie, dass ein Boykott Israels helfen kann, diesen Krieg zu beenden?

Ich bin kein Fan von Boykotten. Wenn wir alles boykottieren, werden wir keine Einigung zwischen den Palästinensern und den Israelis erreichen, stattdessen wird der Konflikt noch schwieriger zu lösen sein. Wir hätten die Linke in Israel unterstützen können, aber das haben wir nicht getan. Zu den Protesten generell: Ich habe schon mehrfach erwähnt, dass ich die Proteste, die zur Versöhnung und zum Frieden zwischen den Palästinensern und den Israelis aufrufen, die die sofortige Freilassung der Geiseln und einen Waffenstillstand fordern, unterstütze. Aber wenn sich diese Proteste hinter der palästinensischen Sache verstecken und Antisemitismus äußern oder bestimmte Terrorregime wie die Hamas oder die Hisbol-

lah verherrlichen, dann ist es meiner Meinung nach besser, wenn wir darauf verzichten.

Sind Sie mit dem deutschen Diskurs zu diesem Thema in Berührung gekommen?

Ich habe mich daran nicht beteiligt. Aber er gleicht dem, was an den US-Universitäten und in anderen westlichen Ländern zu hören ist. Leider ist der Diskurs oft einseitig und fordert nur einen Waffenstillstand, den ich persönlich zwar befürworte, aber diese Verengung auf den Waffenstillstand verschließt die Augen vor dem, was Hamas-Vertreter immer wieder sagen: dass es, selbst wenn es jetzt einen Waffenstillstand gäbe, nur eine Frage der Zeit wäre, bis sie einen neuen Krieg beginnen würden. Ich glaube, dass die Forderung nach einem Waffenstillstand allein, ohne Entwaffnung der Hamas, ohne Sturz der Hamas, ohne sofortige Freilassung der Geiseln, niemandem etwas bringt, weder Palästinensern noch Israelis.

Wie sehen Sie die Aussichten für die Palästinenser im Westjordanland angesichts der jüngsten Militäroperationen der IDF dort?

Ich habe die Nachrichten verfolgt und bin schockiert, dass die israelische Regierung die Siedlungen im Westjordanland ausbaut und in alle Städte eindringt, die sie eigentlich nicht betreten darf. Wenn die derzeitige israelische Regierung nicht ersetzt wird, wird im Westjordanland etwas passieren. Man kann nicht erwarten, dass die Menschen dortatenlos zusehen, wie die israelische Armee jeden Tag kommt, wie die Siedlungen expandieren und die Gewalt der Siedler zunimmt.

Würden Sie nach Gaza zurückkehren, wenn es Frieden gäbe?

Sofort, ja. Ich mag Deutschland, aber der Sommer hier ist nichts für mich.



Foto: privat

Hamza Howidy, 26, stammt aus Gaza. Als Studierender war er Teil der Protestbewegung gegen die Herrschaft der Hamas.

Wer zur Wahl steht

Bei den Landtagswahlen im Herbst gelten Zugewinne für die AfD als sicher. Doch wer sind die Rechten, die in die Parlamente von Thüringen, Sachsen und Brandenburg einziehen wollen? Wir haben die Hintergründe von mehr als 150 AfD-Kandidat:innen recherchiert und zeigen eine Auswahl

Von **Jean-Philipp Baeck, Anne Fromm, Malene Gürgen, Gareth Joswig und Konrad Litschko**

Thüringen

Das kleine Bundesland ist für die völkisch-nationalistische Strömung der AfD ein Rückzugsraum, in dem sie extrem rechte Forderungen und Konzepte erprobt und die Radikalisierung der Gesamtpartei maßgeblich vorangetrieben hat. 2015 gründete Björn Höcke, der bei der Wahl am 1. September als Spitzenkandidat antritt, hier mit der Erfurter Resolution den völkischen Flügel.

Laut Verfassungsschutz ist die AfD in Thüringen klar rechtsextrem. Björn Höcke wurde wiederholt wegen SA-Parolen („Alles für Deutschland“) verurteilt. Zuletzt forderte er Säuberungen in der Justiz und sprach bei einer Rede davon, dass man in Deutschland auch gut mit 20 bis 30 Prozent weniger Menschen leben könne. Das Thüringer Wahlprogramm trägt den Titel „Alles für Thüringen“ – eine revisionistische Anlehnung an die Losung der SA.

Die meisten Politiker auf der Wahlliste sitzen entweder schon im Landtag oder sind Mitarbeiter der Partei. Die Nominierung der Kandidat:innen hatte im Vorfeld in einigen Wahlkreisen zu Streit geführt. In Westthüringen etwa lehnte der Landesvorstand um Björn Höcke zwei Direktkandidaten ab, die von der dortigen Parteibasis korrekt gewählt wurden. Der Landesvorstand wollte Neuwahlen durchsetzen, die beiden Kandidaten zogen dagegen erfolgreich vor Gericht. Das half ihnen allerdings nicht: Der Vorstand verweigerte eine notwendige Unterschrift, die AfD tritt in den Wahlkreisen nun ohne Direktkandidaten an. Aus der Partei kommt dazu heftige Kritik. Der Wartburger Bundestagsabgeordnete Klaus Stöber wirft Höcke öffentlich vor, „unliebsame Mitglieder mit Stasimethoden zu verunglimpfen“. Dafür droht Stöber jetzt der Parteiausschluss.

Für Felix Steiner, Sprecher der Mobilen Beratung in Thüringen, sind Geschichten wie diese ein Hinweis darauf, wie hierarchisch der Landesverband geführt wird. „Offensichtlich wird versucht, alles unter Kontrolle zu halten, damit es keine Skandale nach außen gibt. Auch bei der Auswahl der Kandidaten“, sagt Steiner. Die AfD Thüringen sei der „Vorreiter der Professionalisierung von Radikalität“.



Torsten Czuppon Foto: privat

Der Ermittler in eigener Sache

Bereits seit 2019 sitzt **Torsten Czuppon** im Erfurter Landtag. Vor seiner Abgeordnetenkarriere war er Polizist, unter anderem als Gruppenführer der Thüringer Wasserwerferstaffel. Nachdem er rechtsextreme und geschichtsrevisionistische Beiträge in sozialen Medien geteilt und mehrfach T-Shirts der rechtsextremen Kleidungsmarke Thor Steinar getragen haben soll, wurde er in den Streifendienst versetzt.

Einer dieser Vorfälle sorgte für einen langen Rechtsstreit, der gerade erst zu Ende gegangen ist: Auf einem Seminar der KZ-Gedenkstätte Buchenwald zum

Thema „Geschichtsrevisionismus und Holocaustleugnung“ soll Czuppon 2017 im Thor-Steinar-Shirt teilgenommen haben. Als die Polizei ein Disziplinarverfahren einleitete, erstattete er Anzeige gegen zwei Zeugen und bearbeitete die Anzeigen auch noch selbst. Das Amtsgericht Erfurt verurteilte ihn im Juli 2022 zu einer hohen Geldstrafe: 150 Tagessätze, insgesamt 30.000 Euro wegen der Verfolgung Unschuldiger. Im Juni 2024 lehnte das Thüringer Oberlandesgericht die Revision ab, das Urteil ist damit rechtskräftig. Das Disziplinarverfahren wird nun wieder aufgenommen und kann für Czuppon mit der Entfernung aus dem Dienst enden.

Die Social-Media-Aktivistin

Wiebke Muhsal kandidiert auf Platz 3 der Landesliste, zudem ist sie Direktkandidatin für den Wahlkreis Saale-Holzland-Kreis II. Dort kandidiert auch der CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt. Von 2014 bis 2019 saß Muhsal schon einmal für die AfD im Thüringer Landtag. Ihre Abgeordnetenkarriere startete sie mit einem Betrug: Sie



Wiebke Muhsal Foto: privat

hatte den Arbeitsvertrag einer ehemaligen Mitarbeiterin in ihrem Wahlkreisbüro in Jena um zwei Monate vordatiert und bekam so zu Unrecht Geld aus dem Landtag. Ein Erfurter Gericht verurteilte sie zu 80 Tagessätzen à 100 Euro.

In den sozialen Medien ist sie so erfolgreich wie niemand sonst bei der Thüringer AfD. Bei Tiktok und Instagram kommentiert sie regelmäßig politische Debatten und erzählt aus ihrem Alltag. Besonders engagiert ist sie in der Familien- und Bildungspolitik. Sie selbst hat Jura studiert und ist Mutter von fünf Kindern. Das nutzt sie auch für ihre politischen Botschaften: „Für mich ist die AfD die Partei für Frauen!“, schreibt sie auf Instagram, und „Echte Frauen braucht das Land.“



Torben Braga Foto: privat

Der Burschenschaftler

Als Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion ist **Torben Braga** Björn Höckes rechte Hand im Parlament. Zudem ist er Mitglied der Marburger Burschenschaft Germania, die Verbindungen zur rechtsextremen Szene hat. Vertreter der sogenannten Neuen Rechten haben bei der

Burschenschaft Vorträge gehalten, darunter Mitglieder des mittlerweile aufgelösten Instituts für Staatspolitik (IfS). Braga war außerdem Sprecher des Verbands Deutsche Burschenschaft, der auch rechtsextreme Burschenschaften umfasst.

Den Kontakt zur Thüringer Neonaziszene scheut Braga nicht: 2015 traf er sich mit der rechtsextremen Bürgerinitiative Wir lieben Meinungen zur „Vernetzung“, wie die Gruppe später auf Facebook schrieb. Im vergangenen Sommer zählte Braga zu den 15 Gästen des Berliner Ex-Finanzsenators Peter Kurth (ehemals CDU), der für ein Sommerfest prominente Köpfe der rechten und rechtsextremen Szene auf seiner Dachterrasse versammelt hatte.

Der Büroleiter

Robert Teske ist Björn Höckes Büroleiter und bei fast allen Terminen fest an der Seite des Landesvorsitzenden. Der Speditionskaufmann ist nach eigenen Angaben Fördermitglied des rechtsextremen Vereins Ein Prozent, lobt die Aktionen der Identitären Bewegung und trat zusammen mit dem Identitä-



Robert Teske Foto: privat





AfD Brandenburg in der Wiesenhalle in Jüterbog am 16. März 2024
Foto: Hannes Jung/laif

ren-Kader Jonas Schick in einem Podcast auf. Bevor er in den völkisch dominierten AfD-Landesverband Thüringen wechselte, hatte Teske auch Kontakt zu Bremer Neonazis.

Teske vertritt die neurechte Verschwörungsideologie vom „Großen Austausch“, forderte schon 2017 „Remigration“ und hält die BRD für ein „Unrechtsregime“. Als er noch in der Jungen Alternative Bremen war, posierte er bei einer USA-Reise mit Schusswaffen und „Grüßen“ an den Bremer Innensenator Ulrich Mäurer, der das Waffenrecht verschärfen wollte. Teske ist Direktkandidat im Kyffhäuserkreis, wo der völkische Flügel jahrelang seine Jahrestreffen abhielt. Die Prozesse gegen Höcke nennt er „Schauprozesse“.



Wolfgang Lauerwald
Foto: imago

Der Reichsbürger

Der pensionierte Arzt **Wolfgang Lauerwald** sitzt für die AfD seit 2019 im Landtag, aber ist auch fest in der Mischszene aus Neonazis, Reichsbürgern, und Rechtsrockern verankert. Im April 2024 nahm er in Gera an der Reichsbürger-Demo „25+1 Bundesstaaten“ teil, einem der größten Treffen der Szene überhaupt.

25 Bundesstaaten hatte das deutsche Reich inklusive der Ostgebiete. Ebenso beanspruchen die Reichsbürger mit „+1“ das französische Elsaß-Lothringen. Auf der Demo wurde die derzeit für Terror angeklagte Reuß-Gruppe als „politische Gefangene“ bezeichnet und stolz eine Fahne des Fürstentums Reuß präsentiert. Und dann stimmten Teilnehmer auch noch das Horst-Wessel-Lied an, die verbotene Parteihymne der NSDAP.

Corinna Herold sitzt seit 2014 im Thüringer Landtag und ist Unterzeichnerin der Erfurter Resolution. Die Zahnärztin trägt gerne Pelzmäntel und verbindet eine bürgerliche Fassade mit rechtsextremem Gedankengut. Bis heute ist sie Mitglied in der geschlossenen Facebook-Gruppe Bürgerwehr Untersuhl, Gerstungen und Umgebung, die unter anderem vom ehemaligen NPD-Kader Andreas Niebling organisiert wird. Aber auch zahlreiche weitere Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik sind in der Gruppe vernetzt und hetzen darin mit Gewaltfantasien gegen Migrant:innen.

Die Zahnärztin, die Putin mag

Als Landtagsabgeordnete forderte Herold von der Landesregierung Statistiken darüber, wie viele Homo- und Bisexuelle sowie trans Personen im Freistaat Thüringen leben. Auf Facebook teilt sie Reden von Wladimir Putin und bekennt sich „stolz“ zu den Reichsbürgern der Gruppierung Freies Thüringen.



Corinna Herold
Foto: privat

Sachsen

Mühe, sich vom ganz rechten Rand abzugrenzen, gibt sich bei der sächsischen AfD niemand. Ihre Politiker:innen sprechen seit Jahren immer wieder auf Pegida-Demonstrationen, obwohl die Organisation auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht, sie verbreiten völkisch-nationalistische Hetze und nutzen extrem rechte Kampfbegriffe wie den der „Remigration“ oder einer drohenden „Umvölkung“.

Seit Dezember 2023 gilt die sächsische AfD dem Landesverfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“. Dagegen klagt die Partei zwar, geschadet hat ihr die Einstufung allerdings nicht. Landeschef Jörg Urban selbst verweist seitdem auf steigende Mitgliederzahlen und mehr Spenden. Der AfD ist der Stempel wohl ganz recht, muss sie sich in Sachsen doch von einer CDU abgrenzen, die mit ihrem Law-and-Order-Kurs, der Forderung nach weniger Geflüchteten und der Nähe zu Russland inhaltlich nicht gerade Abstand nach rechts außen wahrt.

Sächsische Wähler:innen entscheiden sich dennoch lieber für das Original. Alle Umfragen der vergangenen zwölf Monate sehen die AfD als stärkste Kraft bei der Landtagswahl am 1. September. Auch bei den jüngsten Zahlen vom Juni liegt sie mit 30 Prozent einen Punkt vor der CDU. „Dass die AfD in Sachsen offen rechtsextrem ist, hält offenbar niemand davon ab, sie zu wählen“, sagte Michael Nattke, Geschäftsführer des Kulturbüro Sachsen, der taz.

bei den jüngsten Zahlen vom Juni liegt sie mit 30 Prozent einen Punkt vor der CDU. „Dass die AfD in Sachsen offen rechtsextrem ist, hält offenbar niemand davon ab, sie zu wählen“, sagte Michael Nattke, Geschäftsführer des Kulturbüro Sachsen, der taz.



Jörg Urban
Foto: imago

Der systemfeindliche Anführer

Jörg Urban ist seit 2018 Landesvorsitzender der AfD Sachsen. Er kandidiert auf Listenplatz 1 und als Direktkandidat im Wahlkreis Bautzen 5. Urban sitzt seit 2014 im Landtag und gilt als Sympathisant des völkischen Flügels. Mehrfach trat er bei Pegida-Demonstrationen auf und besuchte einmal das ehemalige Institut für Staatspolitik des neurechten Vordenkers Götz Kubitschek. Urban sprach von einem drohenden „Bevölkerungsaustausch“ und von „tonangebenden Globalisten in Politik, Medien und Konzernen“, womit er antisemitisch konnotierte Verschwörungsideologien bediente.

Auf Facebook schrieb Urban 2018: „Auch das derzeitige Regime werden wir mit Hilfe der vernünftigen denken-

den Menschen zum Einsturz bringen!“ Er äußerte sich rassistisch darüber, dass das Volk „weitgehend homogen“ bleiben solle. In einer Rede auf einer pro-russischen „Friedensdemo“ Anfang 2023 in Dresden geißelte Urban die „ukrainische Kriegsmaschinerie“.



Arthur Österle
Foto: privat

Der Bodyguard

Arthur Österle ist Direktkandidat für den Wahlkreis Erzgebirge 5. Im August 2020 war er beim Sturm auf den Reichstag in Berlin dabei. Österle sprach in Bezug darauf von einem „Missverständnis“. 2018 war er Chefordner und Einheber bei Aufmärschen des Bündnisses Pro Chemnitz. Von ihnen gingen rassistische Gewalttaten aus. Ein Foto zeigt ihn im gleichen Jahr bei einer Demonstration der neonazistischen Kleinpartei III. Weg. Ebenfalls seit 2018 ist er AfD-Mitglied. Bereits 2019 kümmerte sich Österle beim Bundesparteitag der AfD um die „Security“ und ist aktuell der stellvertretende Sicherheitsbeauftragte des sächsischen Landesverbands.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Roland Ulbrich
Foto: privat

Der Rechtsaußenanwalt

Der Leipziger Strafverteidiger **Roland Ulbrich** ist selbst der AfD zu rechts. Dennoch wurde er im Wahlkreis Nordsachsen 1 als Direktkandidat auserkoren. 2019 zweifelte er an, dass der antisemitische Anschlag in Halle auf die Ermordung der Bedenden abzielte und fragte: „Was ist schlimmer: eine beschädigte Synagogentür oder zwei getötete Deutsche?“ Die Bonner Studentenverbindung Corps Rhenania warf das langjährige Mitglied daraufhin raus.

In der AfD bremste das seine Karriere nicht. 2019 zog er in den sächsischen Landtag ein, wurde Stadtrat in Leipzig und später Vize des Bundeschiedsgerichts der AfD. Im Januar 2024 trat er von dem Posten zurück, nachdem herauskam, dass er sich in einem Eilbeschluss auf das nationalsozialistische Reichsbürgergesetz von 1935 bezogen hatte – eines der antisemitischen Nürnberger Rassegesetze. Die Partei strebte danach einen Ausschluss an. Ulbrich kam einem Rauswurf aus der Fraktion mit seinem Austritt zuvor. Parteimitglied ist er geblieben.

André Wendt
Foto: privat

Der Soldat

André Wendt sitzt seit 2014 im Landtag, seit 2019 ist er dessen zweiter Vizepräsident. Jetzt steht der Berufssoldat auf Listenplatz 4 und als Direktkandidat im Wahlkreis Dresden 4 erneut zur Wahl. Für Empörung sorgte 2017 eine seiner Anfragen, in der er sich nach den Kosten für die Sterilisation für „unbegleitete minderjährige Ausländer“ erkundigte. 2018 befürchtete er: „Homosexuelle aus aller Welt dürfen an unsere Sozialtöpfe.“ Im gleichen Jahr sprach er von einer „rechtswidrigen Flutung Europas, Deutschlands und Sachsens mit Millionen Menschen, darunter viele Analphabeten, Kriminelle, Antisemiten, Islamisten, Vergewaltiger, Messerstecher und Armutsmigranten“. Wendt nahm an mehreren Auslandseinsätzen der Bundeswehr teil und wurde mit deren Ehrenkreuz ausgezeichnet.

Der Journalist mit dem SS-Symbol

Andreas Harlaß ist Direktkandidat im Wahlkreis Dresden 2. Der Journalist ist Sprecher der AfD Sachsen und Mitglied im Landesvorstand. Harlaß schrieb jahrelang für die Bild-Zeitung und die Junge Freiheit (JF). In einer JF-Kolumne zählte er 2014 Argumente dafür auf, dass der deutsche Überfall auf Polen 1939 nicht als „heimtückisch“ zu bezeichnen sei, weil er einem polnischen Angriff zuvorgekommen sei. In einem Facebook-Post schrieb er mutmaßlich in Bezug auf Muslime von „primitiven Menschen“. Harlaß wurde daraufhin von einem Kritiker als Neonazi und Anhänger der NS-Rassentheorie bezeichnet. Er klagte auf Unterlassung, das Amtsgericht Dresden wies den Antrag ab.

Andreas Harlaß
Foto: dpa

Nach dem antisemitischen Attentat auf eine Synagoge in Halle schrieb Harlaß: „Der Psycho von Halle hat Deutsche erschossen, keine Semiten.“ AfD-Chef Tino Chrupalla bezeichnete das später als „inakzeptablen Einzelfall“. Immer wieder tauchten bei Harlaß Symbole mit Bezug zum Nationalsozialismus auf: Auf einem Bild, das er selbst postete, ließ sich beispielsweise die Schwarze Sonne erkennen, ein SS-Symbol. Auch zeigte Harlaß sich in einem Poloshirt aus dem Versandhandel der neonazistischen Organisation Artgemeinschaft.

Brandenburg

Der Landesverband der Brandenburger AfD gehört von jeher zu den radikalsten. Das hat auch mit ihrem früheren Vorsitzenden **Andreas Kalbitz** zu tun, einst enger Verbündeter von Björn Höcke. Als im Jahr 2020 Fotos von ihm in einem Zeltlager des verbotenen Vereins Heimattreue Deutsche Jugend auftauchten, wurde er aus der Partei geworfen. In der AfD-Landtagsfraktion saß er dennoch bis zuletzt als Parteilooser – die Fraktion änderte dafür eigens die Geschäftsordnung. Nach der Wahl am 22. September ist damit Schluss: Kalbitz wurde nicht mehr auf die Landesliste gewählt oder für ein Direktmandat nominiert, er hat es sich mit persönlichen Verfehlungen und seinem aggressiven Stil inzwischen mit zu vielen in der Partei verscherzt.

Weniger radikal geworden ist der Landesverband dadurch nicht. Inzwischen führt **Hans-Christoph Berndt** die Landtagsfraktion, den Kalbitz einst in die Partei holte. Offensiv knüpfte er Netzwerke in die rechtsextreme Szene. Landeschef ist **René Springer**, früher Referent von Parteigründer **Alexander Gauland**. Auch er hat keine Probleme mit Radikalen, beschäftigt einen früheren Identitären als Mitarbeiter. Er erklärte, seine Partei werde „Ausländer in ihre Heimat zurückführen, millionenfach“ – das sei „kein Geheimplan, das ist ein Versprechen“.

Berndt und Springer wollen die AfD professioneller aufstellen – und haben sich damit zunächst gegen das vormalige Kalbitz-Lager durchgesetzt, das Konflikte

auch offen austrug. „Der Landesverband war lange gespalten, allerdings in zwei gleichermaßen rechtsextreme Fraktionen“, erklärt **Christoph Schulze**, Mitarbeiter am **Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien**. Die Brandenburger AfD bleibe damit „als Gesamtorganisation weiter klar auf rechtsextremem Kurs“. Der Verfassungsschutz hat den Landesverband als rechtsextremen Verdachtsfall eingestuft, einzelne Funktionäre als gesichert rechtsextrem.

Der Netzwerker

Schon 2015 stand **Hans-Christoph Berndt**, einst Labormediziner und Personalratsvorsitzender an der Charité Berlin, auf der Straße. Mit dem von ihm mitgegründeten Verein Zukunft Heimat demonstrierte er in seiner Heimatstadt Golßen in der Lausitz gegen Unterkünfte für Geflüchtete – und vernetzte sich früh in der rechtsextremen Szene. Berndt sprach als Redner bei Pegida in Dresden, saß auf Podien beim rechtsextremen Compact-Magazin und dem Institut für Staatspolitik von Götz Kubitschek. 2019 zog Berndt für die AfD in den Landtag ein und wurde kurz darauf direkt Fraktionschef.

Heute ist Berndt Spitzenkandidat zur Landtagswahl – und Einpeitscher. Auf Reden ätzte Berndt über eine „Invasion“ von Migranten und einen „multikrimi-

Hans-Christoph Berndt
Foto: dpa

nellen Sumpf“ oder dass man diejenigen „verjagen“ müsse, die „Heimat und Identität zerstören“. Der Verfassungsschutz hat Berndt schon länger als gesichert rechtsextrem eingestuft.

Der Nachwuchs-Neurechte

Jean-Pascal Hohm
Foto: privat

Seine Nähe zu den Identitären oder Pegida versteckte **Jean-Pascal Hohm** nie. „Wir sind Teil einer Bewegung“, erklärte er schon 2017 – und zählte neben der AfD die beiden rechtsextremen Initiativen dazu. Hohm organisierte Anti-Merkel-Demos in Brandenburg, machte für das rechtsextreme Netzwerk Ein Prozent Videos und Infostände. Bei Pegida in Dresden trat er als Redner auf, reiste bis nach Italien zum neofaschistischen „Casa Pound“-Projekt in Rom.

2014 war Hohm, damals als 17-jähriger Gymnasiast, Mitgründer und Vorsitzender der Jungen Alternative

in Brandenburg. Später beschäftigte ihn die Brandenburger AfD-Fraktion als Mitarbeiter – bis Hohm 2017 bei einem Fußballspiel mit rechtsextremen Hooligans gesehen wurde und ihn die Fraktion auf öffentlichen Druck hinauswarf. Der Kontakt aber blieb: Wenig später dockte Hohm wieder als Mitarbeiter eines Abgeordneten an. Zudem ist er AfD-Vorsitzender in seiner Heimat Cottbus – und in der Region regelmäßiger Redner auf Demonstrationen, wo er eine „konsequente Remigration“ fordert. Gleichgesinnte forderte er auf: „Werdet wehrhaft und bildet Gemeinschaft, um euch im Ernstfall verteidigen zu können.“ Mit Listenplatz 9 dürfte Hohm der Einzug in den Landtag sicher sein. In der AfD ist er bestens vernetzt und könnte dort noch Karriere machen.

Der Dauerdemonstrant

Seit 2019 sitzt **Lars Günther** für die AfD im Landtag, auf der Straße stand er schon vorher. Bereits 2014 tauchte

Lars Günther
Foto: privat

der frühere Security-Mann bei den rechtsoffenen „Friedensmahnwachen“ in Berlin auf. Dort lernte er Jürgen Elsäßer kennen und arbeitete später bei dessen rechtsextremem Compact-Magazin, als persönlicher Assistent der Geschäftsführung. Vor allem aber organisierte Günther Demonstrationen: erst „Merkel muss weg“-Proteste, bei denen teils auch die NPD mitmischte, später dann Demos gegen die Corona-Maßnahmen.

Auch als die Polizei 2020 einen Querdenker-Protest vor dem Bundestag mit Wasserwerfern auflöste, war Günther dabei. Zuletzt sorgte eine AfD-Wahlkampfveranstaltung von ihm in einem Schülerklub in Bad Freienwalde für Wirbel. Der CDU-Bürgermeister hatte die Veranstaltung gegen den Willen der Schule durchgesetzt. Vor der Tür gab es Anti-AfD-Proteste, drinnen verteilte Günther „Remigration? Na klar!“-Sticker. Der Verfassungsschutz stuft auch ihn als erwiesenen Rechtsextremisten ein.

Der Parteienwechsler

Im Sommer 2023 trat **Falk Janke** in der Kreisstadt Seelow im Oderbruch als Bürgermeisterkandidat der AfD an, unterlag aber deutlich gegen den parteilosen Kandidaten. Es war eine von zahlreichen Etappen in Jankes langer politischer Karriere. In den 1990er Jahren war er kommunalpolitisch für die CDU tätig, 2001 ging er zur Schill-Partei. Bei deren Nachfolgepartei Offensive D wurde Janke Brandenburger Landesvorsitzender. 2005 gründete er eine eigene Wählervereinigung mit dem Namen Die Rechte – Mut zur Wahrheit. In der Seelower Stadtverordnetenversammlung bildete diese Wählervereinigung mit der CDU eine gemeinsame Fraktion. Im Kreistag schloss sich Janke mit der rechtsextremen DVU zusammen.

Falk Janke
Foto: privat

Sein Antrag, in die damals neue AfD-Fraktion aufgenommen zu werden, wurde 2014 aufgrund seiner rechtsextremen Umtriebe noch abgelehnt. 2017 durfte er dann doch zur AfD wechseln. Bei der Landtagswahl tritt er als Direktkandidat im Wahlkreis Märkisch-Oderland IV an.

Der Szenetreffbetreiber

Der Bunker 38 im Spremberger Ortsteil Schwarze Pumpe war in den 2000er Jahren einer der wichtigsten Szenetreffpunkte für Neonazis in Brandenburg. Bei einem Polizeieinsatz im Jahr 2008 wurden die Personalien von 84 Personen aufgenommen, von denen laut Polizei mehr als die Hälfte bereits mit rechtsextremen Delikten aufgefallen war. Eigentümer des Bunker 38 war **Michael Hanko**. Der gut vernetzte Spremberger Unternehmer saß damals als Parteilooser im Ortsbeirat und setzte sich dort für die Neonazis ein.

2018 trat Hanko in die AfD ein, 2019 zog er für die Partei in den Brandenburger Landtag ein. Nun tritt er im Wahlkreis Spree-Neiße II als Direktkandidat an. Seine Chancen stehen gut, schon

Michael Hanko
Foto: privat

2019 konnte er diesen Wahlkreis mit 35,9 Prozent der Stimmen gewinnen. Neben seiner parteipolitischen Tätigkeit ist Hanko Vorsitzender der Spremberger Schießleistungsgruppe.

Mitarbeit: **Luisa Ederle, Annika Glunz, Friederike Gräff, Heike Holdinghausen, David Muschenich, Konstantin Nowotny, Linda Nunn, Nathan Pulver, Johanna Treblin, Lilli Uhrmacher, Laura Verseck**. Mit Hinweisen des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz), Rechercheportal Jena-Saale-Holzland-Kreis und Ostthüringer Divan.



Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht.



Alle Texte dazu finden sie auf taz.de

Von Konrad Litschko

Erst vor einem Monat stand Armin Papperger mit schuss-sicherer Weste in der Ukraine, neben Oleksandr Kamyschyn, dem dortigen Minister für strategische Industrie. Im Westen des Landes baute Pappergers Rüstungskonzern Rheinmetall mit der Ukraine ein gemeinsames Produktions- und Reparaturwerk für Panzer auf, der 61-Jährige reiste zur Eröffnung an. Ein „Herzensanliegen“ seien ihm die Waffenlieferungen an die Ukraine, hatte Papperger zuvor erklärt. Und tatsächlich ist Rheinmetall inzwischen größter Einzellieferant von Rüstung an das Land.

Wohl deshalb steht Papperger schon länger im Visier Russlands – und das laut einem CNN-Bericht mit mörderischer Absicht. Bereits im Frühjahr sollen demnach US-Geheimdienste einen russischen Anschlagplan auf Papperger aufgedeckt haben. Auch weitere Verantwortliche von Rüstungskonzernen, die die Ukraine unterstützen, stünden im Fokus Russlands. Die Anschlagpläne gegen Papperger aber seien am weitesten fortgeschritten gewesen. Deutsche Sicherheitsbehörden seien darüber informiert worden und hätten Sicherheitsmaßnahmen für Papperger getroffen. Der Sender beruft sich auf fünf Quellen, die mit den Vorgängen vertraut seien.

Deutsche Sicherheitsbehörden und das Innenministerium wollten den Bericht nicht kommentieren. Nach wochentaz-Informationen gingen die Behörden aber tatsächlich dem Verdacht von Anschlagplänen gegen Papperger nach. Eine akute Gefahr bestand jedoch offenbar nicht. Papperger erhält schon länger Personenschutz.

Laut Spiegel sollen deutsche Sicherheitsbehörden im Mai den Hinweis der US-Dienste auf den russischen Anschlagplan bekommen haben. Eine Handvoll Verdächtige aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion soll danach ins Visier genommen worden sein. Einige sollen sich in der Nähe der Düsseldorfer Konzernzentrale von Rhein-



Armin Papperger, Vorstandschef von Rheinmetall, vor wiederaufbereiteten Marder-Schützenpanzern
Foto: Julian Stratenschulte/dpa/picture alliance

„Brutale russische Aggression“

Gegen Rheinmetall-Chef Papperger soll es Anschlagpläne gegeben haben. Er steht wohl schon länger im Visier Russlands

metall oder an Reisezielen von Papperger im Ausland aufgehalten haben. Zuletzt soll der Anschlagplan aber nicht mehr weiterverfolgt worden sein. Tatsächlich gab es bis heute keine Festnahmen in dem Fall. Ein ausreichender Tatverdacht ließ sich bisher also nicht nachweisen.

Auch Rheinmetall wollte den CNN-Bericht nicht kommentieren. Zu Fragen der Konzernsicherheit äußerte man sich grundsätzlich nicht, erklärte ein Sprecher. „In regelmäßiger Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden werden stets die erforderlichen Maßnahmen getroffen.“ Papperger sagte der Financial Times, der Bericht sei nicht aus der Luft gegriffen. Er fühle sich aber sicher.

Die Bundesregierung reagierte alarmiert. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) erklärte: „Wir lassen uns von

Russland nicht einschüchtern und werden weiter alles tun, um russische Bedrohungen in Deutschland zu unterbinden.“ Die Sicherheitsbehörden seien hier „sehr wachsam“.

Konstantin von Notz (Grüne), Vorsitzender des Kontrollgremiums der Geheimdienste im Bundestag, sagte der wochentaz: „Sollten sich die im Raum stehenden Vorwürfe bewahrheiten, vervollständigt sich das Bild der brutalen russischen Aggression.“ Die Sicherheitsbehörden müssten „jetzt ganz genau und aufmerksam hinschauen, um Anschläge zu verhindern“. Der Kreml dagegen wies den Bericht zurück: Dieser sei „Fake“ und „nicht ernst zu nehmen“.

Rheinmetall lieferte in letzter Zeit Artillerie und eine dreistellige Zahl an Marder-Panzern an die Ukraine. Noch in diesem Jahr sollen Lynx-Schützenpanzer folgen. Papperger, der Rheinmetall

seit 2013 führt, reiste wiederholt in die Ukraine und traf dort auch Präsident Wolodymyr Selenskyj. Ihm versprach er eine militärische Ausrüstung, die „allerhöchsten westlichen Standards“ entspreche.

Auch mit Bundeskanzler Olaf Scholz traf sich der 61-Jährige wiederholt. Im Februar vollzogen beide einen ersten Spatenstich für ein neues Rheinmetall-Werk in Niedersachsen.

Papperger selbst stand zuletzt auch anderweitig im Visier. Im April verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf sein Gartenhaus im niedersächsischen Hermannsburg. Es entstanden Schäden an der Fassade. In einem Bekenner schreiben auf dem linken Onlineportal Indymedia erklärte eine Gruppe namens Switch Off Rheinmetall, die Tat sei Teil eines „Kampfs gegen Krieg, Militär und Rüstungsindustrie“.



Peter Unfried
Die eine Frage

Ist links die Antwort auf rechts?

Es ist großartig, dass die französische Mehrheitsgesellschaft die Möglichkeiten ihres Wahlrechts ausgenutzt und eine Parlamentsmehrheit für Marine Le Pens rechtspopulistischen Rassemblement National verhindert hat. Doch war das ein „linker“ Wahlsieg, wie nun seit Tagen Classic-Linke jubilierten, ein Triumph des Guten, ein „Aufbruch“ gar? Get a life.

„Natürlich findet man immer ein Haar in der Suppe, wenn man lange genug sucht“, schreibt Robert Misik in dieser Zeitung. Nun zielt der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon anders als Le Pen nicht auf ethnische Homogenität, aber für mich ist die Ablehnung von EU und Nato, die Unterstützung von Putin und dann auch noch Antisemitismus in Teilen seiner links-nationalistischen La France Insoumise (LFI) eben kein „Haar in der Suppe“, sondern das ist ein Unterschied ums Ganze. Die Wahlen in Frankreich und Polen und speziell die Europawahl wurden auch nicht von oder durch „links“ gewonnen. Es sind vielmehr temporäre Verteidigungserfolge einer heterogenen Mehrheit gegen die Gegner der liberalen Demokratie. Um Zukunft daraus zu machen, müsste man nicht nur wissen, wogegen man ist, sondern sich auch darauf verständigen, wie man die Kernprobleme des 21. Jahrhunderts gemeinsam angehen will.

Diese Zukunftspolitik ist nicht durch das gute alte Paradigma links vs. rechts zu beschreiben. Deshalb ist es auch sinnlos, eine Debatte darüber zu führen, ob und wo der Wagenknecht-Trupp „links“ sei. Er positioniert sich in den zentralen Fragen – Klimapolitik, EU, Nato, Russland, offene Gesellschaft – genauso gegen den Westen, wie es, in Abstufungen, Trump, Le

Es wird kein „Ruck“ durch Deutschland gehen

Pen, Mélenchon, Orbán, PiS, Meloni und AfD tun. „Linke“ Sozialpolitik haben auch PiS und Orbán im Programm, nur wird Gerechtigkeit nicht inklusiv, sondern exklusiv und fossil definiert. Das Problem, das die eskalierende Erderhitzung und ihre Folgen verursachen, sind nicht die Produktionsverhältnisse (Kapitalismus), sondern die Produktionsmittel (Öl, Gas, Kohle), wie Armin Nassehi gern sagt.

Das Paradigma, in dem sich unsere Zukunft entscheidet, ist liberal versus illiberal. Offene gegen geschlossene Gesellschaften, emissionsfreie Zukunftspolitik gegen Verteidigung fossiler Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit, Europa oder national, Zukunftszugewandtheit gegen Destruktion. Letztlich würde ich es versuchsweise mal auf eine Frage herunterbrechen: Wie hältst du's mit dem Westen, seinen offenen Gesellschaften, Marktwirtschaften, und seinem kreativen Willen zum Fortschritt? Das ist die Bruchstelle, und sie wird sich für Europa verschärfen, falls Donald Trump ein zweites Mal US-Präsident werden sollte.

Übrigens sind fast alle Menschen konservativ, was ihre Bedürfnisse und ihren Alltag angeht. Die SPD hat die letzte Bundestagswahl gewonnen, weil Olaf Scholz den Leuten versprochen hat, dass sich nichts für sie ändern werde. Die Grünen werden von denen vehement abgelehnt, die ihnen unterstellen, dass sie etwas verändern wollen. Daraus folgt: Es wird kein „Ruck“ durch Deutschland gehen und schon gar kein linker. Die fortschrittliche Individualisierung in westlichen Gesellschaften schließt die hartnäckig gepflegte Illusion eines homogen strammstehenden Kollektivs eh aus, und zwar sowohl eines „rechten“ wie eines „linken“.

Wer eine Mehrheit für einen liberaldemokratischen Aufbruch gewinnen will, in einer teils wütenden, teils aufbruchsbereiten und zum Großteil mit der eigenen Lage zufriedenen Gesellschaft, muss jenseits von polarisierenden Populismusangeboten und überkommenen Lagerdenken eine breite Mitte zusammenbringen, die von gemäßigt progressiv bis gemäßigt konservativ reicht. Das ist die Aufgabe des Kanzlerkandidaten Robert Habeck.

Peter Unfried ist Chefredakteur der taz.

Zum Tod des Fotografen Thomas Höpker



Es ist eines seiner bekanntesten Bilder. Junge Menschen sitzen am 11. September 2001 am East River in der Sonne, im Hintergrund brennen die Trümmer des World Trade Centers. Das Bild stammt von Thomas Höpker, einem der prägenden Fotografen im Journalismus und Mitglied der Fotoagentur Magnum. Am 10. Juli ist er mit 88 Jahren gestorben. Foto: Thomas Höpker/Magnum Photos/Agenur Focus



Meine Wohnung, die Pumpe und ich

Unser Autor lebt in Berlin in einer Wohnungseigentümergeinschaft. Den Mitgliedern gehören zwar ihre Wohnungen, die viel Geld wert sind. Aber manche können es sich nicht leisten, die Energiesanierung zu bezahlen. Was Klimapolitik im Privaten bedeuten kann

Von **Hannes Koch** (Text) und **Eléonore Roedel** (Illustration)

Am Anfang ging es um 2.000 Euro. Mittlerweile reden wir über eine Investition von fast einer Million Euro. Ich mache mir Sorgen. Woher sollen wir so viel Geld nehmen? Unser Haus, Baujahr 1880, steht mit seinen elf Wohnungen auf fünf Etagen in einem angenehmen Viertel der Berliner Innenstadt. Ich lebe im Hochparterre des Vorderhauses. Den NachbarInnen neben, über und hinter mir im Seitenflügel gehören ihre Wohnungen ebenfalls. Nun führen wir eine Debatte, die auch Millionen andere ImmobilienbesitzerInnen hierzulande beschäftigt. In gut 20 Jahren soll Deutschland klimaneutral sein. Das heißt: neue Fenster, Dämmung aller Außenflächen, schließlich eine neue Heizung.

Hausversammlung im Februar 2024. Wie so oft kommen wir in meiner Küche zusammen. 15 Leute sitzen um den alten ausgezogenen Tisch, der mich in früheren Jahren durch mehrere Wohnungsgemeinschaften begleitet hat. Wein, Bier und Chips wurden mitgebracht. Unsere Treffen dauern oft bis in den späten Abend. Nach dem offiziellen Teil wird es locker. Was unser gemeinsames Haus angeht, haben wir ein gutes Ver-

hältnis zueinander, in der Regel entscheiden wir im Konsens. Streit über Geld gab es bisher kaum.

Jetzt aber rechnet die von uns beauftragte Hausverwalterin vor, dass ein gemeinsamer Kredit, mit dem wir einen guten Teil der Energiesanierung finanzieren könnten, 450 Euro pro Monat und Wohnung kosten würde. 20 Jahre lang. Irritierte Blicke werden gewechselt, Arme vor der Brust verschränkt. Ein „Puh“ ist zu hören, und: „Wie soll das denn funktionieren?“ Nicht alle sagen etwas. Aber klar ist, dass nicht alle von uns solche Summen aufbringen können oder wollen.

Meine NachbarInnen in diesem Artikel sind anonymisiert, ihre Namen geändert, ihre Lebensumstände nicht so detailliert beschrieben, dass sie leicht zu erkennen wären. Denn in der Öffentlichkeit über die privaten Vermögensverhältnisse zu sprechen, ist nicht selbstverständlich.

In meinen Mails muss ich weit zurückgehen: Im Frühsommer 2021 taucht das Thema bei uns erstmals auf. Das Protokoll der Hausversammlung im zweiten Coronajahr vermerkt, wir wollen „die Nutzung alternativer Energien für die Heizungs- und Warmwasserversorgung prüfen. Beim nächs-

ten Mal soll ein angemessenes Budget für einen Energieberater freigegeben werden.“

Damals liegt etwas in der Luft. Die jugendliche Klimabewegung Fridays for Future ist eine große Nummer. Etliche unserer Kinder machen dabei mit. Die Grünen haben im Bundestagswahlkampf mit Annalena Baerbock zum ersten Mal eine Kanzlerkandidatin benannt. Ich frage mich: Was bedeutet die Klimadebatte für unser Haus? Ein Jahr später, im April 2022, beschließen wir, 2.000 Euro aus unserem gemeinsam angesparten Hausvermögen freizugeben, damit ein Energieberater uns ein Gutachten erstellt. Wir wollen genauer wissen, was wir tun können, und wie viel das kostet.

Die meisten von uns zogen 2004 zum gleichen Zeitpunkt ein. Wir kauften unsere Wohnungen einzeln von einem Immobilienentwickler, der das Haus hatte sanieren lassen. Seitdem sind wir offiziell eine Wohnungseigentümergeinschaft (WEG), die für Teile der Immobilie – Keller, Außenwände, Dach, Leitungen, Heizung, Garten – gemeinsam verantwortlich ist.

Die Erwachsenen sind ungefähr zwischen Mitte 40 und 60 Jahre alt. Studienabschlüsse sind normal. Wir gehören eher zur liberalen, linken und grünen Klientel. Im Hof stehen sehr viele Fahrräder, auf der Straße drei Autos. In vier der elf Wohnungen leben Leute mit Migrationshintergrund.

Vermögensmäßig sind wir fast Millionäre

Der Wohnungskauf war das beste Geschäft meines Lebens. Ein Quadratmeter kostete damals gut 1.700 Euro. Kürzlich verkaufte einer unserer früheren Nachbarn seine Dachgeschosswohnung – und erzielte ungefähr 8.000 Euro pro Quadratmeter. Was umgerechnet für meine Wohnung bedeutet, dass sie statt 200.000 Euro vor 20 Jahren nun 800.000 Euro wert wäre. Den anderen geht es ähnlich. Vermögensmäßig sind wir fast Millionäre. Wobei das ein vorwiegend theoretischer Wert ist, solange man in der Wohnung lebt und sie nicht verkauft.

Als der Energieberater zu unserer WEG-Versammlung erscheint, bringt er ein 44-seitiges Gutachten mit, den „individuellen Sanierungsfahrplan“, gefördert vom Bundesamt für Wirtschaft. Unter dem Strich steht dort, dass die energetische Sanierung unseres Altbaus 560.000 Euro kosten würde. Darin enthalten: Dämmung der Außenwände, des Kellers und des Dachs, damit weniger Wärme entweicht und verschwendet wird, neue Fenster sowie eine neue Heizungsanlage. Langfristig soll der Erdgasbrenner durch eine elektrische Wärmepumpe plus Sonnenkollektoren ersetzt werden. Die Investitionen würden mit etwa 200.000 Euro vom Staat bezuschusst, erklärt uns der Ingenieur. Die verbleibenden 360.000 Euro amortisierten sich im Laufe von zehn Jahren, weil unsere Heizkosten auf ein Viertel sanken. Das klingt machbar und sinnvoll.

Doch noch an diesem Abend beginnen wir uns zu streiten. Vordergründig geht es um den Schimmel. Einige misstrauen der Dämmung. Sie wollen das Haus nicht luftdicht verpacken, weil sich dann innen die Feuchtigkeit staut. Die Fraktion der Modernisierer argumentiert dagegen, man könne ja lüften, und Energie zu sparen sei gut. Dahinter lauern aber die großen Fragen: Ist die Energiesanierung wirklich sinnvoll, und sollen wir so viel Geld dafür ausgeben? Es zeichnet sich ab, dass es für dieses Projekt nicht den Konsens gibt, den wir sonst kennen.

Außerdem haben wir hundert kleinere Fragen. Welches Dämmmaterial hat welchen Nutzen, gibt es ökologische Baustoffe, sind neue Fenster aus Holz oder Kunststoff besser, wie sieht es mit den Preisen aus, und welche Summen gibt der Staat genau für was dazu? Für die Antworten und die Bauplanung brauchen wir ein Architekturbüro.

Einige Monate später besuchen uns zwei freundliche Archi-

tektInnen. Sie klären uns auf über den Wärmeverlust durch die alten Doppelkassenfenster, die wir so schön finden, und machen Vorschläge, wie wir die großen Haustüren sanieren könnten, durch die bisher im Winter der Frostwind pfeift. Schließlich schicken auch sie ein Gutachten, das nun eine erstaunliche Zahl erhält. Die Investition soll jetzt mit allem Drum und Dran 900.000 Euro kosten. Inzwischen ist es Ende 2023, und die Baupreise haben erheblich angezogen.

Das ist die Lage, die wir im Februar 2024 mit unserer Hausverwalterin in meiner Küche diskutieren. Über den Daumen müssen wir jetzt davon ausgehen, dass die Klimaneutralität unseres Hauses pro Wohnung bis zu 100.000 Euro kostet. 900.000 geteilt durch elf, plus weitere Kostensteigerungen in den nächsten Jahren. Wie viel Geld habe ich auf dem Konto? Diese Frage stellen sich jetzt alle, die am Tisch sitzen. Kann ich mir vielleicht von Freunden Geld leihen oder einen Bankkredit aufnehmen? Was kosten die Zinsen und die Tilgung? Kann ich mir die monatliche Zusatzbelastung von 400, 500 oder 600 Euro leisten? Was bleibt dann von meinem Verdienst übrig? „Gut und schön“, bricht es aus einer Person heraus, „meine Wohnung ist jetzt eine Menge Geld wert. Aber davon kann ich kein Essen kaufen.“

Meine Nachbarin Margit zum Beispiel ist in dieser Lage: Sie arbeitet als Kunstlehrerin, ihr Mann als Musiklehrer. Für sich und ihre beiden Kinder haben sie etwa 2.500 Euro monatlich zur Verfügung. Weil sie noch dabei sind, den Kredit für die Wohnung abzubezahlen, bleiben vielleicht 1.000 Euro zum Leben



übrig. „Wir haben keinen Spielraum, eine zusätzliche Belastung verkraften wir momentan nicht“, sagt Margit. Vermögen auf dem Konto gibt es ebenso wenig wie die Hoffnung auf eine Erbschaft. Deshalb ist es auf absehbare Zeit unmöglich, 100.000 Euro für die Energiesanierung aufzubringen.

Stefanie und ihre Partnerin, zwei andere Nachbarinnen, kommen dagegen gut über die Runden. Sie beziehen solide Gehälter und haben ihre Wohnung bereits abbezahlt. „Die Investition ins Haus würde jetzt gerade gut passen“, sagt Stefanie. Über die Finanzierung von 100.000 Euro „mache ich mir keine großen Sorgen, auch wenn es viel Geld ist, das wir anders gut nutzen könnten“.

„Und du“, fragt sie mich, „bekommst du mit deinen 62 Jahren überhaupt noch einen Kredit?“ Kleine Spitze, aber berechtigte Frage. Also Mail an die Bankenverbände. Ergebnis: Mein Lebensalter interessiert die Bank im Prinzip nicht. Entscheidend ist, ob ich in den nächsten 15 Jahren wahrscheinlich in der Lage sein werde, Zinsen und Tilgung für ein Darlehen zu zahlen. Und ob die Bank – mittels des Eintrags der Hypothek ins Grundbuch – Zugriff auf meine Wohnung hat, wenn ich sterbe.

Erspartes ist für den Ruhestand gedacht

Diese Sache lässt sich regeln, denke ich. Aber was halte ich selbst grundsätzlich von dem Investitionsprojekt? Vor allem weil ich von meinen Eltern Geld geerbt habe, konnte ich den alten Kredit für den Wohnungskauf schon abbezahlen. Deshalb wohne ich nun ziemlich günstig. Mit meinen Einnahmen komme ich gut zurecht, außerdem verfüge ich über eine gewisses Vermögen. Damit ließe sich ein Teil der 100.000 Euro fi-

nanzieren, der andere Teil mit einem Kredit. Nachteil: Eigentlich ist mein Erspartes für den Ruhestand gedacht, denn die Rente wird so bescheiden ausfallen, dass ich ohne Geld vom Konto meinen Lebensstandard stark einschränken müsste. Fazit: Ja, ich könnte die Energiesanierung bezahlen, eine deutliche Belastung wäre sie aber schon.

Was bedeutet das alles für unsere Hausgemeinschaft? So wie es jetzt aussieht, werden wir die komplette Modernisierung in den nächsten Jahren nicht gemeinsam finanzieren können, denn einige NachbarInnen sind dazu nicht in der Lage. Die Dämmung der Außenwände und neue Fenster für alle Wohnungen wären schlicht zu teuer. Einzelne WohnungseigentümerInnen tauschen ihre Fenster vielleicht individuell aus. Was wir zusammen leisten können, sind kleinere Verbesserungen, die sich aus unserem gemeinsamen Hausvermögen bewältigen lassen – etwa neue, gut isolierende Haustüren. Auch eine ökologischere Heizung, die kein Erdgas mehr verfeuert, scheint finanzierbar. Dafür kommen eine Wärmepumpe oder der Anschluss an Fernwärme in Frage. Allerdings haben wir es künftig dann möglicherweise mit diesem Problem zu tun: Wir heizen zwar umweltbewusst, verschwenden durch die ungedämmten Wände aber viel Energie. Und die steigenden Heizkosten fressen unsere Einnahmen.

Ob das so kommt oder anders, wissen wir nicht. Unsere ganze Energie Diskussion ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Wer kann schon sagen, was Energie in 20 Jahren kosten wird? Ob sich die Wärmedämmung dann lohnt, steht in den Sternen. „Und wenn die Temperaturen weiter steigen“, scherzt Stefanie, „ist eine Dämmung vielleicht nicht nötig, weil wir kaum noch heizen.“

Wenn wir ImmobilienbesitzerInnen uns schon Sorgen machen, wie wir die Energiesanierung bewältigen, wie soll es dann es dann Leuten gehen, die finanziell schlechter gestellt sind? Energiewende und Klimapolitik kommen inzwischen bei allen Privathaushalten an.

Deshalb konnte sich die Debatte über das Heizungsgesetz 2023 zu einem massiven gesellschaftlichen Konflikt entwickeln, auch deshalb haben die Grünen bei der Europawahl viele WählerInnen verloren.

Was würde unser Problem lösen? Geld für diejenigen, die die Sanierung nicht alleine zu stemmen in der Lage sind. Förderprogramme gibt es heute bereits, aber sie reichen nicht aus. Der Staat könnte mehr Zuschüsse zur Verfügung stellen für EigentümerInnen, die nachweislich keine ausreichenden Einkommen und Vermögen haben. Ohne weitere Mittel kann es sein, dass die Sanierung von Millionen Gebäuden in Deutschland unterbleibt, die Energieverschwendung weitergeht und die Klimaneutralität insgesamt in Frage steht. Das, finde ich, wäre eine schlechte Entwicklung.

Andererseits erscheint dieser Finanzierungswunsch unrealistisch. Der Bundeshaushalt ist tendenziell schon mit den existierenden Programmen überfordert. Und viele Leute würden es für ungerecht halten, dass vermögende HausbesitzerInnen zusätzlich mit Steuergeld gefördert werden.

Hausversammlung Juni 2024: Wieder stehen Chips, Wein und Bier auf meinem Küchentisch. Die Stimmung ist etwas gelöster als beim vorangegangenen Haustreffen. Inzwischen haben wir viel diskutiert. Eine mögliche Lösung bestünde darin, dass wir zunächst einen kleinen Schritt machen, uns zum Beispiel auf den Einbau dichter Haustüren und die Dämmung des Hausflurs beschränken.

Die Hausverwalterin ruft den Tagesordnungspunkt auf: „Wer ist dafür, maximal 45.000 Euro freizugeben?“ Diesen Betrag könnten wir einfach von unserem gemeinsamen Konto nehmen. Doch die Abstimmung bringt eine Überraschung: Nur drei Wohnungen sind dafür, zwei dagegen, sechs enthalten sich. Das Vorhaben ist beschlossen, aber mit einer mageren Mehrheit.

Die meisten meinen wohl: Eine so große Summe für ein paar Haustüren auszugeben, sei Geldverschwendung angesichts der damit erzielbaren, bescheidenen Energieeinsparung. Wir stecken in der Klemme: Das Realistische ist meinen NachbarInnen zu wenig, das Wünschenswerte zu teuer.

Ich bin etwas ratlos. Wir werden der Architektin wohl den Auftrag über die Türen erteilen. Alles andere steht in den Sternen. Nachdenklich stehe ich am Wohnzimmerfenster, schaue auf die Straße, betrachte die alten Rahmen der Fensterflügel, durch die im Winter die Kälte ins Haus zieht. Vielleicht sollte ich eine Einzelaktion starten und nur die Fenster meiner Wohnung aufarbeiten oder austauschen lassen? Das würde teurer werden, als wenn wir mit einem Großauftrag zusammen einen günstigen Preis aushandelten.

”



Ein gemeinsamer Kredit, mit dem die Eigentümergemeinschaft einen guten Teil der Energiesanierung finanzieren könnte, würde 450 Euro pro Monat und Wohnung kosten. 20 Jahre lang



der check



Kann Frankreich Deutschland den Strom abstellen?

Rechtspopulisten und Teile der linken Volksfront in Frankreich wollen aus dem europäischen Energiemarkt aussteigen. Können die das?

Richtig ist:

Die französische Nationalversammlung kann den Ausstieg aus dem Energiebinnenmarkt nicht im Alleingang beschließen. Die Franzosen bräuchten Verbündete. Dass andere Länder mitziehen, ist jedoch unwahrscheinlich. „Der europäische Energiebinnenmarkt ist für alle beteiligten Länder eine Win-win-Situation“, sagt eine Sprecherin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft. Der Energiebinnenmarkt gewährleistet eine stabile Versorgung. Davon profitiert auch Frankreich. Vor Kurzem war das Land auf Stromimporte auch aus Deutschland angewiesen, weil viele französische Atomkraftwerke aus Sicherheitsgründen abgeschaltet werden mussten. Würde Frankreich aus dem europäischen Strommarkt aussteigen, würde es bei einer ähnlichen Lage große Versorgungsdefizite riskieren. Deutschland dagegen hat auch nach dem Ausstieg aus der Atomkraft eine stabile Versorgungslage. Dass Deutschland Strom aus Frankreich importiert, hat nichts mit den Erzeugungskapazitäten hierzulande zu tun, sondern mit den Preisen. Für den Fall, dass es mal knapp würde, wäre Deutschland weiterhin mit anderen Ländern wie Polen, Dänemark, Norwegen oder Österreich verbunden. Selbst der unwahrscheinliche Fall des Ausstiegs der Franzosen hätte also keine Auswirkungen auf die Stromversorgung in Deutschland. *Anja Krüger*

Vor dem Termin: Menschen warten im Jobcenter Treptow-Köpenick in Berlin
Foto: Jens Kalaene/dpa/picture alliance



die erklärung

Bei den Ärmsten soll gespart werden

Härtere Sanktionen, längere Arbeitswege, mehr 1-Euro-Jobs: Die Bundesregierung will Regeln beim Bürgergeld verschärfen. Dabei war das eigentlich mal anders geplant

Von Marie Sophie Hübner und Jasmin Kalarickal

1 Wer bezieht Bürgergeld?
Im Februar haben rund 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld bezogen. Rund 1,5 Millionen von ihnen sind Kinder unter 15 Jahren. Von den verbleibenden rund 4 Millionen Menschen stehen mehr als die Hälfte, rund 2,3 Millionen Menschen, dem Arbeitsmarkt nicht oder nur bedingt zur Verfügung. Sie sind in Ausbildung, studieren, erziehen Kinder, pflegen Angehörige, sind arbeitsunfähig, nehmen an arbeitspolitischen Maßnahmen teil oder sie arbeiten, aber ihr Lohn reicht zum Leben nicht aus – sie stocken mit dem Bürgergeld auf. Die verbleibenden rund 1,8 Millionen Bürgergeldempfänger*innen könnten theoretisch arbeiten.

2 Wie viele Menschen lehnen zumutbare Arbeit ab?
Jobcenter haben im vergangenen Jahr nur sehr wenige Bürgergeldempfänger*innen sanktioniert, weil sie zumutbare Arbeit, eine Ausbildung oder Maßnahme ablehnten. Grundsätzlich gilt: 2023 wurden 97 von 100 Bürgergeldempfänger*innen nicht sanktioniert. In 84,5 Prozent der Sanktionsfälle von Februar bis Dezember 2023 hat das Arbeitsamt die Leistungen gekürzt, weil Bürgergeldempfänger*innen Termine ohne triftigen Grund nicht wahrnahmen. Nur in rund 16.000 Fällen wurden Leistungsberechtigte sanktioniert, weil sie sich weigerten, eine Arbeit, Ausbildung oder Maßnahme aufzunehmen oder fortzuführen.

3 Welche Sanktionsverschärfungen sind geplant?
Wenn Bürgergeldempfänger*innen zumutbare Arbeit ablehnen, werden sie bislang schrittweise sanktioniert. Lehnen sie eine zumutbare Tätigkeit einmal ab, werden die Leistungen für einen Monat um 10

Prozent gekürzt, in einem zweiten Fall für zwei Monate um 20 und bei jedem weiteren Verstoß für drei Monate um 30 Prozent gekürzt. Bereits seit März gilt: Wer dauerhaft Arbeitsangebote ablehnt, dem werden für zwei Monate sämtliche Leistungen gestrichen. Kosten für Unterkunft und Heizung sind von der Kürzung ausgenommen. Nun will die Bundesregierung die Sanktionen nochmals verschärfen: Lehnen Bürgergeldempfänger*innen eine zumutbare Arbeit ab, sollen ihnen die Leistungen sofort für drei Monate um 30 Prozent gekürzt werden. Darüber hinaus will die Ampelkoalition Schwarzarbeit von Bürgergeldbeziehern stärker bekämpfen und die Karenzzeit beim Schonvermögen von einem Jahr auf ein halbes Jahr verkürzen. Derzeit darf eine Person im Bürgergeldbezug 12 Monate lang 40.000 Euro besitzen, für jede weitere Person im Haushalt sind es weitere 15.000 Euro.

4 Was bringen Sanktionen?
Der Ruf nach mehr Härte wird meist damit begründet, dass damit mehr Arbeitsanreize geschaffen werden. „Verschiedene Studien belegen, dass Sanktionen kurzfristig dafür sorgen, dass Menschen schneller eine Arbeit aufnehmen“, sagt Joachim Wolff, Leiter des Forschungsbereichs Grundsicherung und Aktivierung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der wochentaz. Dennoch haben sie längerfristig auch negative Effekte. Eine IAB-Studie von 2021 kam zu dem Ergebnis, dass rund fünf Jahre nach der Sanktionierung die Beschäftigungsqualität bei Sanktionierten geringer ist als bei nicht Sanktionierten. „Es besteht also die Gefahr, dass Sanktionen Menschen dazu verleiten, Arbeit unter ihrem

Qualifikationsniveau anzunehmen“, sagt Wolff. Das könne für die Betroffenen langfristige Lohneinbußen bedeuten. Auch die Beschäftigungswahrscheinlichkeit bei Sanktionierten fiel geringer aus: Vier Jahre nach der Sanktion lag sie laut Studie für Männer um 3,5 Prozent und für Frauen um 5 Prozent niedriger. Eine Langzeitstudie, die der Verein Sanktionsfrei in Auftrag gegeben hat, belegt zudem, dass Bestrafungen demotivierend wirken und Menschen krank machen.

5 Wie relevant ist die Frage des Arbeitsweges?
Bereits jetzt gelten zweieinhalb Stunden Arbeitsweg (für Hin- und Rückweg) für eine Arbeitszeit von mindestens sechs Stunden als „zumutbar“. Dabei gilt die Zeit für das jeweilige Verkehrsmittel, das einer Person zur Verfügung steht. Die Bundesregierung schlägt vor, dass künftig ein Arbeitsweg von insgesamt drei Stunden als zumutbar gelten soll. Dass diese Änderung einen nennenswerten Effekt haben wird, erscheint unwahrscheinlich. Es gibt viele Gründe, weshalb Menschen keine Arbeit finden. Dass sie keine Stelle in der Nähe ihres Wohnorts finden, ist nur einer von vielen. Laut dem IAB gibt es unter den Leistungsberechtigten zum Beispiel viele, die zwar formal als erwerbsfähig gelten, dies aber aus gesundheitlichen Gründen allenfalls nur sehr eingeschränkt sind. Weitere Hemmnisse sind etwa ein höheres Alter, fehlende Berufsabschlüsse, schlechte Deutschkenntnisse oder Langzeitarbeitslosigkeit.

6 Bürgergeldempfänger*innen in 1-Euro-Jobs bringen – was bringt das?
Die Billig-Job-Idee für Erwerbslose

wurde unter Rot-Grün im Jahr 2005 im Zuge der Hartz-Reformen eingeführt – und sie ist bis heute umstritten. Während Kritiker*innen die Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Jobs befürchten, sehen Befürworter*innen darin eine Möglichkeit, Menschen wieder an Arbeit heranzuführen. Die Bundesregierung möchte die 1-Euro-Jobs nun verstärkt einsetzen bei Personen, „die sich Maßnahmen immer wieder verweigern (Totalverweigerer)“.

Diesen Begriff würde Joachim Wolff vom IAB „am liebsten total verweigern“. Ihm sei nicht klar, „welche Gruppe damit dargestellt werden soll“. Aus der Forschung wisse man, dass 1-Euro-Jobs „hilfreich sein können bei Menschen, die kaum Arbeitsmöglichkeiten haben und schon lange erwerbslos sind“, sagt er der wochentaz. Für andere Personengruppen würden sie sich im Schnitt „eher nachteilig auswirken oder keine Effekte erzielen“.

7 Mit wie viel Einsparpotential wird durch Änderungen im Bürgergeld gerechnet?
Das ist unklar. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 und der Finanzplan bis 2028 werde „nun erarbeitet und voraussichtlich Mitte Juli ins Kabinett eingebracht“, heißt es aus dem Finanzministerium. Bis dahin äußere man sich nicht zu Einzelplänen.

8 Was bleibt vom Bürgergeld?
Mit der Einführung des Bürgergeldes sollte der Abschied von Hartz IV eingeläutet werden: Weniger Bestrafung, mehr Qualifizierung und Begegnung auf Augenhöhe. Mit der Rückkehr zu härteren Sanktionen und weniger Schonfristen, ist eine klare Abkehr von diesem Ansatz zu erkennen.

Anzeige



Dr. med. Mabuse Nr. 265
Ausgabe 3/2024

Schwerpunkt:
Sicherheit

- Hebammengeleitete Geburtshilfe
- Transparente Psychiatrie
- Sicherheitsdienste auf Station
- Praxisnahes Training für die Patientensicherheit
- Letzte Hilfe Kurse u. v. a. m.

Dr. med. Mabuse ist die unabhängige und kritische Zeitschrift für alle Gesundheitsberufe.

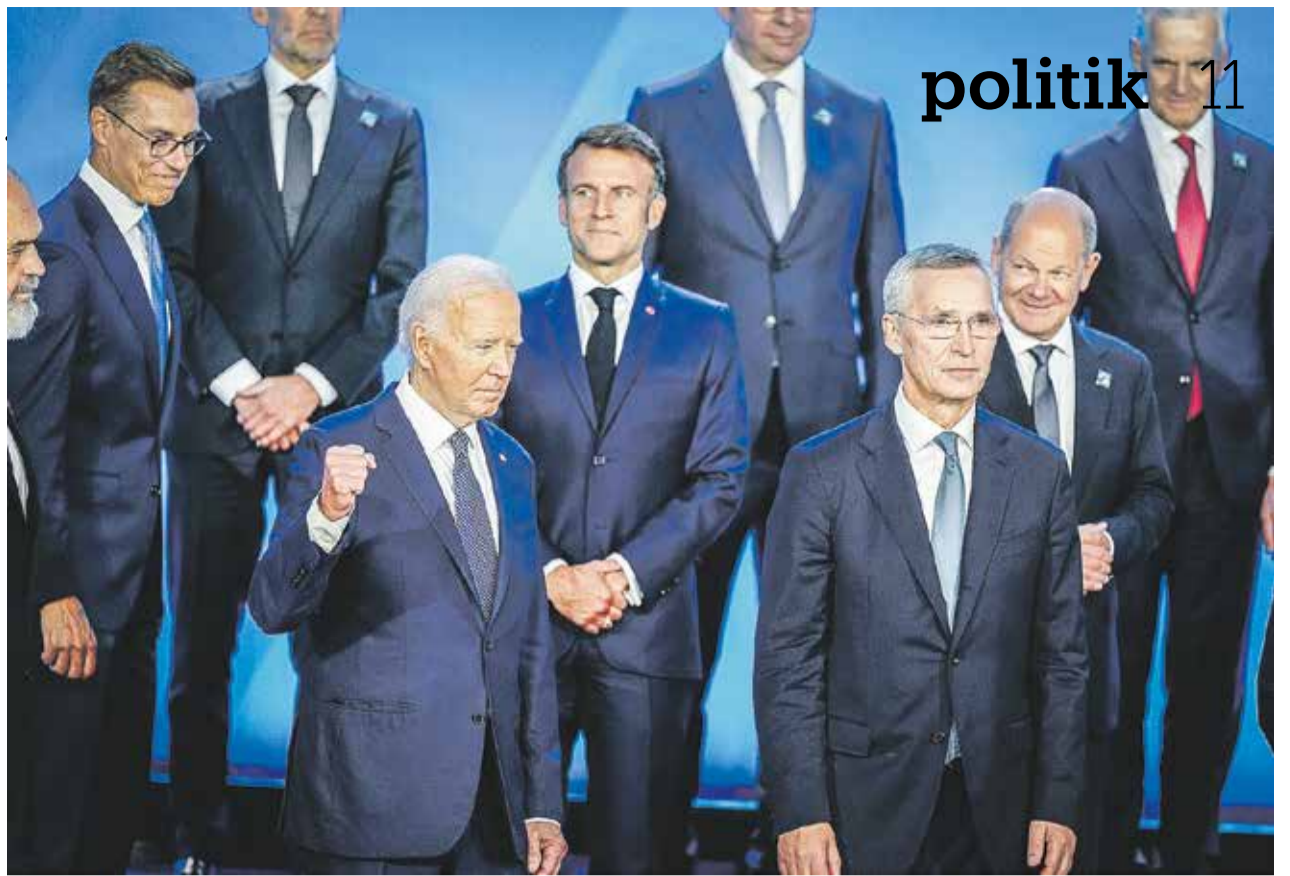
- Einzelheft 13 Euro
- E-Paper 10 Euro

Kostenloses Probeheft und weitere Informationen unter www.mabuse-verlag.de



Die letzte große Party?

Die Nato feiert in Washington ihren 75. Geburtstag. Überschattet wird der Gipfel von Fragen zur Gesundheit von Joe Biden und der Angst vor Trumps Rückkehr. An Deutschland werden große Erwartungen gerichtet



Sieht so Zuversicht aus? Joe Biden ballt die Faust beim Nato-Gruppenfoto Foto: Kay Nietfeld/dpa

Aus Washington **Anna Lehmann**

Das ist im Protokoll so nicht vorgesehen: Als sich die 32 Staatschef:innen zum Auftakt des Nato-Gipfels am Mittwoch in einem Saal in Washington in Dreierreihen zum Familienfoto versammeln und zu Marschmusik die Bühne wieder geordnet verlassen wollen, ruft eine Journalistin: „Präsident Biden, Sir, unterstützt Sie Nancy Pelosi eigentlich noch?“ Die Regierungschef:innen reagieren amüsiert bis schockiert. Joe Biden sagt nichts, ballt nur die rechte Hand zur Faust und schüttelt sie. Eine kämpferische Geste. Der deutsche Bundeskanzler, der hinter Biden steht, schmunzelt.

Anlässlich ihres 75. Geburtstags wollte sich die Nordatlantische Allianz, die zwischenzeitlich schon für hirntot erklärt worden war, nach Russlands Angriff auf die Ukraine aber flugs wiederbelebt wurde, eigentlich so richtig feiern. Die 32 Nato-Mitglieder hatten Partnerländer aus dem Pazifikraum und Influencer aus den sozialen Medien eingeladen. Sie wollten sich ihrer Einigkeit und Stärke versichern, zeigen, dass sie gewillt sind, den Eroberungsfeldzug des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu stoppen und der zündelnden Großmacht China Grenzen aufzuzeigen.

Der Gipfel sollte aber auch Gastgeber Joe Biden dazu dienen, sich, seinem Land und der Welt zu beweisen, dass er es noch draufhat. Doch die Inszenierung wird getrübt. Zum einen durch unabgesprochene „Friedensreisen“ des ungarischen Präsidenten Viktor Orbán nach Russland und China im Vorfeld. „Der Herr Orbán“, wie Scholz ihn nennt, steht dann auf dem Gipfeltreffen zuweilen recht einsam im Raum herum.

Zum anderen durch Szenen wie eingangs beschrieben, die zeigen, wie angeschlagen der 81-jährige Biden ist. Die Frage, ob er auf seine Kandidatur für die US-Präsidentschaftswahl im November verzichtet, überwölbt den Gipfel. Selbst loyale Demokratinnen wie die einstige Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi gehen im Laufe der Woche auf Distanz zu ihm.

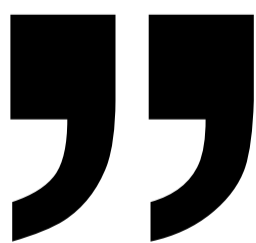
Kaum ein ausländischer Politiker, eine Politikerin, der oder die auf den Pressekonferenzen nicht gefragt wird, wie Biden auf sie gewirkt habe. Ist er fit genug? Bundeskanzler Olaf Scholz versichert zum Abschluss des Gipfels zwar, Biden habe Leadership gezeigt. Doch keine halbe Stunde zuvor hatte Biden den ukrainischen Präsidenten Selenskyj als „Präsident Putin“ begrüßt. Videos zeigen, wie Scholz dabei erstarrt. Geistesgegenwärtig korrigierte sich Biden, aber der Schaden war angerichtet.

Und so hat dieser Nato-Gipfel auch etwas vom letzten Jubiläumfest der DDR. Eine teils schwülstige Inszenierung in einem bombastischen Betonbau. Ein greiser Führer, der sich für unverzichtbar hält und dem die meisten der Eingeladenen dennoch die Treue schwören, weil sie die Alternative fürchten: eine Zeit der Wirren.

Die Aussicht auf ein Militärbündnis, angeführt von einem erratischen Präsidenten Donald Trump, der eine Schwäche für autoritäre Staatschefs hat, den Krieg in der Ukraine binnen zwei Wochen beenden will und Putin bereits dazu einlud, mit alle jenen Staaten, die in seinen Augen nicht genug für Verteidigung ausgeben, zu machen, was „zur Hölle“ er wolle. Wenn Trump die Wahl im November gewinnt, könnte es die letzte große Party des Bündnisses für die nächsten Jahre gewesen sein.

Die USA, militärische und wirtschaftliche Weltmacht, Gründungsmitglied der Nato, sind für das Bündnis unverzichtbar. „Die Amerikaner halten den Laden zusammen, stellen die meisten kritischen Fähigkeiten – sprich Waffen und Ausrüstung – und sorgen mit ihrem Atomwaffenarsenal für die nukleare Abschreckung“, sagt Claudia Major, Sicherheitspolitikexpertin von der Stiftung Wissenschaft und Politik. „Diese uneingeschränkte Führungsrolle kann keiner ersetzen.“

Major glaubt zwar nicht, dass die USA mit einem möglichen Amtsantritt Trumps der Nato den Rücken kehren. „Aber Trump könnte die Nato auch schwächen, ohne auszutreten.“ Europa müsse sich daher wappnen. „Es geht darum, die Nato Trump-fest zu machen.“ Also die europäische Verteidigung so zu organisieren, dass sie auch mit weniger USA auskommt.



„Es geht jetzt darum, die Nato Trump-fest zu machen“

Claudia Major, Expertin für Sicherheitspolitik

Biden mag alt sein, naiv ist er nicht. Auf dem von ihm ausgerichteten Gipfel leitet die Nato einiges in die Wege, um sich gegen Trump zu imprägnieren. Die 32 Staaten einigen sich darauf, die Unterstützung für die Ukraine langfristig sicherzustellen. 40 Milliarden Dollar Militärhilfe soll das Land im nächsten und möglichst auch in den Jahren darauf erhalten. Koordiniert werden sollen diese Hilfen sowie die Ausbildung für die ukrainischen Soldaten nicht mehr aus Washington, sondern künftig aus Wiesbaden.

Zudem will man der Ukraine eine Brücke in Richtung Nato-Mitgliedschaft bauen. Der Weg ins Bündnis sei „unumkehrbar“, heißt es im Abschlussdokument. Wie lang der Weg ist, steht da freilich nicht.

Doch die fundamentalste Änderung wird eher beiläufig lanciert: In Deutschland werden 2026 wieder amerikanische Langstreckenraketen stationiert, 36 Jahre nach Ende des Kalten Kriegs: bunkerbrechende Waffen, die bis Moskau fliegen können. Jener Bundeskanzler Scholz, den seine Partei im Europawahlkampf gerade noch als „Friedenskanzler“ plakatiert hatte, nimmt in Washington bei jeder Gelegenheit das Wort „Abschreckung“ in den Mund.

„Es gibt den nuklearen Schutzschirm, aber es geht ja darum, dass wir daneben einen eigenen Schutz haben – mit Abschreckung, die möglich ist“, sagt Scholz am Mittwochmorgen in Washington. Hinter ihm leuchtet die Kuppel des Kapitols im Morgenlicht.

Die Tomahawks der Amerikaner sollen aber nur eine Übergangslösung sein, bis Deutschland und die Nachbarländer eigene Langstreckenwaffen entwickelt haben, was wohl noch fast 15 Jahre dauern dürfte. Der deutsche Verteidigungsminister unterzeichnete eine entsprechende Absichtserklärung mit den Kollegen aus Frankreich, Polen und Italien.

„Mit wehenden Fahnen in einen neuen kalten Krieg, damit macht die Nato einen großen Fehler“, glaubt Jan van Aken, Referent für Krisen und Konflikte bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ja, die Bedrohung durch Russland müsse ernst genommen werden. „Aber Langstreckenraketen und Überschallraketen sind Angriffswaffen und werden in Russland als Bedrohung wahrgenommen.“ Abschreckung bietet auf Dauer keine Sicherheit, ist van Aken überzeugt.

Die Kritik in den Reihen der Regierungsfractionen hält sich dagegen bislang in Grenzen. Und aus seiner eigenen Partei muss Scholz kaum Widerstand befürchten.

Überhaupt läuft es in Washington für den deutschen Kanzler recht gut. Ist ja auch alles relativ. Gemessen an den verunsicherten US-Demokraten und den politischen Verwerfungen in Frankreich, ist die Ampelkoalition eine grundsätzliche Dreierkoalition. Und Scholz ein Regierungschef, der fest im Sattel sitzt.

Den Haushalt hat seine Regierung in letzter Minute erst mal unter Dach und Fach gebracht. Die Verteidigungsausgaben entsprechen inklusive des Sondervermögens dem 2-Prozent-Ziel der Nato. Auch wenn der Verteidigungsminister grummelt, Scholz wird nicht müde zu betonen, dass man nun dauerhaft 2 Prozent des Bruttoinlands-

produkts für Verteidigung ausgeben, was im Jahr 2028 der stolzen Summe von 80 Milliarden Euro entspräche.

Zudem stellt Deutschland 35.000 Soldat:innen für die Nato ab und eine Brigade zum Schutz der Ostflanke in Litauen. Man gehe „all in“, wie es aus Regierungskreisen heißt.

Wird aus der Mittelmacht Deutschland eine Führungskraft im transatlantischen Bündnis? „Wir sollten uns davor fürchten, dass in Deutschland Leute Verantwortung haben, die den Größenwahnsinn besitzen, zu glauben, sie seien etwas anderes als eine Mittelmacht“, wiegelt Scholz, der als Juso in den 80ern gegen den Nato-Doppelbeschluss demons-

trierte, am Ende des Gipfels ab. Aber natürlich werde man sich der Aufgabe als größtes Land in Europa stellen. „Wir werden, ich werde dieser Verantwortung gerecht werden.“

„Deutschland wird künftig eine zentrale Rolle zukommen“, glaubt auch Sicherheitsexpertin Major. „Viele andere Länder orientieren sich an uns.“

Die Abschlusspressekonferenz von Biden, die erste seit dem TV-Duell gegen Trump, endet im Tumult, weil Biden sich wieder verhaspelt und von „Vizepräsident Trump“ spricht. Da ist Scholz aber schon auf dem Weg zum Flughafen. Wer weiß, wem er beim nächsten Gipfel die Hand schüttelt. Und ob er dann schmunzelt.

Anzeige

Sogar die Tage scheinen länger

Wie wir bewusster mit unserer Zeit umgehen



Jetzt im Handel



oder hier bestellen



FACHWISSEN SEIT 1974

PSYCHOLOGIE HEUTE

Unsortiert im Hinterland

Heckentheater im brandenburgischen Rheinsberg – Kurt Tucholsky, der CSD und eine Bürgermeisterfigur



Erster Juni, erster CSD – 400 Leute, keine Zuschauer



Kommunalwahlkampf 2024 Fotos: Markus Liske

Aus Rheinsberg **Manja Präkels**

Frühsummer in der Mark. Kleinstadt. Ein Schloss am See. Mit Park. Mit Kammeroper, Musikakademie und Schiffsanleger. Die Gegend lockt mit Rad- und Wasserwegen durch wildwuchssatte Landschaften. Der Verkehr mit Fremden ist hier eingeübt. Und ausgeübt wird er mitunter von fremdenfeindlichen Gestalten. Sagt man. Aber das ist ja nichts Neues. Die Stadt war immer mal wieder in den Schlagzeilen: Überfall auf den Museumsleiter. Hakenkreuze am Uferweg. Prügeleien im Neubaugebiet. Normal. Ein Ort wie andere. Rheinsberg ist nur schöner.

Hauptsaison. Die Lokale der Innenstadt sind ausgebucht. Kellnerinnen am Limit. Köche im Hitzeschock. Einheimi-

sche und kundige Touristinnen ohne Reservierung weichen nun in die Rhin-Passage aus, wo ein griechisches Restaurant als Überlaufbecken fungiert. Sein voller Außenbereich trotz der Trostlosigkeit der verwaisten Einkaufsmeile. Urlaubsverwahrlaste Wasserwanderer schaukeln aufreizend mit ihren Badeschlappen. Akkurat gekleidete Kleinfamilien aus der Nachbarschaft werfen Todesblicke. Doch Ignoranz schlägt Streitlust. Das ist auch ein Verdienst der Betreiberfamilie. Mit Augenmaß und nicht ohne Humor werden Ouzos hier taktisch verteilt. Eine Frau am Nachbarstisch beginnt jeden ihrer Wortbeiträge mit „wie gesagt“.

Was trotzdem dringend noch gesagt werden muss, darüber sind sich die Leute auf dem Rheinsberger Kirchplatz we-

nige Tage später einig. Vertreterinnen eines Bündnisses aus SPD, CDU, Grünen, Linken und Piraten wollen mit einer Veranstaltung auf das abenteuerliche Agieren des Bürgermeisters aufmerksam machen, das akut und ohne Not die Existenz des renommierten Kurt-Tucholsky-Literaturmuseums gefährdet. Frank-Rudi Schwochow (BVB/Freie Wähler) verweigere sich der Anerkennung von Mehrheitsbeschlüssen, heißt es in mehreren Reden. Der Bezichtigte hört sich das aus der sicheren Entfernung einer Parkbank an. Schweigend. Er redet lieber allein.

Zum Beispiel auf seinem Youtube-Kanal – Motto: „Anständig bleiben“. Dort spricht er Wählerinnen und Wähler regelmäßig direkt aus der Amtsstube an und bedient sich altbekanntem Mus-

ter: Die da oben. Wir hier unten. Ich für euch. Die Rhetorik eines friedliebenden Volkstribuns lässt keinen Platz für Zweifel, Widersprüche, Ambivalenzen. Es gibt kein Lächeln auf diesem Kanal. Die Welt ist klar sortiert.

Am Folgetag ist was los in der Stadt, etwas gänzlich Neues. Unsortiertes. Die Straße färbt sich bunt. Regenbogenfahnen an Besenstielen, auf Taschen, in Gesichtern bieten den üblichen Pastellönen brandenburgischer Innenstadttzüge Paroli. Neu sind auch Plakate an Bäumen und Masten, die den späteren Kriegerkönig Friedrich II. auf rosafarbenem Grund mit dem ersten Rheinsberger CSD verbinden. Als „junger Fritz“ hatte

er hier in heimlich schwuler Beziehung mit seinem Freund Katte gelebt. Heute aber soll es keine Heimlichkeiten geben. Fast 400 Menschen sind gekommen. Es riecht nach Sonnencreme und Bratwurst. Bunt bemalte, mittelschreie und ganz stille Menschen halten Schilder, auf denen steht: „Sei ein Mensch“. Oder: „Sozial statt brutal“. Immer wieder skandieren einige das Festmotto: „Aufstehen, Hand in Hand. Es gibt ein queeres Hinterland!“ Ihre fröhlich fordernde Präsenz steht einer unübersehbaren Leere am Straßenrand entgegen. Wo ist bloß die schöne Schaulust hin? Die Neugierde? Leere Fenster. Kaum Gardinen zum Dahinterstehen.

Hinter einem dieser Fenster hatte ich Mitte der Neunziger meine erste Begegnung mit Rotwein trinkenden Menschen vor

Bücherregalen gehabt. Eine Art Post-Ost-Boheme-Treffen. Eine der Gastgeberinnen war meine Kollegin in der Lokalredaktion der *Märkischen Allgemeinen Zeitung*. Ihre Lebensgefährtin arbeitete im Tucholsky-Museum. Staunend hockte ich damals dabei. Menschen gleichen Geschlechts küsst und berührt sich nicht nur in Gedanken. Zehn Jahre später betrieb die Kollegin eine Galerie Zitronengrau in der Altstadt und bot mir Schreibasyl in ihrer queeren Wohngemeinschaft. Als auffällig empfand ich bei beiden Besuchen die Diskrepanz zwischen drinnen und draußen. Auf der Straße gingen alle auf Distanz zueinander. Aus Gründen.

Die Sittenwächter von damals sind in die Jahre gekommen und erinnern sich beim Griechen: Das sei alles so krass gewesen. „Weefste noch!“, haufen sie sich klatschend auf die nackten Oberarme. „Warste da ooch bei-jewesen?“ Geschichten von Suff, Kloppe, Nuppen, Koks und Randalen. Die im Neubaugebiet zum Beispiel, die mit den Tschetschenen, die damals durch die Presse ging. Massenschlägerei mit sieben Verletzten. Klärung von Verhältnissen. Wir und ihr. Leider kann man die vollverschleierte Frauen im Supermarkt nicht nach ihrer Sicht der Dinge fragen. Die Bärte ihrer Männer sind lang und Gesetz.

Die deutschen Veteranen am Restaurantstisch tragen keine Bärte und auch sonst wenig Haar. Sie überlegen laut, sich für den CSD „die Glatzen frisch

zu scheren“. Ihre Frauen drängen zum Aufbruch, streichen die Tischdecken glatt. Stühle rücken. Unterhaken. Erst an der Kreuzung trennen sich die Wege in die verschiedenen Eigenheimviertel der Stadt.

Am Tag des CSD sind sie dann doch nicht zu sehen. Nur Bürgermeister Schwochow hockt wieder stumm in sicherer Entfernung. Direkt vor der Kommunalwahl landet seine Antwort auf die Vorwürfe gegen ihn als Wurfesendung der Fraktion BVB/Freie Wähler in den Rheinsberger Briefkästen. Fett gedruckt wird darin vor einem „Einheitsbündnis“ gewarnt: „Wer am 09.06. SPD, CDU oder Die Linke wählt, bekommt am Ende Die Grünen.“

Und das Tucholsky-Museum? Als der Bote des Kreistags mit dem Vertrag zur Sicherung des Museums vor der Rathauspforte stand, ließ ihn niemand ein. Das Dokument, ein Ergebnis ausgiebiger Verhandlungs- und Abstimmungsprozesse, verfiel am Folgetag. Frist verstrichen.

Ginge es nach Schwochows Willen, würde das dem Antifaschisten Tucholsky gewidmete Museum bald unter der Abteilung für Tourismus subsumiert. Dass dort ein einschlägig bekannter Rechtsextremist arbeitet, geschenkt. Das Ausflugsziel kann bleiben, Wissenschaft und Zeitkritik ade.

Die Wahl ist vorüber, der Streit ist es nicht. Schwochows von 44,6 Prozent der Rheinsberger gewählte Fraktion hatte die konstituierende Sitzung des Rheinsberger Stadtparlaments am vergangenen Montag wegen mehrerer Wahlbeschwerden der anderen Parteien platzen lassen. Ein Eklat. Für die Urlauber scheint das nicht von Belang. Die Kulisse bezaubert weiter. Verliebte rudern überm See. Ausflugsschiffe legen an. Wie schrieb Tucholsky: „Die Grausamkeit der meisten Menschen ist Phantasielosigkeit und ihre Brutalität Ignoranz.“

ost wählen 2024



Manja Präkels ist Schriftstellerin und lebt in Berlin. Als eine von drei „Überland-schreiberinnen“ dokumentiert sie bis Ende August an

dieser Stelle im Wechsel mit Tina Pruschmann und Barbara Thériault ihre Reisen durch Ostdeutschland – ein Projekt der Uni Leipzig, finanziert von der VW Stiftung. Die Texte sind Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Stadtgespräch
Michael Braun
aus Rom



Hallo Taxi? Von wegen. Die sind Mangelware in der italienischen Hauptstadt. Vom Lenkradproletariat kann aber keine Rede sein. Viele Fahrer sind recht privilegiert

Das kennt man überall in Europa: In der Neujahrsnacht ist kein Taxi zu haben, weil zu viele gefeiert und getrunken haben und dann nach Hause gefahren werden wollen. In Rom liegen die Dinge ein wenig anders – hier ist immer Neujahr, wenn es um Taxis geht. Tourist*innen werden sofort unangenehm überrascht, kaum sind sie an der Stazione Termini dem Hochgeschwindigkeitszug entstieg. Vor dem Bahnhofsgebäude dürfen sie sich einreihen in die Schlange derer, die auf ein Taxi warten – an schlechten Tagen ist die gern 100 Meter lang.

Gerade jetzt, im Juli, ist das alles andere als ein Vergnügen. Mittags marschiert das Thermometer Richtung 38 Grad im Schatten, die Schlange stehenden Menschen jedoch sind der prallen Sonne ausgesetzt, versuchen den Kopf mit Handtüchern zu schützen, fluchen auf Italienisch, Deutsch oder Spanisch.

Gut gelaunt ist dagegen der Fahrer. Auf die verärgerte Nachfrage, wieso nirgends ein Taxi zu finden

sei, hat er sofort die Antwort parat. Nein, das stimme nicht, was die Stadtverwaltung da behauptete: dass in der 3-Millionen-Einwohner-Stadt samt ihren Heerscharen von Tourist*innen schlicht zu wenige der weißen Wagen unterwegs seien. „Wir sind nicht zu wenige, der Verkehr ist einfach zu dicht; und außerdem fehlen öffentliche Verkehrsmittel“, behauptet er. Die Stadt solle erst mal diese Probleme lösen, dann seien ganz von selbst auch genug Taxis da.

Schon seit Jahren versucht der Bürgermeister, den immer kampfbereiten Taxifahrgewerkschaften das Ja zu neuen Lizenzen abzutrotzen. Gut 7.800 Lizenzen gibt es bisher, jeder Wagen ist aber bloß acht Stunden am Tag unterwegs. Jetzt hat die Stadt endlich die Zustimmung der Taxigewerkschaften zur Ausgabe von 1.000 neuen Lizenzen erreicht.

Nötig sind sie allemal. Nicht bloß die Gäste leiden unter dem Mangel, auch die Römer*innen selbst wissen ein Lied vom Missstand zu singen: dass jeder zweite Anruf bei einer der Taxizentralen nicht entgegen-

genommen oder nach ewiger Wartezeit mit der Auskunft beschieden wird: „Leider kein Wagen verfügbar.“

Dennoch sperren die Fahrer sich jahrelang gegen die Aufstockung der Zahl der Fahrzeuge, mit der Behauptung, ihr sowieso schon schmales Einkommen werde dann einbrechen. Und die Zahlen der Steuerbehörde scheinen ihnen recht zu geben. In Rom erklären sie beim Fiskus ein mageres Bruttojahreseinkommen von 15.000 Euro, macht 1.250 Euro pro Monat, brutto wohl-gemerkt.

In Kontrast zu dieser Zahl steht, dass die Taxilizenzen auf dem freien Markt für Preise zwischen 130.000 und 160.000 Euro gehandelt werden. Ein Fahrer müsste zehn Jahre unterwegs sein, um die Lizenz abzuzahlen, ohne nur einen Cent für den Lebensunterhalt übrigzuhaben. Im Kontrast zur behaupteten Armut steht auch, dass das angebliche Lenkradproletariat in Rom nur aus Italiener*innen besteht. Reporter einer TV-Sendung, unterwegs mit versteckter Kamera bekamen von den *Tassisti* andere Auskünfte, von Monatsentnahmen, die über 3.000 und im Dezember auch bei 9.000 Euro liegen. Kein Wunder, die Wagen sind immer voll ausgelastet.

Einen treuen Alliierten hatte der Berufsstand in der italienischen Rechten, die die Privilegien der Fahrer*innen immer verteidigte. Auch der Mann am Steuer, der behauptete, es gebe nicht zu wenige Taxis, ist keine Ausnahme. Klar habe er Giorgia Meloni gewählt, bekennt er stolz, „ihre Partei hat immer an unserer Seite gestanden“.

taz blogs

Nicht zu fassen... aber zu lesen.

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen Sie auf den Blogs der taz: taz.de/blogs

Bedingung des Erfolgs

Originalität, Strenge und Imitation: Die Geschichte der Frankfurter Schule ging nicht mit Adorno zu Ende. Jörg Später charakterisiert in seinem Buch die intellektuellen Erben



Beerdigung Theodor W. Adornos am 13. 8. 1969: in der Mitte Max Horkheimer, links Gretel Adorno Foto: Abisag Tüllmann/bpk

Von Robert Zwarg

Kritische Theorie“ mit großem oder kleinem k, „Frankfurter Schule“, „Frankfurter Kreis“ oder „Institut für Sozialforschung“, all das sind Kollektivbezeichnungen, mit denen versucht wurde, das Werk und die Wirkung von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und anderen in einer über den Einzelnen hinausgehenden Perspektive auf den Begriff zu bringen.

Sie streben gleichwohl sachlich und historisch auseinander: Das kapitalisierte K legt den Schwerpunkt auf die verbindliche Programmatik, statt nur eine kritische Theorie unter anderen ins Auge zu fassen (wobei Horkheimer, auf den der Begriff zurückgeht, ihn zunächst mit kleinem k schrieb); die der Nachkriegszeit entstammende Rede von der „Frankfurter Schule“ war einerseits Fremdbezeichnung und andererseits eine Erinnerung an die von Adorno und Horkheimer durchaus unternommenen Versuche der Traditions- und Schulbildung; und der Name „Institut für Sozialforschung“ hebt den institutionellen und wissenschaftspolitischen Rahmen hervor, in dem – oder gegen den – sich die Ideen entfalten. Sie alle fokussieren und verdecken zugleich.

Dass sich die Verbreitungs- und Verwandlungsgeschichte der Ideen Adornos als Konflikt der genannten Denominationen erzählen lässt, zeigt Jörg Späters Studie „Adornos Erben. Eine Geschichte der Bundesrepublik“. Es handelt sich um ein materialreiches Panorama, dessen zentrale Motive die Zerstreuung und die Verwerfungen einer Tradition sind.

Die im Titel platzierte Metapher des Erbes impliziert nicht nur den Tod, in diesem Fall den Tod Adornos am 6. August 1969, mit dessen Beerdigung

das Buch einsetzt. Sie evoziert auch den Streit, der sich um Hinterlassenschaften nicht selten entzündet. Bereits am Tag, als Adorno zu Grabe getragen wurde, veröffentlichten 33 Studentinnen und Studenten des Philosophen einen ahnungsvollen Brief: „Hinter der Stilisierung Adornos zum ehemaligen Geistesheroen wie zum politischen Verführer steht das eindeutige Interesse, kritische Theorie zu liquidieren. Dagegen werden wir deren Intention in Zukunft auch im Rahmen universitärer Institutionen weiterführen.“ Der Streit um Verwässerungen, Leerstellen oder Missverständnisse sollte fortan zum Nachleben der Kritischen Theorie dazugehören.

Hörbar ist ein gewisses Amusement über die Vehemenz, mit der „traditionsintern“ gestritten wurde

Späters Buch stellt 12 Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt, geboren zwischen 1923 und 1937, die alle zwischen 1949 und 1962 am Institut für Sozialforschung arbeiteten oder studierten, und denen die Darstellung in sich verschiebenden Intervallen chronologisch folgt. Darunter berühmte Namen wie Jürgen Habermas und Alexander Kluge, aber auch Figuren, die bisher weniger beachtet wurden.

Solitäre wie der 2011 verstorbene Philosoph Karl-Heinz Haag, der bei Max Horkheimer promovierte und habilitierte und dessen wenige, auf der Grundlage detaillierter Kenntnis enorm verdichteten Veröffentlichungen, wie „Der Fort-

schrift in der Philosophie“, lange Zeit ein Geheimtipp blieben. Als das Buch 1983 erschien, hatte Haag die Universität bereits seit 12 Jahren verlassen.

Oder die Literaturwissenschaftlerin und Soziologin Elisabeth Lenk (1937–2022), die bei Adorno eine Dissertation über den Surrealismus begann, im SDS und später im Umfeld der feministischen Zeitschrift *Die Schwarze Botin* aktiv war und mit „Die unbewusste Gesellschaft“ (1983) ein viel zu wenig wahrgenommenes Buch über den Traum als genuine ästhetische Form geschrieben hat. Oder der leidenschaftliche Philologe Rolf Tiedemann (1932–2018), Herausgeber der Gesamten Schriften Adornos und – gemeinsam mit dem ebenfalls vertretenen Hermann Schwepenhäuser – Walter Benjamins.

Die Wege von Späters Protagonistinnen und Protagonisten führten häufig weg aus Frankfurt, in die Provinz. Nach Lüneburg, wo sich um Schwepenhäuser ein Kreis bildete, zu dem unter anderem Christoph Türcke, Eike Geisel und Wolfgang Pohrt gehörten; oder nach Hannover zu der feministischen Sozialpsychologin Regina Becker-Schmidt und dem Soziologen Oskar Negt; dorthin, wo es sich abseits der zunehmend auch stadt- und hochschulpolitisch verwerteten und domestizierten Erblast zuweilen leichter und freier denken ließ. Gleichwohl konnten diese Wege sowohl weg vom Terrain der Kritischen Theorie führen, wie bei Helge Pross, Herbert Schnädelbach und Jürgen Habermas, als auch näher an die Tradition heran, die in der etablierten Wissenschaftslandschaft zunehmend als anachronistisch und pessimistisch galt.

Durch diese Differenzen hindurch verdeutlicht „Adornos Erben“ retrospektiv vor allem die Kontingenz der Kritischen Theorie, den nicht wiederholbaren

Zufall des, wie Wolfgang Pohrt über Adorno schrieb, „Staatsfeinds auf dem Lehrstuhl“ und die wenigstens zeitweise gelingende Entfaltung des „Antiinstitutionellen in der Institution“ (Oskar Negt). Zugleich zeigt das Buch, wie sehr auch die akademischen Nischen in der Provinz von hochschulpolitischen Prozessen getragen waren, die spätestens mit der neoliberalen Umstrukturierung der Universitäten zu Ende gegangen sind.

Was eine der Gegenwart angemessene Kritische Theorie sein könnte, ist nicht die zentrale Frage Jörg Späters, der dezidiert die Rolle des Chronisten einnimmt (das Buch beruht neben den Primärquellen auf zahlreichen Nachlassmaterialien und Interviews). Hörbar ist manchmal ein gewisses Amusement über die Vehemenz, mit der „traditionsintern“ gestritten wurde, und über die Bewunderung, die Adorno von seinen Schülerinnen und Schülern entgegengbracht wurde, die bis zur Imitation reichte.

Der Philosoph zeigte sich diesbezüglich gelassen: „Originalität ist nichts, was vom Himmel fällt, sondern entfaltet sich in einer gewissen Kontinuität.“ Gerade im Streit über diese Kontinuität setzt sich darum etwas von der Kritischen Theorie selbst fort. 1937, als das durch die Nationalsozialisten erzwungene Exil den institutionellen Rahmen höchst prekär gemacht hatte und das Schicksal des Instituts unklar war, schrieb Max Horkheimer, die „möglichst strenge Weitergabe“ der Kritischen Theorie sei eine „Bedingung ihres geschichtlichen Erfolgs“. Und bis dahin wäre auch der „Kampf um ihre richtige Fassung und Anwendung“.

Wem es darum noch zu tun ist, dem sei Jörg Späters Buch empfohlen: als Chronik der Kontinuitäten und Diskontinuitäten, in den Originalität sich entfalten kann.



Tania Martini
Martini Shot

Welche Linke wollt ihr?

Die Autorin ist Redakteurin für das Politische Buch und Diskurs.

Didier Eribon war gerührt, als auf der Pariser Place de la Bataille-de-Stalingrad das alte Arbeiterlied „Ma France“ des Kommunisten Jean Ferrat erklang. Jean-Luc Mélenchons *La France insoumise* (LFI) hatte dorthin zur Wahlparty geladen. Le Pens Rassemblement National war vom neuen Linksbündnis verhindert worden – das war die erleichternde Nachricht, da konnte schon ein wenig Pathos aufkommen. Chansonnier Ferrat war elf Jahre alt, als sein jüdischer Vater, der vor russischen Pogromen nach Frankreich geflüchtet war, verschleppt und in Auschwitz ermordet wurde. Der kleine Jean überlebte dank kommunistischer Widerstandskämpfer, die ihn versteckten.

Mélenchon geriert sich selbst gerne als potenzielles Opfer von Faschisten. Das soll das rote Dreieck, das er häufig an seinem Revers trägt, wohl ausdrücken, während er und viele seiner Mitstreiter die Solidarität mit Juden aufgekündigt zu haben scheinen. Den jüdischen Dachverband CRIF nannte er eine „aggressive Gemeinschaft, die den Rest des Landes belehren will“. Einer seiner Genossen fand, dass die Vergewaltigung eines jüdischen Mädchens in Courbevoie zu sehr in den Medien thematisiert wurde. Und Rima Hassan, die man oft an Mélenchons Seite sieht, verkündete, der jüdische Staat ließe palästinensische Gefangene von Hunden vergewaltigen und stähle ihre Organe.

An diese und weitere Ungeheuerlichkeiten aus den Reihen der LFI und anderer Parteien aus dem neuen Linksbündnis erinnern nun 100 französische Intellektuelle in einem offenen Brief und fordern, den Nouveau Front populaire zu blockieren. Ob das eine gute Idee ist, darüber lässt sich streiten; nicht zu leugnen ist, dass LFI den antijüdischen Hass in Kauf nimmt. Im offenen Brief spricht man gar von einer antijüdischen Wahlstrategie; unterschrieben haben ihn bekannte Intellektuelle wie Boualem Sansal, Georges Bensoussan, Pierre-André Taguieff sowie Daniel Knoll, dessen alte Mutter, die die Schoah überlebt hatte, 2018 in ihrer Wohnung von einem Nachbar aus antisemitischen Motiven ermordet wurde. „Es ist kein Verdienst, den Antisemitismus der Vergangenheit zu verurteilen, wenn man gegenüber dem Antisemitismus der Gegenwart nicht unerbittlich ist“, so die Unterzeichnenden.

Jan Philipp Reemtsma zeigte kürzlich in einer brillanten Rede, die gerade in einem kleinen Band in der Hamburger Edition erschienen ist („Sagt, hab ich recht?“), wie im Grunde stets „am Antisemitismus den Juden die Schuld“ gegeben wird. Die Frage, ob jemand Antisemit ist oder ab wann Israelkritik Antisemitismus ist, verwirft er zugunsten der Frage, „welcher Argumentationsmuster sich eine bestimmte politische Agitation bedient, welche Affekte sie stimuliert“.

Welche Affekte stimulieren Mélenchon und seine Genossen? Will man eine Linke, die antijüdische Ressentiments schürt oder dazu schweigt? Mit Hannah Arendt geantwortet: „Those who choose the lesser evil forget very quickly that they chose evil.“



Jörg Später: „Adornos Erben. Eine Geschichte aus der Bundesrepublik“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2024, 760 Seiten, 40 Euro

Anzeige

Autismus-Insight – Praxishilfe aus erster Hand



265 Seiten, broschiert

Die Autorin vermittelt grundlegendes Wissen über Autismus-Spektrum-Störungen aus »autistischer Innensicht«. Sie zeigt pädagogische Handlungswege für Lehrkräfte auf, um Schüler:innen im Autismus-Spektrum besser zu unterstützen.

beltz.de/schule

BELTZ

bundes **talk** 



bundestalk

Was können wir von Frankreich lernen?

Das demokratische Spektrum schaffte es, einen rechtsextremen Wahlsieg abzuwenden. Können das die anderen EU-Länder auch? Darüber diskutiert **Bernd Pickert** mit **Tanja Tricarico**, **Rudolf Balmer** und **Sabine am Orde**.

Jetzt hören!



Shi Ming
Fernsicht – China

Nur noch ziemlich beste Freunde: Xi und Putin

Wie selten zuvor breitet sich in Chinas sozialen Netzwerken eine Welle nervösen Interesses an Ereignissen und Entwicklungen aus, die sich jenseits der Landesgrenzen zutragen. Nicht länger die eigenen Pläne, im Leben voranzukommen, nicht mehr die bedrückende Situation an den Börsen im Lande, die so viele Millionäre über Nacht in „blanke Stöcke“ (Bettelarme) verwandelt – was zählt, ist der Wahlsieg von Labour in Großbritannien.

Der neue Premierminister Keir Starmer berief gleich eine Sitzung ein, auf der auch die antichinesische Außenpolitik unterstrichen wurde. In Frankreich blieb Marine Le Pen nun doch weit hinter dem erhofften Wahlergebnis zurück. Wie schade! Hätte sie doch sonst den lästigen Europäern gerne weiter in die Suppe spucken können, wie es unser Freund Viktor Orbán – diese Woche zu Besuch auch in China – regelmäßig tut. Und in den USA strauchelt Präsident Joe Biden zusehends. Wobei hier gar nicht sicher ist, ob er oder sein Gegenkandidat von uns Chinesen zu bevorzugen wäre.

Unter all den Ungewissheiten zeigt sich die Ungewissheit über Chinas Freund Russland als umso vielsagender. So kam Ende April die Meldung, dass die Philippinen – die mit China um etliche Inseln im Südchinesischen Meer

Was haben Modi und Putin hinter verschlossener Tür zu beraten?

streiten, wobei es praktisch jeden Tag zu einem bewaffneten Konflikt kommen könnte – Hypersonic-Raketen vom Typ BrahMos aus russisch-indischer Produktion erhalten. Ein Handel, der irritiert. Warum sollte unser Feind von unserem Freund in Moskau mit Marschflugkörpern versorgt werden?

Und dann ist da noch dieser Inder namens Narendra Modi. Dem jüngsten Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) in Kasachstan, da, wo Chinas Präsident Xi Jinping wie ein Kaiser allen zentralasiatischen Staaten Audienz gewährte, blieb er fern. Dafür besuchte Modi Russland, das im Gegensatz zu Indien bei dem Gipfel in Astana sehr wohl vertreten war. Was haben Modi und Wladimir Putin hinter verschlossener Tür zu beraten? Geht es möglicherweise um und gegen China? Der Verdacht könnte nicht zuletzt mit Blick auf die russisch-indische Raketenlieferung an Manila aufkommen.

Und es bleibt gar nicht bei den Philippinen oder Indien. Putin hatte zuvor auch Vietnam einen Staatsbesuch abgestattet. Wie es hieß, konnte Hanoi sich Russlands Unterstützung für Vietnams Ansprüche im Südchinesischen Meer gegen China sichern, speziell auf die Spratly-Inseln. Spuckt Putin uns Chinesen also auch hier in die Suppe, allen heiligen Versicherungen zum Trotz, dass Moskau China ein verlässlicher strategischer Partner sei?

Der Verdacht verdichtete sich weiter, als diese Nachricht wie ein Lauffeuer durch Chinas soziale Netzwerke ging: Nordkorea, das Mitte Juni für Putin den roten Teppich ausgerollt hatte und ihn als den dicksten Freund Pjōngjangs (aufgepasst: nicht Chinas!) feierte, schaltet seine satellitengestützte Kommunikation vom chinesischen System auf ein russisches System um. Die Nutzung des Satellitensystems ist ein deutlicher Vertrauensbeweis. Bei den Russen, so das Signal, ist die Kommunikation in besseren Händen.

Und damit fühlte sich bestätigt, wer schon vorher argwöhnte: Putin spannt uns Chinesen unseren letzten Partner aus, und zwar genau da, wo wir ihn am dringendsten brauchen – als Beißhund gegen Südkorea und Japan.

Überraschend bleibt Zensur aus, selbst wenn manche Mutmaßungen in puncto Russland klar gegen die offiziöse Politik stehen. Grund dafür könnte sein, dass jetzt wenigstens keiner mehr die Arbeitslosigkeit thematisiert, die unter jungen und gebildeten Menschen wieder die Marke von 20 Prozent erreicht hat.

Shi Ming ist 1957 in Peking geboren. Er lebt seit 1989 in Deutschland und arbeitet als freier Autor. In seinen Texten setzt er sich mit dem politischen Geschehen und der gesellschaftlichen Entwicklung in seiner Heimat auseinander.

Es ist ein Spruch, der in allen US-Wahlkämpfen der vergangenen Jahrzehnte immer wieder zu hören war: „Das ist die wichtigste Wahl unseres Lebens“ – „the most important election of our lifetime“. Im Unterschied zu früher stimmt er in diesem Jahr.

Donald Trumps Partei hat mit den Republikaner*innen aus den Zeiten von Reagan und den Bushs nichts mehr zu tun. Auch deren Präsidentschaften waren katastrophal – aber sie waren kein Startschuss für Rechtsradikale weltweit, zum Endkampf gegen die Demokratie anzusetzen. Trump 2 wäre genau das.

Und genau in diese Wahlen gehen die US-Demokrat*innen schwächer denn je. Seit der verheerenden TV-Debatte zwischen Joe Biden und Donald Trump sind die schon lange bestehenden Zweifel daran, dass Biden die Wahl gewinnen und dann auch noch regieren kann, ins Unermessliche gewachsen.

Millionen von Zuschauer*innen fühlten sich an die eigenen Erfahrungen mit in die Verwirrung abgleitenden Eltern oder Großeltern erinnert. Jeder Auftritt des US-Präsidenten, kürzlich seine Pressekonferenz zum Abschluss des Nato-Gipfels in Washington, wird mit angstvollem Zähneklappern begleitet. Fernsehsender lassen die Auftritte nicht von Expert*innen in Außen- und Sicherheitspolitik kommentieren, sondern von Neurolog*innen und sonstigen Mediziner*innen. Aus dem Lager der Demokratischen Partei kommen jeden Tag neue Kongressabgeordnete und Spender*innen hinzu, die von Biden fordern, auf die Kandidatur zu verzichten. So beschädigt wie Biden vier Monate vor der Wahl sind sonst nicht einmal Kandidat*innen nach grausamen Vorwahlschlachten.

Der Präsident hingegen versichert ein ums andere Mal, im Rennen zu bleiben – und wenn er bei einem Auftritt lediglich

ein paar Namen verwechselt, sei alles so gut gelaufen, dass es keinen Grund gebe, noch über Ausstiegsszenarien nachzudenken. Dabei läuft die Zeit den Demokrat*innen davon. Donald Trump hingegen hält sich zurück. In den Tagen seit der TV-Debatte hat Trump die Öffentlichkeit gemieden und die Selbsterlegung der gegnerischen Seite samt liberaler Medien still genossen.

In der kommenden Woche allerdings wird sich das ändern: Am Montag beginnt der republikanische Parteitag. Es ist bezeichnend für diesen Wahlkampf, dass die damit verbundene TV-Zeit, normalerweise von der gegnerischen Seite missgünstig benedigt, diesmal als eine Chance gesehen wird. Trump ist ohnehin das wichtigste Wahlkampfargument der Demokrat*innen: Gut, dass mal wieder über ihn berichtet wird. Durchatmen. Aber eine erfolgversprechende Strategie für den November ist das nicht.

Kommentar von **Bernd Pickert** zur Diskussion über die US-Präsidentschaftskandidatur Joe Bidens

Zähneklappern ohne Strategie



Kommentar von **Sabine am Orde** zur Kanzlerkandidatur der Grünen

Einen Besseren haben sie nicht

CDU-Chef Friedrich Merz, der so gern gegen die Grünen Holz, dürfte Robert Habeck in diesen Tagen beneiden, ein bisschen zumindest. Der Wirtschaftsminister wird Kanzlerkandidat der Grünen. Das ist zwar nicht formal besiegelt, steht aber fest, seit Annalena Baerbock verkündet hat, nicht länger um den Job zu kämpfen. Man kann ihr Vorgehen elegant nennen, wie in dieser Zeitung geschehen. Man kann aber auch von einer gehörigen Portion Hybris sprechen, ihre einsame Entscheidung via CNN am Rande des Nato-Gipfels öffentlich zu machen. Zumal die Chancen der beiden dieses Mal nicht ausgeglichen waren, sondern es ohnehin auf Habeck zulief.

Aber das ist letztlich unwichtig: Mit Baerbocks Interview haben die Grünen, wie schon vor der letzten Bundestagswahl, das Thema ohne viel öffentliches Gezerre abgeräumt – ein innerparteilicher Machtkampf samt möglicher aufreibender Mitgliederbe-

fragung bleibt aus. Ob die Union das hinkriegt, ohne ein Drama wie vor vier Jahren zu wiederholen, muss sie erst noch unter Beweis stellen.

Für die Grünen ist das richtig und gut. Alles andere hätte die ohnehin gebeutelte Partei noch geschwächt. Das Ergebnis der Europawahl war schlecht, die jungen Wähler*innen laufen den Grünen weg, unter ihnen rutschte die Partei auf bis zu 11 Prozent ab – das ist Kernklientel. Ihr Ziel, das „Ausgreifen“ auf weitere Wähler*innengruppen, ist erst einmal gescheitert. Schlimmer noch: Laut Umfragen können sich immer weniger Wähler*innen vorstellen, überhaupt je für die Grünen zu stimmen.

Klar, das liegt an der Weltlage, an einer von vielen Krisen ermüdeten Gesellschaft und an schwierigen Kompromissen in der Koalition. Aber eben auch an hausgemachten Fehlern wie bei Habecks Heizungsgesetz und Lisa Paus' Kindergrundsicherung, die

von der Grünen selbst erst überhört und dann von der Koalition geschreddert wurde.

Wie sie da rauskommen, darüber herrscht parteiintern Ratlosigkeit, auch wenn so mancher Realo jetzt Realozeugs sagt und manche Linke Linkes zu bedenken gibt. Verwunderlich ist das nicht. In der Mitte die Popularität mittels Kompromissbereitschaft und Dialog zu erhöhen und dabei die Kernwähler*innen nicht zu verschrecken gleicht schon in guten Zeiten einer Quadratur des Kreises. Leider sind die Zeiten gerade nicht gut.

Und das soll jetzt ausgerechnet der mitunter selbstverliebte Robert Habeck richten, der manchmal zu schnell Kompromisse eingeht, schwere Fehler machte und verhasst in Teilen der Gesellschaft ist? Einen besseren dafür jedenfalls haben die Grünen nicht. Habeck hat die Schlüsselkompetenz, den richtigen Ton zu treffen, und er steht für das entscheidende Thema: Klima.

Der rote Faden



Durch die Woche mit **Johanna Treblin**

Alle Rechten stehen still, wenn dein starker Arm es will

ieblingsschauspieler, Lieblingssängerin, Lieblingsessen, Lieblingsfarbe? Absolutheiten sind selten meine Sache. Aber über die Jahre bin ich zumindest immer wieder zur Fanin (sic!) geworden: von Jonathan Lethem, von Patti Smith und letztes von meiner neuen elektrischen Möhrenreibe. Seit dieser Woche gehört auch Marina Hyde dazu, Kolumnistin beim Guardian. Ich wäre zufrieden damit, an dieser Stelle einfach ihren Text über Joe Bidens Performance beim TV-Duell mit Donald Trump und über deren Nachwehen nach einem Copy-and-paste zu übersetzen. Aber dann würde man

mir vermutlich fremden Federschmuck vorwerfen. Ich bin nicht komplett einer Meinung mit dem, was Hyde sagt. Aber ich musste von der ersten bis zur letzten Zeile lachen – und das braucht man auch mal, so ernst die Lage ist.

Denn, so schreibt auch Marina Hyde: Wenn die USA niesen, bekommt der Rest der Welt einen Schnupfen. Bidens angeblicher Schnupfen beim TV-Duell, mit dem begründet wurde, warum der US-Präsident kaum einen geraden Satz herausgebracht hat (aber hey, laut Ehefrau Jill Biden hat er immerhin alle Fragen beantwortet; das ist das Niveau, auf dem wir heute über US-Präsidenten

Bidens Schnupfen

Schluss mit Fluchtnostalgie

Das linksgrüne Flüchtlingsnarrativ, jede und jeder dürfe herkommen, spielt den Rechten in die Hände. Vielmehr braucht Deutschland eine neue Einwanderungskultur

Von Jan Feddersen

In nichts ist die linke, alternative, grüne Szene so gut, so versiert, so rhetorisch satelfest wie im Abwiegen realer Alltagsprobleme. Jener Dinge, die die Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen betreffen. Die Wählermehrheit eben. Und eben auch jener, die der AfD ihre Stimme geben. Oder dem BSW, Sahra Wagenknechts Bündnis. Das betrifft auch alle Fragen, die um das Thema Migration kreisen. Etwa für ein schwules Paar, das in Dresden von einem als Straftäter bekannten muslimischen Geflüchteten angegriffen wurde; für einen der beiden Männer endete der Angriff tödlich. Ein Anlass, über Homophobie nachzudenken, nicht aber über Islamismus und die aggressive Unbegabtheit junger Männer, mit den Umständen der Freiheit in liberalen Gesellschaften umzugehen? Oder eine Messerattacke auf einen Polizisten in Mannheim. Oder eine auf Passagiere eines Regionalzugs bei Hamburg. Ja, schlimm, heißt es in der linken Szene nach solchen Ereignissen, aber Einzelfälle. Man dürfe weder über Geflüchtete und schon gar nicht über den Islam und den Islamismus reden, das wäre dämonisierend, menschenverachtend und nütze – das ist die argumentative Hauptwaffe in diesem Diskurs – nur den Rechten. Und soll man sie abschieben? Aber nein, wie menschenverachtend ist das denn! Und außerdem: Was droht ihnen nicht alles in den Herkunftsländern! Auch Islamisten, notorisch bei ihren Propagandaaktionen erwischt, sollen bleiben dürfen. Wer kriminell geworden ist, hat hier nichts zu suchen, auch nicht in einem Gefängnis.

Warum hat die Linke solche Furcht, sich nur in Krümeln auf real existierende Ängste in der Gesellschaft einzulassen? Warum steht der Islam nie in der Debatte? Er gehört selbstverständlich zu Deutschland und seinen Kulturen – aber unter allen Bedingungen? Warum sagen Linke nicht: Einwanderung, und sei es per Flucht, ist die Chance auf Teilhabe an einer reichen, europäischen Gesellschaft, aber nicht die Garantie. Wer die Regeln missachtet, kann keinen Platz hierzulande haben.

Was den Rechten aber am meisten dient, ist nicht das öffentliche Sprechen über Attacken im Alltag, sondern das begütigende Schweigen darüber. In der Tat sind nicht Menschen aus muslimischen Gesellschaften das Problem an sich. Aber ihren Milieus entstammen jene Täter, die in Deutschland die Idee des Willkommens zerstören. Es wird Zeit, dass die linke (alternative, grüne) Haltung zur ungesteuerten Einwanderung hinterfragt wird – aus Gründen der Humanität.

Nicht bestritten werden kann, dass Deutschland massenhaft neue Bürger und Bürgerinnen braucht. Zugewanderte, am liebsten solche, wie sie bei vielen Einbürgerungszeremonien in deutschen Rathäusern vor Glück strahlen, wenn sie mit dem deutschen Pass als dazugehörig erklärt werden. Menschen, die ab der ersten Minute ihrer Ankunft in Deutschland nichts mehr wollen, als ihren Ehrgeiz in Taten umzusetzen, die ihren Aufstiegswillen realisieren wollen – inklusive aller Alltagsakte, die dazugehören: ihre Kinder in Kitas und Schulen, Deutschkurse, Arbeit von morgen bis abends.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat nicht recht, wenn er erklärt, in Deutschland sei Migration das größte Problem. Aber die ungeregelte, die über Schlepper und offene Grenzen ermöglichte Einwanderung markiert ein Problem, das politisch von Konservativen und Rechtsextremen bewirtschaftet wird. In den vergangenen 15 Jahren, insbesondere im „Wir schaffen das“-Jahr 2015, als Hunderttausende aus Syrien, Irak, Afghanistan nach Deutschland flüchteten, hatte diese Art der Einwanderung den Aufstieg der

Rechten erheblich befördert. Über viele Monate füllten sich allerorten in der Republik Sporthallen, Schulen, Gewerbegebietshallen als Aufnahmequartiere.

Grüne und Linke haben das meistens nicht so recht realisiert. Die Quartiere, in denen die meisten der Geflüchteten leben, kennen sie in der Regel nicht. Sie wissen, wie man die eigenen Kinder nicht mit Flucht konfrontiert. Und sie wissen oft auch nicht, dass in vielen Grundschulen Kinder kein Deutsch können. Wer die eigene Brut sicher und störungsfrei durch das Bildungsmeer segeln lassen will, findet Wege: Privatschulen, christlich orientierte Schulen, alternative Schulen.

Die Lasten der nach Asylrecht strukturierten Migration tragen Städte vor allem an den Rändern, ebenso Dörfer und Kleinstädte. Dass das Wort Migration Probleme verhüllen kann, steht auf einem anderen Blatt. Es fehlt an Wohnun-

gen in den Städten; es mangelt bei den aktuellen Grundstückspreisen an Möglichkeiten, selbst ein Haus zu bauen, ohne sich auf ewig zu verschulden. Der öffentliche Nahverkehr kommt mittlerweile einem Desaster gleich. Über diese politischen Felder wird nicht genug gestritten, auch das ist wahr. Noch wahrer ist, dass es überall, bis in die letzte Ecke des ländlichen Raums, an sogenannten Fachkräften fehlt. Rund 250.000 Menschen pro Jahr müssten in die Bundesrepublik einwandern – nicht nur hochqualifizierte IT-Expertinnen* oder medizinisches Personal, sondern auch Arbeitswillige mit einer geringeren Qualifikation.

Es ist politisch gewollt, dass die Wege der legalen Migration viel zu selten in Erwägung gezogen werden, dafür umso mehr die, die sich wie Flucht und Asyl buchstabieren. Für die linksalternativen und grünen Szene ist das eine Aufgabe, eine humanitär gut begründbare: Flüchtende zu retten, ihnen jeden Weg zu bahnen, auf dass viele von ihnen nicht mehr im Mittelmeer ertrinken. Die Crux ist nur: Diese Rettungsmissionen sind prinzipiell immer nötig, sie waren es vor Jahren schon, und sie werden es in den kommenden Jahren bleiben. Dass damit das Geschäft der Schlepperinnen* mit betrieben wird, will die linke Szene indes nicht akzeptieren. Ihr geht es um pure Menschlichkeit.

Nur ist das in den allermeisten europäischen Ländern politisch nicht mehr zu vermitteln. Selbst die Gutherzigen haben kaum noch Sinn für ein nicht menschenverachtendes En-

Zugewanderten wollen ja (fast) alle arbeiten, Geld verdienen, meinetwegen auch zur Versorgung ihrer Angehörigen in ihrer alten Heimat beitragen. Und vielleicht muss vor allem über männliche Kulturen (und ihre weiblichen Komplizenschaften) gesprochen werden, denen zufolge ein Mann nur mit einem Messer ein echter Kerl ist.

Seitens der Grünen und Linken darf es kein Tabu sein, offensiv über Konzepte der Abschiebung von straffällig gewordenen Migranten und Migrantinnen nachzudenken. Zu diesen Delikten zählen natürlich nicht Bagatellen wie das Schwarzfahren und leichte Verkehrsvergehen. So

Es ist politisch gewollt, dass legale Migration zu selten in Erwägung gezogen wird, dafür umso mehr Flucht und Asyl

weit wie in Dänemark sollte es nicht kommen: Wohnviertel aufzulösen, ja sie abzureißen, in denen sich Parallelgesellschaften herausgebildet haben. Armut und Ausgrenzung dürfen keine weitere Stigmatisierung nach sich ziehen. Klar muss sein, dass sich die neuen Bürgerinnen* auf ein (multikulturelles) Leben in Deutschland einstellen haben, eines nach dem Grundgesetz, das versteht sich von selbst. Einen global umrissenen Opferkult darf es nicht mehr geben. Es darf aber auch nicht so sein wie in Frankreich, wo islamistisch Gesinnte einen säkular orientierten Lehrers wie Samuel Paty ermordeten, was von den Islamlinken kaum betrauert wurde, weil dies als Kritik am Islam und gar als Islamophobie ausgelegt werden könnte.

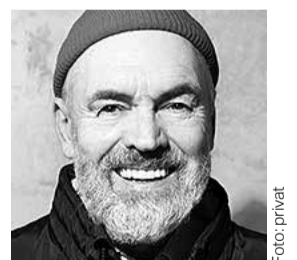
Im Übrigen käme es auf ein anderes „Wir schaffen das“ an: die Organisation legaler Einwanderung. Denn die ist mit der Ampelregierung möglich geworden. Denn, so sagen es alle Wirtschaftsforschungsinstitute, wir brauchen pro Jahr eine Viertelmillion neue Bürger und Bürgerinnen, um den Fachkräftemangel auszugleichen. Deutschland ohne seine in den vergangenen 150 Jahren Eingewanderten hätte als globalökonomischer Player keine tragende Rolle gespielt – und würde künftig auch keine spielen. Man braucht die neuen Bürgerinnen* für hoch dotierte wie auch „einfache“ Jobs. Wer hinguckt, wenn ein Paket angeliefert wird, der und die sieht, dass die Serviceleute von überall her auf der Welt rekrutiert wurden und werden.

Mit Geflüchteten, die schwierigste Anerkennungsprozeduren durchzustehen haben, ist das nicht zu schaffen, weder moralisch noch ökonomisch. Sprechen wir also über die Probleme, die Migration mit sich bringt. Das liegt übrigens auch exakt im Interesse all jener Einwandernden, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen. Die Deutschland bejahen und sehr oft einen dorngigen Ankommensweg zu gehen haben. Genau diese Bürgerinnen* sind oft die ersten, die Abschiebungen von kriminellen Migrantinnen* fordern, die sagen: „Mit Islamisten habe ich nichts zu tun.“

Wer das alles nicht will, riskiert nicht nur die Thematisierung dieser Konflikte durch konservative und Rechtsextremisten, sondern auch eine Schließung der Grenzen, gegen die die Eisernen Vorhänge ein Witz waren.



Jan Feddersen ist Redakteur für besondere Aufgaben und war in seinem Leben schon vieles: Postbote, Möbelverkäufer, Versicherungskartensortierer, Zeitungsausträger.



Nato-Gipfel

sprechen) – Bidens Schnupfen, soll das also heißen, betrifft uns alle. Und ich will nicht Trump 2.0 erleben, um herauszufinden, ob das wahr ist.

Beim Nato-Gipfel diese Woche stand Biden besonders unter Beobachtung. Dort patzte er einmal ziemlich heftig: Er begrüßte den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj als „Präsidenten Putin“. Auf einer Pressekonferenz im Anschluss an den Nato-Gipfel sprach er dann auch noch vom Vizepräsidenten Trump (statt Harris). Na klar, meine Mutter hat mich auch schon mit dem Namen meiner Schwester angesprochen. Aber nicht auf der weltpo-

litischen Bühne. Und abwählen kann ich sie auch nicht. (Will ich auch nicht!), füge ich lieber noch an.)

Zwei Wochen ist das desaströse TV-Duell her. Noch will Biden an seiner Kandidatur festhalten. Noch haben sowohl er als auch die Demokraten Zeit, die Entscheidung zu revidieren. Wenn sie es richtig anstellen, können sie die Wahl im Herbst gewinnen.

Ich sage das, weil dies eine gute Woche ist, um positiv auf die Weltpolitik zu schauen. Und weil ich dem Gedanken nicht ganz abgeneigt bin, dass die Sprache das Bewusstsein formt. So à la sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Reichensteuer

Also: In Frankreich ist das Linksbündnis stärkste Kraft geworden. Es will den Mindestlohn erhöhen und eine Reichensteuer einführen. Vom Wollen zum Tun ist es ein weiter Weg, ja, aber wie schnell es gehen kann, hat Großbritannien gezeigt. Dort wurden die Konservativen abgewählt, der neue Premier Keir Starmer hat als Erstes das menschenfeindliche Asylabkommen mit Ruanda gestoppt. Hurra!

Von daher halte ich es heute mal mit dem Gesellschaftsmagazin *Krautreporter* (das dieses Jahr seinen zehnten Geburtstag feiert, Glückwunsch!): „Es gibt keinen Rechtsruck.“ Das zeigt

die Wahlergebnisse der letzten Monate. Die Autorin listet neben Frankreich und England auf: In Indien verlor der hindunationalistische Premierminister Narendra Modi immerhin überraschend die absolute Mehrheit, in Mexiko wurde die linke Claudia Sheinbaum Präsidentin. Ich ergänze: Im Iran hat sich der sogenannte Reformer Masoud Peseschkian gegen einen Hardliner durchgesetzt.

Ja, zum Teil klingt das wie die Freude darüber, wenn bei kommunalen Bürgermeisterwahlen der CDU-Kandidat gegen den AfD-Mann gewonnen hat, und das nur nach Bündelung aller de-

mokratischen Kräfte. Zudem: Der Sieg gegen die Rechten bringt wenig, wenn die Sozialdemokraten dann deren Politik vorantreiben (siehe Abschiedskurs in Deutschland). Doch das machen sie unter Berufung auf den Willen des Volks. Und der zeigt nun in immer mehr Ländern: Nein, rückwärtsgewandte, repressive, migrationsfeindliche Politik, die Ungleichheit bestärken und Diversität minimieren will, ist nicht gewünscht. Man muss es nur beschwören. Dann klappt's vielleicht auch in den USA.

Nächste Woche: Ariane Lemme



Jean-Luc Mélenchon nach den französischen Parlamentswahlen, Juli 2024 in Paris
Foto: Blondet Eliot/abaca press/imago



Doris Akrap Geraschel

Wie die Revanche für die Krbava-Schlacht ausfiel

Kroaten, insbesondere Dalmatiner sind aus historischen Gründen nicht gut auf Türken zu sprechen. Sie sagen: „Euch Deutschen haben die Türken 60 Jahre das Klo geputzt. Gegen uns haben sie 500 Jahre Krieg geführt.“

Letztes Wochenende hatte ich zwei U-30-Jungs aus Dalmatien zu Gast. Extra fürs EM-Viertelfinale waren sie angereist, der eine saß dafür zum ersten Mal im Flugzeug, der andere würde zum ersten Mal in einem Fußballstadion sein und beide zum ersten Mal in Berlin. Auf dem Weg zum Olympiastadion standen wir dicht gedrängt in einem stickig heißen S-Bahn-Waggon, in dem alle in riesige Türkei-Flaggen gehüllt waren, Wangen und Waden in Rot-Weiß bemalt hatten und irre laut riefen: „Türkiye! Türkiye!“

„Holland! Holland!“, riefen dagegen vier Oranje-Jungs in den Brüllpausen und brachten damit alle zum Lachen, auch sich selbst.

Den sonst sehr coolen Gesichtern meiner U-30-Dalmatiner allerdings sehe ich an, dass sie sich unter den „Türkiye!“-Fans nicht so richtig wohl fühlen. Ich spreche den Typ an, der direkt vor mir steht und immer am lautesten brüllt: „Werden die Holländer das überleben?“ „Wir sind alle total chillt“, antwortet er in einem überaus verkehrsfähigen Ton, berichtet, dass er aus Bielefeld kommt und scherzt mit einem kleinen Mädchen, das auf Kniehöhe zwischen uns steht. „Und wenn der Wolfsgruß gezeigt wird?“ „Chill, Schwester. Immer wird alles gegen uns gewendet. Nur weil wir Türken sind. Wir wollen Spaß haben. Wie alle anderen auch.“ Bombombombom haut er seine Hand gegen die Waggondecke: „Türkiye! Türkiye!“ „Holland! Holland!“, antwortet die orangene Mitte. Lachend verlassen wir alle den Zug.

Meine U-30-Dalmatiner und ich haben das Wochenende in Kreuzberg verbracht, die Crack-Zombies in meinem Kiez fand der eine „ekelhaft“, der andere „Großstadtprogramm“. Dass der Kiez so türkisch geprägt war, hatten sie nicht geahnt, sagten zu jedem Kreuzberger Kebabverkäufer und jeder anderen Kreuzberger Kuriosität „çok güzel“, blieben aber sicht-

„Wir haben jetzt genug Deutschland gesehen“

bar auf respektvoller Distanz. Bald forderten sie dann auch, endlich mal ein paar echte Brandenburger, Bratwürste und Biere zu Gesicht zu bekommen – dafür waren sie ja schließlich hergekommen.

Fanmeile, Späti, Curry 36, Zoologischer Garten und das rein vegetarische Angebot in der taz-Kantine – „Danke, Doris, wir haben jetzt genug Deutschland gesehen“, lautete schnell ihr Fazit.

Am Samstag dann auf dem Weg zwischen Bahn und Stadion setzen wir uns ins Olympiack, das von „Türkiye!“-Fans belegt ist, hier und da wird das Wolfszeichen gezeigt. Ich gehe aufs Klo und hoffe, dass meine U-30-Dalmatiner in der Zwischenzeit nicht irgendwelche Türken dazu auffordern, die Schlacht auf dem Krbavafeld von 1493 nachzustellen, um die historische Niederlage der Kroaten zu rächen.

Als ich vom Klo zurückkomme, traue ich meinen Augen nicht: Die beiden haben neue Biere vor sich, liegen sich mit zwei „Türkiye!“-Fans in den Armen, scherzen, machen Selfies, tauschen Handnummern aus.

Als das Spiel zu Ende ist, sind meine beiden U-30-Dalmatiner dann doch sehr glücklich über den Sieg der Oranjes. Wir stehen zwei Stunden vor dem U-Bahnhof in einem orangenen Block, aus dem hier und da Türkei-Fahren wehen. Hier sind sich alle einig: ein großer Abend.

Erst am nächsten Morgen sehen wir die Reaktionen auf unsere Social-Media-Posts aus dem Stadion. „Oha“, „Krass“, „Passt auf euch auf“. Wo ich hinklicke sehe ich Häme und Abscheu gegen „Türkiye!“ – gerade auch von den Linken in meiner Bubble.

Meine U-30-Dalmatiner schütteln den Kopf. „So ein Quatsch. Das Einzige, was gestern nicht ‚çok güzel‘ war, waren die Zombies vor deiner Haustür.“

Hier erscheinen zwei Kolumnen im Wechsel. Nächste Woche: „Grauzone“ von Erica Zingher.

Zittern wie Gott in Frankreich

Die Stimmungsmache gegen das Linksbündnis in Frankreich ist verkappte Angst vor radikaler Umverteilung. Doch die braucht es, um den Rechtsextremismus aufzuhalten

Von Lea Fauth

Dieses Aufatmen, es will einem im Hals stecken bleiben. Da es aber ohnehin zu viele schlechte Nachrichten gibt, bitte kurz feiern: Die Linke in Frankreich hat es trotz erheblicher Differenzen geschafft, sich im Nu parteiübergreifend zusammenzuschließen, auf ein progressives, sozialpolitisches Programm zu einigen, um damit den Rechtsextremen den Kampf anzusagen. Und ist bei den Parlamentswahlen am 7. Juli unerwartet stärkste Kraft geworden. Da geht noch was! Höhere Mindestlöhne, Preisdeckelung von Lebensmitteln, Wiederaufbau des öffentlichen Sektors und insbesondere der Krankenhäuser waren Kernpunkte des gemeinsamen Programms. Der

rechtsextreme Rassemblement National bekam keine absolute Mehrheit, Parteivorsitzender Jordan Bardella ist nicht Premierminister geworden. Gut so. Und jetzt zu den Problemen. Erstens: Die Rechtsextremen haben trotz allem so viele Sitze im französischen Parlament erhalten wie nie zuvor. Der Wahlausgang ist höchstens eine kurze Atempause im Kampf gegen rechts. Und zweitens: Mit 182 von 577 Sitzen im Parlament wird das Sozialprogramm des Linksbündnisses kaum durchzusetzen sein. Dabei wäre es das einzig langfristig wirksame Mittel gegen den Rechtsextremismus. Wie fast überall auf der Welt waren die letzten Jahre in Frankreich geprägt von Privatisierungen, dem Kaputtsparen öffentlicher Infrastruktur und dem

erbarmungslosen Auspressen der Mittel- und Unterschichten durch Kürzungen. Damit einher geht eine steuerliche Entlastung oder gar finanzielle Unterstützung von Großkonzernen mit Superprofiten. Diese Politik der „extremen Mitte“, wie sie in Frankreich zu recht benannt wird, befeuert den Reflex, nach unten zu treten, rechts zu wählen. Um die Bekämpfung dieser menschenfeindlichen Wirtschaftspolitik geht es also. Wenn nun gutbürgerliche Kräfte Angst gegen das Linksbündnis schüren, ist das nichts anderes als schlecht verkappte Panik vor realer Umverteilung. So wird nicht nur in Frankreich das Schreckgespenst Jean-Luc Mélenchon von der Partei France Insoumise (LFI) bemüht, um zu verdeutlichen, wie ach so furchtbar die „Neue Volksfront“ werden könne.

Was die Personalie betrifft: Klar ist Mélenchon in vielerlei Hinsicht kritisch zu sehen. Er ist autoritär: Abgeordnete, die ihn kritisierten, durften zuletzt nicht erneut als Parlamentarier*innen antreten. Auch schrieb er in einem Blogartikel, Antisemitismus sei in Frankreich nur noch ein „Überbleibsel“, was eine bodenlose Verharmlosung ist. Kritik ist angebracht, wie es auch ein Zurückziehen Mélenchons wäre. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass seine Partei bei diesem Thema teilweise Desinformationskampagnen zum Opfer fiel. Das rote Dreieck etwa, das manche LFI-Abgeordnete als Pin am Revers tragen, ist kein Hamas-Symbol, sondern wird von ihnen schon seit vielen Jahren als Erinnerung an NS-deportierte Kommunisten und Sozialisten getragen. Dass die Parteivorsitzende Mathilde Panot die Hamas-Anschläge vom 7. Oktober als „Kriegsverbrechen“ bezeichnete, wurde ihr als Antisemitismus ausgelegt. Es hätte biteschön „Terrorismus“ heißen

müssen. Die LFI wegen solcher Debatten gleichzusetzen mit einer rechtsextremen Partei, die sich Ausgrenzung ins Programm geschrieben hat, ist unlauter und unangebracht. Nichts da mit „Pest und Cholera“. Und – sorry, not sorry: Dass von Armin Laschet (CDU) über Springer-Presse und Tagesspiegel ein paar Pikierte Mélenchon als „Deutschenhasser“ fürchten, weil er die Vormachtstellung der Bundesrepublik in der EU mal kritisiert hat: Heult doch. Vor allem aber ist der Fokus auf Mélenchon völlig unnötig und künstlich aufgebauscht. Die LFI ist im Linksbündnis Neue Volksfront eine von vier Parteien: Da sind noch die Grünen, Kommunisten und Sozialisten. Und die LFI steht insbesondere in ihren außenpolitischen Linien recht isoliert in diesem Bündnis da. Sie hat am Freitag zwei Frauen und zwei Männer aus ihrer Partei als mögliche*n Premierminister*in genannt, darunter auch Mélenchon. Dass überhaupt jemand aus der LFI diesen Posten bekommt, ist allerdings unwahrscheinlich, eben weil die Differenzen mit den anderen drei Parteien so groß sind und weil kaum jemand von ihnen parteiübergreifend als mehrheitsfähig gilt. Wenn sich nun also Angst vor vermeintlichem Linksextremismus ausbreitet, der inhaltlich eher etwas von zahnloser Sozialdemokratie der Achtziger hat, dann eben, weil auch die kleinste Umverteilung von oben nach unten als Tabubruch gilt. Das sagt mehr über kapitalistische Norm aus, denn über die Neue Volksfront. Ökonom*innen wie Thomas Piketty und Esther Duflo unterstützen das Programm des Linksbündnisses. Nein, die Wirtschaft würde durch mehr Sozialpolitik nicht zusammenbrechen. Im Gegenteil: Diese ist in ihrer Stoßrichtung das Einzige, was gegen die Le Pens und Bardellas noch hilft.

taz **thema**



3. Quartalsvorschau 2024

Die Verlagsseiten mit vielen Tipps und Hintergrundinformationen sind ein attraktives redaktionelles Umfeld für Ihre Werbung – von taz Leser*innen gerne genutzt.

- Kulturrausch 24.08.
- Grün Digital 31.08.
- Vererven.stiften.schenken 07.09.
- Fairer Handel 14.09.
- Nachhaltig engagiert 21.09.

Anzeigenschluss: 15 Tage vor Erscheinen

Gerne beraten wir Sie telefonisch oder per Mail.

taz-Anzeigen | T (0 30) 2 59 02-3 14 | anzeigen@taz.de

zukunft

klima wissen utopien

13. – 19. juli 2024 **wochentaz**

Anteil der Radfahrenden, die innerorts Helm tragen



die gute nachricht

Immer mehr Fahrradfahrer:innen tragen einen Helm

Ein neuer Rad-Rekord: 44,4 Prozent der Fahrradfahrer:innen haben 2023 innerorts einen Helm getragen. Das sind so viele wie noch nie, laut Bundesanstalt für Straßenwesen. Einmal jährlich untersucht diese, wie viele Radfahrende mit und ohne Helm unterwegs sind. Das passiert jedes Mal in den selben Gemeinden. Die Mitarbeiter:innen beobachten auch, ob sich Menschen im Auto anschnallen oder auf dem Motorrad fahrrad Schutzkleidung tragen. Bei einem Unfall mit dem Rad kann ein Helm entscheidend sein. Eine Studie belegt, dass Helme bei Kindern und Jugendlichen bis zu 87 Prozent

der Sturzeinwirkung auf den Kopf abfangen können. Eine weitere Studie resümiert, dass Menschen mit Helm ein deutlich geringeres Risiko für schwere Verletzungen beim Sturz haben. Wie viele Menschen einen Helm tragen, unterscheidet sich je nach Alter stark. Die höchste Quote haben die 6- bis 10-Jährigen, die niedrigste die 17- bis 21-Jährigen. Allerdings zieht sich der deutliche Trend nach zum Helmtragen durch alle Altersgruppen. Noch 2001 waren unter jugendlichen und erwachsenen Radler:innen deutlich unter 10 Prozent mit Helm unterwegs. Yannik Achternbosch

Grafik: Anna Eschenbacher, Johanna Hartmann, Francesca Morini.
Quelle: Bundesanstalt für Straßenwesen (bis 2020 nur Radfahrer:innen in Alltagskleidung). Fotos: Unsplash, Imago, Wer findet die Stars?

Foto: Cedric Bichling



Maurice Conrad
Änder Studies

In Sonneberg findet zum ersten Mal ein Christopher Street Day statt. Das ist vielleicht der wichtigste Tag dieses Jahres

Wir sitzen eigentlich in diesem Zoom-Call, um zusammen eine Party vorzubereiten. Aber als N. erzählt, wie er als queere Person auf offener Straße bespuckt wird, werden wir erst mal still. Die Planungen des ersten CSD im thüringischen Sonneberg fühlen sich eher nach Gefahreinschätzung an als nach Feiernfreude. Kriegern wir Livemusik hin, fragen wir Auswärtigen? Er habe Angst, dass die Technik als Angriff auf den CSD gezielt geklaut werde, entgegnet N.

Genau ein Jahr ist es her, dass die AfD in Sonneberg das erste Mal überhaupt eine Landratswahl gewann und damit an die Spitze der kommunalen Verwaltung befördert wurde. Eine Zäsur. Und ich? Ich reimte im Zug von Köln nach Mainz „Dürüm und Ayrän“ auf „Thüringer Kleinstadt“. Wie banal. So banal, dass ich zusammen mit Brunau innerhalb weniger Tage den Rap Track „CSD in Sonneberg“ aufnahm, der mit der Hookline „Es ist CSD in Sonneberg und die AfD em-

pört“ versuchte, dem Schrecken, den die Wahl des AfD-Landrates mit sich brachte, etwas Positives entgegenzusetzen – einen musikalischen CSD in Sonneberg. Der Song ging viral. Aber sind mir mal ehrlich: Was soll so ein Song überhaupt bringen? Und ist es wirklich sinnvoll, wenn zwei Wessis aus Mainz und Berlin nach Sonneberg fahren, um da in einem queeren Rapvideo herumzuhampeln? Der Landrat Robert Sesselmann ist enger Vertrauter von Faschist Höcke. Sesselmanns Lebensgefährtin ist mal eben eine offene Neonazi-Aktivistin, die keine Scheu hat, mit Hitler-Bildern und Hakenkreuzfahnen zu posieren. Die AfD zeigt hier nicht nur völlig offen ihr Gesicht, sie wird auch noch dafür gewählt. Und da soll jetzt ein queerer Raptrack helfen, in

Die Menschen zeigen Präsenz, wo die Faschisten vermeintlich schon gewonnen haben

dem ich mit Coptop über den Sonneberger Rathausplatz rappe?

Vielleicht nicht. Aber dafür nehmen die Sonneberger*innen es ja jetzt selbst in die Hand. Nach dem Video schreiben uns viele Menschen aus Sonneberg: ein über 70-jähriger schwuler Mann, junge Eltern, deren Kinder queer sind, oder eine Frau, die sich erst kürzlich outen konnte. Was alle Zuschriften gemein hatten, war die Freude darüber, dass sich andere dafür interessieren, was bei ihnen passiert und Sonneberg nicht abgeschrieben ist. Aber auch Sorgen.

Am 20. Juli ist also wirklich CSD in Sonneberg. Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten hat sich im Landkreis binnen eines Jahres seit der Wahl des AfD-Politikers verfünffacht. N. und die anderen haben reale Angst vor Übergriffen und Gewalt beim CSD. Aber sie machen es trotzdem. Sie zeigen Präsenz, wo die Faschisten vermeintlich schon gewonnen haben.

Und es ist nicht nur Sonneberg. In vielen kleinen und mittelgroßen Städten im Osten finden zum ersten Mal oder erst seit wenigen Jah-

ren CSDs statt. In Pirna, Zwickau oder Altenburg zu tanzen ist im Jahr 2024 wichtiger als bei den großen Partyparaden in Berlin oder Köln.

Vielleicht ist der CSD in Sonneberg also der wichtigste Tag dieses Jahres. Menschen engagieren sich gesellschaftlich dann, wenn sie das Gefühl haben, nicht alleine zu sein und einen Unterschied zu machen. Und sei es nur: einer anderen Person Zuversicht zu geben. Der CSD in Sonneberg ist ein Mittelfinger. Und bleibt auch eine Party. Er hätte nie gedacht, dass so was mal passiert, schrieb mir ein älterer schwuler Mann im letzten Jahr, dass jemand nach Sonneberg kommt und auf dem Marktplatz einen queeren Rap song aufnimmt. Und wer hätte gedacht, dass in diesem Juli in Sonneberg im Coptop getanzt wird? Vielleicht bis vor Kurzem niemand. Aber wir werden tanzen.

Maurice Conrad, 23, ist Klimaaktivist*in, Mitglied im Mainzer Stadtrat für die Grünen und Software Engineer.

Im Namen des Klimas ergeht folgendes Urteil



Donald Pols, Chef der niederländischen Umwelt-NGO Milieudefensie, jubelt über den Sieg gegen Shell
Foto: De Waal/hollandse hoogtex/amp/ imago

In Peru, Deutschland, den Niederlanden und weiteren Staaten wird vor Gericht um Klimaschutz gerungen. Der Umweltjurist Hermann Ott erklärt, warum diese Klagen zunehmen, was ein Ökozid ist und wie man juristisch Kohlekraftwerke verhindert

Von Nick Reimer (Interview und Texte)

wochentaz: Herr Ott, bei einem Verkehrsunfall findet man leicht heraus, wer Schuld hat. Lässt sich auch die Schuldfrage der Klimakrise juristisch klären?

Hermann Ott: Tatsächlich haben Wissenschaft und Technik einhundert Jahre gebraucht, bis wir zu exakten Ergebnissen gekommen sind, um die Schuldfrage bei Verkehrsunfällen zu klären. Was die Schuld am Klimawandel betrifft, war die Wissenschaft schneller – sie ist ein Ergebnis des Menschen und seiner Maschinen. Recht ist ein Mittel, Fehlverhalten in einer Gesellschaft zu korrigieren. Grundlage dafür sind die Gesetze. Wir verstehen mittlerweile immer besser, wie einzelne Extremereignisse dem Klimawandel zuzuordnen sind. Also ist es doch logisch, gegen dieses Fehlverhalten juristisch vorzugehen.

Einige Expert:innen halten Klagen für den entscheidenden Motor des klimapolitischen Fortschritts in diesem Jahrzehnt. Gerade in einer Zeit, in der die Klimabewegung wenig Aufwind hat, gilt vielen die Klimaklage jetzt als letzter Strohalm für Veränderung. Ist das berechtigt?

Ich halte nichts davon, dem Rechtsweg alle Hoffnungen anzuvertrauen. Große Demos, ziviler Ungehorsam und der Klageweg sind allesamt Möglichkeiten, Staat und Wirtschaft zu mehr Klimaschutz zu bringen. Motor der Veränderung ist jedoch immer die Zivilgesellschaft, von den Bürgerinnen und Bürgern muss der Wille zum Wandel kommen. Aber natürlich: Das Schwert der Gerechtigkeit ist auch beim Klimawandel ein logisches Mittel, gegen die Ungerechtigkeit vorzugehen, dass einige mit der Aufheizung der Atmosphäre Milliardengewinne machen.

Ist das immer so einfach zu sagen: Hier hört die Verantwortung der Politiker:innen auf, da fängt die Verantwortung der Richter:innen an?

Auch das wird ja vor Gericht mitverhandelt. Es gab ja grundsätzliche Urteile, in denen die Politik in die Pflicht genommen wurde. Der Europäische

Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat gerade die Schweiz wegen Verletzung der Menschenrechtskonvention zu mehr Klimaschutz verdonnert. Geklagt hatte eine Gruppe Schweizer Seniorinnen. Und manchmal sagen die Gerichte auch, das sei nicht ihre Zuständigkeit.

Zum Beispiel?

Im Jahr 2021 und 2022 haben mehrere Umweltorganisationen deutsche Autobauer verklagt. Sie argumentierten, dass wegen der Klimakrise nach 2030 keine Personenkraftwagen mit Verbrennungsmotor mehr verkauft werden dürften. Die Gerichte lehnten diese Klagen als „unbegründet“ ab. Nicht weil sie das Problem nicht sahen. Sondern weil für derartige Fragestellungen der Gesetzgeber verantwortlich ist.

Prozesse sind ein beliebtes Setting für Filme, Artikel und Podcasts – es gibt Gegner, Gewinner und Verlierer. Geht es bei den Verfahren eher um die öffentliche Aufmerksamkeit als ums Gewinnen an sich?

Selbst Prozesse, die man verliert, können etwas bewegen. Aber wir gewinnen auch! In Polen hat ClientEarth zum Beispiel ein Kohlekraftwerk verhindert. Die Organisation hatte Aktien eines Energiekonzerns gekauft, das berechtigte uns, an der Hauptversammlung teilzunehmen. Dort haben wir den Antrag gestellt, ein geplantes Kohlekraftwerk nicht zu bauen. Dieser Antrag wurde wie erwartet abgelehnt, weil die große Mehrheit der institutionellen Anleger das Projekt wollten. 80 Prozent der unabhängigen Kleinanleger waren aber gegen den Bau, und so sind wir gegen das eigene Unternehmen vor Gericht gezogen. Unser Argument war der Investorenschutz: Wenn dieses Kohlekraftwerk gebaut wird, dann versenkt der Vorstand unser Geld. Schließlich belegen alle Studien, dass ein Kohlekraftwerk nicht mehr so lange am Netz sein kann, dass sich die Investition amortisiert. Statt eines Kohlekraftwerks wurde dann auf Gas umgesattelt.

Gerade wurde die Bundesregierung nach einer Klage der Deutschen Umwelthilfe verurteilt, ihr Klimaschutzprogramm zu überarbeiten. Das Gericht sagt, die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus. Dagegen ist Klimaschutzminister Robert Habeck in Berufung gegangen. Sie waren selbst mal Bundestagsabgeordneter für die Grünen, klimapolitischer Sprecher der Fraktion: Welches Signal sendet Habeck?

Ich hätte ihm dringend von einer Revision abgeraten. Dass zuletzt das Klimaschutzgesetz abgeschwächt wurde, ist ja auf Betreiben der FDP geschehen. Die Sektorenziele wurden gestrichen, das Herzstück des Gesetzes: Nach der

bisherigen Gesetzeslage musste jeder Bereich – Verkehr, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft und so weiter – bestimmte Treibhausgasemissionen reduzieren. Dafür hatten die Umweltbewegung und auch die Wissenschaft lange gekämpft, weil so die Verantwortung innerhalb des Kabinetts nicht mehr zwischen den einzelnen Ministerien hin- und hergeschoben werden kann. Ich vermute mal, Habecks Strategie hinter der Berufung war, für größere Wählerschichten akzeptabel zu sein. Ein Tempolimit war ja durchaus greifbar nahe als Maßnahme eines Sofortprogramms im Verkehr.

Das Urteil gegen die Bundesregierung könnte tatsächlich deutsche Politik verändern: Die Richter:innen haben einen Fehlbetrag von 200 Millionen Tonnen Treibhausgas festgestellt und die Bundesregierung verurteilt, dafür neue Gesetze vorzulegen. Können Gerichte doch bessere Politik machen?

Ein klares Jein! Auf der einen Seite Ja, weil Gerichte einem anderen Wertesystem unterliegen. Die juristische Logik unterliegt nicht in demselben Maße der Verwertungslogik wie der Rest unseres kapitalistischen Systems ...

... das müssen Sie erläutern!

Ein Beispiel ist das Bundesverfassungsgericht, das 2021 quasi mit einem kleinen Nebensatz eines der Hauptargumente, das immer aus der ökonomischen Ecke kommt, zunichte gemacht hat: Deutschland sei ja „nur“ für 2 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Dagegen hatte das Bundesverfassungsgericht geurteilt: Völlig egal, wie groß der Beitrag ist, die Regierung hat eine Rechtspflicht zur Vorsorge, also zum Klimaschutz. Damit hat das Gericht diese jahrzehntelange Diskussion einfach weggewischt. Gerichte können eher von ökonomischen Erwägungen absehen als das politische Establishment.

Das war jetzt der Ja-Teil vom Jein.

Die andere Seite sehen wir an der Entwicklung beim Klimaschutzgesetz: Um unbeliebte Urteile zu umge-



Foto: imago

Hermann Ott

63, ist Jurist mit dem Schwerpunkt Klima- und Umweltschutz. Von 2009 bis 2013 saß er für die Grünen im Bundestag und war dort klimapolitischer Sprecher. Seit 2016 ist Ott Honorarprofessor an der Hochschule Eberswalde, ab 2018 baute er zudem die deutsche Sektion der Umweltrechtsorganisation ClientEarth auf, deren Berliner Büro er bis Mitte 2024 leitete.

Wenn ein Dammbbruch droht

In den peruanischen Anden kämpft ein Bauer gegen schmelzende Gletscher – und vor Gericht gegen den Energiekonzern RWE

Bereits 2018 hat das Oberlandesgericht (OLG) Hamm festgestellt, dass Klimaschäden grundsätzlich eine Unternehmenshaftung begründen können. Jetzt muss es in einem konkreten Anwendungsfall urteilen – mit einem Kläger aus einem viele tausend Kilometer entfernten Land.

Denn der peruanische Bauer Saúl Luciano Lliuya hat den deutschen Kohlekonzern RWE wegen dessen Beitrag zur Klimaerhitzung verklagt. Er lebt in den Anden, wo die Gletscher rasant schmelzen.

Oberhalb seines Dorfes ist dadurch ein See stark angeschwollen. Die Anwohner fürchten, dass der Damm brechen und eine Flutwelle ihre Häuser wegschütten könnte. Deshalb pumpen sie Wasser ab, was Geld kostet.

Jetzt muss das OLG Hamm entscheiden, ob RWE für Klimaschäden haftbar gemacht werden kann. Der Essener Kohlekonzern, so die Argumentation, sei mit seinem Ausstoß von Treibhausgasen maßgeblich mitverantwortlich für das Abschmelzen der Andengletscher. Auf

das Konto von RWE gingen 0,47 Prozent aller weltweiten Treibhausgas-Emissionen. Diesen Anteil soll RWE auch an den Kosten der Vorsichtsmaßnahmen für Saúl Luciano Lliuyas Andendorf tragen. Es geht nur um einige tausend Euro, an sich ein verschwindend geringer Betrag für den Konzern, der für das Jahr 2023 einen Jahresnettogewinn von 4,5 Milliarden Euro vermeldete. Doch bekäme Saúl Luciano Lliuya Recht, hätte das eine Signalwirkung. So könnten etwa auch untergehende Inselstaaten wie die Malediven

den Konzern auf Schadensersatz verklagen. Für RWE wäre das ein Dammbbruch und kaum finanzierbar.

Zuletzt hatten Gutachter den See in den Anden untersucht. „Es geht um die Frage, ob der Damm tatsächlich zu bersten droht“, erläutert Bernhard Kuchler, Sprecher des Gerichts. Kläger und Beklagte hätten nun umfangreiche Anmerkungen an das Gutachten gemacht, die zu erörtern seien. Kuchler: „In diesem Jahr wird es wohl keinen Verhandlungstermin mehr geben.“



Um diesen Gletschersee geht es: Der Bauer Saul Luciano Lliuya klagt gegen den Energiekonzern RWE Foto: Angela Ponce/the washington post/getty images

Das Volk gegen den Ölgiganten

Eine Klage gegen Shell hat in den Niederlanden Erfolg – aber erst mal keine Folgen für das Klima

Beim Bündnis „Das Volk gegen Shell“ aus den Niederlanden ist der Name Programm.

Mehr als 17.000 Bürgerinnen und Bürger schlossen sich mit sieben Umweltschutzgruppen zusammen und verklagten im Jahr 2020 den Fossilkonzern Royal Dutch Shell.

Die Mitglieder sehen Klimaschutz als elementares Recht. Das niederländische Unternehmen sei einer der weltweit größten Produzenten fossiler Brennstoffe, argumentierten die Kläger, die Treibhausgas-Emissionen von Shell seien höher als die vieler Staaten. Während Staaten durch das Paris-Protokoll zum Klimaschutz verpflichtet sind, heize Shell den Klimawandel weiter an. Damit gefährde der Konzern die Umwelt und sogar das Recht auf Leben.

Die Klage war erfolgreich: Das Bezirksgericht Den Haag verdonnerte den Konzern im Mai 2021 dazu, seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 45 Prozent gegenüber dem Jahr 2019 zu senken.

Ein sensationelles Urteil, denn die Pflicht zum Klimaschutz gilt nicht nur für die eigenen Unternehmungen, sondern auch für Zulieferer und Endabnehmer. Die Richter argumentierten: Die Shell-Gruppe müsse die in der Gesellschaft übliche Sorgfalt beachten, unterbleibe eine Reduzierung, laufe Shell Gefahr, die angeführten Menschenrechte zu verletzen.

Passiert ist nach der Klage jedoch für den Klimaschutz erst mal nichts. Shell ging in Berufung, die Verhandlungen laufen derzeit in den Niederlanden.

Trotzdem wurde Shell zum Handeln gezwungen, wenn auch nicht im Sinne der Anklage. Der Konzern verlegte seinen Firmensitz nach London – und entzog sich so der niederländischen Vollstreckbarkeit. Zuletzt fuhr der Konzern, der jetzt Shell plc heißt, mit seinem Fossilgeschäft Rekordgewinne von 42 Milliarden Dollar ein.

Die Bundesregierung auf der Anklagebank

2021 sprach das Bundesverfassungsgericht ein richtungsweisendes Klimaurteil. Es ebnete den Weg für weitere Klagen

Unzureichende Klimaschutzpolitik beeinträchtigt die Freiheits- und Grundrechte künftiger Generationen – das entschied 2021 das Bundesverfassungsgericht. Deshalb ist Reduktion von Treibhausgasen verfassungsrechtlich notwendig und darf nicht länger hinausgezögert werden. Als Folge musste die Bundesregierung das Klimaschutzgesetz von 2019 nachbessern und mehr Tempo beim Klimaschutz machen. Geklagt hatten neun Jugendliche, unterstützt von Umweltschutzorganisationen wie

Germanwatch, Greenpeace und Protect the Planet.

Weil die Bundesregierung trotz verschärftem Gesetz aber immer noch keinen vernünftigen Klimaschutz betreibt, verklagte die Deutsche Umwelthilfe die Ampelkoalition vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Im November 2023 bekam sie zum ersten Mal Recht, die Richter verpflichteten die Bundesregierung, „gesetzeskonforme Klimaschutz-Sofortprogramme in den Sektoren Gebäude und Verkehr“ umzu-

setzen. Im vergangenen Jahr verfehlten die Bereiche Verkehr und Bau ihre Ziele an Emissionseinsparung, zu denen sie nach dem Klimaschutz-Gesetz verpflichtet sind.

Doch statt Sofortprogramme aufzulegen, änderte die Bundesregierung einfach das Gesetz: Sektorengrenzen gibt es jetzt nicht mehr. Die Umweltbewegung wirft der Regierung eine Verwässerung vor. Greenpeace, Germanwatch, der BUND und andere legten neuerlich Verfassungsbeschwerden ein.

Und dann ist da noch das Urteil aus dem Mai, das die Deutsche Umwelthilfe vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg erstritt: Demnach ist das von der Ampelkoalition 2023 beschlossene Klimaschutz-Programm rechtswidrig, weil mit ihm die im Klimaschutzgesetz festgelegten Ziele nicht erreicht werden können. Allerdings ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. Statt es als Motor für Klimaschutzpolitik zu nutzen, ging ausgerechnet der bündnisgrüne Klimaschutzminister Habeck in Revision.

Im Land des unbegrenzten Rechtsstreits

US-Gerichte haben alle Hände voll zu tun. Die Regierungen der Bundesstaaten sind dabei mal Kläger, mal Angeklagte – wie in Montana und Kalifornien

Mehr als die Hälfte aller weltweiten Klimaklagen werden in den USA eingereicht.

Spektakulär war beispielsweise ein Urteil im Bundesstaat Montana im Jahr 2023. Geklagt hatten sechzehn Menschen im Alter zwischen 5 und 22 Jahren – Vertreter der Generation, die besonders stark unter dem Klimawandel leiden wird. Mit der Genehmigung von Öl- und Gasprojekten verstoße die Regierung des Staates gegen das verfassungsmäßige Recht der Kläger:innen auf eine saubere und gesunde Umwelt. Die Kläger gewannen: Ab sofort muss in Montana, das besonders für seine Bodenschätze bekannt ist, bei

jeder Genehmigung zur Förderung von Öl oder Gas auch der Klimaaspekt berücksichtigt werden.

In Kalifornien wiederum ist die Regierung nicht Angeklagte, sondern Klägerin gegen mehrere Ölfirmen. Die Konzerne wüssten seit Jahrzehnten, dass ihre Geschäftspraktiken „katastrophale Folgen“ für Mensch und Atmosphäre haben – deswegen sollten sie jetzt selbst für die Kosten aufkommen, die sie durch die Klimaerhitzung verursacht haben. Der Fall hat neben der eigentlichen Zerstörung noch eine zweite Ebene: Kalifornien fordert zusätzlich harte Geldstrafen von BP, Chevron, ConocoPhillips und Exxon, weil

die Konzerne die Öffentlichkeit belogen haben und schon „seit mehr als 50 Jahren wissen, wie gefährlich die von ihnen produzierten fossilen Brennstoffe sind“, wie es Kaliforniens Gouverneur Gavin Newsom formulierte. Ausdrücklich angeklagt ist außerdem der Lobbyverband American Petroleum Institute. Die im September 2023 eingereichte 135-seitige Klageschrift wird am Superior Court in San Francisco verhandelt.

Das Beispiel aus Kalifornien zeigt, dass auch Staaten für mehr Klimaschutz den Klageweg beschreiten können. Dafür müssen sie allerdings auch selbst engagierten Klimaschutz betreiben.



Badge und Lander Busse haben Montana verklagt Foto: Matthew Hamon/the new york times/redux/laif

doppelblind

Warum KI nicht halluziniert, sondern einfach Quatsch erfindet



Worum geht's?

Neue Technologie erfordert neue Sprache. KI-Chatbots wie ChatGPT umschreiben wir mangels besserer Alternativen mit Begriffen wie Intelligenz oder gar Bewusstsein. Wenn Software aber erfundene Fakten präsentiert, nennen wir das eine Halluzination. Tech-Firmen wie Meta und Google haben diese Bezeichnung während des KI-Booms der vergangenen Jahre popularisiert.

Die Studie

Ein kürzlich erschienen Paper warnt nun vor dieser Begrifflichkeit und ihren Implikationen. Sie schaffe ein falsches Bild der Kompetenzen von KI-Chatbots. Die Rede vom Halluzinieren suggeriere, dass sie Fakten wahrnehmen würden, diese aber falsch interpretierten. Doch die Maschinen nehmen nicht wahr. Sie simulieren, ohne Bezug zur außersprachlichen Wirklichkeit, das menschliche Sprechen. So ist ihr Ziel vielmehr, überzeugend zu klingen, als präzise zu sein. Darum postulieren die Forschenden: ChatGPT ist Bullshit.

Bullshit ist nach dem Philosophen Harry G. Frankfurt alles, was gleichgültig gegenüber der Wahrheit geäußert wird. Im Gegensatz zur Lüge, die absichtlich einen Sachverhalt verdecken soll, ist Bullshit die Wahrheit schlicht egal. Die Verwendung von gut klingenden Wörtern und floskelhaften Formulierungen vermittelt etwa Fachkenntnis, wo keine ist. Und statt Aussagen zu revidieren, werden Fakten erfunden.

Das Forschungsteam untersuchte das Design der Chatbots vor diesem Hintergrund. Die Programme funktionieren auf der Basis von Large Language Models, welche mittels immenser Textmengen statistische Modelle von Sprache anfertigen. Sie berechnen wahrscheinliche Abfolgen von Wörtern. Hierfür ist keine Kenntnis ihrer Bedeutung nötig. Sie ist gar nicht vorhanden. Die Bots produzieren zwar überzeugend und fundiert klingende Äußerungen, benötigen dafür aber weder logisches Denkvermögen, noch einen Zugriff auf die von Menschen geteilte Realität. Ihre Aussagen sind, wenn überhaupt, zufällig wahr. Fehlaussagen und erfundene Fakten sind daher fester Bestandteil von Bots wie ChatGPT.

Was bringt's?

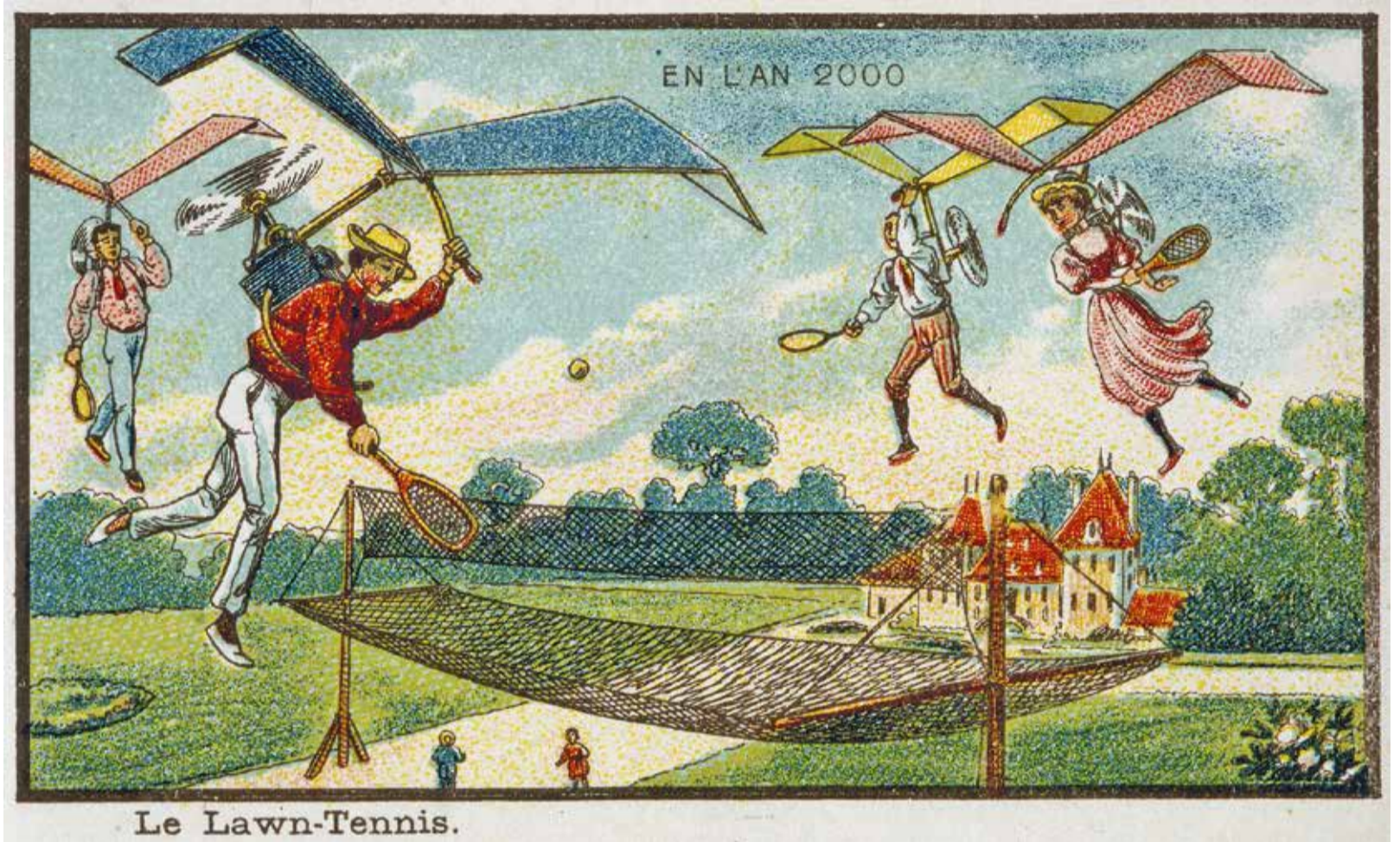
Die Sprache, die wir zur Beschreibung von KI verwenden, beeinflusst unsere Wahrnehmung von ihr. PolitikerInnen, InvestorInnen und die Öffentlichkeit beurteilen den Einsatz der neuen Technologie nicht mit sachkundigem Verständnis der Programme. Breitenwirksame Bilder wie die Metapher der Halluzination schaffen deshalb folgenschwere Missverständnisse. Die Studie weist darauf hin und schlägt vor, die kognitiven Kompetenzen der KI-Chatbots vorsichtiger zu formulieren. Ihr Umgang mit Fakten muss kritischer begutachtet werden, wenn die Maschine mehr und mehr menschliche Hirnleistung ersetzt.

Auch AnwenderInnen sind beim Umgang mit Fakten gefragt. ChatGPT ist noch keine zwei Jahre alt und arbeitet ganz erfolgreich. Dem Menschen ist Bullshit halt oft gut genug.
Nathan Pulver

Neue wissenschaftliche Studien stellen wir jede Woche an dieser Stelle vor – und erklären, welchen Fortschritt sie bringen. Sie wollen die Studie finden? Jede hat einen Code, hier lautet er: doi.org/10.1007/s10676-024-09775-5

zurück in die zukunft

Der Rasen von Wimbledon gilt in der Tennisszene als heilig. Dabei geht von ihm ein erhöhtes Verletzungsrisiko aus und einigen Tennis-Legenden wurde er zum Verhängnis. Beim Propeller-Tennis gäbe es dieses Problem nicht. Schonend für die Kniegelenke wäre es allemal, durch die Lüfte



Sieht so das Tennis der Zukunft aus? Mit Propellern auf dem Rücken fliegen die Menschen durch die Luft, eine Hand am Schläger, eine am Flügel. Bisher hat sich die Vorstellung noch nicht bewahrheitet. Illustration: kharbine tapabor/imago

zu gleiten statt über das Feld zu hechten. Dagegen wirkt die Gegenwart eher ernüchternd. Zwar spürt man auch hier den Einfluss von Technik auf den Sport. Die grundlegenden Spielregeln haben sich dadurch aber kaum verändert. Die Computersysteme sollen für mehr Fairness sorgen. Ob zum Beispiel ein Tennisball wirklich ins Aus ging, klärt in Wimbledon ein Kamerasystem. Und vielleicht wäre die DFB-Elf im Viertelfinale der Fußball EM nicht ausgeschieden, hätte sich der Schiedsrichter doch noch einmal die Aufzeichnung angesehen, statt auf seine eigenen Sinne zu vertrauen. Auch sind die Spiele auf Spitzenniveau besser in Zahlen erfasst. Bei einem Fußballspiel entstehen Millionen von Datenpunkten. Reichlich Material, um den Sport statistisch auszuwerten und neue Taktiken zu entwickeln. Dennoch: gespielt wird auf dem Boden. Auf einem Spielfeld, mit den gleichen Linien, mit Toren in der gleichen Größe wie jeher. So muss Propeller-Tennis weiter darauf warten, endlich erfunden zu werden.
Jerrit Schlosser

Zukunftsbilder aus der Vergangenheit und was man aus ihnen lernen kann, erkunden wir hier in jeder Ausgabe.

taz reisen
in die Zivilgesellschaft



Im Urlaub den Blick schärfen – mit der taz auf Reisen gehen

TAZ-REISEN IM SOMMER UND HERBST

Gruppenreisen für Individualist*innen in Begleitung von taz-Korrespondent*innen

Lomé – Aného – Sokodé – Kpalimé

TOGO – MIGRATION AUS AFRIKANISCHER SICHT
mit Christian Jakob und Emmanuel Noglo
19. bis 29. September
2.670 € (DZ/HP/ohne Flug)

Kurzreise in die EU-Hauptstadt, im Herzen Europas

BRÜSSEL
mit Bernd Müllender und Andrea Zoi Weber
21. bis 25. September
1.090 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Marrakesch – Hoher Atlas – Tazenakht – Zagora – Dadès-Tal

MAROKKO (SÜD)
mit Abderrahmane Ammar
5. bis 17. Oktober
1.890 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Mit Bootsfahrt auf dem Bosphorus bis zum Schwarzen Meer

ISTANBUL
mit Nihat Gencosman und Jürgen Gottschlich
12. bis 20. Oktober
1.190 € (DZ/3 x HP + 5 x ÜmF/ohne Anreise)

Städtereise zur Hafenstadt am Roten Meer - mit Ausflug nach Medina

DSCHIDDA (SAUDI-ARABIEN)
mit Jannis Hagmann
9. bis 16. November
2.980 € (DZ/HP/ohne Flug)

Trastevere – San Lorenzo – Testaccio – Tor Pignatara – Trullo

ROM ABSEITS DER TOURISTENPFADE
mit Marina Collaci und Michael Braun
16. bis 23. November
1.340 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Alle Infos (Programm, Preise und Leistungen, Reiseveranstalter etc.) zu den taz-Reisen unter:
www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon (030) 2 59 02-117

Ein echter Knochenjob



Die massiven Marknägel sind ein Auslaufmodell. Das netzartige Gerüst aus weißem Plastik ist die Zukunft. Es überbrückt die Bruchstelle und stützt das Wachstum von neuem Knochen
Fotos: BellaSeno

Kompliziert gebrochene Knochen werden bisher mit langen Nägeln geheilt. In Leipzig wird an einer eleganteren Lösung gearbeitet: Gerüsten aus dem 3-D-Drucker

Aus Leipzig **Luisa Faust**

Als Beifahrer*in im Auto kann man viel falsch machen: unkonzentriert navigieren, die falsche Musik spielen und, der wohl der fatalste Fehler, die Knie angewinkelt ans Armaturenbrett lehnen. Bei einem Auffahrunfall auf der Autobahn wirkt viel Kraft von hinten, und in dieser Haltung „ist der Oberschenkelknochen durch“, sagt Tobias Großner.

Der Unfallchirurg aus Heidelberg hat unzählige solcher Brüche behandelt, indem er einen Marknagel aus Titan in den Knochen bohrte, so lang wie der Oberschenkel selbst, oder indem er die Knochenfragmente mit einer langen Platte und Schrauben stabilisierte. Teile, die auch nach der Heilung im Körper der Patient*innen bleiben und sich manchmal noch nach Jahren entzünden, zu Schmerzen und Bewegungseinschränkungen führen können. Manchmal heilt die Bruchstelle trotz der Stabilisierung nicht und eine Lücke zwischen den Bruchteilen bleibt. Oft stand Großner im Operationssaal und hat sich gefragt, ob es nicht eine bessere Lösung gibt.

Auf der Suche danach stieß er vor drei Jahren zu BellaSeno, einem australischen Unternehmen, das Medizinprodukte im 3-D-Drucker herstellt. Gemeinsam entwickelten sie eine neue Idee: individualisierte Ersatzstücke, genau an die Knochenlücke der Patient*innen angepasst. Im Körper eingesetzt, werden sie mit Knochenmark gefüllt. Aus den Zellen des Knochenmarks bildet sich neuer Knochen. Das dauert manchmal nur Monate, manchmal Jahre. Gestützt und geleitet wird dieses Wachstum durch das Gerüst aus dem 3-D-Drucker.

Die Gerüste bestehen aus einem Kunststoff, das sich im Körper langsam auflöst und schließlich, wenn es seine Aufgabe erfüllt hat, ganz verschwindet. Das im Gerüst neu gewachsene Stück Knochen wird letztendlich kaum vom Originalknochen zu unterscheiden sein. Das ist eine kleine Revolution. Die Bruchlücke wird genau von dem Mate-



Hinter Glas: Wo Ersatzteile für den Körper gedruckt werden, muss es steriler sein als auf einem OP-Tisch

rial geschlossen, das dafür am besten geeignet ist: dem Knochengewebe der Patient*innen.

Die Firma BellaSeno hat ihren Hauptsitz in der BioCity in Leipzig, einem der modernsten und größten Biotechnologie-Parks in Deutschland. Auf zwei Etagen sind die Büros und die 3-D-Drucker des Unternehmens untergebracht. Im mit grauem Büroteppich ausgelegten Showroom werden die gedruckten Knochengestelle auf einem Podest präsentiert. Scaffolds nennen Mediziner*innen diese Teile. Bei den Gebilden aus weißem Plastik erkennt man schnell, wo sie im Körper hingehören, ein etwa 12 Zentimeter langes Stück Unterschenkel und die Speiche eines Unterarms liegen dort.

Chirurgische Lösungen müssten simpel sein, damit sie im Tagesgebrauch einsetzbar sind, meint Tobias Großner: „Im Operationssaal brauchen wir ein Produkt, das jeder versteht. Du musst die Verpackung aufmachen und sofort wissen, wo es hingehört.“ Nur drei Jahre ver-

gingen von den ersten Versuchen mit den Scaffolds für die Knochenheilung aus den 3-D-Druckern, bis das Produkt in Europa zugelassen wurde. Zuvor hatte BellaSeno allerdings schon jahrelang an der 3-D-Druck-Technik getüftelt. Und dass „Scaffolds für die Knochen-

Im Körper zersetzen sich die Gerüste mit der Zeit und lösen sich schließlich auf

heilung wichtig sind, das wissen wir schon seit dreißig bis vierzig Jahren“, sagt Großner. „Wir haben hier in Leipzig den Brückenschlag gemacht: 3-D-Druck, Scaffolds und Knochenregeneration. Das ist neu.“

Eine Etage unter dem Showroom stehen zwei 3-D-Drucker hinter einer Glasscheibe. Es

riecht nach Desinfektionsmitteln, von der Decke leuchten helle Lichtröhren. Das hier ist ein Reinraum, noch steriler als ein Operationssaal. Betreten darf man ihn erst, wenn der Druckvorgang abgeschlossen ist, und ausschließlich in Schutzmontur. Aus einem der beiden Drucker erklingt ein leises rhythmisches Zischen, in seinem Inneren bewegt sich der Druckkopf langsam vor und zurück, nach und nach sichtet er ein weißes Gebilde auf. Für ein 12 Zentimeter langes Stück Unterschenkelknochen braucht der Drucker ungefähr acht Stunden.

Etwa fünfzig Patient*innen tragen inzwischen ein Scaffold aus den beiden Druckern hinter der Glasscheibe in sich. Eingesetzt wurden sie bisher an vier hochspezialisierten Kliniken. Einer der ersten Patienten ist auch einer der spektakulärsten Fälle, sein Röntgenbild hängt im Showroom an der Wand: Es zeigt den Unterarm eines ukrainischen Zivilisten, der von einem Projektil getroffen wurde. Der Mann verlor dabei die Speiche,

in seinem Unterarm war nur noch die Elle übrig. Der verlorene Knochen wurde in der Medizinischen Hochschule Hannover durch ein Gerüst aus Leipzig ersetzt. Inzwischen kann der Mann seinen Unterarm wieder bewegen, den Ellbogen beugen und seine Hand benutzen. Seit einem halben Jahr bildet sich in seinem Körper neuer Knochen.

Im Versuchsraum holt Großner aus einem Kühlschrank den Kunststoff, aus dem auch das Gerüst für die Speiche gedruckt wurde. Die weißen kristallinen Kunststoffflocken sehen so aus wie Kokosraspel und bestehen aus einem Material, das in der Medizin schon seit gut 90 Jah-

ren bekannt ist: Polycaprolacton (PCL). Ursprünglich wurde der Stoff für die Fäden zum Nähen von Schnitten entwickelt. Wenn das Plastik mit Feuchtigkeit in Berührung kommt, löst es sich langsam auf. So wie diese Fäden nicht gezogen werden müssen, bauen sich auch die Scaffolds im Körper langsam ab.

Im Showroom ist auch ein Produkt ausgestellt, das noch auf die Marktzulassung wartet, aber viel Geld verspricht: Scaffolds für die Brustrekonstruktion, ebenfalls aus PCL. Statt mit Knochenmark wird das Brustgerüst im Körper der Patient*innen mit Fettzellen gefüllt, die an einer anderen Körperstelle entnommen wurden. Genau wie bei den Scaffolds für gebrochene Knochen löst sich das Brustgerüst irgendwann auf, und der Körper schließt die Fettzellen an den Blutkreislauf an. Das Fettgewebe wächst, bis es den Raum ausfüllt, den das Scaffold vorgegeben hat.

Bis zum ersten Prototyp musste BellaSeno die 3-D-Drucktechnik in vielen Schritten anpassen. „Das Plastik, mit dem wir drucken, ist hart, aber eine Brust muss sich ja weich und flexibel anfühlen“, sagt Großner. Die 3-D-Drucker müssen deswegen so fein drucken, dass eine bewegliche Struktur entsteht.

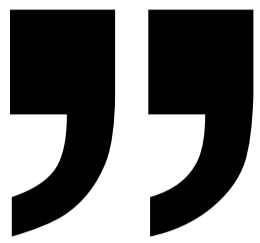
Erste Studien laufen, die Gerüstbrüste sollen zunächst für Menschen auf den Markt kommen, die ihre Silikonimplantate ersetzen wollen, etwa weil sie gerissen sind oder ihr Körper sie abwehrt. Übrig bleiben soll dann eine Brust, die sich kaum von einer natürlich gewachsenen unterscheidet. Wenn das wirklich klappt, könnten die Knochenbrüche für das Unternehmen irgendwann eine Nebensache werden.

Jeden Donnerstag utopisch aufwachen

TEAM taz ZUKUNFT

Abonniere den Newsletter zu Klima, Wissen, Utopien
taz.de/teamzukunft





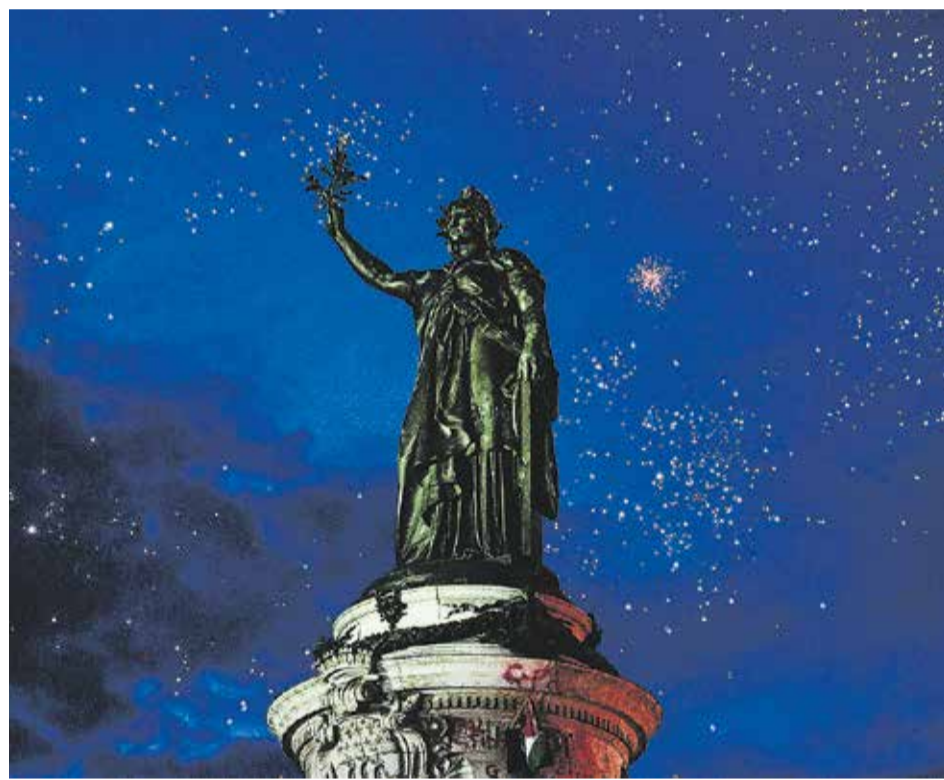
„Antifaschismus heute bedeutet primär Verteidigung, Management und Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft – was extrem harte Arbeit ist“

Ambros Waibel in „Merci, Macron“, wochentaz vom 6.–12. Juli 2024

wortwechsel

Franzosen erwidern Faschismusgefahr

Macrons Entscheidung, das Parlament aufzulösen, ging auf: zunächst kein Rechtsruck in Frankreich. Hohen Lebensmittelpreisen begegnen taz-LeserInnen mit Tauschgeschäften



Feuerwerk am Place de la République in Paris am 7. Juli 2024, als Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der Parlamentswahl bekannt werden Foto: Abdul Saboor/reuters

Reisen

„Briefeseite“, wochentaz vom 9.–12. 7. 24 Wow!“ war meine erste Reaktion auf den langen Artikel der amerikanischen Philosophiegeschichtlerin Agnes Callard. Ein kultur- und erkenntniswissenschaftlicher Essay über das Reisen in der taz! Keine leichte Kost.

Und nun „Wow!“ zum Zweiten: die durchgehend negativen Leserreaktionen. „Warum wird eigentlich ein *The-New-Yorker*-Artikel zum Titel gemacht?“ Für mich entstand eine andere Frage: Warum wurde der Artikel so reißerisch „Der große Selbstbetrug“ überschrieben? Klar, dass schon an dieser Schwelle die Lust zum nachdenklichen Weiterlesen abflaut und ins Abweisen übergeht: Will mir jemand die Lust am Reisen verderben? Dabei ist Reisen nicht gleich Reisen, wie auch der Leser Wolfgang Rauch differenziert: Eine Afrika-reise mit der Kenntnisnahme des Fluchtelends und „der Armut der Leute dort“ ist doch wohl grundverschieden von einer Reise an den Gardasee – in Bezug auf das, was Callard in den Vordergrund stellt: tiefgreifende Erlebnisse und Erkenntnisse mitzubringen, die uns eben nicht dort zurücklassen, „wo wir angefangen haben.“ Deswegen aufs „normale Reisen“, auf den Tourismus verzichten? Warum? Aber auch kein Grund, den Essay als lächerlich abzustempeln. *Christian Forberg, Schkopau*

Keine Erleuchtung

„Der große Selbstbetrug“, wochentaz vom 29. 6.– 5. 7. 24 Der Artikel von Agnes Callard/Lin Hierse hat etwas ausgesprochen, das ich schon lang denke. Ich selbst bin über ein Jahr durch Südamerika gereist und kam nicht zurück als ein besserer oder erleuchteter Mensch. Die Lust auf ein Abenteuer trieb mich zum Reisen und etwas zu spüren, was ich in meiner Heimat nicht erleben konnte, das Gefühl, unendlich Zeit zu haben. Doch so schön ich meine Reise erlebt hatte, hat es mich als Mensch nicht verän-

dert, und die vielen ziellosen Reisenden auf meinen Weg rannten eher vor etwas davon. *Benjamin Haak, Berlin*

Mehr als Arzttermine

„Alte Frau, was nun?“, wochentaz vom 6.–12. 7. 24 Ein erstaunlicher Beitrag. Wie kommt's, dass Erotik und Sexualität nicht vorkommen? Stattdessen Arzttermine und Ehekrisen und das Aufsuchen von Kühlboxen? Ist der Bauch von Heidi Klum erwähnenswert? Schade, so viele Seiten und leider verschenkt. *Renate Windisch, München*

„Multikulti“

„Merci, Macron“, wochentaz vom 6.–12. 7. 24 „Die gute Nachricht ist: Migration kennt die Menschheit seit ihren Anfängen.“ Ich will ja kein Pessimist sein, aber die schlechte Nachricht ist, dass die Menschheit leider ebenfalls seit ihren Anfängen Vertreibung, Pogrome und Entrechtung der „Anderen“ kennt. Man schaue etwa in die Türkei, wo türkische Nationalisten vor wenigen Tagen Syrer jagten und syrische Geschäfte plünderten und in Brand setzten. Das wurde in den sozialen Medien dann noch gefeiert. Eine multikulturelle Gesellschaft ist immer auch eine fragile, die permanenten Dialog und aushandeln erfordert. *Platanebanane auf taz.de*

Antifaschismus

„Merci, Macron“, wochentaz vom 6.–12. 7. 24 Macron ist ein Risiko eingegangen, gewiss. Im Gegensatz dazu folgte der Presse-Mainstream nur seinen Ängsten: Huch, das könnte ja den Rechten nützen; da tut man lieber gar nichts, vielleicht verschwinden sie ja von selbst! Als wenn die in zwei oder drei Jahren weg wären, wenn die nächste Präsidentenwahl stattfindet.

Sie bringen uns, Herr Waibel, aus Italien eine mögliche politische Vision für die Zukunft: ausgleichende Sozialpolitik. Vor allem aber heben Sie hervor, dass die französische Linke sich dank Macrons Eile innerhalb einer Woche zu einer neuen Volksfront zusammengeschlossen hat und nun eine antifaschistische Gegenkraft bildet! Wer hätte das hoffen gewagt! Und dazu noch Ihre Einschätzung: „Antifaschismus heute bedeutet primär Verteidigung und Management der Einwanderungsgesellschaft.“ Ja! *Barbara Höhfeld, Frankfurt am Main*

Oder-Moria

„Im Absente“, wochentaz vom 6.–12. 7. 24 Ich fahre seit über 10 Jahren regelmäßig zum Urlaub nach Brandenburg. Ich habe die Städte Frankfurt/Oder, Neuhardenberg, Seelow und andere besucht. Dabei sind mir die Menschen offen und hilfsbereit begegnet.

Ich konnte auch Flüchtlinge persönlich kennenlernen und an ihrem Schicksal im Landkreis Märkisch Oderland (MOL) Anteil nehmen. Dabei sind die Namen Landrat Schmidt, SPD, und Sozialdezernent Hanke, CDU, des Öfteren gefallen. Sie verweigern Flüchtlingen die nötigen Hilfen, erschweren selbständige Wohnungssuche, pferchen seit über einem Jahrzehnt Menschen zentral in einem Wohnblock ein. Beide verhindern systematisch Integration, dezentrales Wohnen.

Beide wollen das umsetzen, was ich auf Wahlplakaten der AfD in MOL früher sehen konnte: ein Bild mit fliegendem Teppich und der Aufschrift „Guten Heimflug“. Und nun die Insel in der Oder. Hanke und Schmidt wollen wohl so was schaffen, wie es in Griechenland das Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos war: ein Ort des Elends, der Rechtlosigkeit, der Menschenverachtung. Das Oder-Moria muss unbedingt verhindert werden. *Werner Huffer-Kilian, Koblenz*

Lebensmittelpreise

„Wut im Supermarkt“, wochentaz vom 6.–12. 7. 24 Ich war auch lange gezwungen, Preise zu vergleichen. Das sollte aber auch zum kleinen Einmaleins in einer Marktwirtschaft Lebender gehören. Die grundsätzliche Preisentwicklung wird im Artikel treffend skizziert.

Allerdings leben wir in einem Land, das im Vergleich zu vielen europäischen Nachbarn sehr niedrige Lebensmittelpreise hat. Daher auch die Erfolgsgeschichte von deutschen Lebensmittelketten im Ausland. Seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine sind auch einige Preise wieder rückläufig. Dass sich Milchprodukte verteuert haben, finde ich angesichts der schlechten CO₂-Bilanz gar nicht so verkehrt. Ich kaufe nun bewusster ein und greife häufiger zum vegetarischen Brotaufstrich. Tauschgeschäfte mit meiner Imkerin finde ich übrigens auch nett.

Uns, in Deutschland, geht es gut. Ein Gespräch mit Griechen, die die Finanzkrise und Ihre Folgen dort erlebten, öffnet die Augen, wie schwierig Leben, selbst in Europa, sein kann. *Philippo1000 auf taz.de*

meinungsstark

EU-Ratspräsident auf Reisen

„Orbán auf „Friedensmission 3.0“, taz vom 8. 7. 24 In der Gemeinschaft EU wechselt halbjährlich die Ratspräsidentschaft. Gerade ist Viktor Orbán an der Reihe. Kurz nach Übernahme dieses Amtes machte er sich – ohne Absprache mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten – in seiner neuen Funktion auf den Weg nach Kiew, Moskau und Peking. Erst anschließend ging es zu den Feierlichkeiten der seit 75 Jahren bestehenden Nato in die USA.

Wie alle will Orbán hoffentlich nur Frieden schaffen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass er sich lediglich bei einigen Regierungschefs mit kruden Machtfantasien anbiedern und auch von innenpolitischen Problemen ablenken will. Was die EU-Kollegen darüber denken, ist ihm völlig egal. So ein Mann ist unwürdig, an der Spitze der EU zu stehen! Überlegungen, ihm die EU-Ratspräsidentschaft wieder abzunehmen, sind absolut nachvollziehbar und richtig! *Achim Bothmann, Hannover*

Unverständnis

„Die heiligen Kügelchen der Grünen“, wochentaz vom 6.–12. 4. 24

Wie ich erfahre, beteiligt sich (zumindest punktuell) auch die taz an Lauterbachs Feldzug gegen die Homöopathie, indem er diese als Kassenleistung streichen lassen will. Woher Ihre Redakteure ihre Gewissheit nehmen, dass die Globuli aus dem therapeutischen Instrumentarium verbannt gehören, ist mir schleierhaft.

Mir als langjährigem Unterstützer der taz-Genossenschaft tut Ihr Einschwenken in den „rationalen, evidenzbasierten“ Mainstream jedenfalls weh, wo ich doch die taz gerade wegen ihres pluralistischen, basisdemokratischen Anspruchs schätze. Als Arzt (berenteter Anästhesist und Intensivmediziner) wende ich seit Jahrzehnten die klassische Homöopathie als wichtige, unverzichtbare Ergänzung zur konventionellen Medizin an. *Luzian Taeger, Lahr*

Negative Verknüpfung

„Wer könnte Donald Trump schlagen?“, wochentaz vom 6.–12. 7. 24

Als langjähriger taz-Leser und Abonnent bin ich doch erstaunt, dass bei Euch eine sexuelle Orientierung bei der Eignung als US-Präsident aufgeführt wird – und das in einem Satz, der negativ endet. Nur für genaue Leser erkennbar, dass der erste Teil eigentlich positiv ist. Die negative Verknüpfung zwischen „schwul“ und „ungeeignet“ ist für mich gezielt für überfliegende Leser eingebaut ... siehe letzter zitierter Satz: „Pete Buttigieg. Mit 42 der Youngster unter den Schattenkandidat:innen. Wollte 2020 (...) Schwul, progressiv, eloquent – aber unerfahren.“ *Jana Jäckel, Speyer*

Kurzsichtig und ärgerlich

„Wolfsgrüße sorgen für Fanmarsch-Aus“, wochentaz vom 6.–12. 7. 24

Wir haben seit den 1960er Jahren Millionen Türken als gut integrierte Mitbürger in Deutschland. Erdoğan ist ein wichtiger Politiker gerade in diesen instabilen Zeiten. Da sind die Grauen Wölfe nur ein Nebenaspekt. Es ist einfach kurzsichtig und ärgerlich, wie die deutschen Medien mit der Situation umgehen. Damit beschleunigen wir eine Entwicklung wie aktuell in Frankreich. *Mona Hasse, München*



taz die tageszeitung,
friedrichstraße 21
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Ein Teil unserer Auflage enthält eine Beilage von Radialsystem

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf

Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld |
Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin |
Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck: auf PALM Recyclingpapier: A. Beig
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421
Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord
GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH
& Co. KG, 35390 Gießen

Abonnement: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.

Fax: 030 | 2 59 02-680

E-Mail: abo@taz.de

Abonnement nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €



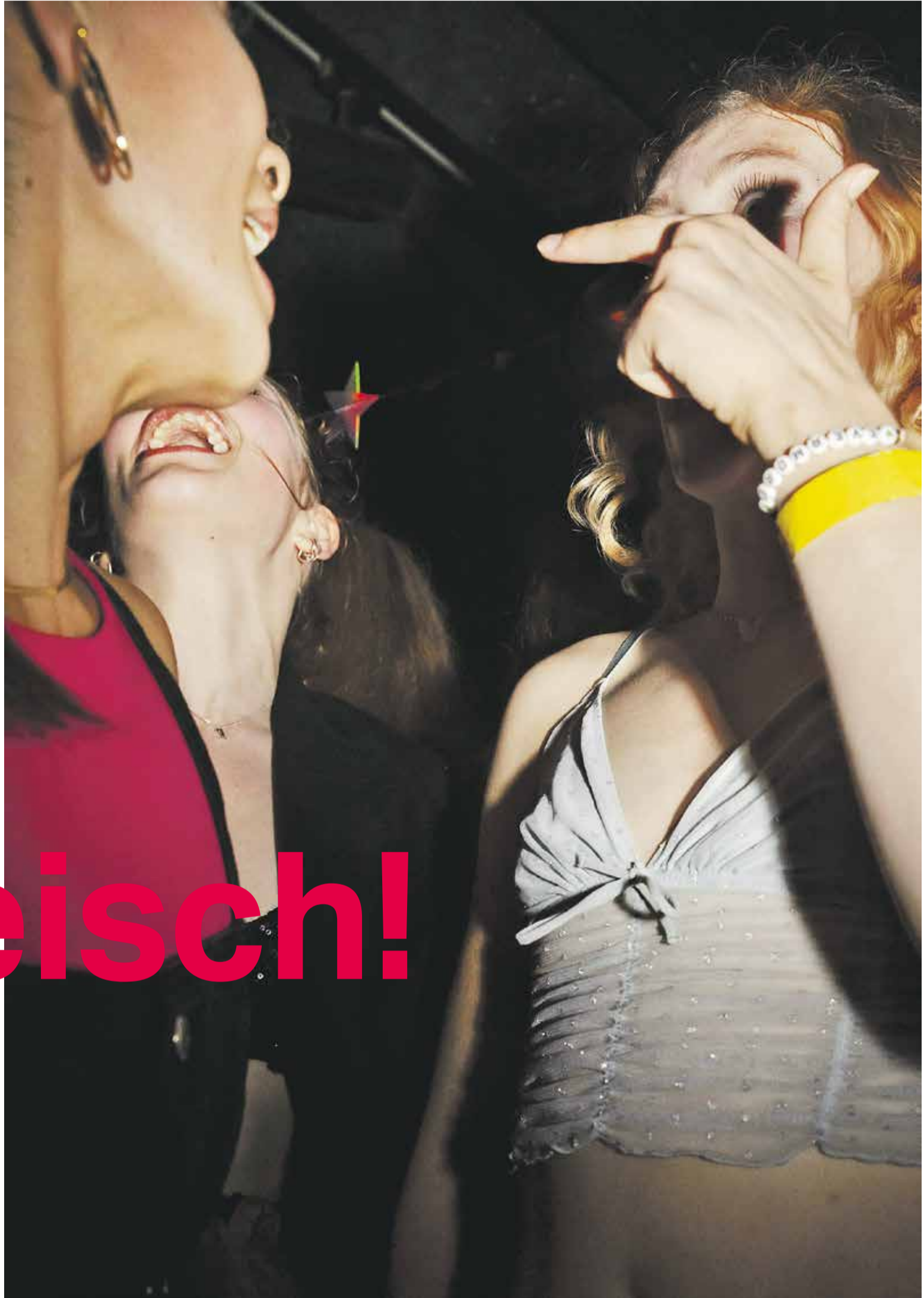


taz  **shop**

Hängende Vogeltränke. Wer sich immer wieder über angeknabberte Jungpflanzen und Keimlinge ärgert, hat womöglich versäumt, den Vögeln im Garten einen Aperitif anzubieten. Diese Vogeltränke ist Bar und Swimmingpool in einem – nicht nur für Dreckspatzen – und, da sie frei schwebt, unerreichbar für Katzen, Marder und Dachse. Aus Keramik, nicht frostfest. **€ 17,95**

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



Swifties auf einer Swift-Party im Vorfeld des 113. Konzerts von Taylor Swifts „The Eras Tour“ in Zürich
Foto: Anne Morgenstern

Kreisch!

Taylor Swift spielt die ersten Deutschland-Konzerte ihrer „The Eras“-Tour. Sie wird die Menschen berühren, ganz wortwörtlich

Es gibt seit fast anderthalb Jahren ein neues Internet-video-Genre, das von vielen heißer geliebt wird als Clips von Katzen oder anderen Tieren. Dieses Genre nennt sich „kid gets the 22 hat“ und ist eine Aufzeichnung des Moments, in dem ein im Schnitt 6-jähriges Kind von einer 34-jährigen, großgewachsenen Frau einen Hut auf den Kopf gesetzt bekommt und vor Ekstase fast umkippt. Die Frau ist Taylor Swift, die Hutkrönung ist Bestandteil der Konzerte ihrer seit dem 17. März 2023 laufenden „The Eras“-Konzerttournee, und sie ist so wholesome anzuschauen, weil sie einen perfekten Spannungsbogen hat.

Fast 100 Meter tanzt Swift während ihres Songs „22“ auf das am Ende des Bühnenstegs stehende Kind zu, über dessen Gesicht in diesen zwei Minuten fast jede Emotion einmal huscht. „Everything will be alright if we just keep dancing like we’re 22“, singt Swift in diesem Lied, obwohl für sie 22 sein eine Weile her und für das Kind eine Weile hin ist – trotzdem fühlen’s beide gleichermaßen. Am Bühnenende angekommen kniet Swift sich zum Kind runter, legt das Mikro zur Seite, man fällt sich in die Arme, Freundschaftsbänder und Komplimente werden ausgetauscht, zum Schluss kriegt das Kind den etwas zu großen Hut, den die Sängerin vorher trug. Swift wirkt dabei

jedes Mal ehrlich entzückt darüber, schwitzige Kinderhände zu halten und sich von nervösen Erstklässlern ins Ohr schreien zu lassen.

Man hat sowieso das Gefühl, dass sie sich alle Mühe gibt, in der über dreistündigen Show jederzeit voll anwesend zu sein. Natürlich weil 80.000 Menschen zugucken und mitfilmen und Taylor Swift das in den 20 Jahren ihrer Karriere so gelernt hat. Aber auch weil die Verbindung mit dem Publikum, diese allabendliche vermeintlich einzigartige Intimität ihr *unique selling point* als Popstar ist. 114 Shows hat sie auf der „The Eras“-Tour mittlerweile absolviert, nie hält sie die gleiche Ansprache zweimal, jedes Konzert hat

ein Akustikset mit immer wechselnden, teilweise auf die Stadt/das Wetter/den Feiertag abgestimmten Überraschungsmedleys. Wenn sie beteuert, an keinem Ort gerade lieber zu sein, als in Tokio, Rio de Janeiro, Sydney oder Paris, glaubt man ihr das.

Nun also Deutschland. Taylor Swift macht Halt in Hamburg, München, zuerst aber vom 17. bis 19. Juli in Gelsenkirchen, ausgerechnet (*mehr dazu auf Seite 47*), und die Frage steht im Raum, ob sie dort als Überraschungssongs eine Kombination aus „I hate it here“ und „Is it over now?“ bringen könnte. Ist natürlich Quatsch, am Ende wird’s sowieso „You’re on your own, kid“ – Swifts meistgespielter *surprise song* – weil das

Publikum diese Hymne ans Aufwachsen so liebt und vielleicht ja auch weil Gelsenkirchen und das Ruhrgebiet, quasi der Rust Belt von Germany, Taylor Swift ein bisschen an Zuhause erinnern. An Pennsylvania, wo sie ihre Kindheit verbrachte.

Und dann singen Tausende Sechsjährige mit ihren Müttern an den Händen: „You’ve got no reason to be afraid / You’re on your own, kid / Yeah, you can face this / You’re on your own, kid / You always have been.“ Und eine von ihnen trägt einen Hut, den sie vielleicht irgendwann für viel Geld auf Ebay verkauft, weil sie nicht mehr daran hängt. Aber nicht jetzt. Jetzt muss sie erst mal reinwachsen. *Leonie Gubela*

die kinderfrage

Warum haben Babys keine Haare?

Wir wollen von Kindern wissen, welche Fragen sie beschäftigen. Jede Woche beantworten wir eine. Diese Frage kommt von Terje, 9 Jahre alt.

Iber Terje, dass alle Babys keine Haare haben, stimmt nicht ganz. Man könnte es zwar vermuten, denn ihre Haare sind oft so fein und dünn, dass man sie kaum erkennen kann. Allerdings gibt es schon bei der Geburt große Unterschiede. Manche Babys kommen mit Glatze zur Welt, andere als wilde Wuschelköpfe.

Weil deine Frage eine so wichtige ist, haben Wissenschaftler:innen die Haare von Babys gründlich untersucht und ihnen sogar besondere Namen gegeben. Als du noch klitzeklein warst und noch nicht einmal daran gedacht hast, aus Mamas Bauch zu schlüpfen, hattest du das sogenannte Lanugohaar auf dem Kopf und am ganzen Körper. Das ist sehr wichtig, denn sonst hätte das Fruchtwasser im Bauch deine zarte Haut aufgeweicht. Außerdem hat es dich vor Erschütterungen und Kälte geschützt. Kurz vor deiner Geburt ist dieses Haar dann größtenteils ausgefallen. Vielleicht konnten deine Eltern noch Reste auf deinen Augenbrauen und Schultern entdecken.

Deine ersten echten Haare waren Vellushaare. Sie haben nur ganz wenige Pigmente, was bedeutet, dass die meisten Babys in den ersten Monaten ihres Lebens sehr helle Haare haben. Bei vielen Kindern werden sie mit der Zeit dunkler. Jetzt weiß ich zwar leider nicht, welche Haarfarbe du hast, aber es kann durchaus sein, dass sich auch deine Haare über die Jahre verändert haben und du als Baby ganz anders aussahst. Um das zu überprüfen, müsstest du deine Eltern mal nach alten Fotos fragen.

Übrigens: Auch wenn du mit vielen Haaren zur Welt gekommen bist, kann es gut sein, dass diese nach ein paar Monaten wieder ausgefallen sind. Das ist ganz normal. Während der Schwangerschaft gibt dir deine Mama sehr viele Hormone mit auf den Weg, die sich, je älter du wirst, immer weiter abbauen. Du bist also mehr und mehr auf dich selbst gestellt, und weil das ziemlich überfordernd sein kann, gerät so einiges aus dem Gleichgewicht. So auch deine Haare.

Wusstest du, dass Erwachsene auch manchmal von Babyhaaren sprechen? Damit meinen sie nicht unbedingt die Haare ihrer Kinder, sondern ihre eigenen hauchfeinen Härchen an Stirn, Schläfen und im Nacken. Vor allem Frauen und Männer, die ihre Haare zu einem Pferdeschwanz binden, beschweren sich oft über sie, denn sie machen, was sie wollen. Dabei sind sie eigentlich ein Grund zur Freude: Hier wächst neues Leben heran, wie ein Baby im Bauch seiner Mama.

Katharina Federl

Hast du auch eine Frage? Dann schreib sie uns an kinderfragen@ taz.de.

das ding der woche

Was ist das?

Vergangenes Jahr wurde sie der Öffentlichkeit präsentiert, ab morgen ist sie in Deutschland zu haben: die Vision Pro von Apple. Was Laien für eine überdimensionale Skibrille halten, bewirbt ihr Hersteller als neue Ära der Computerei.



Foto: mago

Was kann das?

Mit der knapp 4.000 Euro

teuren Augmented-Reality-Brille können Landschaften erschlossen, Apps bedient und Filme auf einer unbegrenzten Leinwand angesehen werden. Außerdem soll sie verlässlich Frisuren zerstören und schnell Kopfschmerzen bereiten.

der comic



EL BEBBE GRANDE

starke gefühle

Telefonieren ist ja an und für sich nicht schlimm. Angerufen zu werden hingegen schon

Die kanadische Sängerin Carly Rae Jepsen erklärte 2012 in ihrem weltweiten Hit „Call Me Maybe“, es sei zwar verrückt, aber hier sei ihre Nummer und der Adressat des Liedes, den sie gerade erst kennengelernt hatte, möge sie doch bitte anrufen. „Vielleicht“. Ihr Song steht in der überschaubar großen, aber langen Tradition der Ferngesprächslieder, von Margot Hielschers „Telefon, Telefon“ (Platz 4 beim Eurovision Song Contest 1957) über „Hanging on the Telephone“ von Blondie (1978) – und er wirkte schon bei Erscheinen seltsam anachronistisch. Denn Jepsen ist 1985 geboren, mithin klassisches Millennial. Zu den wenigen Dingen aber, auf die sich Menschen in den sozialen Medien einigen können, gehört, dass Vertreter*innen dieser Generation eine Aversion gegen Telefongespräche haben.

Ich möchte die Phobien anderer Menschen nicht klein reden (ich habe zum Beispiel ein echtes Problem damit, trockene Salatblätter anzufassen), aber viel schlimmer, als ein Telefon in die Hand zu nehmen, sich kurz zu überlegen, was man wie sagen möchte, die Nummer einzugeben und auf das grüne Hörer-Symbol zu tippen, ist es ja wohl, angerufen zu werden. Noch dazu, wie im Lied, zu irgendeinem beliebigen Zeitpunkt des Tages von einer Person, die man gar nicht kennt und deren Nummer unbekannt ist.

Ich bin die einzige Person in meinem Umfeld, die noch ein Festnetztelefon hat, aber seit meine Großmutter vor anderthalb Jahren starb, gibt es niemanden mehr, der mich dort erreichen will. Wenn meine Eltern wiederum auf meinem Handy anrufen, denke ich immer, es sei was Schlimmes passiert.

Dass man nicht mehr zu Hause auf einen wichtigen Anruf warten muss, führt al-

Unangemeldete Anrufe bitte nur von Menschen, die mich siezen – Kundenberater, Behörden und die Schule meines Kindes

lerdings dazu, dass man in jeder Situation mobil angerufen werden kann. Die meisten Millennials haben ihr Handy zwar eh immer lautlos gestellt (und das, wo wir uns doch früher für Klingeltöne verschuldet haben!), aber wir sind halt noch so erzogen worden, dass wir zumindest ein massives schlechtes Gewissen mit uns rumschleppen, wenn wir nicht sofort rangehen – sei es auf dem Kinderspielplatz, beim Date oder auf dem Klo.

Mein Vater sagt immer, es sei früher normal gewesen, vom Telefon aus dem herausgerissen zu werden, was man gerade macht,

aber „normal“ waren früher auch: schlagende Lehrer, Herrenwitze und passivrauchende Kinder; so was sollte ja nun wirklich nie ein Argument sein.

Das heißt nicht, dass ich nicht gerne Telefongespräche führe – ich möchte nur vorher wissen, wann. Als Faustregel gilt dabei: Unangemeldete Anrufe bitte nur von Menschen, die mich siezen – Kundenberater, Behörden und die Schule meines Kindes.

Die Textnachricht hingegen ist nicht nur zeitlich unabhängig, weniger aufdringlich und nahezu überall rezipierbar, sie ist meist auch zeitsparend und prägnanter – zumindest, wenn die, die sie schreiben, einigermaßen kohärent formulieren können. Außerdem gibt es Emojis, die bei der Interpretation helfen und die Intention der Schreibenden besser zur Geltung bringen können. (Zumindest, wenn alle Beteiligten wissen, wie welches Emoji zu verwenden ist. Das mit dem hochgezogenen Mundwinkel und den zur Seite schauenden Augen ist für sexuell aufgeladene Inhalte reserviert, Tante Brigitte!)

Was mich zu der Frage bringt, wie eigentlich die Sprachnachricht so erfolgreich werden konnte, die viele Nachteile des Telefongesprächs nicht hat (Geräusch, Länge, Menschen bei der zögerlichen Erstbegehung ihrer eigenen Gedankenwelt zuhören müssen), aber auf dessen einzigen Vorteil verzichtet: die Möglichkeit, das Gegenüber zu unterbrechen. Lukas Heinsner



Freie Liebe auf Rezept

Eine antivirale Pille davor – eine antibakterielle danach. Neue Medikamente machen Hoffnung auf reuelosen ungeschützten Sex, vor allem in der schwulen Szene. Doch ohne Nachteile geht es nicht

Von **Yossi Bartal** (Text) und **Sebastian Schwamm** (Illustrationen)

Zwei junge Männer stehen eng beieinander. Der eine mit Glatze, der andere mit Schnurrbart und Perlenkette. Ihr Look ist trendy, genderfluid. Beide schauen ernst in die Kamera. Das Bild, auf dem die beiden zu sehen sind, wirkt wie die Ankündigung einer queeren Techno-party in einem Berliner Club. Doch weit gefehlt. Es ist die Werbeanzeige eines Pharma-Unternehmens. „Kein Bock auf sexuell übertragene Infektionen?“, steht auf Englisch unter dem Foto der Männer. Und als Antwort: „Beginn jetzt mit Plan D!“

Mit Plan D meint diese Werbung ein medizinisches Verfahren, das heute allgemein als „Doxy-PEP“ bekannt ist. Darunter versteht man die präventive Einnahme des Antibiotikums Doxycyclin nach einem potenziellen Kontakt zu sexuell übertragbaren Bakterien. Die Abkürzung PEP steht für Postexpositionsprophylaxe – eine Art Pille danach. Das seit 1976 zugelassene Arzneimittel Doxycyclin wird bereits zur Therapie von Chlamydien eingesetzt, eine der meistverbreiteten Geschlechtskrankheiten, die durch Bakterien verursacht wird. Studien aus den vergangenen Jahren mit schwulen Männern und Transfrauen haben nun gezeigt, dass die einmalige Einnahme einer Dosis Doxycyclin das Risiko wirksam reduziert, nach

ungeschütztem Sex Chlamydien oder auch Syphilis zu bekommen. Einige dieser Studien deuten auch auf eine, wenn gleich geringere, Wirksamkeit gegen Tripper hin.

Eine Packung Doxycyclin mit 20 Pillen bekommt man in jeder Apotheke; dafür braucht man nur ein Rezept vom Arzt. Man kriegt es aber auch ohne Arztbesuch, denn seit einigen Jahren bieten Onlineshops den Verkauf von verschreibungspflichtigen Medikamenten wie Doxycyclin an. Ganz legal – das Ausfüllen eines Fragebogens reicht in der Regel aus, damit ein mit der Website kooperierender Arzt das Rezept ausstellt, auch ohne Patientengespräch.

So tut das auch das Unternehmen, das auf dem oben erwähnten Plakat Doxy-PEP als Rundum-Sorglos-Paket verkauft. Man muss einige Sachen anklicken, dann bekommt man ein Rezept. Und wenn man will, das Medikament gleich mit. Doxy-PEP könnte ein Game Changer für die (schwule) Sexwelt sein. In der Szene hat sich die Methode mittlerweile zu einem medizinischen Hype im Kampf gegen „Sexually Transmitted Infections“ (STI), durch Sex übertragene Infektionen, entwickelt.

Viele schwule Männer in Berlin haben die Anzeige in den vergangenen Monaten in ihre Social-Media-Feeds gespült bekommen. Was steckt hinter

Was ist was?

STI
Sexually Transmitted Infections, also sexuell übertragbare Krankheiten oder, etwas vereinfachend: Geschlechtskrankheiten.

Doxy-PEP
Gemeint ist die Einnahme des Antibiotikums Doxycyclin nach Kontakt zu Personen mit bakteriellen Geschlechtskrankheiten. PEP steht für Postexpositionsprophylaxe. Es ist also eine antibakterielle Pille danach.

PrEP
Präexpositionsprophylaxe. Dabei nehmen HIV-Negative vor ungeschütztem Sex Medikamente ein, die vor Ansteckung schützen. PrEP kann also als antivirale Pille davor gesehen werden.



dem Hype? Und was macht die häufige präventive Einnahme eines Antibiotikums mit unseren Körpern, mit der Community, mit der Gesundheit der anderen? Ist dieser „Plan D“ wirklich so harmlos und effizient, wie die Werbeanzeige suggeriert? Kann es wirklich Exzess ohne Konsequenzen geben?

Ein wolkenloser Samstag im Mai, Berlin-Neukölln. Die leicht versteckte FKK-Wiese im Volkspark Hasenheide ist belebt mit halb oder ganz nackten Menschen, die die ersten warmen Sonnenstrahlen genießen. Alexander Marin ist zum Entspannen hergekommen, er liegt auf einem bunten Handtuch. Nur einige Meter entfernt, im Dickicht, laufen Dutzende Männer auf den schmalen sandigen Pfaden schweigend aneinander vorbei. Die dichte, gerade

sprießende Vegetation bietet ideale Bedingungen für diskrete Begegnungen. Der Park zieht Menschen mit den diversesten Hintergründen und bis ins Rentenalter an. Sie kommen zum sogenannten Cruising zusammen – zum anonymen Sex unter freiem Himmel, zu zweit, zu dritt oder mehr.

Marin ist ein vielgereister Akademiker aus Osteuropa in seinen späten Dreißigern. Nach Berlin ist er wegen des Jobs gezogen, aber auch wegen der großen schwulen Szene in der Stadt. Er fühlt sich frei hier, bei einem so intimen Thema wie sexueller Gesundheit möchte er jedoch seine Identität in der Zeitung lieber nicht preisgeben. Er heißt eigentlich anders.

Fortsetzung auf Seite 26

70.8881

gemeldete Fälle von Gonorrhö (Tripper) gab es 2022 in 28 untersuchten Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums

Quelle: European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC)

48

Prozent beträgt der Zuwachs der Tripper-Fälle gegenüber 2021

Quelle: ECDC

Fortsetzung von Seite 25

An diesem Samstag will sich Marin nur in der Sonne bräunen und Freunde treffen. Er lebt zwar in einer offenen Beziehung, verzichtet aber auf das Vergnügen im Gebüsch, denn er leidet gerade an einer Tripper-Infektion. „Meine dritte Infektion dieses Jahr“, sagt er. „Vor einigen Monaten hatte ich Syphilis, mit sehr unangenehmen Symptomen, richtig krassen Schwellungen und Wunden.“

Im Herbst waren bei ihm bei einer Routine-Untersuchung auch Chlamydien entdeckt worden, deren häufigste Symptome sich von Tripper kaum unterscheiden: Bei Menschen mit Penis sind es, je nach Ansteckungsort, zumeist Ausfluss aus der Harnröhre und Brennen beim Wasserlassen oder Juckreiz im Analbereich. Seit er nach Berlin gezogen ist, werde er im Intimbereich öfter krank, erzählt Marin. „Ich habe vorher schon einiges erlebt, aber nicht in diesem Ausmaß.“

Tatsächlich steigen die Zahlen bakterieller Geschlechtskrankheiten in den vergangenen Jahren kontinuierlich an, wie das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten im März berichtet hat. Das betrifft nicht nur homosexuelle Menschen, Chlamydien-Fälle nehmen in der gesamten Bevölkerung zu, am stärksten bei jungen Frauen und Männern im Alter von 20 bis 24 Jahren. Auch Tripper ist in dieser Altersgruppe besonders verbreitet.

Bei Männern tritt er allerdings viermal häufiger auf als bei Frauen, von den betroffenen Männern ist wiederum die Mehrheit homosexuell. Syphilis wird sogar fast ausschließlich bei Männern registriert, die Sex mit Männern haben. Für diese meldepflichtige Infektion liegt die höchste Inzidenz bundesweit in den Berliner Innenstadtbezirken. Kondome bieten zwar keinen vollständigen Schutz, wie sie es beispielsweise gegen HIV tun, senken aber dennoch das Ansteckungsrisiko mit bakteriellen Erregern deutlich.

Trotzdem werden Kondome heute immer weniger benutzt – vor allem unter schwulen Männern. Grund ist ein anderes vorbeugendes Medikament, und zwar eines, das nicht nach dem Sex eingenommen wird wie Doxy-PEP, sondern vor dem sexuellen Kontakt. Es ist im Fachjargon eine Präexpositionsprävention (PrEP) – die Pille davor.

Mit PrEP ist in der schwulen Szene heute vor allem eine Arzneimittelkombination gemeint, die seit gut 20 Jahren ein wichtiger Bestandteil der HIV-Therapie ist. Als entdeckt wurde, dass das Medikament nicht nur die Vermehrung des HIV im Körper hemmt, sondern auch bei Uninfizierten das Eindringen des Virus in die Zellen verhindert, begannen auch HIV-Negative, es präventiv einzunehmen. Nach dem Ablauf des Patentschutzes Ende des vergangenen Jahrzehnts und einer deutlichen Preissenkung wurde die Pille weltweit zugänglich und noch populärer.

Seit 2019 werden in Deutschland sogar die Kosten für das PrEP-Medikament von den Krankenkassen übernommen. Heute sind es bundesweit knapp 40.000 Menschen – vor allem Männer, die Sex mit Männern haben – die sich mit dieser nahezu nebenwirkungsfreien Methode vor einer HIV-Infektion schützen. Ein Drittel der Nutzer lebt in Berlin. Für viele Homosexuelle stellt HIV die größte gesundheitliche Gefahr dar. Dank PrEP ist diese deutlich verringert. Viele verzichten deshalb auf Kondome beim Sex.

Wer Kondome nutzt, hat schlechte Chancen

Die Forschungslage zum Zusammenhang zwischen PrEP-Einnahme und der Zunahme an (bakteriellen) Geschlechtskrankheiten ist dünn, aber Expert:innen halten es für sehr wahrscheinlich, dass STI aufgrund des neuen Kondomverzichts unter schwulen Männern wieder zunehmen – wie bei Marin. Er findet Kondome unangenehm, genau wie die Mehrheit seiner Sexpartner, erzählt Marin: „Die sind seit PrEP wirklich überall aus der Mode gekommen.“ Viele hätten nicht einmal eine Packung zu Hause, als wären sie ein Relikt vergangener Zeiten, sagt er. „Wer auf der Dating-App angibt, nur mit Gummi zu ficken, wird oft ignoriert.“

Der Einsatz von Arzneimitteln, um ungewollte Konsequenzen von sexuellen Handlungen zu verhindern, ist keine Neuheit. Die Anti-Baby-Pille ist seit mehr als 70 Jahren auf dem Markt, die „Pille danach“ gegen ungewollte Schwangerschaften seit mehr als 50 Jahren. Beide haben damals Moraldebatten ausgelöst und wurden als Wegbereiter einer sexuellen Revolution betrachtet.

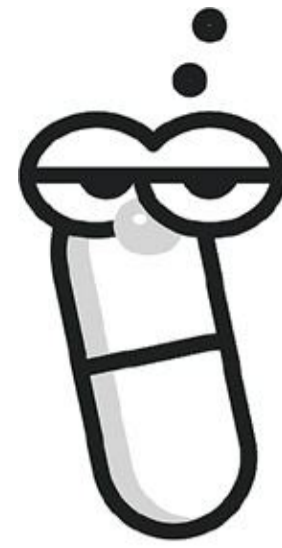
Dass auch PrEP, die Prophylaxe-Pille vor ungeschütztem Sex, von moralisierenden Debatten begleitet war, ist also wenig überraschend. Nachdem der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn die Kostenübernahme von PrEP verkündete, warnte die Drag-Queen Nina Queer in der *Bild*-Zeitung vor der angeblichen Gefahr. Unter dem Titel „Freie Fahrt für wilde Nutten“ schrieb sie: „Eine PrEP-Pille ist nichts anderes als eine Art, kleine Chemotherapie, der man seinen Körper tagtäglich oder wemöglichst jahrelang aussetzt. Jeder, der diese Therapie anwendet, muss sich bewusst darüber sein, dass er möglicherweise seinem Körper und seiner Psyche schadet.“ Wenige Tage später veröffentlichte *Bild* eine Antwort des Virologen Hendrik Streeck, der die Aussagen von Nina Queer mit Fakten wieder einfiel.

Solche Herabwürdigungen und Übertreibungen sind in den vergangenen fünf Jahren weniger geworden, und PrEP hat sich nachweislich als Erfolgsmodell gegen die Ausbreitung von HIV in der queeren Szene bestätigt. Mit einer Prognose scheint Nina Queer allerdings nicht völlig falsch gelegen zu haben: „Durch ungeschützten Sex gewinnen Syphilis, Tripper, Herpes und Pilze wieder Oberwasser.“ Kann die Doxy-PEP, die antibakterielle Pille danach, nun auch dieses Problem beseitigen?

Marin hatte von der Prophylaxe bereits vor Längerem gehört. Von der Gesellschaft zur Förderung sexueller Gesundheit wird sie nach besonders risikoreichen Kontakten für PrEP-Nutzer wie ihn empfohlen. Immer mal wieder sah er entsprechende Beiträge auf den US-amerikanischen Accounts auf Instagram, denen er seit dem Ausbruch der Affenpocken vor zwei Jahren folgte. „Beim letzten Arzttermin dachte ich mir, es lohnt sich, danach zu fragen. Und bevor ich den Satz beenden konnte, wurde mir das Rezept in die Hand gedrückt“, erinnert er sich.

Nach dem Kauf des Antibiotikums in der Apotheke war er sicher, nun von weiteren STIs verschont zu bleiben. Bald musste er aber das Gegenteil feststellen: Das viel beworbene Doxy-PEP wirkte gar nicht gegen alle bakteriellen Infektionen. Ein halbes Jahr und einige wilde Nächte später hatte er sich trotz ordnungsgemäßer Einnahme der Doxy-PEP mit Tripper infiziert.

Anruf bei Max Schnepf, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozial- und Kulturanthropologie an



„Der Umgang mit Infektionen hat sich normalisiert und ist weniger stigmatisiert“

Max Schnepf, Sozialanthropologe an der FU Berlin

der FU Berlin. Er forscht seit Jahren zum Thema sexuelle Gesundheit. Im Videotelefonat erklärt er, welche Auswirkungen die beiden Medikamente PrEP und Doxy-PEP über ihre pharmakologische Wirkung hinaus auf die Community haben können. „Es ändert sich vieles dadurch – in der Szene allgemein, aber auch ganz persönlich, wie Leute ihre Sexualität wahrnehmen oder sogar was sie begehren.“

Basierend auf seiner Feldforschung versucht Schnepf, das mit PrEP verbundene Versprechen der Sorglosigkeit in einer Community zu begreifen, die immer noch von den Traumata der Aids-Krise gezeichnet ist. „Die Hoffnung auf einen sorglosen, befreiten Sex wurde immer wieder durch Gesundheitskrisen unterbrochen, bei denen gerade von Menschen, die promiskuitiv leben, erwartet wurde, ihre Sexualkontakte einzuschränken“, erklärt er.

Damit meint Schnepf zum Beispiel die Zeit während der Coronapandemie, die besonders jene Menschen vor Herausforderungen stellte, die ihr Sexleben nicht auf eine Person beschränken. Oder der Ausbruch der Affenpocken im Frühsommer 2022, von denen hauptsächlich schwule Männer in Großstädten betroffen waren. Bald nach der Aufhebung der meisten Coronaschutzmaßnahmen und rechtzeitig zur CSD-Saison breitete sich das Affenpockenvirus aus und verursachte schmerzhaft Hautausschläge, insbesondere im Intimbereich.

Erst eine zunächst schleppend geführte Impfkampagne und weitere Maßnahmen konnten die Ausbreitung der Krankheit eindämmen. Viele in der Community tragen noch heute physische und seelische Narben aus dieser Zeit, in der sie monatelang verzweifelt auf eine Impfung warteten. Für etliche kam diese zu spät: Sie erkrankten schwer, mussten sich isolieren und litten unter einem gravierenden sozialen Stigma.

Dass auch die Zulassung von PrEP gegen das HI-Virus im Jahr 2019 das Versprechen für sorglosen Sex nicht in voller Gänze einhalten können, war der Medizin damals schon bewusst. Das erhöhte Risiko, sich durch den fehlenden Schutz mit anderen STI zu infizieren, sei ein Thema gewesen, sagt Schnepf, auch wenn die „statistische Relation relativ schwer einzuschätzen“ gewesen sei.

Schnepf sieht noch einen anderen, einen sozialen Grund für den Anstieg von bakteriellen STI in der Gesamtbevölkerung. Dieser sei an die Tatsache gekoppelt, dass „sexuelle Kontakte mit Fremden“ dank Dating-Apps viel einfacher geworden seien – auch unter Heteros. Die Ausbreitung solcher „Infrastrukturen intimer Begegnungen“

hätte ebenso einen großen Effekt auf die Infektionszahlen. Was er bei PrEP-Nutzern vor allem merke, sei, dass „der Umgang mit Infektionen sich weitaus normalisiert hat und weniger stigmatisiert ist“. Syphilis, Chlamydien, Tripper und Co. würden von den meisten als „part of the game“ akzeptiert, als Teil des Spiels.

Einige seiner Gesprächspartner fragten sich dennoch, ob „die ganze Mühe infolge einer bakteriellen Infektion“ – also die schmerzhaften Symptome, Arztbesuche und die hoch dosierte antibiotische Behandlung, oft mehrmals im Jahr – den Sex ohne Gummi tatsächlich wert sei. Und einige überlegten wieder auf Kondome umzusteigen, so Schnepf.

Genau für sie könnte Doxy-PEP, die antibakterielle Pille danach, auch ein Hoffnungsträger sein, um weiterhin ohne Kondome Sex zu haben. Ob er persönlich die Einnahme von Doxy-PEP richtig oder falsch findet, will Max Schnepf nicht sagen. Aber er hat eine Veränderung seit den Anfangsjahren der Aids-Krise beobachtet. Damals wurde sexuelle Gesundheit stärker im Kollektiv verhandelt. Heute hingegen stünden PrEP und Doxy-PEP in einer „Reihe von biomedizinischen Maßnahmen, die die Verantwortung vermehrt auf das Individuum lenken“. Ein Vorgespräch über sicheren Sex, HIV-Status oder Kondome finde deutlich seltener statt – weder im Bett noch in der Community. Jeder sei in dieser Hinsicht zuerst einmal auf sich allein gestellt.

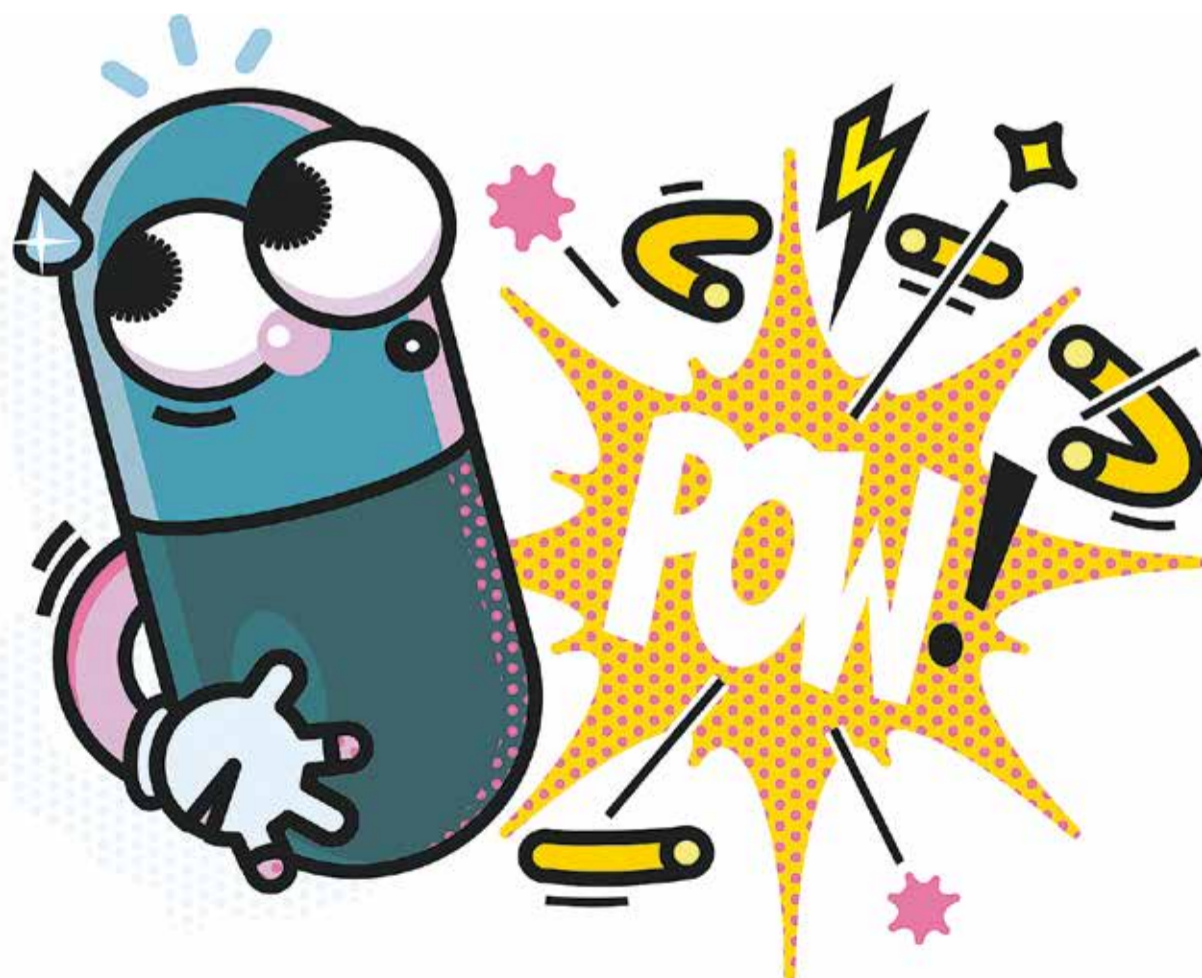
Schnepf hält dieses Schweigen für bedenklich, denn Sex könne niemals komplett 100 Prozent sicher und steril sein. „Gegen diese falsche Erwartung, die Doxy-PEP schürt, brauchen wir viel mehr Kommunikation.“

Einen Schritt in diese Richtung macht die queere Anlaufstelle für sexuelle Gesundheit Checkpoint BLN am Hermannplatz in Berlin-Neukölln. Ihr Veranstaltungsraum, nicht größer als ein gewöhnliches Klassenzimmer, ist an einem Abend im April proppenvoll. Mehr als 60 Personen sitzen auf den schwarzen Stühlen oder stehen im Flur. Die Anwesenden sind jung und alt, größtenteils männlich und viele scheinen sich bereits zu kennen. Zum ersten Mal findet in Berlin eine offene Veranstaltung zum Thema Doxy-PEP statt, und das Interesse ist groß.

Vorne steht Elena Rodriguez, Fachärztin für Innere Medizin und Infektiologie. Die gebürtige Spanierin arbeitet bei der Schwerpunktpraxis ViRo im Neuköllner Schillerkiez und berät einmal im Monat bei Checkpoint BLN. An diesem Abend erklärt sie zuerst, wie die Einnahme im Fall von Doxy-PEP funktioniert: „200 Milligramm Doxycyclin – auf einmal – 24 bis zu 72 Stunden nach dem riskanten Sexualkontakt.“ Dann taucht sie in die Geschichte der STI ein, erzählt von all diesen „sehr unterschiedlichen Keimen“, die uns schon seit Hunderten von Jahren begleiten. Auf einer Leinwand werden mittelalterliche Zeichnungen von Figuren mit entzündeten oder mit Pusteln übersäten Penis gezeigt und von den Wundärzten, die sie inspizieren.

Heute sind die zwei meist verbreiteten Geschlechtskrankheiten bakteriell: Tripper und Chlamydien. Sie sind deutlich weniger gefährlich als die viralen, zu denen etwa HIV und Hepatitis B oder C zählen. Tripper und Chlamydien verlaufen oft asymptomatisch und wenn nicht, bleibt es meist bei einem eitrigen und übel riechenden Ausfluss, Juckreiz und Schmerzen im Intimbereich für einige Tage. Anders als bei Menschen mit Vagina sind schwerwiegende Komplikationen eher die Ausnahme. Ohne Behandlung würden sie in den meisten Fällen von allein weggehen.

Die ebenfalls bakterielle Syphilis hingegen kann unentdeckt in späteren Stadien, wenn die Infektion auf Gehirn und Rückenmark übergreift, extreme Schäden anrichten, sogar tödlich



216.508

gemeldete Fälle von Chlamydien gab es 2022 in 27 untersuchten Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums

Quelle: ECDC

16

Prozent beträgt der Zuwachs der Chlamydien-Fälle gegenüber 2021

Quelle: ECDC



enden. Sie ist aber leicht mit Penicillin zu heilen. Rodriguez plädiert daher dafür, immer abzuwägen: „Was sind die Konsequenzen der Erkrankung, vor der ich mich schützen will? Und was sind die Konsequenzen der Therapie, die ich bereit bin anzunehmen?“

Genau das soll an diesem Abend vermittelt werden. Denn regelmäßig Antibiotika zu schlucken, bleibt nicht ohne Nebenwirkungen. Erbrechen, Durchfall, allergische Hautreaktionen und Schleimhautentzündungen sind nur einige der häufigsten Begleiterscheinungen. Die Schwächung des Immunsystems ist eine weitere Folge.

Weniger erforscht ist der langfristige Einfluss auf das Mikrobiom – die Gesamtheit der Mikroorganismen im menschlichen Körper. Als sicher gilt nur, dass die Einnahme von Antibiotika den Unmengen von Bakterien, die in uns leben und zahlreiche notwendige Funktionen erfüllen, massiv schadet. Jüngere Studien erforschen ihren Einfluss auf Depressionen, Angststörungen oder Krebs, mit derzeit noch widersprüchlichen Ergebnissen.

Antibiotikaresistenzen gehen alle an

Auch gesamtgesellschaftlich kann die Einnahme von Antibiotika durch eine wachsende Zahl von Personen eine Wirkung haben: die Bildung von resistenten Keimen. Hierbei handelt es sich um Bakterien, die durch Mutationen gegenüber einzelnen Antibiotika unempfindlich werden und dadurch schwerer zu bekämpfen sind. Eine häufige oder falsche Anwendung von Antibiotika kann diesen Vorgang begünstigen. Der Tripper-Erreger zum Beispiel ist in Europa schon längst gegen Doxycyclin resistent und entwickelt auch bereits gegen neuere Antibiotika Resistenzen, wie ein Monitoring des Robert Koch-Instituts belegt.

Selbst wenn die Doxy-PEP eine sehr kleine Nische bedient, steht „auf der Public-Health-Ebene“ die nicht notwendige Einnahme „eindeutig im Widerspruch zum Konzept des rationalen Antibiotika-Einsatzes“, erklärt Christoph Weber, der medizinische Leiter von Checkpoint BLN, gegen Ende der Gesprächsrunde. Zudem sei eine Pille nach jedem riskanten Sexualkontakt ein „riesiger antibiotischer Aufwand“ für den Körper.

Dann präsentiert Weber noch die Ergebnisse eines Patientenmodells, das von externen Wissenschaftler*innen für sein Team erstellt wurde. Es zeigt, wie eine regelmäßige Einnahme von Doxy-PEP bei Menschen, die sich ohnehin schon mehrmals im Jahr we-

gen STI mit antibiotischen Medikamenten behandeln lassen, zu einer Verdoppelung des jährlichen Antibiotikakonsums führen könnte. Nach ihrem Errechnungsmodell, das auch die durchschnittliche Häufigkeit von ungeschütztem Sex erfasst, würde nur eine einzige symptomatische Infektion mit Chlamydien oder Syphilis im Jahr präventiv verhindert werden. Man bekommt den Eindruck, das Heilmittel könnte womöglich schlimmer sein als die Krankheit.

Während einige im Publikum noch versuchen, die gesamten Informationen, Zahlen und Rechenmodelle genauer zu verstehen, dreht sich die Hauptfrage in der anschließenden Diskussion darum, wie promiskuitiv oder zurückhaltend man sich verhalten sollte, damit eine Doxy-PEP-Behandlung sinnvoll ist. Sollte man die Pillen nur gelegentlich, drei oder vier mal im Jahr nach einer großen Sexparty nehmen? Aber was, wenn man doch mehrmals im Monat an Orgien teilnimmt? Eindeutige Antworten haben die Expert:innen nicht, aber in einem sind sie sich einig: Auch wenn Doxy-PEP in bestimmten Einzelfällen sinnvoll sein kann, eignet es sich auf keinen Fall als regelmäßige Ergänzung zur PrEP – von einer mehrmaligen Nutzung im Monat wird abgeraten. Eine Ansicht, die laut einer aktuellen Befragung auch 83 Prozent aller HIV-Schwerpunktzentren in Deutschland teilen.

Die weitverbreitete Skepsis unter Gesundheitsexperten lenkt die Aufmerksamkeit auf ein weiteres potenzielles Problem: die Selbstmedikation mit Doxycyclin entzieht sich ihrer Kontrolle. Bei vielen liegen nicht aufgebrauchte Tabletten seit der vorherigen Chlamydien-Behandlung noch im Schrank. Sie können also jederzeit auch ohne akuten Anlass eingenommen werden. Dass diese Art des Verhaltens keine Seltenheit ist, zeigt eine neue Studie der Weltgesundheitsorganisation, derzufolge jeder Dritte in Europa Antibiotika ohne ein aktuelles Rezept einnimmt. Zudem ist der Kauf von verschreibungspflichtigen Medikamenten wie Doxycyclin online und ohne Arztbesuch aufgrund einiger Gesetzeslücken heute sehr einfach.

Ein Treffen mit Christoph Weber, einige Tage nach der Veranstaltung. Seit mehr als 25 Jahren arbeitet er im Bereich HIV-Medizin. Die Anlaufstelle, die ärztliche Versorgung und psychosoziale Beratung an einem Ort vereint, hat er mitgegründet. Angefangen hat das Projekt 2018 mit der Vergabe von PrEP an Einkommensschwache.

Es gibt wenige Menschen in Berlin, die die Gesundheitsprobleme der queeren Szene so im Blick haben wie Weber.

„Natürlich könnte man sagen: ‚My body, my temple, my choice‘. Aber wenn der Körper ein Tempel ist, sollte man ihn auch pflegen und nicht ständig mit Pillen quälen“

Christoph Weber, medizinischer Leiter beim Checkpoint BLN



onen unterscheiden, sieht er kritisch. PrEP-Nutzer müssen sich alle drei Monate auf bakterielle STI testen lassen. Wenn das Ergebnis auf Chlamydien oder Tripper positiv ausfalle, wollten sich viele auch behandeln lassen, ob mit oder ohne Symptome, erklärt Weber. Solange keine Beschwerden da sind, sei dies jedoch nicht immer notwendig. „Es spielen aber so viele gesellschaftliche Moralvorstellungen in diesem Thema mit“ und der Wunsch „sauber“ zu sein, sei groß. Doch Tatsache bleibe: „Ein freizügiges Sexleben ohne STI gibt es nicht“.

„Natürlich könnte man sagen: ‚My body, my temple, my choice‘. Aber wenn der Körper ein Tempel ist, sollte man ihn auch pflegen und nicht ständig mit Pillen quälen“, sagt Weber. Man müsse zudem aufpassen, „dass wir uns nicht unglaublich viele Resistenzen reinholen, die dann bei uns zirkulieren“. Die große Frage für ihn sei daher, wie man zwischen all diesen Faktoren „die Balance hält“. Auf jeden Fall ist er strikt dagegen, Doxy-PEP, die antibakterielle Pille danach, „zum individuellen Spaß auf den Markt zu werfen“.

Doch für den Markt ist Doxy-PEP natürlich attraktiv. Das neue Berliner Start-up Every Health etwa vermarktet Doxy-PEP seit ein paar Monaten online und bei Community-Events. Es ist dasselbe Unternehmen, das die Werbeanzeige mit den beiden Männern im Partyoutfit in den sozialen Medien schaltete. Auch die Mitarbeiter des Start-ups selbst posieren online mit Fettschäufchen. Die Aufmachung und Selbstdarstellung wirkt wie die einer Gruppe altruistischer Communityaktivisten, die die Szene lediglich über eine von der Außenwelt stigmatisierte Wundtherapie aufklären wollen. So beschwerte sich ihr Geschäftsführer Dimitri Bilyarchyk zuletzt auf LinkedIn, dass „der Zugang (zur Doxy-PEP) in Deutschland durch Gate-Keeping und Stigma eingeschränkt“ sei und sie deshalb in den letzten Monaten „unermüdlich“ daran gearbeitet hätten, „Doxy-PEP sicher, zuverlässig und bequem für unsere Communities zugänglich zu machen“.

Das stimmt so nicht. Die Deutsche STI-Gesellschaft, die tatsächlich eine Art von Gatekeeping-Funktion in diesem Bereich hat, empfahl bereits im vergangenen Jahr, den Einsatz von Doxy-PEP für PrEP-Nutzer nach Risikoanlässen in Betracht zu ziehen. Die Entscheidung dazu sollte aber vom behandelnden Arzt im Einzelfall getroffen werden.

Das Ausfüllen weniger Fragen reicht bei Every Health, damit man als „geeignet“ für die Therapie gilt und ein Re-

zept ausgestellt bekommt. Nutzer bekommen ein Video des medizinischen Leiters der Firma gezeigt. Er behauptet auf Englisch, Doxy-PEP sei auch gegen Tripper einigermaßen wirksam – obwohl das Resistenz-Monitoring des RKI das Gegenteil nahelegt. Nach dem Video kann man ein monatliches Abo für zwei Pillen abschließen, das nach der ersten Lieferung kündbar ist. Das Ganze kostet dann 25 Euro, in zwei separaten Zahlungen an eine Firma, die gleichzeitig ein Rezept ausstellt und ein Medikament verkauft.

In Deutschland gilt eigentlich eine klare Trennung von Arzt und Apotheker. Die Logik dahinter ist, dass Ärzte keine finanziellen Anreize haben sollen, Medikamente zu verschreiben, um so Mehrverbrauch und Missbrauch zu verhindern. Auf Nachfrage erklärt Every Health, dass sie eine „Gesundheitsplattform“ und „keine Apotheke und auch keine Ärzt*innen“ seien, sondern sie stellten „lediglich den Zugang zu passenden Expert*innen her“, die auf ihrer „Plattform aktiv“ seien.

Es gibt auch noch einige andere Onlineanbieter mit einem ähnlichen Verkaufsmodell, bei denen man die fünffache Menge für den gleichen Preis beziehen kann – wenn man in einem kurzen Fragebogen angibt, an Chlamydien zu leiden. Das Absurde: Mit einem Privat Rezept eines Arztes würde die zehnfache Menge die Hälfte kosten. Ein lukratives Onlinegeschäft, betrieben mit einem queeren Image. Was motiviert Kunden, da mitzumachen? Schamgefühle oder die Furcht vor ärztlicher Belehrung, Unkenntnis oder die Bequemlichkeit, fast alles von Zuhause aus bestellen zu können? Alles denkbar.

Kann es Exzess ohne Konsequenzen geben? Nach einer langen Partynacht, in der man Sex hatte, kann die Einnahme von Doxy-PEP-Pillen natürlich verlockend sein. Und so schön bequem. Doch es gibt gute Gründe, sich gegen das Antibiotikum zu entscheiden: Wegen des Mikrobioms, wegen möglicher Nebenwirkungen, wegen Resistenzen und weil es ohnehin kaum gegen eine mögliche Tripper-Infektion hilft. Das Logo des Gesundheits-Start-ups, das mir unerschämigt ins Gesicht lacht, ist ein weiterer Grund gegen die Einnahme. Hier wird mit Ängsten und Begehren ein Geschäft gemacht. Sollte nicht zumindest bei der Gesundheit der Kommerz seine Grenzen haben?

Vollkommen risikofreien Sex kann es nicht geben, auch nicht mit Doxy-PEP. Und doch kann es gut sein, für den Notfall eine Pille im Nachtschränkchen zu haben.

16

sexuell übertragbare Infektionen listet die Deutsche STI-Gesellschaft auf ihrer Seite, darunter Affenpocken, Filzläuse, HIV, Hepatitis, Tripper und Syphilis

Quelle: Deutsche STI-Gesellschaft

8.305

Fälle von Syphilis wurden 2022 in Deutschland gezählt – ein neuer Höchststand

Quelle: Robert Koch-Institut



genossenschaft taz

Jana Renner, Lina Kuhrmann & Julia Molin
Mitarbeiterinnen der taz Genossenschaft

MIT DEINEM GELD
MACHEN WIR'S UNS
UNBEQUEM

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft



Alina Schwermer
Hin und weg

Alle sind mit allem verbunden

Antonias Küchentisch wirkt, als habe sie uns erwartet. Sie tischt selbstgemachtes Gebäck auf, Getränke. Und ich bewundere ihre süditalienische Fähigkeit, immer was für Gäste im Haus zu haben.

Denn wir kennen uns überhaupt nicht. Auf der Straße sind wir ins Gespräch gekommen, Antonia hat uns spontan eingeladen. Die Straße, in der unser Ferienhaus steht, ist geprägt von kleinen Häusern mit Landstücken. Hier wohnen noch viele Nachkommen alter Kleinbauernfamilien. Wie Antonia. Eine unfassbar fitte 75-Jährige, die ich ständig auf dem Acker werkeln sehe.

Sie weiß, sehr lange geht das nicht mehr mit dem Haus, „aber es hängen so viele Erinnerungen dran“. Sie zeigt uns den winzigen Altbau, wo sie in der Kindheit zu sechst schliefen, kaum vorstellbar. Dann das Haus, voll mit Ikonen. Ob wir katholisch oder protestantisch seien? Wie, gar nichts? „Die Zeiten ändern sich“, kommentiert Antonia, als hätte sie das oft gesagt. Am Tisch erzählt sie vom harten Leben damals, von den Familien, die auch wir kennen.

Es ist faszinierend, sich ein Dorf zu erschließen. Ich finde es manchmal schwer, mit dem zerfaserten Horizont auf dem Land umzugehen. Aber die Geschichten zeigen auch, welche Lebensleistung die Leute vollbracht haben. Wie etwa eine andere alte Frau, die oft herrisch ist, aber glücklich wirkt, wenn sie in ihrem Gemüsegarten steht. Von Antonia erfahren wir, dass auch sie in einer Kleinbauernfamilie aufwuchs, die Mutter früh tot, die Stiefmutter hart, sie habe es schwer gehabt. Vieles versteht man so besser, auch, was sie erkämpft hat, ihre gebildete Tochter, ein wenig Wohlstand. In der Folgegeneration wirkt dieses Leben schon fern. Jene Tochter erzählt später, die Straße sei damals voll mit Kindern gewesen, Kühe hätten sie gemeinsam gemolken, wie schön das alles war.

Jetzt sind Höfe und Kinder weg. Aber immer noch hängt alles unsichtbar zusammen. Der Mann, der uns das Holz liefert, entpuppt sich als Sohn von dem, der damals die Kühe hatte. In der Bäckerei, wo die Familien ohne Ofen einst ihr Brot zum Backen hinbrachten, verkauft die Frau, die vorher unser Haus besaß.

Wie in einem großen Wimmelbild fügen sich Biografien zusammen. Es ist ein Bild, das viele Grautöne zulässt. Unsere Nachbarin – die, die Kühe molk – hat nicht Meloni gewählt, die Wahl war ihr wichtig. Aber viele ihrer Arbeitskolleg:innen seien nicht wählen gegangen. „Sie finden, man kann eh nichts machen. Dabei sind das doch gebildete Leute.“ Die Erfahrung, ausgeliefert zu sein, sitzt tief hier. Auch mit Antonia reden wir kurz über Politik. Sie sorgt sich um die Ukraine, die Pandemie, den Massentod der Olivenbäume, der hier viele entsetzt. „Aber“, seufzt sie, „was kann man machen.“



Hunderte kleine Schnecken im Blick: Cassandra Bœuf auf ihrer Farm

Sie zieht die kleinen Grauen den großen Grauen vor

Schnecken gehören zur französischen Küche, werden dort inzwischen aber oft importiert. Cassandra Bœuf und ihr Partner züchten sie noch selbst, am liebsten die weniger bekannte Cagouille-Schnecke. Ein Farmrundgang in Frankreichs Westen

Aus der Charente **Verena C. Mayer** (Text und Fotos)

infranch immer der Nase nach funktioniert hier nicht. Ebenso wenig gibt es verräterischen Lärm, und zu sehen ist auch nichts in diesem von platten Feldern umgebenen Vierkanthof, der still in der westfranzösischen Mittagshitze liegt. Ein wenig unschlüssiges Warten, ein wenig Suchen, und dann schließlich, hinter der dritten Tür, steht Cassandra Bœuf, die nach einem herzlichen *Bonjour!* sofort loslegt: „Hier sind wir im Fortpflanzungsraum.“ Nur schummrig erleuchtet ist dieser *salle de reproduction*, wohl ein ehemaliger Stall, der nun in langen Reihen mit hüft hohen Holztischen vollgestellt ist.

Bœuf holt das Ergebnis von ergiebigem Schneckensex aus kleinen, mit Erde gefüllten Plastiktopfen: stecknadelkopfkleine Eier, wie weißer Kaviar. „Eine Schnecke legt 80 bis 150 Stück“, erklärt sie, während sie den Klumpen von der Erde befreit. „Rund drei Wochen nach der Befruchtung graben sich die Tiere ein, um ihre Eier zu legen.“ Cassandra Bœuf und ihr Partner Guillaume Roux züchten

Cagouille-Schnecken. Die sind kleiner und weniger bekannt als die *Escargots de Bourgogne*, die man auch außerhalb Frankreichs kennt und isst, meist mit Kräuterbutter überbacken. Diese „Burgunderschnecken“ allerdings sind keine Burgunder Eigenart, sondern in Gesamt-Zentraleuropa beheimatet und werden inzwischen meist aus dem Osten importiert. Und – um es noch verwirrender zu machen – was heute als *Escargots de Bourgogne* verkauft wird, sind meist *gros-gris*. Diese „großen Grauen“ sind die gezüchteten Verwandten der Burgunderschnecke mit Ursprung in Nordafrika. Die *Cagouille* hingegen ist eine echte Französin, vermutlich die älteste Art des Landes. Beliebt sind sie vor allem im Département Charente, nordöstlich von Bordeaux.

Dort betreiben Bœuf und Roux einen von landesweit rund 300 Schnecken-Zuchtbetrieben. Um die 15.000 Tonnen der Tiere werden in Frankreich pro Jahr verarbeitet. Und dennoch fragen sich Bœuf und ihr Partner, die den Betrieb erst im März diesen Jahres übernahmen: „Wollen die jungen Leute das noch essen?“ Ein Jahr lang begleiteten sie den in die Rentenjahre gekommenen Vorbesitzer, betrieben Marktforschung, sprachen

mit Gastronomiebetrieben. „Die jungen Leute entdecken sie wieder“, sagt Cassandra Bœuf nun. „Sie kennen es von ihren Großeltern, haben aber meist keine Zeit die Tiere, wie es früher üblich war, selbst zu sammeln.“

Das Paar ist selbst erst um die 30. Er kommt aus der Landwirtschaft, sie hat BWL studiert und lange im Foodbereich gearbeitet. Beide lieben Schnecken und die Arbeit in der Natur. Ihr Betrieb begleitet als einer von nur wenigen den gesamten Prozess: von der Fortpflanzung über die Aufzucht bis hin zur Verarbeitung. Jetzt zur Mittagszeit seien die Tiere im Siesta-Modus, sagt Bœuf, über einen der Kästen gebeugt. Auf den Holzbrettern tummeln sich Aberhunderte Schnecken, manche in ihrem Haus versteckt, andere – die langen Augenfüher voraus – auf langsamer Wanderschaft.

„Ah, hier paaren sich zwei“, ruft Bœuf und zeigt auf zwei zur Pyramide aufgetürmte Exemplare. Schnecken sind Hermaphroditen, erklärt sie. Es

„Junge Leute entdecken Schnecken wieder, haben aber meist keine Zeit, die Tiere selbst zu sammeln“

Cassandra Bœuf, Züchterin

brauche immer zwei zur Fortpflanzung, doch fixe Geschlechter gibt es nicht.

Die begattete Schnecke legt ihre Eier schließlich in die erdgefüllten Plastiktopfe, aus denen Bœuf und Roux sie nach einigen Wochen herausklauben und in eine mit Erde gefüllte Aluschale legen. Nach drei weiteren Wochen bei rund 20 Grad schlüpfen die Tiere, dann kommen sie in den Garten hinter dem Haus. „Da geht gerade eine spazieren“, sagt Cassandra Bœuf und hebt eine der Holzplatten hoch, die hintereinander im Gras liegen.

Noch sind die Schnecken klein wie Reiskörner. „Wir lassen sie einfach machen“, sagt die junge Züchterin. Die Aufzucht ist nachhaltig: kein Lärm, kein Abwasser, kein Dünger. Lediglich etwas Mehl und vor allem Gemüse bekommen die Tiere.

Ab August werden die ausgewachsenen Schnecken lebend oder „geschlachtet“ (fünf Minuten in kochendem Wasser) verkauft. Ein Teil wird direkt am Hof weiterverarbeitet: zu Paté, Terrine, Bratwurst, Blätterteigtörtchen und – Spezialität der Region – gekocht in deftiger Tomatensoße. Die *Cagouilles à la Charentaise* sind eine Art Schneckenragout. „Ein tolles Gericht“, schwärmt Cassandra Bœuf. Und sehr gesellig, da man es meist in die Tischmitte stellt und gemeinsam genießt.

Das Besondere an den kleinen *Cagouilles*, auch *petit-gris* genannten Schnecken: Sie können im Ganzen, direkt aus der Schale gegessen werden. Bei den großen Verwandten, den *gros-gris*, wird das Tier aus dem Gehäuse geholt, die Innereien entfernt und anschließend wieder hineingegeben. Die Kleinen seien zarter, meint Bœuf. Entscheidend für den Geschmack aber sei natürlich – so wie auch die *Escargots de Bourgogne* in erster Linie nach der Kräuterkruste schmecken – die Soße. Sie enthält neben Tomaten, Zwiebeln und Knoblauch auch Wurstbrät. Eine mit Schnecken gepimpte Bolognese, wenn man so will.

Weil im In- und Ausland vor allem *gros-gris*, also die vermeintlichen Burgunderschnecken, nachgefragt werden, züchtet das Paar beide Sorten. Cassandra Bœufs Herz aber hängt an der kleinen *Cagouille*. „Sie ist Wahrzeichen unserer Region, ein Teil unserer Charentaiser Tradition.“ Kleine Betriebe wie den ihren gibt es nur noch wenige. Und dennoch ist sie überzeugt, dass die Tradition weiterlebt. Zum Abschied empfiehlt sie ein Restaurant im nahen Mesnac. Spezialität: Pizza à la cagouille.

Alina Schwermer schreibt alle vier Wochen übers Gehen, Bleiben und Reisebegegnungen.

herzensort

Bei ihr fühl' ich mich geborgen

Besonders schön finde ich es nicht am Kreuzberger Ende des Berliner Landwehrkanals. Auf den Gehwegen ist meist so viel los, dass ich weder entspannt in den Tag träumen noch meine Lieblingssongs nachträllern kann (Ersteres zu gefährlich, Zweiteres zu peinlich). Zudem reicht mein Geld oft nicht, um mich in eines der gentrifizierten Hipstermagneten-Cafés zu setzen, nicht mal dann, wenn ich mich mit einfachem Filterkaffee zufrieden gebe.

Doch einen Ort gibt es hier für mich: das **GriGri**. Immer, wenn ich mich in den von uralten Kastanienbäumen geschützten Biergarten setze, spielt sich die gleiche Szene ab. Zwei Tische entfernt sitzt eine betagte Frau mit rot gefärbten Haaren. Sie trinkt Espresso und raucht lange Filterzigaretten, eine nach der anderen. Ab und an redet sie mit ihrem Begleiter, der mehr einem zotteligen Bär als einem Hund ähnelt.

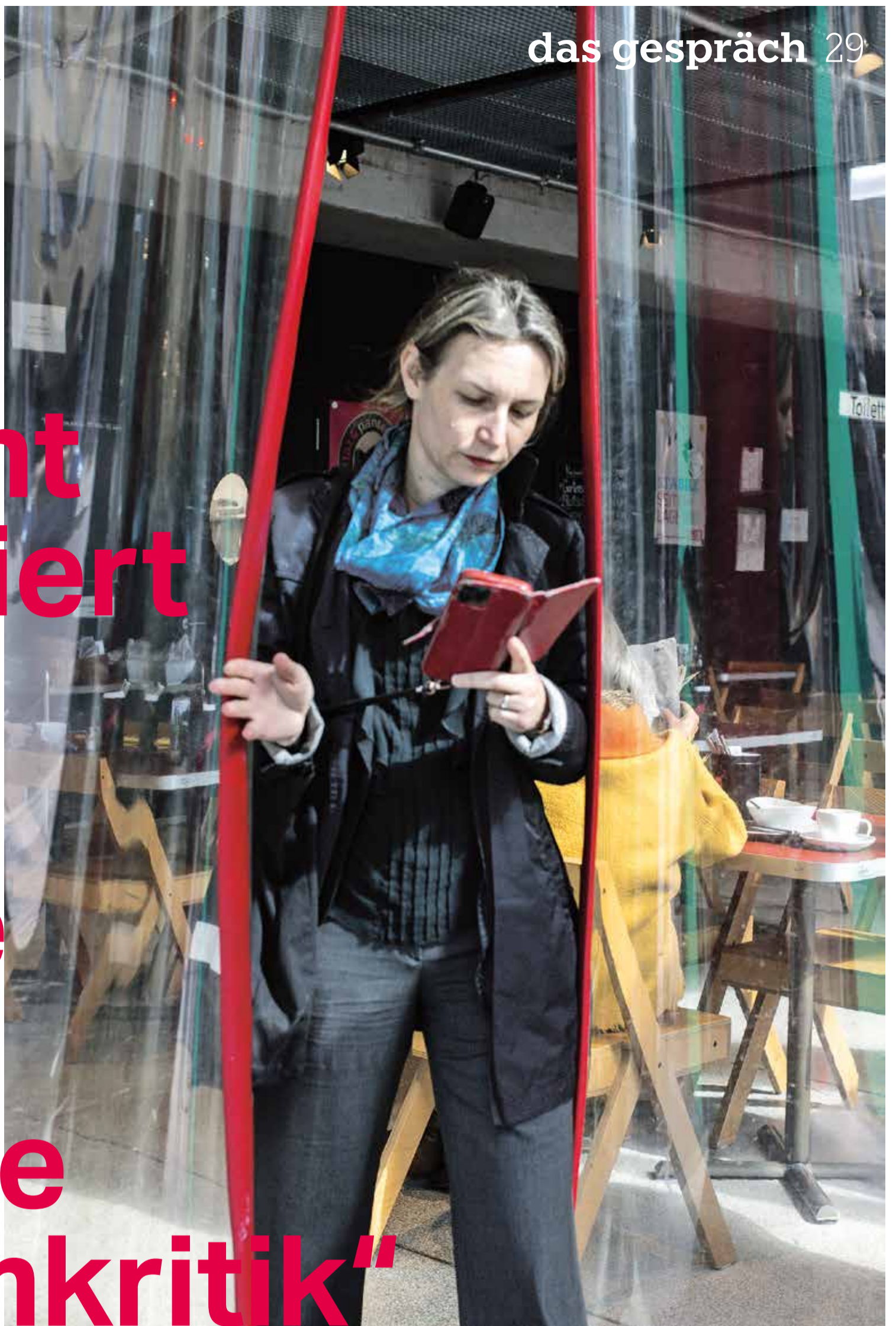
Wir sprechen nie miteinander, nur manchmal kommt unerwartet ein leises „Wiedersehen“ zum Abschied. Trotzdem fühle ich mich in ihrer Nähe seltsam geborgen. „Grigri“ bedeutet auf Französisch übrigens Talisman: Et was, das auf dich aufpasst. *Katharina Federl*



Schleimig und schlüpfrig: Anbahnung zum Schneckensex



„Im Moment formuliert nur die Rechte eine radikale Systemkritik“



Lea Ypi wollte als Kind Schriftstellerin werden und war verliebt in den albanischen Sozialismus

Lea Ypi hat vor drei Jahren den Bestseller „Frei“ geschrieben, ein Memoire über ihr Aufwachsen in Albanien. Seither ist sie ein intellektueller Superstar. Jetzt versucht sie mit ihrer Idee eines „moralischen Sozialismus“, einen neuen linken Systementwurf zu etablieren

Von Tobias Bachmann (Gespräch) und Jens Gyarmaty (Fotos)

Lea Ypi, 44, ist eine der spannendsten Stimmen der zeitgenössischen Literatur und Philosophie. Geboren und aufgewachsen in Albanien, hat sie den Übergang von einer kommunistischen Diktatur zu einer postkommunistischen Gesellschaft miterlebt. Diese Erfahrungen fließen in ihr Schreiben und Denken ein. Ihr international gefeierter Bestseller „Frei“, der 2021 herauskam, bietet eine persönliche und philosophische Reflexion über Freiheit, Identität und die Herausforderungen des politischen Wandels. Im Juni hielt sie auf der phil.Cologne, Deutschlands größtem Philosophiefestival, den Abschluss talk mit dem Titel „Vernunft braucht Mut!“ zur gegenwärtigen Bedeutung Immanuel Kants. Das Centre for Social Critique der Humboldt-Universität lud sie

ein, ihre Idee vom „moralischen Sozialismus“ im Rahmen der diesjährigen Walter-Benjamin-Vorlesungen zu diskutieren. Kurz vor ihrer Kölnreise treffen wir Ypi in der taz-Kantine. Es ist ein kühler Sommertag. Sie ist etwas spät dran und bestellt sich eine heiße Schokolade.

wochentaz: Frau Ypi, Sie sind in den achtziger und neunziger Jahren in Albanien aufgewachsen und haben mit „Frei – Erwachsenwerden am Ende der Geschichte“ ein vielbeachtetes Buch darüber geschrieben. Was uns nicht ganz klar ist: Haben Sie eigentlich gerne im Sozialismus gelebt? Ihr Buch lässt mindestens zwei Lesarten zu, nämlich ja und nein.

Lea Ypi: Das ist eine schwierige Frage. Ich weiß nicht, wie es ist, als Erwach-

sene im Sozialismus zu leben. Ausgehend von den Erfahrungen meiner Familie würde ich wohl nicht so eine gute Zeit gehabt haben wie als Kind. Meine Eltern und Großeltern litten in den kommunistischen Jahren unter politischer Verfolgung, sie waren Dissidenten. Ich wusste davon nichts, weil sie es mir verschwiegen haben. Ich habe mich umsorgt und geliebt gefühlt – auch vom Staat und der Partei. Den Staat habe ich dafür zurück geliebt. Das hätte sich mit dem Erwachsenwerden wohl geändert.

Bereits mit zehn Jahren wollten Sie Schriftstellerin werden und haben sich für die Welt und ihre Ungerechtigkeiten interessiert. Trotzdem haben Sie sich damals frei gefühlt?

Ja, insofern man Freiheit als Kind als unmittelbare Sicherheit versteht. Die habe ich gefühlt. Aber ich wusste nicht, welche Ideologie dieses Gefühl von Sicherheit vermittelt. Und ebenso wenig, was authentische Freiheit ist. Heute ist das meine zentrale Frage: Wie können wir Freiheit als Ideologie von echter Freiheit unterscheiden?

Ende der neunziger Jahre haben Sie Albanien verlassen, um in Italien Philosophie zu studieren. Heute lehren Sie als Professorin für politische Theorie an der London School of Economics. Aber von der echten Freiheit seien Sie ähnlich weit entfernt wie damals im totalitären Albanien, schreiben Sie. Das ist kaum zu glauben.

In Albanien und den postkommunistischen Ländern ging die Unterdrückung vom Staat und der Partei aus. Das war eine vertikale Art von Unfreiheit. Die wurde in den 1990er Jahren durch eine horizontale Unfreiheit ersetzt, denn im Neoliberalismus ist das Leben der Menschen strukturell stark eingeschränkt. Wenn man seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten kann, weil man keine Arbeit hat oder prekär beschäftigt ist, dann lebt man in keiner freien Welt. Aber aufgrund der neoliberalen Ideologie sehen das viele nicht. Auch immer wiederkehrende Krisen oder die steigende Bedrohung durch Kriege und Extremwetterereignisse werden als zufällige Kata-

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

rophen gedeutet anstatt als systematische Unfreiheit. Wenn wir Freiheit so verstehen wie ich, dann sehen wir, das wir heute nicht frei sind.

Was verstehen Sie denn unter Freiheit?

Ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Welt.

Nun bedeutet Freiheit für viele ja: Schnitzel essen, mit dem SUV über die Autobahn brettern, mehrmals im Jahr in den Urlaub fliegen. Also genau das Gegenteil von dem, was verantwortungsbewusst scheint.

Es gibt diese wunderbare Zeile bei Platon, in der er sagt, dass der Tyrann, von dem wir denken, er sei der freieste Mensch von allen, in Wirklichkeit der am meisten gefangene ist, weil er von seinen dringlichen Bedürfnissen abhängig ist. Jemand, der sagt, ich will unbedingt Schnitzel essen oder was auch immer, ganz egal, welche Konsequenzen das hat, ist ebenso wenig frei.

Immerhin kann die Person sagen, dass sie das möchte.

Freiheit hat verschiedene Aspekte. Ich bin insofern frei, als dass mir niemand vorschreibt, was ich zu tun, zu tragen oder zu sagen habe. Das ist die Freiheit von Zwängen. Die positive Freiheit ermöglicht Menschen, sich nach ihren Vorstellungen zu entwickeln. Mein Verständnis von Freiheit ist die Grundlage von beidem: die innere Freiheit, frei zu denken und zu kritisieren. Das ist eine moralische Fähigkeit, die jeder hat, unabhängig davon, ob er reich oder arm ist, unter Zwängen lebt oder nicht. Sie funktioniert aber nur im Zusammenspiel mit der Freiheit aller anderen. Es geht also nicht nur darum, was man selbst tut.

Diese Vorstellung geht auf Immanuel Kant zurück, der ja so etwas wie ihr Bruder im Geiste ist. Warum gerade er?

Seine Philosophie bildet die ideelle Grundlage für eine funktionierende Demokratie. Das persönliche Individuum kann seine moralischen Ziele nicht verwirklichen, ohne seine Ziele in eine Beziehung zu den Zielen anderer Menschen zu setzen. Das ist ein systematischer Gedanke. Dabei geht es nicht nur um die Freiheit einer Familie, einer Gruppe, eines Staates oder eines Landes, sondern um die gesamte soziale Beziehung. Das System ist global. Das heißt: Eine Welt, die nicht für alle frei ist, ist für niemanden frei. Damit ermöglicht uns Kant, eine entscheidende Frage zu stellen: Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen kann Freiheit, verstanden als moralisches Handeln, gedeihen?

Momentan ist die Welt in Aufruhr: Klimakrise, Kriege, wirtschaftliche Engpässe. Warum sollten wir uns da gerade über Freiheit Gedanken machen? Freiheit bedingt die Möglichkeit des Handelns. Für alles, was wir tun, ist Freiheit grundlegend.

Und dennoch sehnen sich einige nach einem autoritäreren System, glauben, so ließe sich beispielsweise die Klimakrise leichter lösen. Um die Freiheit könne man sich dann danach wieder kümmern.

Das ist gefährlich und ich verstehe nicht, warum wir etwa einen ökologischen Autoritarismus dem faschistischen Autoritarismus vorziehen sollten. Beide sind autoritär. Wenn wir unsere Freiheit aufgeben, machen wir uns abhängig vom Willen anderer, opfern unser autonomes Denken. Und riskieren unsere Menschlichkeit.

Die steht ja eh schon auf dem Spiel: In den vergangenen Jahren hat sich das gesellschaftliche Miteinander spürbar verschlechtert und rechtsextreme Parteien finden großen Zuspruch.

Vielen Menschen geht es gerade nicht gut, ob sie arm sind, sich um ihre Zukunft sorgen oder unter Wohnungsun-

sicherheit leiden. Für sie bietet momentan nur die Rechte eine neue Erzählung, nämlich dass Menschen für unsere Probleme verantwortlich seien, die kulturell anders sind. Und dass wir sie rauschmeißen müssten. Doch obwohl das großer Unfug ist, kommen wir gegen dieses Narrativ nicht an.

Woran liegt das?

Wenn Menschen sich nach einer Alternative sehnen, wenden sie sich ihr meist dort zu, wo sie erscheint. Im Moment formuliert nur die Rechte eine radikale Systemkritik und verspricht eine andere Zukunft. Die gesellschaftliche Linke versagt in dieser Hinsicht bislang. In Teilen verteidigt sie den Status quo. Als wäre das, was wir haben, für alle toll. Ein Beispiel: Im Moment bedienen alle sozialdemokratischen Parteien in Europa die Erzählung einer europäischen Großmacht, die von äußeren Feinden bedroht wird und deshalb militärisch verteidigt werden muss. Wer in seinem alltäglichen Leben unter sozialer Ungerechtigkeit leidet, den spricht dieses Narrativ nicht an. Aber auch viele linke Mainstream-Gruppen und -Parteien haben gerade nichts Besseres zu bieten.

Die gesellschaftliche Linke sollte sich also wieder stärker auf das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft fokussieren?

Wenn wir die Marktwirtschaft weiter als selbstverständlich hinnehmen, untergraben wir uns unsere gesellschaftlichen Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie selbst. Das ist falsch. Wir sollten genau umgekehrt vorgehen und unsere politischen Erzählungen auf der Idee einer freien und gerechten Gesellschaft aufbauen. Anstatt mit dem Kapitalismus sollten wir mit einer wirklichen Alternative beginnen. Dann können wir versuchen herauszufinden, wie viel Markt wir brauchen, um diese Vision attraktiv und glaubwürdig zu machen.

Sie schlagen als Alternative einen „moralischen Sozialismus“ vor. Ist der Begriff nicht verbrannt?

Wir können es auch radikale Demokratie oder Egalitarismus nennen. Das Problem ist nicht das Etikett. Die Menschen fühlen sich nicht von Etiketten angezogen. Sie wollen wissen, was wir über die von ihnen wahrgenommenen Probleme zu sagen haben. Wenn Menschen Migration für ein Problem halten, dann müssen wir sie überzeugen, dass nicht jemand, der ihren Job bekommt, das Problem ist, sondern dass unser gesellschaftliches System nicht zulässt, dass sie und die anderen gleichzeitig gut leben können. Und dass es deshalb einen Systemwandel braucht.

Viele verbinden mit Sozialismus: Überwachung, Kontrolle, Repression.

Die Ansichten von Menschen, die in ehemaligen kommunistischen Ländern gelebt haben, sind tatsächlich komplexer. Viele erkennen, dass der Übergang in die kapitalistische Gesellschaft eine gewisse Unsicherheit brachte. Und dass die Probleme, die es davor gab, von einem Mangel an Demokratie herrührten. Als die Dissidentenbewegungen in den 80er und 90er Jahren in Osteuropa aufkamen, war das das wichtigste Thema. Dass die Menschen den Staatssozialismus kritisierten, bedeutete nicht, dass sie unbedingt Kapitalismus wollten.

Sondern?

Ich denke, wir müssen uns nicht zwischen dem einen oder dem anderen entscheiden. Wir können sowohl Demokratie und wirkliche Freiheit als auch Sicherheit haben. Darum geht es im moralischen Sozialismus. Es ist eine Art von Sozialismus, der die kommunistischen Erfahrungen durchdrungen hat und sehr kritisch gegenüber dem Staatssozialismus ist. Gleichzeitig ist er sehr kritisch gegenüber den immensen gesellschaftlichen Problemen im Kapitalismus und knüpft an die positiven Erfahrungen an, die Leute in der

DDR oder in Albanien gemacht haben: Sie hatten mehr Kindergärten, leichteren Zugang zu Wohnungen, es gab eine Reihe von sozialen Leistungen, für die diese Gesellschaften gesorgt haben.

Mit Ihrem Buch „Frei“ wollten Sie auch Ihre Mutter erreichen, die einer großbürgerlichen Familie entstammt und nach dem Systemwandel in Albanien zu einer Marktliberalen wurde. Ist sie heute eine Sozialistin?

Nein, weil ihr Menschenbild ganz anders ist als meins. Ihre Sicht auf den Menschen ist grundlegend pessimistisch. Sie ist der Meinung, dass die Menschen schon immer dominieren wollten, anstatt solidarisch miteinander zu sein. Und sie denkt, dass die Fähigkeit zur moralischen Freiheit, von der ich spreche, nicht existiert, dass wir nicht dazu in der Lage sind, moralisch frei zu handeln, sondern immer einen Herrscher brauchen. Im Kapitalismus ist das der Markt. Das ist für sie in Ordnung.

Und wenn es Leuten schlecht geht, dann ist das Pech oder eigenes Unvermögen.

Genau. Aus ihrer Sicht sind das die Kosten des Systems. Jemanden mit solchen Ansichten zu überzeugen, ist sehr schwer. Um konstruktiv über den Sozialismus und die Freiheit nachdenken zu können, braucht man eine wohlwollendere Sicht auf die Natur des Menschen. Und das ist durchaus angebracht. Zwar sind Menschen böse zueinander, aber sie sind auch sehr fürsorglich, können sehr liebevoll sein und heldenhafte Dinge tun. Sie können sehr moralisch sein, können sich verbessern. Das sind die grundlegenden Fähigkeiten, die wir für politisches Handeln und eine bessere Gesellschaft brauchen.

Wie wollen Sie die Menschen vom moralischen Sozialismus überzeugen?

Zunächst müssen wir gemeinsame Räume schaffen, um den Status quo anzufechten. Und wir müssen eine

Systemalternative entwickeln, die so kohärent und verbunden mit der ganzen Welt wie möglich ist, die die Kämpfe der Arbeiter*innen und die um Umwelt, Feminismus, Antirassismus zusammen denkt. Dafür gibt es aber kein fertiges Rezept. Das kann auch keine einzelne Autor*in leisten. Das ist die Aufgabe der Demokratie. Jede*r muss sich aus seiner sozialen Perspektive heraus fragen, was sie tun kann.

Was tun Sie?

Ich arbeite im Bildungsbereich. Meine Rolle und die der Intellektuellen ist es, aufzuklären und Argumente zu liefern. Jemand, der in den Medien arbeitet, muss sich fragen, was er tut, um zum Beispiel die Perversion des öffentlichen Diskurses durch das Großkapital und dessen Einfluss auf die Medien zu bekämpfen. Jemand, der in der Rüstungsindustrie arbeitet, wird sich eine andere Frage stellen müssen. Jemand, der Arbeiter*in ist, wird Wege finden





Lea Ypi
zentrale Frage
lautet: „Wie
können wir
Freiheit als
Ideologie von
echter Freiheit
unterschei-
den?“

müssen, sich mit anderen Akteuren zu verbinden, um seine Unzufriedenheit auszudrücken.

Klingt anstrengend.

Dabei ist es genau das, was der Mensch tut und wozu er fähig ist. Wir sind eine diskursiv-kommunikative Spezies und wir sind in gewisser Weise politische Tiere. Dass wir Politik – also das gemeinsame mit anderen Denken, Reden und Handeln – als eine Bürde betrachten und nicht als etwas, das uns ermöglicht zu verwirklichen, wer wir sind, ist ein bedauerliches Zeichen unserer Entfremdung. Auch sie rührt davon, wie der Kapitalismus und seine wirtschaftlichen Strukturen bestimmen, wie wir leben. Wir sind mehr oder weniger gezwungen, uns voneinander zu isolieren und uns auf eine antagonistische, konkurrenzbasierte Weise zueinander in Beziehung zu setzen, die uns ständig zu Quellen der gegenseitigen Ausbeutung macht. Selbst wenn wir nie-

manden direkt ausbeuten, konsumieren wir alltäglich Produkte, die darauf basieren. Zum Beispiel Ihr Telefon und die Mikrochips darin. Unsere grundlegende soziale Organisation ist pervers. Sie verhindert, dass wir uns Menschen als verbunden denken.

Wie wollen Sie die mitnehmen, die zweifeln?

Indem wir mit ihnen reden. Wir müssen die öffentliche Debatte gewinnen. Und dafür sollten wir zunächst die Kapitalismuskritik wiederherstellen. Das Problem ist doch, dass die universelle Kapitalismuskritik mit der Idee verloren gegangen ist, dass der Marxismus, dass der Sozialismus von gestern ist. Seither versuchen die Leute eine Alternative zu finden. An die Stelle des Sozialismus traten Hunderte soziale und ökologische Kämpfe. Mit dem moralischen Sozialismus können wir sie wieder zusammenbringen. Denn letztendlich geht es allen um die Frage, was es

bedeutet, frei zu leben und ein freier Mensch in einer freien Welt zu sein.

Was kommt für die Menschen dabei rum, Freiheit anders zu verstehen und um sie zu kämpfen?

In einem sehr schönen Interview wird der britische Philosoph Bertrand Russell über Atomwaffen und nukleare Katastrophen befragt. Irgendwann sagt er: „Wissen Sie, nukleare Katastrophen können die Menschheit vernichten. Und ich denke, das wäre wirklich schlecht. Glauben Sie nicht?“ Uns droht mit dem Kapitalismus die gleiche Gefahr. Wenn der Gedanke, dass das menschliche Leben an sich auf dem Spiel steht, die Leute nicht motiviert, dann weiß ich nicht, was sie stattdessen motivieren kann.

Tobias Bachmann studiert Ökologie, Politik, kritische Theorie und schreibt oft über soziale Themen, Flucht und Migration.

Lea Ypi

Die Frau

Lea Ypi ist eine albanisch-britische Philosophin. Sie wurde 1979 in Tirana in eine bürgerlich-feudale Familie geboren. Im sozialistischen Albanien wurde diese als Klassenfeind betrachtet und war Repressalien ausgesetzt. Ypi studierte Philosophie, Literatur und Journalismus in Italien, lehrt seit 2013 an der London School of Economics und ist dort Professorin für Politische Theorie.

Die Denkerin

Ypi forscht zu Demokratie, Rechtstheorien, Migration, politischen Ideen der Aufklärung, Marxismus und kritischen Theorien. Auch zur Geistesgeschichte des Balkans und da insbesondere zu Albanien arbeitet sie. Ihr autobiografisches Buch „Frei. Erwachsenwerden am Ende der Geschichte“ wurde mehrfach prämiert. Zuletzt veröffentlichte sie ein Buch über Kants „Kritik der reinen Vernunft“.

Eine Art von Heimat

Es ist eine Zuflucht für die, die sonst keine Zuflucht haben. Doch droht dem „Unterschluß“, einer Berliner Tagesstelle für wohnungslose Frauen, die Schließung. Ein Ortsbesuch

Aus Berlin Inga Dreyer

Betti schließt die Tür zu ihrem kleinen, vollgestellten Büro. Kurz den Trubel im Haus ausblenden. Wenn sie über die aktuelle Lage spricht, schwanken ihre Gefühle zwischen Ratlosigkeit, Trauer, Wut und Hoffnung. Es ist ein Mittwochvormittag Anfang Juni. An diesem Tag ist ein Gespräch mit einem Hauseigentümer geplant, später ein internes Krisentreffen.

Denn der „Unterschluß“, eine Tagesstelle für wohnungslose Frauen, muss Ende des Monats ausziehen. Schon als das Projekt im Februar 2023 startete, war klar, dass der Standort in der Berliner Wrangelstraße nur eine Übergangslösung ist. Das Haus, das der Evangelischen Kirchengemeinde Kreuzberg gehört, soll einem Neubau weichen. In dreieinhalb Wochen läuft der Mietvertrag aus, doch nichts Neues ist in Sicht. „Die Situation ist bedrohlich“, sagt Betti.

Die gelernte Köchin hat den Unterschluß gegründet. Sie ist Anfang 60, trägt hellblondes Haar, roten Lippenstift, Tätowierungen vom Ohrläppchen bis zum kleinen Finger. Betti gehört zu einer Generation von Punks und Hausbesetzer*innen, die seit Jahrzehnten in Kreuzberg verwurzelt sind. Weil sie nicht gerne in der Öffentlichkeit steht, möchte sie nur ihren Vornamen nennen.

Der Unterschluß ist ein Schutzraum. Die Frauen können dort frühstücken, Mittag essen, sich duschen, in der „Boutique“ gespendete Kleidung suchen, sich ausruhen. Nachmittags wird gebacken. „Denn wo es nach Kuchen riecht, ist Zuhause“, sagt Betti. Im Winter hat die Diakonie im ersten Stock eine Notübernachtung betrieben. Das Angebot lief im Rahmen der „Berliner Kältehilfe“ und endete deshalb Ende April. Im Sommer gibt es in Berlin viel weniger Schlafplatzangebote dieser Art für Obdachlose. „Dabei sind die Nächte für Frauen, die draußen übernachteten, gefährlich. Viele schlafen gar nicht und kommen morgens hierher“, sagt Betti.

Das Team aus vier Mitarbeiterinnen und Ehrenamtlichen unterstützt bei der Suche nach Schlafplätzen und der Organisation von Terminen. Die Atmosphäre ist familiär, manchmal ausgelassen. „Gestern sind hier alle im Schlüppi rumgelaufen“, sagt Betti. Die Stimmung kann aber schnell umschlagen, wenn es Konflikte gibt oder Frauen Ängste und Wahnvorstellungen entwickeln. Das Team versuche dann Ruhe zu vermitteln. „Manchmal hilft eine Berührung oder Umarmung.“

Das klappt nicht immer. Manche Frauen seien nicht gewohnt, in Gemeinschaft zu sein. „Natürlich müssen wir Hausverbote erteilen, wenn Besu-

cherinnen Gewalt ausüben“, sagt Betti. Für das Team eine schwere Entscheidung. Vor allem, wenn klar ist, dass die Frauen keinen Ort haben, wo sie hingehen können.

Betti schaut auf die Uhr. Demnächst kommt jemand vorbei, der ein großes, halb leerstehendes Haus im Kreuzberg besitzt. Eine Chance? Am Nachmittag beim Krisentreffen wirkt Betti wenig optimistisch.

Mitarbeiterinnen, Ehrenamtliche und Besucherinnen versammeln sich um den großen Esstisch. Wann wird gepackt? Was wird gepackt? Und vor allem: Wohin mit dem Zeug? Eine Besucherin erzählt, wie hoch die Mieten für Lagerräume sind. Niemand weiß, wie es weitergeht. „Das ist für mich sehr anstrengend“, sagt Ela. „Wir Wohnungslosen werden wohnungslos.“ Die quirlige Anfang-50-Jährige kommt schon lange zum Unterschluß und unterstützt bei allem, was anfällt. Der Ort sei ihr wichtig. „Ich konnte hier ankommen und Luft holen.“ Nun ist die Ruhe wieder da. Neben Essen und Duschen fielen auch Sozialkontakte weg. „Das habe ich schon einmal erlebt. Das macht ganz schön viel mit mir.“

Ela ist zum zweiten Mal wohnungslos. Vor etwa drei Jahren kam ihre Depression zurück. „Ich wusste, wenn ich in der Wohnung bleibe, bringe ich mich um“, erzählt sie. Viele Jahre zuvor, als ihre Kinder noch klein waren, war das schon einmal passiert. Sie rutschte in eine schwere Depression, wusste keinen Ausweg mehr. Sie verließ die Stadt, ging in den Wald. „Dort habe ich mir das Leben genommen“, sagt Ela. Am nächsten Tag wachte sie wieder auf. Aber sie ging nicht zurück in ihre Wohnung, in ihr altes Leben, sondern auf die Straße. Acht Monate lief sie herum und sammelte Flaschen, bevor sie das erste Mal mit jemandem sprach und anfang, Hilfsangebote aufzusuchen. Mit Hilfe einer Sozialarbeiterin fand sie schließlich eine Wohnung. Ihre Kinder hat sie nicht mehr wiedergesehen. Wer plötz-

lich aus dem Leben verschwinde und anderen so tiefe Wunden zufüge, könne nicht einfach wieder auftauchen. „Das kann ich mit nichts entschuldigen“, sagt Ela.

Viele der Frauen, die in den Unterschluß kommen, haben Kinder. Einige waren Unternehmerinnen, Lehrerinnen, Dozentinnen an der Uni. Dann änderte sich ihr Leben. Bei Ela war es die Depression, bei anderen der Wohnungsmarkt. „Wenn selbst die ärmsten Bruchbuden teuer neuvermietet und die Altmieter verdrängt werden, wird es nächstes Jahr noch eine Einrichtung für

sagt Ela. „Aber was hat eine Wohnung mit meiner Persönlichkeit zu tun? Ich lebe in einer Wohnsituation ohne Obdach, aber der Rest des Menschen ist doch noch vorhanden.“

Den meisten Frauen im Unterschluß ist ihre Situation nicht anzusehen. „Unsere Besucherinnen versuchen unsichtbar zu sein, da gibt es ein ganz großes Schamgefühl“, sagt Betti. Einige blieben aus Angst davor, auf der Straße zu landen, jahrelang bei Männern, die ihnen Gewalt antun. Auch wegen der hohen verdeckten Wohnungslosigkeit gebe es keine genauen Zahlen, wie viele Frauen betroffen seien, sagt Kreuzbergs stellvertretender Bezirksbürgermeister Oliver Nöll (Die Linke). Deutlich sei, dass bei der Anlaufstelle „Soziale Wohnhilfe“ immer mehr Frauen und Familien um Rat suchen. „Die Durchlässigkeit von einer gesicherten Mittelstandsexistenz zur Wohnungslosigkeit ist viel größer geworden. Das hat natürlich auch mit der Situation des Berliner Wohnungsmarkts zu tun.“

Zwei Tage nach dem Krisentreffen ist Nöll zu Gast im Unterschluß. Er verspricht, dass der Bezirk bei der Raumsuche unterstützen werde – aber macht deutlich, wie schwierig das ist. Es seien Gesetzesänderungen auf Bundes- und Landesebene nötig. „Ansonsten können wir auf Bezirksebene immer nur an den Symptomen herumdoktern.“ Er wünsche sich, dass die gesetzlichen Instrumente zum Thema Leerstand geschärft, bei den Mietwucher-Paragrafen nachjustiert und ein Mietendeckel eingeführt werde.

Im April hat die Bundesregierung einen Aktionsplan vorgestellt, um Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 zu überwinden. Auch in Berlin wurde dieses Ziel vor Jahren ausgerufen. Seitdem hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärft. Anfang Juni stellte Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) ein neues Projekt vor: ein soziales Unternehmen, das sich um Wohnungen für



Das Team der Mitarbeiterinnen des „Unterschluß“, ganz rechts Gründerin Betti Foto: Inga Dreyer

Wohnungslose kümmert. Vorbild seien das Hamburger Projekt Fördern und Wohnen sowie das Housing-First-Prinzip in Finnland. Auch in Berlin gibt es bereits Housing-First-Modellprojekte. Dabei werden ohne Vorbedingungen Mietverträge angeboten.

Zweieinhalb Wochen vor dem anstehenden Auszug plopt eine Nachricht von Betti im Teamchat auf: „Wir dürfen bis Ende Dezember im Haus bleiben!!! Ich bin so glücklich darüber.“ Keine Entwarnung, aber ein Aufatmen. Die Evangelische Kirchengemeinde plane den Abriss aktuell für Anfang 2025, sagt Geschäftsführer Erik Berg. Entstehen solle ein sechsgeschossiger Wohnbau mit Gewerbeflächen. Geplant sei eine „gute“, aber „keine Luxus-Ausstattung“. Berg spricht dabei von Mieten unter 20 Euro pro Quadratmeter und verweist auf die hohen Baukosten. „Wir sind letzten Endes auch eine Institution, die wirtschaftlich denken muss“, sagt Pfarrerin Rebecca Marquardt-Groba. Sie verspricht, den Unterschluß bei der Raumsuche zu unterstützen.

Die Verhandlungen mit dem Hauseigentümer haben sich unterdessen zerschlagen. 40 Euro Miete pro Quadratmeter könne der Unterschluß nicht zahlen, sagt Betti. Die Tageseinrichtung finanziert sich hauptsächlich über einen privaten Spender. Die Finanzierung sei zwar erst mal gesichert, aber leider hätten Vermieter oft Vorbehalte. Einige Gespräche habe sie als „zutiefst verletzend“ empfunden, erzählt Betti. Sollte sie nicht mehr so deutlich sagen, was sich hinter dem Projekt verbirgt? „Mich macht das sauer. Warum muss ich da so herumscharwenzeln?“ Ähnliche Erfahrungen mache „Evas Obdach“ in der Fuldastraße in Neukölln, erzählt Teamleiterin Natalie Kulik. Der Mietvertrag für eine der wenigen ganzjährig geöffneten Notunterkünfte für Frauen läuft im Sommer 2025 aus, das Haus wird verkauft.

Während die Suche läuft, geht der Alltag im Unterschluß weiter. Einige Frauen schlafen, andere sitzen auf der Terrasse und spielen einander Musik vor. Das Klopapier ist alle, die Zuckerdose leer. Eine junge Frau kommt an, die mit ihrem gewalttätigen Partner gelebt hat. Ela sucht auf ihrem Handy nach Anzeigen für Gewerberäume. Eine Ehrenamtliche singt mit Besucherinnen. Im Unterschluß kommen Frauen einander nahe, die sonst keine Berührungspunkte haben, sagt Betti. „Für uns ist es wichtig, dass wir uns solidarisieren.“

Transparenzhinweis: Inga Dreyer ist freie Journalistin und hilft etwa zwei bis drei Stunden pro Woche ehrenamtlich im Unterschluß mit.

DIGITAL LESEN MIT ALLEN APP- VORTEILEN?



Einfach mit
Zugangsdaten
einloggen auf
epaper.taz.de

Das geht jetzt auch ganz ohne Smartphone: Auf epaper.taz.de können Sie mit Ihrem Computer oder Laptop nun alle App-Features auch **im Browser nutzen** – z. B. die praktische Vorlesefunktion, das Speichern von Favoriten oder die Archiv-Suche. Sie geben lediglich Ihre digitalen Zugangsdaten ein, schon haben Sie vollen Zugriff auf alle Funktionen. Probieren Sie es doch einfach mal aus.

epaper.taz.de

taz 



Johannes Kopp
Deutsches Theater

Halbautomatisches Dingsda

Halbautomatische Abseiterkennung! Ist es nicht toll, mit welchen Wortschöpfungen uns der Fußball dank seiner neuerdings unerschöpflichen Regulierungswut bereichert! Diese technische Neuerung kam erstmals bei einer Europameisterschaft zur Anwendung und hat sich zudem gleich unverzichtbar gemacht. Zumindest aus Gastgebersicht gehört dieses halbautomatische Dingsda zu den Gewinnerinnen dieses Turniers. Ohne sie wäre die DFB-Elf vermutlich gar nicht erst ins Viertelfinale eingezogen, weil ansonsten nicht zu sehen gewesen wäre, dass der Zehnagel des Dänen Thomas Delaney im Achtelfinalspiel ins Abseits reinragte. 29 Kameras und ein Sensor im Ball haben bei dieser Detailanalyse eigentlich vollautomatisch geholfen. Weil die Uefa aber eben immer noch ein wenig menschlich bleiben möchte, haben mindestens zwei Menschaugen abschließend drauf geschaut, wodurch das Ganze eben halbautomatisch wurde. Halbmenschliche Abseiterkennung wäre eventuell der noch schönere Begriff gewesen, aber das wäre jetzt Meckern auf hohem Niveau.

Apropos Meckern. Diese „Anti-Mecker-Regel“, wie der hölzerne neue Uefa-Passus „Kommunikation mit dem Schiedsrichter“ im Volksmund übersetzt wird, ist zum heißen Scheiß dieser EM geworden. In der Bundesliga, munkelt man, soll nun auch eingeführt werden, dass nur Kapitane meckern dürfen. Manche fordern das schon für den Amateurfußball. Nur an Feinheiten müsste noch gearbeitet werden. Ob der Torhüter als Kapitän wirklich wie bei der EM einen Mecker-Stellvertreter auf dem Feld ernennen muss, oder wenigstens nicht doch ein bisschen mitmeckern darf, ohne gleich eine Gelbe Karte zu erhalten, sollte vielleicht in einer Testphase evaluiert werden.

In den Schubladen der Uefa sollen gerüchthalber für die nächsten Turniere bereits frische Vorschläge hinterlegt worden sein. Dort wird laut über eine vollautomatische Wolfsgrußgesten-Erkennung nachgedacht, die auch die Stadioneingänge miteinschließt, um dem Verband Scherereien vom Hals zu halten. Es soll ebenso Vorlagen für eine spezifizierte Anti-Nancy-Faeser-Mecker-Regel geben, nachdem die deutsche Innenministerin bereits zum zweiten Mal bei einem Fußballturnier verhaltensauffällig wurde. Der große Traum ist ohnehin vermutlich so eine Art EntpolitisierungsfILTER an den Stadioneingängen. Doch noch fehlt es an Ideen, wie das technisch umgesetzt werden könnte.

In manchen Bereichen werden bei dem Turnier aber bewusst Regelungslücken gelassen. Das Rauchverbot wird zwar mit dem notwendigen Schutz der Gesundheit der Stadionbesucherinnen begründet, der Alkohol darf vom offiziellen Bierpartner der Uefa allerdings eifrig unters Volk gebracht werden. Beim Spiel gegen Dänemark war mein Sitznachbar auf der Presstribüne bereits beim Halbzeitpiff bei seinem dritten Bier angelangt. Sich die EM schönzutrinken, soll offenbar keinesfalls verboten sein. Ihm hat die Partie deutlich besser gefallen als mir.



Der Präsident des Europäischen Fußballverbandes bei einem seiner wenigen Interviews im Mai in London
Foto: Tom Weller/dpa

Gesichtslose Uefa

Die Uefa hat zwar ein besseres Image als die Fifa. Verbandschef Aleksander Čeferin gibt aber nur den Fußballromantiker. Im Hintergrund maximiert er kompromisslos Gewinne

Von Johannes Kopp

Es ist nicht so, als ob es keine Kritik oder Unmutsäußerungen gegen die Uefa gegeben hätte. Aber den Motor des Europäischen Fußballverband bringt niemand so schnell zum Stillstand. Böse Anwürfe ölen mitunter gar das Getriebe der Organisation. „Fuck Uefa“ hatten ein paar dänische Fans beim Spiel gegen England auf ein Stück Stoff gepinselt, das nur wenig größer war als ein Badehandtuch. Die Disziplinarkommission des Verbandes beriet sich, wie schwer das Vergehen einzuordnen ist und verhängte für den dänischen Fußballverband eine Geldstrafe von 10.000 Euro. Empfänger der Überweisung ist natürlich der beleidigte Verband.

Wohin das Geld fließt? In Uefa-Projekte im Bereich der sozialen Verantwortung, heißt es auf Anfrage, und in das Hat-Trick-Programm. Dort werden die langfristigen Fußballentwicklungsprojekte der Mitgliedsverbände aufgesetzt. Und dorthin fließen auch zwei Drittel der erwarteten Uefa-Gewinne von 1,7 Milliarden Euro aus dieser Europameisterschaft. Beleidigungsgebühren werden also auf der Gewinnseite verrechnet.

Alles dient dem guten Zweck, den Fußball größer zu machen. Mit diesem Argument, das auch mit der sozial-gesellschaftlichen Verantwortung unterfüttert wird, begegnet die Uefa ebenso der Kritik, ihre Gewinne würden in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten der Gastgeberländer und ihrer Steuerzahler stehen. An der Uefa bleibt seit der Amtsübernahme von Präsident Aleksandar Čeferin im Jahr 2016 kaum noch Schmutz haften. Seinem Vorgänger Michel Platini kostete ein undurchsichtiger Millionendeal mit Fifa-Präsident Sepp Blatter und seine Nähe zu

„

Uefa-Chef Čeferin versteht es, selbst möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten und die Angriffsfläche des Gegners zu nutzen

den katarischen Machthabern jegliches Ansehen. Platini und Blatter sind stets wie Sonnenkönige aufgetreten. Im Dienste des weltweit beliebtesten Spiels Fußball, glaubten sie, schütze sie selbst beim Geschäft mit zwielichtigen Gestalten eine Aura der Arglosigkeit. Der aktuelle Fifa-Chef Gianni Infantino führt in diesem Sinne deren Erbe fort.

Čeferin dagegen meidet die Position des sichtbaren Steuerhelfers. Kaum Bilder hat es von ihm bei dieser Europameisterschaft gegeben. Auf den TV-Bildschirmen ist er allenfalls mal für Sekundenbruchteile auf der Tribüne zwischen zwei Verbandsvertretern zu sehen. Auf den Social-Media-Plattformen ist er nirgends zu finden. Interviews gibt er nur spärlich. Bei der Suche nach Statements von Aleksandar Čeferin zu dieser Europameisterschaft stößt man nur auf wenige Einträge.

Anfang dieses Jahres gab es ein wenig Aufregung. Čeferin, so hatte es kurzzeitig den Anschein, wolle die Statuten verändern, um mit einem Kniff seine Präsidentschaft zu verlängern. Es ging um eine Präzisierung einer Amtszeitbeschränkungsregel, die der Slowene selbst eingeführt hatte. Der Vorwurf

stand im Raum, er wolle sich dadurch eine weitere Kandidatur bei der Wahl 2027 erschleichen. Aber die hätte ihm nach Juristengutachten eh zugestanden, weil eingeführte Regeln nicht rückwirkend gelten können. Obendrein kündigte Čeferin dann an, er wolle die Möglichkeit einer erneuten Kandidatur gar nicht ausschöpfen und 2027 aufhören. Die Uefa brauche frisches Blut, sagte der 56-Jährige.

Der Jurist Čeferin, der es als Karateka bis zum schwarzen Gürtel gebracht hat, versteht es, selbst möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten und die Angriffsfläche des Gegners zu nutzen. In kritischen Fällen zählt allein die Autorität der Organisation und nicht die einzelner Personen. Als bei der EM der Wolfsgruß-Jubel des türkischen Nationalspielers Merih Demiral zum großen Politikum wurde, forderte die deutsche Innenministerin Nancy Faeser Konsequenzen von der Uefa, was die Einbestellung des deutschen Botschafters in Ankara zur Folge hatte. Von Čeferin war kein Wort in der Angelegenheit zu hören. Der Fall wurde bei der Uefa rein technokratisch auf Grundlage eigener Statuten verhandelt und Demiral für zwei Spiele gesperrt.

Recht gesichtslos ist die Uefa also bei dieser EM aufgetreten. Es ist vielmehr eine Apparatur am Werkeln gewesen, wo ein Rädchen ins andere gegriffen hat und auch noch das letzte Detail festgelegt war. Sogar die Aufwärmzeit der Teams vor dem Anpfiff war bis auf die Sekunde genau getimt. Wenn auf der Anzeigetafel der Countdown runterlief, eilten die Spieler flugs vom Rasen.

Nur in absoluten Notlagen tritt Čeferin aus dem Schatten der Organisation heraus und holt zum Gegenschlag aus. Als vor drei Jahren zwölf europäische Spitzenklubs mit der Super League ihren eigenen europäischen Wettbewerb schaffen wollten, um mehr Gewinne

zu erlösen, präsentierte sich der Uefa-Chef als Verteidiger des romantischen Fußballs. Er sprach vom Kampf von „Zynismus gegen Moral. Egoismus gegen Solidarität. Gier gegen Wohlwollen.“ Noch beim letzten Uefa-Kongress im Februar sagte er: „Einige Menschen denken, dass sie alles kaufen können, aber man kann keine 70 Jahre Geschichte kaufen.“

Ebenso profilierte sich Čeferin gegen die Fifa als Bewahrer von Werten und guter Tradition, indem er sich gegen die Pläne einer alljährlichen Weltmeisterschaft oder einer erweiterten Klub-WM wandte oder allgemein feststellte, die WM in Katar habe dem Fußball nicht gut getan.

Čeferin kann aus der Position der Stärke des europäischen Fußballs agieren. So lässt sich die Verteidigung eigener Geschäftsmärkte bestens mit moralischen Grundhaltungen verbinden. Doch ein Verband für Fußballnostalgiker wird die Uefa gewiss nicht werden.

Für eine höhere Rendite wird die Champions League nächste Saison mit einem neuen Format an den Start gehen. Statt 32 werden 36 Teams antreten, statt 125 Partien werden 189 gespielt. Die Europa League und Conference League werden ebenso weiter aufgebläht. Eine knappe Milliarde Euro sollen dadurch insgesamt mehr erlöst werden.

An Fantasie, wie noch weiter an der Schraube der Gewinnmaximierung gedreht werden könnte, fehlt es dem Verband nicht. Es sei durchaus möglich, dass man bedeutsame Champions-League-Spiele künftig mal in den USA austragen lassen werde, sagte Čeferin im vergangenen Jahr. Man habe angefangen, darüber zu diskutieren.

Ob das noch in seiner Amtszeit geschieht oder später, ist nicht von großem Belang. Die Uefa scheint mittlerweile eh per Autopilot in die Gewinnzone zu fahren.

taz **shop**

Seifenblasen

Die ersten Seifenblasen mit Rohstoffen in Bioqualität – vergänglich sind sie trotzdem. Sie sind vollständig biologisch abbaubar, und sogar das Döschen ist so öko wie möglich: Durch die Holzfaserteile werden 15 Prozent Kunststoff eingespart. Von Sonett. Inhalt: 45 ml. Nachfüllpackung, 0,5 l. € 6,99



€ 2,49

10 % Rabatt für alle taz-Unterstützer*innen

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21
10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

Inszenierung und Ausschluss

In unmittelbarer Nähe zum Finalstadion der EM beschäftigt sich eine Ausstellung mit Fußball in der NS-Zeit. Wie Sport für die Propaganda genutzt wurde, ist dabei ebenso Thema wie die Gleichschaltung der Klubs oder Wettbewerbe im Lager

Von Martin Krauss

Ein schönes Foto ist das nicht, und eine Fußballszene ist darauf auch nicht dokumentiert, aber es ist ganz wichtige Sportgeschichte. Menschen sind von hinten zu sehen, wie sie vor dem Eingang des Fußballstadions von Tottenham Hotspur an der White Hart Lane stehen. Am oberen Bildrand, ganz weit entfernt, auf dem Oberrang des Stadions, sieht man Menschen, die den Hitlergruß zeigen.

Es geht um ein Länderspiel Englands gegen Deutschland im Jahr 1935, und es geht um antifaschistischen Widerstand. Etliche Gruppen hatten gegen den Auftritt der damals noch von Reichstrainer Otto Nerz betreuten Truppe protestiert. „Diese Nazis“, heißt es in einem Flugblatt, „werden nur zu einem einzigen Zweck hierher geschickt, und zwar zu politischer Propaganda.“ Offiziell bestritt das NS-Regime diesen Zweck. Aber intern war klar, dass die Regierung in Berlin im Vorfeld der Olympischen Spiele 1936 Tausende von Fußballanhängern nach London geschickt hatte, um für Akzeptanz für das „Dritte Reich“ zu werben.

An diese Geschichte erinnert das beschriebene Foto und das Flugblatt in der Ausstellung „Sport. Masse. Macht“, die derzeit in Berlin im Olympiapark, nahe dem Olympiastadion, zu sehen ist und die den Untertitel „Fußball im Nationalsozialismus“ trägt.

Schon das Gelände steht im Kontrast zu dem, was im Gebäude gezeigt wird: Bauten, die für Olympia 1936 gebaut wurden und seither kaum bis gar nicht verändert Zeugen des Nationalsozialismus sind. Diese Ästhetik wollen die Ausstellungsmacherinnen um Kuratorin Yvonne Zindel und die Leiterin des Berliner Sportmuseums, Veronika Springmann, aufbrechen. Vom Film „Das große Spiel“ (1942) etwa wird nicht das Ergebnis gezeigt: blonde, arische Fußballrecken. Sondern es wird ein Foto dokumentiert, wie die als Schauspieler verpflichteten Fußballer, allesamt Spitzensportler des Deutschen Reichs, dort für die Kamera den „Hitlergruß“ üben. Gezeigt wird also nicht der „schöne Schein“, sondern wie dieser inszeniert wurde.

Das ist das Gestaltungsprinzip dieser Ausstellung, die im Rahmen

des Kulturprogramms der EM angeboten wird. Es werden etwa auch keine Originalpokale ausgestellt, wie das in Sportmuseen so oft der Fall ist. Die Pokale, die es in Berlin zu sehen gibt, wurden im 3D-Drucker nachproduziert, und sie sind

1933 wurde das Aus für konfessionelle und Arbeitersportvereine verkündet

berührbar. Die „Victoria“ etwa, bis Kriegsende der Meisterpokal im deutschen Fußball, 1945 verschollen und nach 1990 wieder aufgetaucht, darf hier betastet werden. Oder der „Tschammer-Pokal“, Vorläufer des DFB-Pokals und gestiftet vom Reichssportführer Hans

von Tschammer und Osten – dessen Villa auf dem Olympiagelände heute noch steht – kann ebenfalls mit den Händen erfüllt werden. „Wir wollten weg von dem Fetisch, den Pokale so oft in der Sportwelt haben“, sagt Yvonne Zindel.

Das gilt erst recht für Trouvailles, die von einer anderen Sportgeschichte erzählen. Etwa von einem Fußballpokal, um den Häftlinge im KZ Sachsenhausen spielten. Wie sehr der Sport den Häftlingen half, im KZ ihre Würde zu bewahren, wird durch die haptische Erfahrung, die man mit dem Pokal machen kann, etwas besser verständlich.

Tatsächlich gab es Sport im KZ – teils als sadistische Belustigung für SS-Wachleute, teils aber auch von Häftlingen selbst organisiert. Um die Vielschichtigkeit dieses Themas – und auch anderer behandelte Themen – darstellen zu können, wurde zum Mittel der Graphic No-

vel gegriffen. Textlich und grafisch soll die Ambivalenz und die Bedeutung von Fußball im KZ beschrieben werden.

In einer anderen Abteilung der Ausstellung werden Trikots ausgestellt. Es sind die Sportsachen von Vereinen, die die Nazis verboten haben. 1933 wurde das Aus für konfessionelle und Arbeitersportvereine verkündet, Juden wurden aus den „arischen“ Klubs geworfen, durften aber in eigenen Vereinen weiter Sport treiben – aus Rücksicht auf Olympia 1936, das das NS-Regime auf keinen Fall gefährden wollte. Die Trikots zeigen das Alltägliche des gemeinsamen Sports, das die Nazis aufkündigten und untersagten.

Über viel mehr müsste hier berichtet werden, wie „Sport. Masse. Macht“ auf museumspädagogisch innovative und auf sporthistorisch fundierte Weise sich dem schwierigen Thema nähert. Etwa über Bio-

grafien ausgesuchter Sportler oder über Bezüge zur Aktualität, wo sich die Zivilgesellschaft – oft sind es Ultras – heute gegen Rassismus und Antisemitismus im Fußball stellt und welche Widerstände sie erfährt, etwa mit dem Hinweis, Politik habe im Stadion nichts verloren.

Das Länderspiel England gegen Deutschland am 4. Dezember 1935 endete übrigens 3:0 für England. Das NS-Regime wollte so zeigen, dass es für fairen Sport stand. Von den antifaschistischen Protesten gegen dieses Spektakel hingegen existieren heute nur noch schlechte Fotos.

Sport. Masse. Macht. Fußball im Nationalsozialismus – geöffnet täglich von 10-18 Uhr (außer am Tag des Finales) Olympiapark Berlin, Haus des Deutschen Sports, Hanns-Braun Straße, Berlin



Verbotene Klamotten: Trikots von Vereinen, die von den Nazis verboten wurden
Foto: Mareen Meyer/what matters

Schuften und kicken

Nicht allen Zwangsarbeitern war in der NS-Zeit das Fußballspielen verboten. Eine Ausstellung zeigt, dass es sogar Länderkämpfe unter ihnen gab

Von Klaus Hillenbrand

Das Länderspiel der Niederlande gegen Italien muss hart umkämpft gewesen sein. Am Ende siegten die niederländischen Fußballer knapp mit 4:3. Bei der Begegnung hatte keine Seite Heimrecht. Sie fand in Berlin statt, am 20. August 1944, mitten im Zweiten Weltkrieg. Die Spieler waren auch keine Profis. Es waren Zwangsarbeiter. Sie durften in ihrer kargen Freizeit – üblich war ein halber Tag in der Woche – mit dem Segen der Deutschen Arbeitsfront Fußball spielen. Die Nazis erhofften sich davon eine höhere Arbeitsleistung.

In Berlin erinnert eine Ausstellung anlässlich der Fußball-EM in Deutschland an Ereignisse wie dieses Spiel. „Ganz Europa kickte in Berlin“ ist der Name der Schau, und sie findet nicht zufällig in einer eher engen Baracke statt. Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit ist in ehemaligen Unterkünten von Menschen untergebracht, die in der Reichshauptstadt schufteten mussten. Mehr als 8 Millionen Menschen waren von den Nazis nach Deutschland gezwungen worden, als Ersatz für die deutschen Männer an der Front.

Nicht allen von ihnen war es erlaubt zu kicken. Frauen schon mal gar nicht. Aber auch den meisten Männern aus Osteuropa blieb es verboten. Sie galten den Nazis als minderwertige „Untermenschen“, denen ein solches Privileg der Freizeitgestaltung nicht zustand, ebenso wenig wie ein Ausgang aus ihren Lagern oder ein Essen, das satt machte. Die Macherinnen der Schau berichten, dass sie keinen einzigen Beleg für sowjetische Spieler gefunden hätten. Dafür aber das Foto eines Schilds mit der Aufschrift: „Polen ist das Betreten des Sportplatzes bei Strafe verboten.“

Doch manche spielten trotzdem. Sie hielten sich nicht an die Verbote, trotz strenger Strafen. So wie der Pole Tadeusz Brzeski, der 1940 nach Hamburg verschleppt worden war und gut Deutsch sprach. „Ich fand Interessierte und gründete eine Fußballmannschaft“, wird Brzeski in der Ausstellung zitiert. Sie spielten gegen Holländer. „Viel Freude und Aufregung“ habe es da gegeben.

Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen aus westlichen Staaten war das Fußballspielen dagegen erlaubt. Betriebe hielten sogar Sportplätze für sie bereit, auf denen die Männer an „Sporttagen“ auftreten durften. Trikots

und Bälle stellten Lagerleitung oder Firmen. So kam es zu Turnieren zwischen Betrieben, die ab 1942 in einer Berliner „Lager-Liga“ kickten. Bald darauf spielten Zwangsarbeiter verschiedener Nationen gegeneinander. Beim Spiel der Niederlande gegen Flandern im Juni 1943 soll es 15.000 Zuschauer gegeben haben, und als die Niederlande auf Serbien traf, gab es am Rande wilde Prügeleien. Zumindest auf den Rängen waren auch Frauen erlaubt, so wie für die Tschechin Vaclava Svobodová, die stolz auf ihre „Argus-Füchse“ war, als die einen Pokal gewonnen hatten.

Fußballtechnisch besonders versierte Spieler konnten schließlich auch in deutschen Vereinen mitspielen. So wie Bram Appel. Der Niederländer, der 1942 nach Berlin verschleppt worden war, galt als echter Goalgetter und durfte bei Hertha BSC antreten. Selbst der *Völkische Beobachter* berichtete über seine Tore, freilich ohne zu erwähnen, dass er ein Zwangsarbeiter war. „Weil ich für die Hertha ein wichtiger Spieler war, hatte ich immer genug zu essen“, sagte Appel nach dem Krieg, der so zwar halbwegs durch die Schuferei gekommen war, aber nach 1945 bei seinen Landsleuten als Kollaborateur galt. Erst

1955 durfte Appel wieder in der holländischen Nationalmannschaft spielen.

Für die meisten Zwangsarbeiter wie für die Zuschauer war das Fußballspiel wohl eine willkommene Abwechslung vom immensen Arbeitsdruck, den Schikanen der Aufseher und der fehlenden Privatsphäre in den Schlafbaracken. Das Spiel konnte den Lebenswillen bewahren.

Für einige aber endete der NS-Terror tödlich. Julius Hirsch war vor der NS-Machtübernahme einer von zwei jüdischen Spielern in der deutschen Nationalmannschaft gewesen. 1933 kam er seinem Ausschluss von seinem Karlsruher Heimklub durch den Austritt zuvor. Juden durften fortan nicht mehr in deutschen Vereinen Sport treiben. Hirsch spielte für jüdische Klubs. Ab 1939 musste er Zwangsarbeit leisten. Im Frühjahr 1943 wurde Hirsch nach Auschwitz deportiert und ermordet. Seinem Schicksal wird in dieser kleinen Ausstellung gedacht.

Ganz Europa kickte in Berlin. Fußball und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus – Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Britzer Straße 5, Berlin-Schöneeweide.

traueranzeigen

Jürgen Weber

05.07.1954 23.06.2024

Viel zu früh, viel zu schnell haben wir einen außergewöhnlichen Menschen verloren. Er war hellichtig und engagiert, vielseitig vernetzt und widerständig. Freund*innen und Weggefähr*innen vermissen schmerzlich seine Heiterkeit, Umsicht und Solidarität.

Manu, Alessandro, Andrea, Andreas Wulf, Andy, Annegret, Annette, Axel, Brigitte Blum, Candida, Christa Wichterich, Christiane Gerstetter, Daniel Diekmann, Erika Grönegress, Erika Märke, Evaristus, Frank, Geli, Gemma Peat, Georges Cipriani, Gisela Notz, Gita, Horst Rosenberger, Ingrid, Ingrid G., Irmis, Jutta Herrmanns, Jutta Werdes, Konrad Melchers, Loth, Maduresh Kumar, Maja Schuster, Marianna, Marita, Micha Jagtsch, Michael Krämer, Nadine Brandau, Nina Melchers, Olga Zepf, Silke Studzinsky, Stefan, Türkan Muck, Ulrike, Uwe Hoering

AG Raum; Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW); Assoziation A; Buchladen OH 21; Buchladen Schwarze Risse; CONTRASTE-Zeitung für Selbstorganisation; Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD); Flüchtlingsrat Brandenburg; gemischter Frauenchor Judiths Krise; Gewerkschaftliche Soli-Reisegruppe Griechenland; Habersaathstraße 40-48; iz3w; Lauratiborkollektiv; Speak up!; Stiftung Asienhaus; Wem gehört Kreuzberg; Women in Exile and Friends

Die Urnenbestattung findet am 06.08.2024 um 12h auf dem Luisenstädtischen Friedhof, Eingang Bergmannstraße/Südstern Berlin Kreuzberg, statt; Treffpunkt Freiluftkapelle

Rolf Kuhn

8. Dezember 1946 – 16. Juni 2024

An der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar hat er als Stadtsoziologe eine ganze Stadtplaner-Generation mitgeprägt. Als Direktor des Bauhauses Dessau öffnete er ab 1987 weitsichtig diese weltbekannte Institution und initiierte das Reformprojekt „Industrielles Gartenreich Dessau – Bitterfeld – Wittenberg“. 1998 bis 2010 gab er als Direktor der Internationalen Bauausstellung „IBA Fürst-Pückler-Land“ der Braunkohleregion Lausitz ein neues Selbstbewusstsein.

Wir nehmen Abschied von einem zugewandten Lehrer, inspirierenden Mentor und leidenschaftlichen Vordenker für freundliche Städte, Landschaften und Regionen.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie

Omar Akbar, Klaus Aschenbach, Ruben Bancroft, Dieter Bankert, Veit Bartolomäus, Karin Baumert, Sonja Beeck, Susanne Bellinghausen und Stefan Kovats, Friedrich von Bismarck, Regina Bittner und Walter Prigge, Ursula und Harald Bodenschatz, Antje Boshold, Ingrid und Michael Bräuer, Klaus Brake, Martin Brück, Antje und Andreas Claus, Marta Doehler-Behzadi, Hubertus von Dressler, Kai Drewes, Joachim Engsfeld, Michael Feiler, Uwe Ferber, Ligia und Karsten Feucht und Familie, Jens Fischer, Katja Fischer, Simona und Frank Fischer, Angelika Fitz, Astrid und Detlef Friedewald, Andrea Gaube und Eberhardt Blei, Ulrike Gaube, Anette Gelies, René Gottschalk, Wolfgang Grimm, Marlis Grönwald, Nicole und Dieter Haase, Andrea Hähnlein, Simone Hain, Peter Hajny, Detlef Attila Hecht, Ferdinand Heide, Matthias Heinrich, Adrian Hoppenstedt, Bernd Hunger, Karl Jasper, Sigrun Kabisch, Harald Kegler, Wolfgang Kil, Heiderose Kilper, Hans Martin Klütz, Jens Köster, Gabriele und Norbert Korrek, Lutz Krause, Stephan Krause, Elisabeth Kremer, Friedemann Kunst, Gerhard Lambrecht, Gregor Langenbrinck, Christina Lindemann, Elke Löwe und Udo Dierksheide, Katrin Lompscher, Maria Ludewig, Edith Lotzmann, Engelbert Lütke Daldrup, Dirk Manzke, Antje Matern, Jochen Menz, Hans-Norbert Mertens, Reimar Molitor, Jürg Montalta, Frank-Heinrich Müller, Rainer Müller, Heinz Nagler, Marie Neumüllers, Kerstin Noack, Lukas Opitz, Elke Plate, Ingo Quaas, Yvonne Raban, Christa Reicher, Stefan Rettich, Iris Reuther, Steffi Riedel, Katrin Rohnstock, Ulrike Rothe, Heike und Gunter Scharf, Anne und Lars Scharnholz, Anke Schettler, Birgit Schindhelm, Birgit und Holger Schmidt, Kathrin Schneider und Reiner Kneifel-Haverkamp, Bernd Scholl, Brigitte Scholz und Joachim Grugel, Andreas Schubert, Wolfgang Schumann, Heinz W. Schwarzbach, Babette Scurrell, Gabriele Seelemann, Carmen Seidel, Regina Sonnabend, Martin Stankowski, Elke und Nikolai Staufenbiel, Jutta Stein, Martin Stein, Barbara Steiner, Stiftung Fürst-Pückler-Park Bad Muskau, Gert Streidt, Heino Streller, Anita Tack, Christine und Alberto Tauro, Lars-Christian Uhlig, Silke Wallstein und Gunnar von Wollffersdorff, Jörn Walter, Bertram Weisshaar, Christine Weiske, Max Welch Guerra, Annemarie Wenzel, Kathrin Winkler, Arjen de Wit, Christiane Wolf, Katja Sofia Wolf, Sophie Wolfrum, Leonore Wolters-Krebs und Friedrich Wolters, Rainer Zahrend, Ina Zerche, Kathrin Czerwenka-Zimmermann und Frank Zimmermann

taz anzeigen

**Raum für Ihre
Bekanntgabe:**
familiäre Ereignisse &
persönliche Anlässe

Sprechen Sie Ihr taz Anzeigenteam an: anzeigen@taz.de

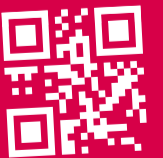
sonstiges

**KEINE ZEIT
FÜR KEINE
ZEITUNG**

Nur wer versteht, kann auch für etwas eintreten. Keine Debatte? Steht nicht zur Debatte. Wir wollen mehr als News – wir wollen Neues. Ungestellte Fragen. Echte Antworten. Stimmen, die man woanders nicht hört. Deshalb eine radikale Zeitung: Unabhängig, solidarisch und mit Haltung.



10 WOCHEN
NUR 10 EURO
TAZ.DE/ABO



taz zeitung für morgen

Nicht mehr das, was es einmal war

Google war mal ein Geheimtipp, heute ist die Suchmaschine mit Anzeigen und kommerzielle Inhalte überladen. Wie künstliche Intelligenz jetzt die Informationssuche verändert



Die Wunderkiste World Wide Web Foto: Volker Derlath

Von **Svenja Bergt**

Internet-Veteran:innen erzählen manchmal aus einer Zeit Ende der 90er Jahre. Meistens geht diese Geschichte so: Man wuschelte sich so durch, im immer noch recht neuen WWW. Dann kam plötzlich ein Freund oder eine Kollegin und sagte etwas wie: Hey, es gibt da diese neue Suchmaschine, damit findet man viel besser, was man sucht, probier die doch mal aus. Und auf einmal lag das Netz nicht mehr wie ein verwunschener Wald vor einem, in dem man mit Glück etwas finden konnte und sich mit Pech verirrt. Sondern klar, übersichtlich und sortiert. Dass die Bedienoberfläche dieser Suchmaschine ganz schlicht daherkam und sich als einzige Spielerei bunte Buchstaben erlaubte, passte ins Bild.

Von diesem Google der Anfangsjahre ist heute – außer dem Namen – fast nichts mehr geblieben. Sie ist nicht mehr der Geheimtipp, sondern längst Marktführer unter dem Dach der Holding Alphabet. Sogar den ikonischen Claim „Don't be evil“ beerdigte das Unternehmen irgendwann stillschweigend. Und wer heute mit Google sucht, hat eher wieder das Gefühl, in einen Wald einzutauchen: einen Wald aus Anzeigen, Nonsens-Treffern, Bildern, mäßig transparent gekennzeichneten Werbeanzeigen, Buttons für mehr oder minder verwandte Suchanfragen und von der Suchmaschine selbst dazwischengemixten Fragen und Antworten.

„Studien zeigen ganz klar, dass Nutzer Anzeigen nicht als solche erkennen“, sagt Dirk Lewandowski, Professor an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, der unter anderem zu Suchmaschinen forschert. Unter den ersten Suchtreffern platzierte Anzeigen und dass Google andere Dienste aus dem eigenen Haus bevorzuge, beeinflussten die Suchergebnisse maßgeblich.

Das ist nicht unbedingt zum Vorteil der Nutzenden. „Das Niveau von Google ist ganz klar nicht zufriedenstellend“, sagt Janek Bevendorff. Er forscht an



Wer etwa nach einem Rezept sucht, das bitte vegetarisch und glutenfrei sein soll, ist heute bei ChatGPT besser aufgehoben als bei Google und Co

der Universität Weimar und hat mit drei Kollegen in einer Studie nach den Gründen für den gefühlten Qualitätsverlust gesucht. Dafür haben sie ein Jahr lang die Suchergebnisse für knapp 7.400 Produktrezensionsanfragen ausgewertet. Gesucht wurden zum Beispiel die besten Kopfhörer oder das beste Buchstabenzeugs. „Unsere Ergebnisse zeigen, dass alle Suchmaschinen erhebliche Probleme mit hochoptimierten (Affiliate-) Inhalten haben – mehr, als repräsentativ für das gesamte Web ist“, heißt es in der Studie.

Affiliate-Inhalte sind Links zu Hersteller:innen oder Händler:innen, über die die Nutzer:innen ein Produkt direkt bestellen können. Wer den Link auf seiner Seite einbaut, bekommt eine Provision für die Vermittlung. Traditionell sind solche Links eine Einnahmequelle zum Beispiel für Blogger:innen. Doch die Studie kommt zu dem Schluss: Von den Seiten mit Produktbewertungen nutze nur ein kleiner Teil Affili-

ate-Links. Allerdings seien diese Links in der Mehrzahl der ausgewerteten Suchergebnisse zu finden. Nutzer:innen finden also weniger hilfreiche Inhalte, vielleicht zur Stiftung Waren-test, zu Technikmagazinen oder zu Blogger:innen, die auf bestimmte Produkte spezialisiert sind und diese umfangreich testen. Sondern eher zu Seiten, auf denen sich kurze Beschreibungen oder auch nur Eckdaten zu Produkten finden, kombiniert mit Affiliate-Links – und daneben oder darunter Texte, deren Nutzwert gering ist, die aber eine möglichst breite Spanne potenzieller Suchbegriffe abdecken sollen.

Bei Google scheint man sich des Problems bewusst zu sein. Jedenfalls haben die Studienautoren im Verlauf des Jahres bemerkt, dass Google zwischen-durch seinen Such-Algorithmus updatet, was zeitweilig für eine Verbesserung sorgt. Doch die Studie zeigt: Die Anbieter ziehen nach. Ein Katz-und-Maus-Spiel, bei dem die Suchmaschine verliere – so das Fazit der Studie. Und damit die Nutzer:innen.

Darüber hinaus kommt es zu Kollateralschäden. Denn auch seriöse und hilfreiche Anbieter nutzen teilweise Affiliate-Links. So berichtete Ende Mai die BBC von einem Paar, das sich im Netz mit dem Testen von Luftfiltern einen Namen erarbeitet und auf der Basis ein kleines Unternehmen aufgebaut hat, das Luftfilter-Tests veröffentlicht. Einnahmen kamen auch hier durch die Affiliate-Links – 3 Prozent Provision können sich bei teuren Geräten schnell summieren. Eines der jüngsten Algorithmus-Updates habe die Webseite in den Suchtreffern nun nach unten verbannt. Durch die sinkende Zahl an Besucher:innen auf der Seite seien die Einnahmen durch die Affiliate-Links stark gesunken, einem Teil der Belegschaft sei daher gekündigt worden. „Wird Google das Netz retten oder zerstören?“, fragt BBC-Autor Thomas Germain.

Das Unternehmen selbst verweist auf taz-Anfrage zu einem Blogbeitrag zu dem Thema. „Wir

nehmen algorithmische Verbesserungen an unseren zentralen Ranking-Systemen vor, um sicherzustellen, dass wir die hilfreichsten Informationen im Web anzeigen“, schreibt Elizabeth Tucker, Leiterin des Produktmanagements, darin. Google arbeite daran, „neu aufkommenden Mechanismen entgegenzutreten, die darauf abzielen, unsere Ergebnisse mit Inhalten von geringer Qualität zu manipulieren“.

Die Qualitätsprobleme fallen in eine Zeit, in der sich die Suchmaschinen-Anbieter ohnehin mit einem potenziellen neuen Konkurrenten konfrontiert sehen: künstlicher Intelligenz. Wer etwa nach einem Rezept für eine bestimmte Auswahl an Zutaten sucht, das bitte vegetarisch und glutenfrei sein soll, ist heute schon bei ChatGPT besser aufgehoben als bei Google und Co. Ebenso, wer eine Empfehlung für einen gemeinsamen Filmabend möchte – und die cineastischen Präferenzen der Teilnehmenden eingibt. Mit solchen komplexen Anfragen tun sich die klassischen Suchmaschinen schwer, große Sprachmodelle wie das hinter ChatGPT scheinen sie aber gut zu bewältigen. Das Ausmaß der Verschiebung ist jetzt schon Gegenstand von Prognosen: Das Analyseunternehmen Gartner geht davon aus, dass der Traffic der Suchmaschinen bis 2026 um 25 Prozent zurückgehen wird – weil Menschen vermehrt KI und andere virtuelle Assistenten nutzen. Google und Bing halten dagegen mit einer Strategie der Umarmung: Microsoft hat mit einer Investition in OpenAI für eine enge Partnerschaft gesorgt und drückt seinen KI-Assistenten Copilot in den Markt. Und Google versucht, mit einem eigenen Sprachmodell Fuß zu fassen – bislang allerdings mit durchwachsenem Ergebnis.

Und noch etwas ändert KI: Inhalte, als Text oder Bild, lassen sich mit deutlich geringerem Aufwand in deutlich größerer Menge erstellen. Schon jetzt ist bei den inhaltsarmen Texten auf vielen Affiliate-Link-Seiten un-

klar, ob sie von einem Menschen oder einer Maschine stammen. Das könnte zu einer paradoxen Situation führen. Denn die neuen KI-Funktionen in Suchmaschinen oder auch ChatGPT brauchen für das Training ihrer dahinter liegenden Sprachmodelle große Mengen Text. Den ziehen sie vor allem aus dem Internet. Nimmt die Menge an KI-generierten Inhalten dort zu, werden auch die Sprachmodelle vermehrt damit trainiert werden.

Und es geht noch eine Stufe weiter: Je mehr mithilfe von KI nach Empfehlungen für Produkte oder Dienstleistungen gesucht wird, desto vehementer werden Unternehmen dafür sorgen wollen, dass sie von den KI-Modellen gut bewertet werden. Im Gegensatz zu Suchmaschinen, die auf der ersten Seite immerhin rund ein Dutzend Treffer ausspucken, generiert ChatGPT, nach Empfehlungen für ein Produkt gefragt, in der Regel eine Handvoll Ergebnisse. ChatGPT wirkt damit als Gatekeeper – also als eine Art Torwächter, der darüber ent-

scheidet, welche Inhalte Nutzer:innen erhalten – noch stärker selektierend. Firmen, die es an diesem Torwächter vorbeischaufen wollen, müssen also das Netz, das die KI-Bots für die Trainingsdaten durchforsten, mit für sie vorteilhaften Texten inklusive Produktennennungen fluten. Und es ist gut möglich, dass auch ein guter Teil dieser Texte wieder mithilfe von KI generiert wurde. In dieser Logik sind die Nutzer:innen nur noch Datenquelle und Stichwortgeber:innen für das Generieren von kommerziell optimierten Inhalten.

Gartner sagt übrigens voraus, dass KI eher zu besseren Suchmaschinen führen werde. Die Unternehmen würden menschengemachte Inhalte, etwa gekennzeichnet durch entsprechende Wasserzeichen, höher ranken. Bevendorff ist da pessimistischer: „Wenn Google da nicht massiv gegensteuert, wird die Qualität weiter sinken.“ Schließlich bleibe das Interesse der Anbieter: mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel Sichtbarkeit schaffen.

Anzeige

**KANN DER WESTEN WEG?
ZERFALL EINER WELTORDNUNG**

taz FUTURZWEI
Magazin für Zukunft und Politik

**Die neue
taz FUTURZWEI**

Europa und Nordamerika haben viel voran- gebracht und einiges verbockt. Nun geht es so nicht mehr weiter. Aber wie dann?

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Ambros Waibel
Der Wochenendkrimi

Brigantenspektakel zwischen „Ozziplozzi“ und „Spiel mir das Lied von Tod“

„You ain't nothin' but a lost cause“, singt Billy Eilish und „I know you think you're such an outlaw. But you got no job.“ Das ist in nuce die Zusammenfassung der neuen sechsteiligen italienischen Serie „Briganti – Das Gold des Südens“ auf Netflix. Die Sache lebt von einer ausgedörrten Spaghettiwestern-Optik. Und insofern eignet sich das Ganze hervorragend, um dem trüben Blick aus einem norddeutschen Ferienappartement hinaus in den Dauerregen ein wenig Sonne drinnen auf dem Bildschirm entgegenzusetzen.

Historischer Hintergrund von „Briganti“ (Briganten) sind die Nachwehen des Einigungskriegs 1860 ff., der zum italienischen Nationalstaat führte. Der Norden, insbesondere das federführende Königreich Piemont, wurde von den Freischärlern rund um den italienischen Nationalhelden Garibaldi zum Jagen getragen, die Einheit der Nation durchzusetzen. Die Garibaldi-Truppen (nach ihrer improvisierten Uniform „Rothemden“ genannt) eroberten relativ mühelos das von einem Zweig der Bourbonen regierte Königreich Neapel, also Süditalien mit Sizilien. Art und Weise der folgenden Vereinigung (Steuern, Wehrpflicht, Antiklerikalismus) brachten dann allerdings Ressentiments im Süden hervor, das Arrangement verlief zwischen den Eliten der ehemaligen Staaten, die große Masse der Bauern blieb arm und besitzlos. Eine zeitgenössische Quelle sagt: „Der Bauer ist kein Mensch, sondern ein Anhang des Tierreichs. Er arbeitet, um zu essen, isst, um Kraft zum Arbeiten zu haben, dann schläft er – das ist sein Leben.“ Aus dieser Lage heraus bildete sich die in ihrer

Interessant ist, dass die Serie in rechten, sogenannten neobourbonischen Kreisen große Begeisterung auslöst

sozialen Zusammensetzung und in ihren Zielen bis heute diskutierte Bewegung der „Briganten“. Waren sie reine Räuberbanden, von katholischen Ajatollahs aufgehetztes Bauernproletariat, konservative Rebellen oder doch Sozialrevolutionäre?

Im Plot der Serie geht es jedenfalls um den Staatsschatz Neapels, den die Garibaldi-Truppen sich als „Kriegsanleihe“ aneignen und im unzugänglichen Hinterland Süditaliens verstecken. Wie praktisch, dass es eine Karte gibt, nach der verschiedene Fraktionen gieren und versuchen, sich gegenseitig auszustechen, wie ein Videospieleben. Dass die Macher des Films das dazu aufwendig aufgezogene Mantel-und-Degen-Spektakel selbst nicht ganz ernst nehmen, zeigt sich spätestens an der Musik, die mal folkloristisch, mal humoristisch und oft schlicht kitschig das Geschehen untermalt. Kernig ist er eben, der Brigant, die Frauen sind üppig, aber emanzipiert, der Chefpolizist aus dem Piemont preußischstreng, und halt doch mit weichem Kern, alles irgendwo zwischen „Räuber Hotzenplotz“ (auf italienisch: „Il brigante Ozziplozzi“) und „Spiel mir das Lied von Tod“.

So weit, so in Ordnung, das kann man sich ruhig mal geben. Interessant ist, dass die Serie vom italienischen Kultusministerium gefördert wurde und in rechten, sogenannten neobourbonischen Kreisen Begeisterung auslöst. Der Neobourbonismus gründet sich auf die Darstellung, die Eroberer aus dem Norden hätten nur Unheil über Süditalien gebracht, jeden Widerstand genozidal unterdrückt und sich die üppigen Reichtümer des „Mezzogiorno“ unrechtmäßig angeeignet. Das ist im Wesentlichen und Harmlosen Sozialkitsch, im Konkreten heute reaktionär und mafianah. Aber das Klischee vom armen, ehrlichen Süden oder Osten, von der guten, aber verlorenen Sache, der „lost cause“ eben, für die zu kämpfen sich gelohnt hat, ist halt unsterblich, weil nützlich. Gut, dass Billie Eilish in ihrem Supersong damit radikal aufräumt. Denn Brigant sein ist nett. Aber nett ist kein Beruf.

„Briganti – Das Gold des Südens“. Sechs Folgen, bei Netflix

podcast

Die mitreißende Ikone

Das Phänomen Taylor Swift ist allgegenwärtig und für manche schwer zu verstehen.

Sie ist überall. Ob in der eigenen Netflix-Doku, auf Social Media oder sogar in Gelsenkirchen: An Taylor Swift führt kaum ein Weg vorbei. Auch der Podcast „Die Taylor Swift Story“ von ARD Kultur widmet sich nun dem größten Popstar unserer Zeit. Dafür tauchen die Popkultur-Expertin Gizem Çelik und die Sängerin Vanessa Mai in sechs Folgen tief in die Hintergründe des Phänomens Taylor Swift

ein. Sie analysieren ihren Werdegang, erklären die Businessstrategie des Popstars, besprechen den Fankult rund um Swift und lassen ihre eigene Begeisterung für die Sängerin durchblitzen.

Insgesamt sechs Stunden, voller Swift-Analyse, geliefert von zwei bekennenden „Swifties“ – ist es das wirklich wert? Ja! Denn auch wer von Länge und Thema erst mal abgeschreckt ist und bisher kein großes Interesse für den oft so perfekt durchschnittlich

wirkenden Popstar aufbringen konnte, wird mitgerissen. Das Storytelling des Podcasts ist fesselnd, immer tiefer wird man als Hörer:in in das Swift-Universum gezogen. Dabei vermittelt er eine Faszination für den Popstar, die auf die Hörenden überspringt. Von Taylor Swifts Musik kann man halten, was man will, von ihrer weitgehend fehlenden politischen Positionierung ebenso. Zweifelslos ist Swift aber eine höchst spannende und ambivalente Figur, deren Geschichte noch nicht auserzählt ist.

Der naheliegenden Unterstellung der Voreingenommenheit entziehen sich Çelik und Mai geschickt, in dem sie offen über ihre Begeisterung für Swift sprechen und gleichzeitig eine kritische Betrachtung nicht außen vor lassen. Denn Anlass für eine solche bietet die Popikone durchaus. Çelik und Mai befassen sich mit dem schier unbegrenzten Einfluss Swifts auf ihre Fans, ihren nicht gerade umweltbewussten Lebensstil und ihren kaltschnäuzigen Geschäftssinn, ohne dabei unrealistische Erwartungen an Swift zu stellen.

Auch von der Perspektive der Sängerin Mai profitiert der Podcast. Fragen wie „Sind 13 Stunden Fantreffen normal?“, oder „Wie viele Songs spielst du auf deinen Konzerten?“ können so beantwortet werden und helfen dabei, die Handlungen von Swift einzuordnen.

Joscha Frahm

„Die Taylor Swift Story“, sechs Folgen, in der ARD-Audiothek

Die Konzerte von Taylor Swift sind meistens komplett ausverkauft
Foto: Christine Olsson/TT/ imago



podcast

Die Nazis von nebenan

Der Podcast „Fashion The Gaze“ analysiert aktuelle Social-Media- und Popkulturphänomene

Unternehmer. Gastwirt. Buchautor. Kreistagsmitglied. Weltenbummler. Das steht in der Bio eines Tiktok-Accounts. Hinter der lockeren Profilbeschreibung verbirgt sich der bekannte Neonazi Tommy Frenc. Er postet Videos vom Flohmarkt, den er für sozial Schwächere organisiert. Klingt erst einmal nett. Bis man hört, dass der Flohmarkt den Namen „Deutsche helfen Deutschen“ trägt. Ein Buch, das er veröffentlicht hat, heißt „Die 88 besten Fleischgerichte aus dem Reich“.

Darüber sprechen Freya Herrmann, Vera Glocke und Jasper Landmann in ihrem Podcast „Fashion The Gaze“, der sich mit aktuellen Popkulturphänomenen beschäftigt. Obwohl man den Podcast als kulturwissen-

schaftliche Analyse verstehen könnte, ist er keineswegs trocken, sondern kann auch witzig sein. Mit lockeren Gesprächen schaffen die Moderator_innen es, harte Themen zu entkrampfen.

So auch in der Folge „Nazis auf Tiktok“. Da analysieren Herrmann, Glocke und Landmann, wie es Rechtsradikalen gelingt, sich auf Social Media als sympathisch und nahbar zu inszenieren. Neben Frenc besprechen sie auch andere Accounts wie den von Katrin Krug, die sich oberflächlich wie eine normale Influencerin zeigt. Schaut man genauer hin, erkennt man rechtsextreme Codes. „Die Inhalte finden schnell und flächendeckend statt“, warnt ein Host. Deshalb seien rechte Inhalte besonders ge-

fährlich. Darüber zu sprechen, verstehen die Moderator_innen als Widerstand, den sie leisten.

Abgesehen davon nehmen sie die Themen von „Glow up“ – das ist, wenn jemand durch Styling, Sport oder Make-up schlagartig sein Aussehen aufwertet – bis „Mob Wife“ – wenn sich Leute wie reiche Mafia-bossgattinnen anziehen – unter die Lupe. Wer verstehen will, wie Gegenwartsphänomene funktionieren und wo sie herkommen, sollte unbedingt reinhören.

Mengna Tan

„Fashion The Gaze“, Folge „Nazis auf Tiktok“, neue Folgen jeden Monat bei allen Podcastern

doku-serie

Die schwer Greifbare

Das ARD-Großporträt anlässlich Angela Merkels 70. Geburtstags fragt: Kannten wir sie wirklich?

Sie kennen mich.“ Die drei Worte, mit denen Angela Merkel 2013 für ihre Wiederwahl warb, kommen wie eine Phrase daher. Sie, die Kanzlerin, die für Stabilität steht. Merkel hatte kein Programm. Kontinuität war das Programm. So stand ihr Satz dafür, weiterhin zusehen, dass alles so bleibt, wie es ist. Das ist Merkel. Wir kennen sie. Oder doch nicht?

Um diese Frage kreist die fünfteilige ARD-Doku von Tim Evers, die auf Merkels über 30 Jahre in der Politik zurückblickt. Die Autorin Samira El Ouassil glaubt, kein Mensch kenne die Altkanzlerin. Doch genau das schwer Greifbare habe sie mehrheitsfähig gemacht, analysiert Marina Weisband, eine ihrer Kritiker_innen in der Doku. „Jeder hat sich so seine eigene Angela Merkel zurechtprojiziert“, sagt sie. Beide bereichern mit ihren klugen Gedanken den Cast der unterschiedlichen Zeitgenoss_innen von Journalist_innen, Weggefährte_innen und Kontrahent_innen, die befragt wurden.

Dass man sie nicht ganz kannte, zeigt ihre ungewöhnlich emotionale Ansprache zum Tag der Deutschen Einheit am Ende ihrer Amtszeit. Darin erzählte sie von ihren Verletzungen als Ostdeutsche, wenn von ihnen als „angelernte Bundesbürger“ gesprochen wurde. Da blitzte etwas durch, das sonst 16 Jahre lang oft verborgen blieb. In der Doku



Mit ihren Outfits durchbrach Merkel ihre Beständigkeit Foto: Mathias Krohn/Eventpress/imago

läuft ihre ostdeutsche Perspektive konstant mit. So nähert man sich Angela Merkel an und einem komplexeren Bild von ihr. Mit all ihren Fehlern. Die Doku schaut auf das „Boss-Girl“, wie Marina Weisband sie nennt, die sich zwischen den Chauvis durchsetzen musste. Sie blickt kritisch auf ihren Umgang mit Wladimir Putin, mit Russland und der Ukraine. Sie schaut auf Merkels „Wir schaf-

fen das“ und ihren nachlässigen Umgang mit der AfD und der Klimakrise. Zuletzt ist die Reihe auch ein Blick auf eine Politik der Zumutungslösigkeit, die heute ausgebügelt werden muss.

Adefunmi Olanigan

„Angela Merkel – Schicksalsjahre einer Kanzlerin“, fünf Folgen in der ARD Media-

LE MONDE *diplomatique*

Alles digital? *diplomatique!*

4,50
Euro
für 3 Monate



taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin

Lesen Sie die **digitale Ausgabe** von Le Monde diplomatique in der App, im Browser oder als ePaper. Und hören Sie alle Texte aus der großen Monatszeitung für internationale Politik als MP3.

Hier bestellen:
monde-diplomatique.de/zeitungsabo



„Eine Ära geht zu Ende“



Nach einer pro-palästinensischen Demonstration am amerikanischen Unabhängigkeitstag Foto: Derek French/Imago

Interview **Sebastian Moll**

wochentag: Herr Foer, wie haben Sie die Pro-Palästina-Proteste in den USA erlebt?

Franklin Foer: Es war zutiefst entnervend. Man bekam den Eindruck, dass das Land in einer Spirale der Überreaktionen gefangen ist. Es fühlt sich im Moment so an, als seien die Autoritäten und Institutionen darüber verwirrt, wie sie reagieren sollen. Aus der Perspektive der amerikanischen Juden hat zumindest die offizielle Reaktion die Dinge schlimmer gemacht. Sie hat dazu geführt, dass Demonstranten, die vielleicht ursprünglich nicht antisemitisch waren, die Autoritäten nun beschuldigen, von jüdischen Organisationen oder jüdischen Einzelpersonen manipuliert worden zu sein. Das ist klassischer Antisemitismus.

Viele der Demonstranten haben den Vorwurf des Antisemitismus heruntergespielt, und es gibt viele jüdische Intellektuelle, die sich den Demonstrationen angeschlossen haben. Wie manifestiert sich Ihrer Meinung nach der Antisemitismus?

Ich glaube nicht, dass die Proteste per se antisemitisch waren, und die Israelis haben weiß Gott vieles getan, dass es verdient, verurteilt zu werden. Aber ich sehe einige Dinge, die mich beunruhigen. Das erste ist die Art und Weise, wie die Hamas dazu in der Lage war, die Diskussion zu lenken. Wenn man der Linken in den USA zuhört, dann hört es sich ja so an, als wäre Hamas nicht im Geringsten für irgend etwas mitverantwortlich, was gerade passiert. Es gibt eine nicht triviale Anzahl von Vorfällen, in denen Hamas-Slogans skandiert wurden und Hamas-Fahnen geschwenkt werden. Und es gab auch einige Fälle von offenem Antisemitismus.

Sie nennen sich einen liberalen amerikanischen Juden, der der israelischen Regierung kritisch gegenübersteht. Wie schwer ist es für Sie, noch diese Position einzunehmen?

Ich glaube, dass die meisten amerikanischen Juden diese Position einnehmen. Die Netanjahu-Regierung hat die Kampagne in Gaza ohne jegliche Vorstellung davon verfolgt, wie eine bessere Zukunft aussehen soll. Das ist zu

tiefst demoralisierend. Es gäbe im Augenblick eine historische Gelegenheit für eine stabile politische Lage im Nahen Osten, und es sind allein die Israelis, die dem im Weg stehen. Netanjahu handelt ganz offensichtlich dem nationalen Interesse von Israel entgegen.

Und Sie glauben, dass die meisten amerikanischen Juden so denken?

Ja, die meisten amerikanischen Juden sind sehr liberal. Aber sie reagieren natürlich auch allergisch, wenn die Existenz des Staates Israel infrage gestellt wird. Für uns ist Israel mehr als nur das Netanjahu-Kabinett. Deshalb befinden wir uns derzeit in einer komplizierten Lage.

„Dass die pluralistische Gesellschaft etwas Gutes ist, haben jüdische Denker artikuliert“

Wie haben Sie persönlich die vergangenen Wochen erlebt?

Meine direkte Nachbarin ist Rabbinerin und sie ist auf offener Straße als „Kike“ bezeichnet worden, ein gängiges Schimpfwort für Juden. Bei uns in der Straße gab es ein Graffiti, das die israelische Armee mit dem Ku-Klux-Klan verglichen hat. In der Schule meiner Tochter tauchten auf den Toiletten Hakenkreuze auf. Keins dieser Ereignisse ist zutiefst bedrohlich, aber es fühlt sich vollkommen anormal an. Ich habe so etwas noch nie in den USA beobachtet.

Und Sie fühlen sich dadurch als Jude in Amerika verunsichert?

Ja, es entsteht bei mir der Eindruck, als gehe eine Ära zu Ende. Ich meine, die Tatsache, dass die goldene Ära der amerikanischen Juden zu Ende geht, bedeutet nicht, dass wir uns auf dem Weg nach Auschwitz befinden. Aber es bedeutet, dass die Erfahrung, als Jude in Amerika zu leben, sich eher der his-

torischen Norm angleicht, als dem Ausnahmezustand, in dem wir uns seit 70 Jahren befunden haben.

Sie schreiben in einem Aufsatz in „The Atlantic“, dass Sie in der Mitte dieses goldenen Zeitalters der amerikanischen Juden aufgewachsen sind. Was hat dieses Zeitalter ausgezeichnet?

Der Antisemitismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg in Amerika weitestgehend verschwunden. Alle Barrieren, die vorher die herrschende protestantische Klasse errichtet hat, fielen weg. Es gab keine Zugangsbeschränkungen mehr zu Universitäten, es gab keine Einschränkungen mehr, in welchen Gegenden Juden wohnen durften. Es gab eine angestaute kreative Energie, die einfach explodiert ist. Jüdische Literatur fand Eingang in die großen Werke der amerikanischen Literatur, es gab jüdische Figuren und jüdische Themen in Fernsehen und Film. Und es gab eine überproportionale jüdische Präsenz in wichtigen Institutionen, insbesondere im Hochschulbereich. Als ich an der Columbia University war, war diese zu 30 Prozent jüdisch, was verrückt ist, weil Juden nicht einmal drei Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Diese Situation der Juden in Amerika war historisch einmalig?

Nun, es gab schon andere Situationen, in denen Juden eine ähnlich große Rolle in der Gesellschaft gespielt haben, zum Beispiel im Deutschland des frühen 20. Jahrhunderts. Aber was in Amerika anders war, war, dass sie nicht das Gefühl hatten, ihre Identität aufgeben zu müssen, um im Mainstream akzeptiert zu werden.

Die amerikanische Form der Integration war schon immer die Bindestrichidentität.

Ja, und die Juden hatten einen großen Anteil daran, dieses Modell zu erfinden und zu popularisieren. Sie müssen sich nur das Gedicht auf dem Sockel der Freiheitsstatue anschauen, von der Jüdin Emma Lazarus verfasst, das die Idee von Amerika als Nation von Einwanderern artikuliert. Das war seinerzeit nicht die gängige Auffassung. Der Gedanke einer pluralistischen Gesellschaft als etwas Gutem wurde von jüdischen Denkern artikuliert.

Sie schreiben in Ihrem Aufsatz, dass der jüdische Liberalismus lange Zeit mit dem amerikanischen Liberalismus identisch war. An welchem Punkt begannen die beiden, sich voneinander zu entfernen?

Das 21. Jahrhundert war insgesamt bisher eine Zeit, in der sich der klassische Liberalismus immer mehr aufgelöst hat. Es gab eine Krise nach der anderen, die zu Verschwörungstheorien und einem wachsenden Misstrauen führten. Heute hat man das Gefühl eines andauernden Ausnahmezustands, in dem alles existenziell ist und man sich Toleranz nicht mehr leisten kann. Und historisch ist es nun einmal wahr, dass in Zeiten der Krise Juden als Prügelknaben herhalten müssen. Wir hatten 9/11, die Finanzkrise von 2008

und den Irakkrieg, und plötzlich wird George Soros für die Einwandererflut verantwortlich gemacht.

Der „Virus“ des Antisemitismus rührt sich wieder.

Ich mag die Metapher des Antisemitismus als Virus nicht so sehr. Ich sehe Antisemitismus eher als eine mentale Angewohnheit, die jederzeit aktiviert werden kann.

Sie sprechen von der Krise des Liberalismus. Welche der zentralen Elemente des alten Liberalismus sind denn verloren gegangen?

Es gab Ideen von Toleranz, es gab die Idee der Meritokratie, es gab das Eintreten für die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, der notwendig ist, um soziale Stabilität zu gewährleisten und das Auftreten eines populistischen Mobs zu verhindern. Ich glaube, dass alle diese Dinge im 21. Jahrhundert diskreditiert worden sind.

Sie schreiben, dass Sie es erwarten haben, dass diese Dinge von rechts unter Beschuss geraten, dass es aber ein Schock war, dass sie nun auch von links attackiert werden.

Im Zeitalter der politischen Polarisierung wollen wir immer die andere Seite als Monster sehen und unsere Seite als Engel. Jeder zeigt auf jeden mit dem Finger. Der Augenblick, an dem ich wirklich angefangen habe, mir Sorgen zu machen, war, als meine Tochter sich in der Bewegung für Klimagerechtigkeit engagiert hat und ihre Organisation, das Sunrise Movement, sich geweigert hat, mit jüdischen Gruppen zu kollaborieren. Dabei spielte die Tatsache, dass es bei der Sache überhaupt nicht um Israel ging und diese jüdischen Gruppen der israelischen Regierung kritisch gegenüberstanden, keine Rolle. Zionismus und Judentum wurden als so toxisch angesehen, dass sie nicht mehr mit der Linken unter einen Hut zu bringen waren.

Ist die Polarisierung unüberwindbar? Hält die Mitte nicht mehr?

Ich denke schon, dass die Mitte bröckelt. Ich bin da nicht sehr optimistisch. Joe Biden versucht ja, von einer Position des Konsenses aus zu regieren, und trotzdem können wir uns auf nichts mehr verständigen.



Fotomago

Franklin Foer

Der Autor Franklin Foer, geboren 1974, ist ein amerikanischer Journalist und Autor mehrerer Bücher. Zuletzt erschien „The Last Politician: Inside Joe Biden’s White House and the Struggle for America’s Future (2023).“

Der Aufsatz „The Golden Age Of American Jews Is Ending“ lautet der Titel des aufsehenerregenden Aufsatzes, den Foer kürzlich in „The Atlantic“ veröffentlicht hat. Kernthese: Der Antisemitismus von rechts und links bedroht auch die liberale Ordnung, die jüdische Denker mitetabliert haben.

Unangenehme Nähe

Die „Ornamenta“ im Schwarzwald verwebt Kunst und Industrie

Kürzlich eröffnete im Nordschwarzwald die Kunstschau „Ornamenta“. Sie soll fortan alle fünf Jahre stattfinden und zeigt Kunst und Designobjekte an wunderbaren abseitsigen Orten. „Ornamenta“, das klingt nach documenta fürs Kunsthandwerk. Und ein bisschen ist es das auch. Das Ausstellungsprojekt wurde 1989 von der damals einbrechenden Pforzheimer Schmuckindustrie ins Leben gerufen.

Auch jetzt sind sich in der Neuauflage der „Ornamenta“ Industrie und Kunst unangenehm nahe. Auf einem Platz im Dörfchen Nagold platziert die Schriftgestalterin Charlotte Rohde eine Sonnenuhr, hergestellt vom örtlichen Unternehmen Perrot, das auch die Turmuhr der gigantomanen Big-Ben-Kopie in Mekka herstellte. Im Reuchlin-Museum stellt Designerin Nanna Doll goldene Gesichtsspannen aus, angefertigt sind sie von einer Firma für kieferorthopädische Produkte.

Angewandte Kunst wird für einen Markt und die Industrie gemacht, doch die „Ornamenta“ zeigt auch immer wieder freie Kunst. Wenn etwa Künstlerin Wiktoria Wojciechowska in einem neobarocken Thermalbad dazu auffordert, zur Entspannung mal das eigene Handy abzulegen, und als Alternative einen Dummy aus Kristallgestein anbietet, dann wird man sich kurz der eigenen Medien- und Objektabhängigkeiten bewusst. Ein psychologisches, auch performatives Moment, das doch standesgemäß die freie Kunst herausarbeitet.

Die documenta, mit der sich die „Ornamenta“ schon dem Namen nach vergleicht, zeigte auch mal Design. 1964 ließ Arnold Bode in Kassel Produkte der Firmen IBM und Braun ausstellen. Doch solch eine klare Verbindung von Industrie und Kunst hat sich in den letzten Jahrzehnten bei groß angelegten Ausstellungsprojekten institutionell eher aufgelöst. Die Findungskommission der documenta ist etwa als eine autonome Instanz eingerichtet worden, um in ihrem Auswahlprozess für eine künstlerische Leitung eine freie Kunst eben möglichst frei bleiben zu lassen, ungebunden von politischen und wirtschaftlichen Interessen.

Auch Unternehmen greifen bei Förderung und Sponsoring von Kunst selten in ihre Inhalte ein, wenn sie Kunstpreise ausloben oder Ausstellungshäuser stiften. Die eigentlichen Unternehmensaktivitäten sind dann häufig gar nicht mehr kenntlich, was ihnen auch den Vorwurf des *art washing* einbringt. Bei der „Ornamenta“ hingegen kann selbst die freie Kunst zu einem Firmenprodukt werden.

Es wird gerade viel über die Rolle der freien Kunst in der Kulturförderung diskutiert. Ein Verständnis von ihr als Ausführgehilfe der Industrie sollte sich dabei besser nicht verbreiten.

Sophie Jung



Spinne, Fliege, Hummel und Glühwürmchen auf der Suche nach dem besseren Leben: „Die kleine Flucht“ von Marzena Sowa (Text) und Dorothée de Monfreid (Illustration)

Abb.: Reprodukt



Mach dich auf den Weg

Eine Graphic Novel, gezeichnet von Dorothée de Monfreid, ein Bilderbuch von Anna Desnitskaya und ein Wildwest-Roman von R. J. Palacio erzählen vom Aufbruch in ein neues Leben

Von Eva-Christina Meier

Das ist bestimmt nicht mein Zuhause. Mein Zuhause wird anders sein, und vor allem wird es woanders sein.“ Auf dem Müllplatz bei Herrn Skarabäus will die kleine rote Spinne auf gar keinen Fall bleiben. An diesen trostlosen Ort hatte ihre Mutter sie gebracht. Hier sollte die ungeratene Tochter unter Aufsicht des dicken Käfers endlich lernen, so ordentliche Netze zu spinnen wie ihre Geschwister im Wald. Bildstark und humorvoll erzählt die Graphic Novel „Die kleine Flucht“ von der ersten Zweifelflügel der jungen Spinne und der Resignation ihrer neuen Schicksalsgenossinnen – einer lispelnden Fliege, einem Glühwürmchen mit schwacher

Die rote Spinne kann sich an die Gräser im Wind, die Pinien, Birken, Weiden und Tautropfen genau erinnern. Sie weiß, dass ein Leben im Wald viel schöner ist

Leuchtkraft und einer immer traurigen Hummel. Für die drei ängstlichen Insekten sind die Tristesse und Monotonie ihres Alltags im Müll Normalität, genauso wie die Launen ihres Aufpassers, des strengen Skarabäus. Nur die rote Spinne kann sich an die Gräser im Wind, die Pinien, Birken, Weiden und Tautropfen ganz genau erinnern. Sie weiß, dass ein Leben im Wald viel schöner ist. Mühsam kann sie ihre mutlosen Wegefahrten überzeugen, etwas Neues zu wagen. Und so schleicht sich die bunte Runde ängstlich in der Dunkelheit davon. Schwach leuchtet das Glühwürmchen ihnen den Weg.

Mit überzeugenden Charakteren und in originellen Szenen entwickeln die Autorin Marzena Sowa und die Illustratorin Dorothée de Monfreid eine einfühlsame Geschichte über Freundschaft und Unvollkommenheit. Die französische Zeichnerin Dorothée de Monfreid, die besonders durch ihre lebendigen Kindercomics der Hundebände bekannt geworden ist, unterstreicht in „Die kleine Flucht“ mit wechselnden Farben und starken Kontraste wirkungsvoll die Dramaturgie des Abenteuers. Spinne, Fliege, Hummel und Glühwürmchen – ihre Figuren haben

Ecken und Kanten. Vereint überstehen sie tödliche Gefahren und entdecken das Gefühl, glücklich zu sein. Im Zusammenspiel mit dem von Ulrich Pröfrock stimmig aus dem Französischen übersetzten Dialogen entsteht daraus eine temporeiche und vielschichtige Erzählung über individuelle Schwächen und gemeinsame Stärken.

Anna Desnitskaya ist eine russische Kinderbuchautorin und -illustratorin. In deutscher Übersetzung machen ihre vielfach ausgezeichneten Sachbilderbücher „In einem alten Haus in Moskau“ (2017) oder „Von Moskau nach Wladiwostok“ (2021) über eine Reise mit der Transsibirischen Eisenbahn junge Leser*innen mit der Geschichte und dem Alltag in Russland bekannt.

„Ein Stern in der Fremde“ ist ihr jüngstes Bilderbuch. Es entstand aus einer sehr persönlichen und zugleich dem aktuellen Zeitgeschehen geschuldeten Erfahrung. Denn nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 beschlossen die Autorin und ihre Familie, von einer Auslandsreise nicht mehr nach Moskau zurückzukehren. Danach folgten unter widrigen Umständen Stationen in verschiedenen Ländern. Heute leben sie in Montenegro.

In dem Bilderbuch findet Desnitskaya eindruckliche Bilder und knappe Sätze für den plötzlichen Verlust alter Gewohnheiten und

dem übermächtigen Gefühlen von Fremdheit.

Wehmütig erinnert sich ein Mädchen in „Ein Stern in der Fremde“ an ihr altes, vertrautes Leben in der Großstadt.

Selbstständig war sie dort auf den Straßen der Nachbarschaft unterwegs, und im Winter leuchtete ihr schon von Weitem eine sternförmige Papierlampe durchs Fenster ihrer Wohnung den Weg nach Hause. Neben diesem Stern auf der Fensterbank saß sie gemütlich mit ihren Büchern oder schaute nach draußen – bis plötzlich der Krieg begann und sie mit ihrer Mutter floh. „Wir gingen in ein anderes Land. Hier ist alles anders als zu Hause. Eine fremde Wohnung. Eine fremde Aussicht. Fremdes Essen.“ In der Darstellung wechselnder Räume und Straßen in der Abenddämmerung findet Desnitskaya einen starken bildlichen Ausdruck für die große Verunsicherung des Mädchens, aber auch für ein erstes Ankommen. Denn glücklicherweise gelingt es der Mutter bald mit einer kleinen, aber hoffnungsvollen Maßnahme in der neuen Umgebung das alte Leuchten und eine Spur von Zuhause herzustellen.

Ein außerordentliches Lesevergnügen für die Sommerferien bietet der 300 Seiten starke Abenteuerroman der US-amerikanischen Jugendbuchautorin R. J. Palacio. „Pony. Wenn die Reise deines Lebens lockt, mach dich auf den Weg“ schildert die Suche des zwölfjährigen Silas nach seinem entführten Vater durch den Mittleren Westen der USA. Begleitet wird der scheue Halbweise von Mittenwool, einem für andere unsichtbaren Freund und Beschützer, und einem zugelaufenen, schwarzen Pony mit auffällig weißem Kopf. Ihr Weg führt sie schon bald in einen düster sumpfigen Wald, der von unheimlichen Stimmen erfüllt zu sein scheint. Dort stößt Silas zufällig auf den kauzigen Enoch Farmer. Der berichtet, einigen Ganoven auf der Spur zu sein. Zu denen zählt auch Mr. Ollerenshaw, der Anführer einer berüchtigten Fälscherbande. Sein Name war bei der Entführung des Vaters gefallen, und so schließt sich der Junge dem alten Federal Marshal an.

Die opulent angelegte Erzählung beginnt 1860, ein Jahr vor dem Ausbruch des Amerikanischen Bürgerkriegs, in dem sich Gegner und Befürworter der Sklaverei gegenüberstehen. Auch frühe Verfahren der Fotografie aus jener Zeit spielen eine

Rolle in dem Roman, und einige historische Daguerreotypien hatten sogar Einfluss auf seine Entstehung. Eine Auswahl hat Palacio den Kapiteln in „Pony“ vorangestellt. Diese wachen und berührenden Porträts von unbekanntem Kindern, Männern und Frauen haben sie zu ihren Romanfiguren inspiriert. Genauso sorgfältig recherchierte die Autorin, die 2012 mit der Veröffentlichung ihres Debütromans „Wunder“ weltberühmt wurde, zu Themen wie Geldfälschung oder Spiritismus im historischen Kontext der Erzählung.

Als Silas von seinem behüteten Zuhause aufbricht, beginnt für ihn nicht nur ein neuer Lebensabschnitt. Die Suche nach seinem Vater wird auch zu einer Reise in dessen Vergangenheit und führt ihn hinter das Geheimnis seiner eigenen Herkunft.

Martin Bird war einst als mittelloser junger Mann nach Amerika ausgewandert. Als hochbegabter Erfinder und Fotograf lebte er mit dem Sohn zurückgezogen in einem abgelegenen Haus. Denn Silas Mutter Elsa war bei der Geburt gestorben. Von ihr war dem Jungen nur die bayrische Geige geblieben. Die konnte er zwar nicht spielen, doch instinktiv nahm er den Geigenkoffer mit, als er sich mit Mittenwool auf den Weg machte.

Jede ihrer Figuren stattet J.R. Palacio mit einer umfangreichen Biografie aus. Auch wenn diese Hintergründe in der Erzählung oftmals nur in einem Nebensatz angedeutet werden, entstehen dadurch lebendige Charaktere mit Vergangenheit, die sie in der Handlung zusammenführt. Zusammen mit einer Fülle an zusätzlichen Verweisen wird dieses spannende Abenteuer zu einer komplexen, zuweilen anspruchsvollen Lektüre. Das macht „Pony“ auch zu einem idealen Vorlesebuch.

Marzena Sowa (Text) und Dorothée de Monfreid (Illustration): „Die kleine Flucht“. Aus dem Französischen von Ulrich Pröfrock. Verlag Reprodukt, Berlin 2024. 40 Seiten, 15 Euro. Ab 8 Jahre

Anna Desnitskaya: „Ein Stern in der Fremde“. Aus dem Russischen von Thomas Weiler. Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2024. 40 Seiten, 16 Euro. Ab 5 Jahre

R.J. Palacio: „Pony. Wenn die Reise deines Lebens lockt, mach dich auf den Weg“. Aus dem Englischen von André Mumot. Hanser Verlag, München 2024. 304 Seiten, 19 Euro. Ab 11 Jahre



Wehmütiges Mädchen auf der Flucht: Anna Desnitskayas „Ein Stern in der Fremde“ Abb.: Gerstenberg Verlag

Punk lebt, Jesus klebt

Das Berliner Humboldt Forum widmet eine Ecke seiner Berlin-Ausstellung den Punks von Ostberlin, die zu DDR-Zeiten eine Nische in der Kirche fanden. Zur Eröffnung spielte die legendäre, 1980 gegründete Punk-Band Planlos

Von Ulrich Gutmair

Erst ist es nur ein Punk, dann sind es zwei. Nach ein paar Takten sind es schon vier Frauen und Männer, junge und alte, die vor der Bühne tanzen. Das ist nicht weiter verwunderlich. Denn auf der Bühne stehen die fünf Männer der Punkband Planlos, deren Musik willige Körper und Seelen schnell in Bewegung zu setzen vermag – mit längeren Pausen seit 1980. Insofern also alles normal. Nur dass die Ostberliner Punks, die einst von der Stasi verfolgt wurden, einmal im von der DDR abgerissenen und nun wieder aufgebauten Berliner Stadtschloss spielen würden, war nicht zu erwarten. Es wäre auch nicht passiert, wenn Planlos-Musiker Pankow sich das nicht ausbedungen hätte. Er gebe gern Material für die Ausstellung, aber dann müsste seine Band auch auftreten, habe er Kuratorin Ulrike Rothe gesagt, erzählt er.

Denn der Auftritt von Planlos an diesem denkwürdigen Sonntagnachmittag im Juli 2024 findet anlässlich der Eröffnung der Schau „Punk in der Kirche. Ost-Berlin 1979–89“ statt. Sie befindet sich in der vom Berliner Stadtmuseum bespielten Abteilung „Berlin lokal“ im ersten Stock des Humboldt Forums. Schon unten vor der Tür waren einige Punks zu sehen, noch mehr drängeln sich nun drinnen mit vielen anderen, weniger eindeutig zu identifizierenden Menschen um zwei der drei Kuratorinnen und die freie Autorin und Zeitzeugin Anne Hahn, die ebenfalls mitgewirkt hat.

Die drei erklären, warum es geht. Der Titel „Punk in der Kirche“ erzählt davon, dass Punkkonzerte in der DDR nur in Wohnungen oder in Kirchenräumen stattfinden konnten. Trafen sich die Ostberliner Punks auf dem Alexanderplatz oder im Kulturpark Plänterwald, mussten sie darauf gefasst sein, von staatlichen Organen überwacht und drangsaliert zu werden. Die Behörden sprachen Platzverweise gegen einzelne Punks aus, die dann den Alexanderplatz nicht mehr betreten durften, oder, wenn sie von außerhalb kamen, gleich Berlinverbot bekamen. Um Punks für längere Zeit



Punks vor HO-Geschäften in Ostberlin. Das Foto entstand zwischen 1983 und 1985 Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft/Nikolaus Becker

in den Knast stecken zu können, wurden sie wegen staatsfeindlicher Hetze oder anderer Gumpiparagrafen angeklagt.

Punk konnte sich also nur in Nischen ausleben, und die Nische Kirche gab es nur, weil mutige Pfarrer ihre Räume zum Teil gegen den Widerstand ihrer Kirchenleitungen für die Punks öffneten. Eines der Ausstellungsstücke ist ein Schlagzeug, das vor einem groß aufgezogenen Foto eines Altars steht. Darauf der Slogan: „Punk lebt, Jesus klebt.“ Hier liest man das als Kommentar zum kürzlich auf dem Humboldt Forum angebrachten Kreuz und der dazugehörigen Aufschrift, die fordert, „dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen alle derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind“.

Vor Altar und Schlagzeug hätte man gerne ein paar Bierflaschen kullern lassen und auch ein bisschen Bier verschüttet, sagt Anne Hahn. Das wäre in der Tat eine alle Sinne anspre-

chende und der Sache angemessene Installation gewesen. Durften die Kuratorinnen aber nicht. Man hat im Humboldt Forum anscheinend Angst vor Punks mit Bier. Denn auch beim anschließenden Konzert von Planlos gibt es weder Bier noch Wein. Könnte ja was danebengehen.

Das alles tut der guten Laune keinen Abbruch, weil sich Planlos als gut geölte Maschine präsentieren. Das erste Lied, das sie zum Besten geben, heißt „Deutschland“. Ein klassisches Punkstück, das mit minimalen Mitteln die Lage der Nation auf den Punkt bringt: „Deutschland, Deutschland, Stacheldraht / Deutschland, Deutschland, Militär / Deutschland, Deutschland, Zucht und Drill / Deutschland, Deutschland, Bürger still.“

Planlos

rechterhalten sollten. „Deutschland“ endet so: „Deutschland, Deutschland, Polizei / Deutschland, Deutschland ist entzwei / Russland und Amerika / Bald ist der Atomkrieg da.“

Pankow und seine Freunde hatten gehört, dass SS-20-Raketen in Gransee aufgestellt worden seien. Kurzerhand – „in Punkmanier“, wie Pankow sagt – führen sie hin. „Wir haben tatsächlich ein Armeegelände gefunden. Ich habe die Scheibe runtergekurbelt und gefragt, ob hier die SS-20 seien, wir würden uns die mal gern ankieken.“ Sie kamen stattdessen vier Tage in Gewahrsam, bis auch die Polizei verstand, dass die Punks nur einen Witz gemacht hatten.

Als Zugabe spielen Planlos noch mal „Deutschland“. Das ist eine runde Sache, auch wenn das Stadtschloss noch steht, was für Pankow okay ist. Er findet die Räume des Humboldt Forums schön, obwohl der Palast der Republik, der einige Jahrzehnte lang hier gestanden hatte, be-

vor man ihn abrisst, für ihn und seine Freunde historischen Wert besessen habe. Das rabiate Wegwischen von DDR-Geschichte ärgert auch ihn, der wahrlich genug Stress mit der DDR hatte.

Jetzt ist Zeit, sich die „Schau“ anzusehen, die sich allerdings über eine gerade mal grob sechs Quadratmeter große Ecke in einem der Räume von „Berlin lokal“ verteilt. Sie ist – für den beschränkten Platz, den man ihr zugestanden hat – sehr gut und anschaulich geworden. Wer mag, kann sich hier vier Punkstücke von Feeling B, Die Beamten, Rosa Beton und Namenlos in voller Länge anhören.

Einige Texttafeln und eine Slideshow klären in der durch die Umstände gebotenen Kürze über die Geschichte von Punk in der DDR auf. In einer Vitrine werden ein Kassettenrekorder und eine Kassette mit Musik von Bands aus der DDR, Ungarn und Polen sowie einige selbst gemachte Badges und Nietenarmbänder gezeigt. Daneben hängt eine Lederjacke, hinten steht drauf: „Aufgepasst du wirst überwacht.“ Wie hatten Planlos eben gesungen? „Du steigst in meinen Freund und horchst mich aus / Berichtest die Lügen, wie du sie brauchst.“

Jungen Leuten und Touristen, die wenig über den „ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden“ wissen, könnte man vom Scheitern der DDR erzählen, indem man ausführlicher vom Umgang ihrer Organe mit den Punks berichtet und vor allem darüber, was diese jungen Leute damals umgetrieben hat. Dafür müsste man aber mutiger sein und einige der locker in diesem Raum von „Berlin lokal“ verteilten Filmchen, von denen manche doch stark nach City Marketing riechen, aus dem Weg räumen, um den Punks den Raum geben zu können, der ihnen gebührt: 60 statt 6 Quadratmeter. Dort könnte Pankow dann erzählen, wie er der Stasi vergeblich zu erklären versuchte, dass die Punks links von ihr stünden.

Dazu am besten jeden Monat ein weiteres Konzert, als nächste Band schlage ich Rosa Beton vor. Die singen dann: „In rosa Mauern sind wir gefangen / Satt und zufrieden, es fehlt uns an nichts.“

Anzeige

poesiefestival.org @hausfueroesie

25. poesiefestival berlin

Writing (Change) (Identities) (Class) (Histories)

Eröffnung 4. Juli

Poets' Corner 4.–5. Juli

Lyrikmarkt 20. Juli

Lesungen im Grünen mit 40 Dichter:innen 20.–21. Juli

Weltklang – Nacht der Poesie 20. Juli

Writing Change 16. Juli

Writing Identities 17. Juli

Writing Class 18. Juli

Writing Histories 19. Juli

Poesiegespräche 17.–21. Juli

Berliner Rede zur Poesie 21. Juli

silent green Kulturquartier & berlinweit

Haus fu Poesie

04.–21. Juli 2024



Detlef Diederichsen
Böse Musik

Sind Bandnamen vererbbar?

Über eine Schlagzeile gestolpert: „Four-Tops-Sänger verklagt Krankenhaus“. Gedacht: Ist Levi Stubbs wiederauferstanden? Nein, ein gewisser Alexander Morris kam mit Atembeschwerden in die Notaufnahme des „Ascension Macomb Oakland“ Krankenhauses in Detroit und wurde in eine Zwangsjacke gesteckt, weil er behauptet hatte, Leadsänger der Four Tops zu sein. Peinlich: Herr Morris ist seit 2018 Leadsänger der Four Tops, wo er neben dem letzten lebenden Originalmitglied, Abdul „Duke“ Fakir (mittlerweile auch schon 88) und dem Sohn von Originalmitglied Lawrence Payton (und einem vierten Top) die ruhmreiche Geschichte der Soulpioniere fortführt. Für mich genau wie das Krankenhauspersonal gilt: Wusste ich nicht.

Wie den Investor*innen unter den Leser*innen bekannt ist, kann man ja da draußen auch leere AG-Hüllen oder andere inaktive Gesellschaften kaufen und kurzerhand einem neuen Unternehmenszweck zuführen. Oder, wie anscheinend im Falle der Four Tops: den alten Gesellschaftszweck mit neuem Personal fortführen lassen.

Das ist eigentlich kein wirklich innovatives Modell, wenn man bedenkt, dass sich auch das Glenn Miller Orchestra, Duke Ellington & His Orchestra oder Sun Ra & The Arkestra zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen auf Konzertreise befinden, obwohl ihre Namensgeber teilweise seit Jahrzehnten schon unter der Erde liegen.

Über eine weitere Schlagzeile gestolpert: „Söhne von John Lennon und Paul McCartney veröffentlichen einen Song“. Er heißt „Primrose Hill“, ist im erwartbaren Sixties-Sound gehalten, etwas unspektakulär und seit April verfügbar. Gefragt, ob sie sich Beatles nennen dürfen, wenn sie Dhani Harrison und Zak Starkey dazunehmen. Sind Bandnamen erblich?

Was wäre, wenn Elon Musk sich die Rechte an dem Namen Nirvana sichert und pro Jahr 1.000 neue Nirvana-Alben produzieren lässt?

In den 1970er Jahren konnten sich Roger McGuinn, Gene Clark und Chris Hillman, die prägenden Mitglieder der Byrds, nicht The Byrds nennen, weil sich ihr Bandkollege, der Schlagzeuger Michael Clarke, die Namensrechte gesichert hatte. Man kann auch aus seiner eigenen Band herausgeklagt werden, wie es Brian Wilson mit den Beach Boys passierte. Mittlerweile wurde er entmündigt – übernehmen jetzt seine Adoptivkinder, fünf an der Zahl? Matt Jardine, Sohn von Beach Boy Al Jardine, tourte schon in den 1990er Jahren mit der Band (für die hohen Gesangsparts).

Über einen Stapel Mojo-Magazine-Ausgaben gestolpert und beim Durchblättern von hinten nach vorne schnell an den Konzertanzeigen hängen geblieben: The Bootleg Beatles, The Doors Alive, Clearwater Creedence Revival, The Smyths (Vorprogramm: Billy Blagg) ... Alle touren durch große Arenen. Wir reden hier nicht mehr nur über Fanbands, die Gleichgesinnte beglücken, sondern von Monster-Revival-Produktionen, in denen längst vergangene Tourneen detailgetreu reenacted werden. Etwas heraus fällt aus dem Schema: Elvana – „Elvis fronted Nirvana“. Unterwegs seit 2018 und „bafflingly brilliant“, fand zumindest der Guardian.

Was wäre, wenn ...? Bandnamen an der Börse gehandelt werden. Elon Musk sich die Rechte an dem Namen Nirvana sichert und pro Jahr 1.000 neue Nirvana-Alben produzieren lässt. Dr. Faustenstein Bands miteinander morphet. Lennon mit McCartney morphet. Das erste Album von Lennon McCartney ist echt gut! Oder die Enkel der Beatles erben den Namen, veröffentlichten neue Musik und am Ende herrscht Konsens, dass die Beatles ihre beste Phase zwischen den Jahren 2088 und 2107 hatten. Oder ein Wettbewerb: Zweimal im Jahr bewerben sich Talente um einen Platz in der neuen Nirvana-, Beatles-, Abba- oder Kettcar-Besetzung. Sei auch du dabei! Oder spar schon mal Geld, um dir noch Tickets für die Konzerte von Kanye Swift ...



„Sie ist meine Anna Magnani, ich liebe sie.“ Die Schauspielerin Mzia Arabuli vor der Kulisse Istanbul Foto: Mubi

„Es ist wie ein kleines Amerika“

Levan Akin verbindet in seinem Spielfilm „Crossing – Auf der Suche nach Tekla“ ein Roadmovie mit einem Porträt der LGBTQ-Community von Istanbul. Ein Gespräch

Interview **Thomas Abeltshauer**

Auf der Suche nach ihrer verschwundenen trans Nichte Tekla reist die pensionierte Lehrerin Lia von Georgien nach Istanbul. Im Schlepptau hat sie den jugendlichen Achi, der für sich selbst ein besseres Leben in der Metropole am Bosphorus erhofft. Lange hilft ihnen niemand, bis sie der jungen Transaktivistin Evrim begegnen. Der schwedisch-georgische Regisseur Levan Akin („Als wir tanzten“) verwebt in „Crossing – Auf der Suche nach Tekla“ Traditionen und Moderne, Genderfragen und Klassenunterschiede zu einem lebendigen Porträt der regionalen LGBTQ-Community. Auf der Berlinale, wo der Film im Februar die Sektion Panorama eröffnete, wurde „Crossing“ mit dem Teddy-Jurypreis ausgezeichnet.

wochentaz: Herr Akin, Ihr neuer Film beginnt in Georgien, dem Land Ihrer Eltern, und verlagert sich dann nach Istanbul. Wie gut kannten Sie die Stadt?

Levan Akin: Ich liebe Istanbul seit meiner Kindheit. Mit meiner Familie war ich fast jeden Sommer in der Türkei und habe meine Großmutter besucht, die wie so viele Georgier dorthin ausgewandert war. Bis heute habe ich Verwandtschaft in Istanbul, die Stadt wandelt sich ständig, es ist ein verrückter, aber fantastischer Ort. All das wollte ich festhalten, durch den neugierigen, aber fremden Blick einer älteren Frau auf der Suche nach ihrer trans Nichte.

Wie viel wussten Sie über die Trans- und Queer-Community in Istanbul?

Ich hatte einige Menschen kennengelernt, als ich meinen Film „Als wir tanzten“ präsentierte, der in der Türkei sehr erfolgreich war. Viele, die in „Crossing“ vor der Kamera mitwirken, sind Teil der Community. Ein türkischer trans Mann hat das Casting gemacht und mir viele weitere Menschen vorgestellt. Eine der ersten Frauen, die ich getroffen habe und die mich zu der Figur Evrim inspiriert hat, ist eine aktivistische Anwältin in Istanbul. Etliche Szenen im Film hat sie selbst fast genauso erlebt.

Wie authentisch sind die Orte, die Sie zeigen, etwa die Häuser mit den queeren Kommunen?

Ich liebe Istanbul für die Vielfalt. Die unterschiedlichsten Leute leben hier neben-, über- und hintereinander. An einer Ecke das religiöse Viertel und zwei Straßen weiter der LGBTQ-Kiez, in dem queere Pärchen Hand in Hand gehen. Auch das Haus, in dem die Sexworkerinnen am Fenster sitzen und sich von Wohnung zu Wohnung zurufen, gibt es tatsächlich so. Wir verwendeten am Ende zwar nicht das reale Gebäude, weil wir nicht hineinplatzen wollten. Also haben wir es ganz in der Nähe nachgebaut. Aber alles ist so lebensnah wie möglich, abseits der touristischen Pfade.

Wie schwierig war es, Drehgenehmigungen zu bekommen?

Türkische Filme spielen nicht ohne Grund meist in ländlichen Gegenden, weil es fast unmöglich ist, in Istanbul zu drehen. Zum Glück war mir das anfangs nicht bewusst. Ich dachte ganz naiv, wir werden hier und da und dort drehen. Aber es war sehr mühsam.

„Ich glaube fest daran, dass wir Menschen im Grunde freundlich, zugewandt und solidarisch sind“

Wegen des Themas?

Dafür interessiert sich in Istanbul niemand, die Stadt ist nicht wie der Rest des Landes. Sie ist vielfältig und sehr multikulturell geprägt. Griechen, Armenier, Georgier, spanische Juden aus der Zeit der Inquisition, sie alle zogen nach Istanbul. Es ist wie ein kleines Amerika. Vor allem war es ein logistisches Problem. Alle sind freundlich und sagen erst mal ja, ja. Und dann wird es doch sehr kompliziert.

Während Lia und Lucas auf der Suche sind, scheint Evrim die einzige Person, die ihren Platz im Leben bereits gefunden hat.

Ich wollte eine widerstandsfähige Frau zeigen, die über ihr Leben bestimmen kann. Sie nimmt sich den Raum, er wird ihr nicht gegeben. Das habe ich in der Community dort immer wieder so wahrgenommen, und das wollte ich im Film widerspiegeln. Die



Foto: Mubi

Levan Akin

Levan Akin wurde 1979 in Tumba im Großraum Stockholm geboren. Er begann zunächst als Assistent für schwedische Filmproduktionen. Sein erster Spielfilm, „Als wir tanzten“, lief 2019 in Cannes.

Darstellerin, Deniz Dumanli, hatte zuvor keine Erfahrung vor der Kamera, es ist ihr erster Film, und etliche Szenen waren für sie herausfordernd, weil sie ganz ähnliche Erfahrungen gemacht hat.

Viele Ihrer Darsteller*innen standen zuvor noch nie vor der Kamera. Wie finden Sie die richtige Besetzung für Ihre Figuren?

Es ist ein sehr langer Prozess. Für mich bestehen zwei Drittel des Films darin, die passende Person für jede Figur zu finden. Wenn das nicht gelingt, kann der Film zwar gut sein, aber er wird nicht wirklich berühren. Ich verbringe also viel Zeit mit der Suche und ging damit allen auf die Nerven. Luca etwa war kein Profi, er hat zuvor in einem Schönheitssalon gearbeitet und sich mit einem Selfie bei uns beworben. Mzia ist in Georgien eine bekannte Theaterschauspielerin, aber es ist erst ihr zweiter Film überhaupt. Sie ist meine Anna Magnani, ich liebe sie. Deniz hat uns ein Video auf Facebook geschickt.

Sie rücken in Ihren Filmen immer wieder gesellschaftliche Außenseiter ins Zentrum. Warum?

Es ist meine Hommage an Empathie und Solidarität, weil ich das in der Gesellschaft und im Leben allgemein sehe. Manchmal sind es nur kleine Gesten, die eine Art von Zusammenhalt zeigen. Das kommt sonst im Kino kaum vor oder nur in einer verkitschten Version. Ich glaube fest daran, dass wir Menschen im Grunde freundlich, zugewandt und solidarisch sind. Wir wollen uns gegenseitig helfen, wenn wir können. Und das möchte ich auch darstellen. Für mich ist das die Realität, nicht diese andere Realität, in der die Menschen einander misstrauen.

Im Film geht es auch um Gewalt, vor allem gegen trans Personen, die Sie aber nicht zeigen. Warum?

Weil das in queeren Filmen viel zu oft zu sehen ist. Wir wissen, dass es diese Gewalt gibt, aber ich will sie nicht reproduzieren. Ich muss nicht sehen, wie jemand verletzt wird. Das wäre schnell Ausbeutung. Mich interessieren viel mehr die kleinen Gesten der Solidarität und Freundlichkeit. Ich will inklusivere Geschichten erzählen, mit Erwartungen spielen. Wenn Evrim den gutaussehenden cis Mann kennenlernt, wird daraus kein Problem. Da sind einfach zwei Menschen, die sich heiß finden und Sex haben. Jemand meinte zu mir: „Aber er ist so nett.“ Ja, genau! Warum sehen wir eine solche Szene und erwarten sofort, dass etwas Schreckliches passiert? Hier begegnen sich zwei Menschen und es ist gut so. Das ist für mich subversiv.

„Crossing – Auf der Suche nach Tekla“. Regie: Levan Akin. Mit Mzia Arabuli, Lucas Kankava u. a. Schweden/Dänemark/Frankreich/Türkei/Georgien 2024, 106 Min. Ab 18. im Kino

Detlef Diederichsen, Journalist und Musiker, lebt in Hamburg.

Stimmen aus der Peripherie

So individuelle wie kollektive Erfahrungen: Daphne Palasi Andreades erzählt in ihrem Debütroman „Brown Girls“ vom Aufwachsen nicht-weißer Mädchen in Queens, New York City

Von **Isabella Caldart**

Sie leben im „miesen Teil von Queens“ rund um den Queens Boulevard, der sich durch den ganzen Borough zieht und auch als „Boulevard des Todes“ bekannt ist. Umgeben von 99-Cent-Shops, Nagelstudios, Autowerkstätten und Elektronik-Discountern wachsen die „Brown Girls“ im gleichnamigen Debütroman der gebürtigen New Yorkerin Daphne Palasi Andreades auf (in der deutschen Übersetzung wurde dieser Begriff im Titel zum Glück übernommen). Zu Beginn des Romans sind die Girls kaum zehn Jahre alt, die Autorin folgt ihren Leben vom Erwachsenwerden bis zum Tod. Das Besondere daran: Er ist in der Wir-Form geschrieben, als Chor.

Dieser Chor hat eine doppelte Funktion: Er betont zum einen die Erfahrungen, die die marginalisierten Mädchen teilen. Es geht aber auch um die Außenwahrnehmung. Sobald sie Karriere machen, treten sie nicht mehr als Individuen, son-

dern als Repräsentantinnen ihrer Hautfarbe und Herkunft auf. Gefragt nach bestimmten Meinungen, wissen sie, dass sie lieber schweigen sollen. „Wir sind entschlossen, unsere Antworten unpolitisch zu halten, damit wir niemanden vor den

Rassismus und Klassismus sind die drängenden politischen Themen, im Zentrum des Romans aber steht die Freundschaft

Kopf stoßen.“ Wofür sich die wenigsten Weißen interessieren, ist die Person, die hinter der Repräsentation steht.

„Wir sind so sichtbar, dass wir unsichtbar geworden sind. Selt-

sam, dass wir in diesem Moment, von dem wir geträumt haben, gesichtslos sind.“ Mit den Konflikten, die das Aufwachsen in und Entwachsen aus prekären Verhältnissen mit sich bringt, ist der Roman auch eine Erzählung des American Dream und mehr noch die Dekonstruktion dessen – der ökonomische Aufstieg ist bei Palasi Andreades keine Erlösung.

Rassismus und Klassismus sind die drängenden politischen Themen, im Zentrum des Romans aber steht die Freundschaft. Und der Stil: In kollektiver Stimme zu schreiben ist zwar kein neuer Einfall, gelingt der Autorin aber so gut, dass er nie überladen oder artifiziell wirkt. „Brown girls brown girls brown girls“ heißt es gleich mehrfach, ohne Komma, einer Beschworung gleich. So lesen sich die kurzen, schnell erzählten Kapitel oft wie Spoken-Word-Poetry, auch wenn die deutsche Übersetzung (was mehr an der Sprache selbst und nicht am Übersetzer Cornelius Rei-

ber liegt) mitunter bedeutend behäbiger daherkommt als das englische Original: Aus „Her body is not mine is not mine is not mine. And yet.“ wird da „Ihr Körper ist nicht wie meiner nicht wie meiner nicht wie meiner.“

Das sei aber der einzige kleine Kritikpunkt. Überhaupt das Spiel mit der Sprache: Denn natürlich sind nicht alle Girls in „Brown Girls“ Mädchen beziehungsweise Frauen, einige outen sich auch als nicht-binär oder trans Männer. Palasi Andreades benötigt nur einen kurzen Satz, um ein doppeltes Dilemma zu benennen. „Brave Mädchen“, wir sind brave Mädchen“, heißt es, die Anführungszeichen als Marker für den Identitätskonflikt und das „brav“ als Hinweis auf die Erwartungshaltung der Familie.

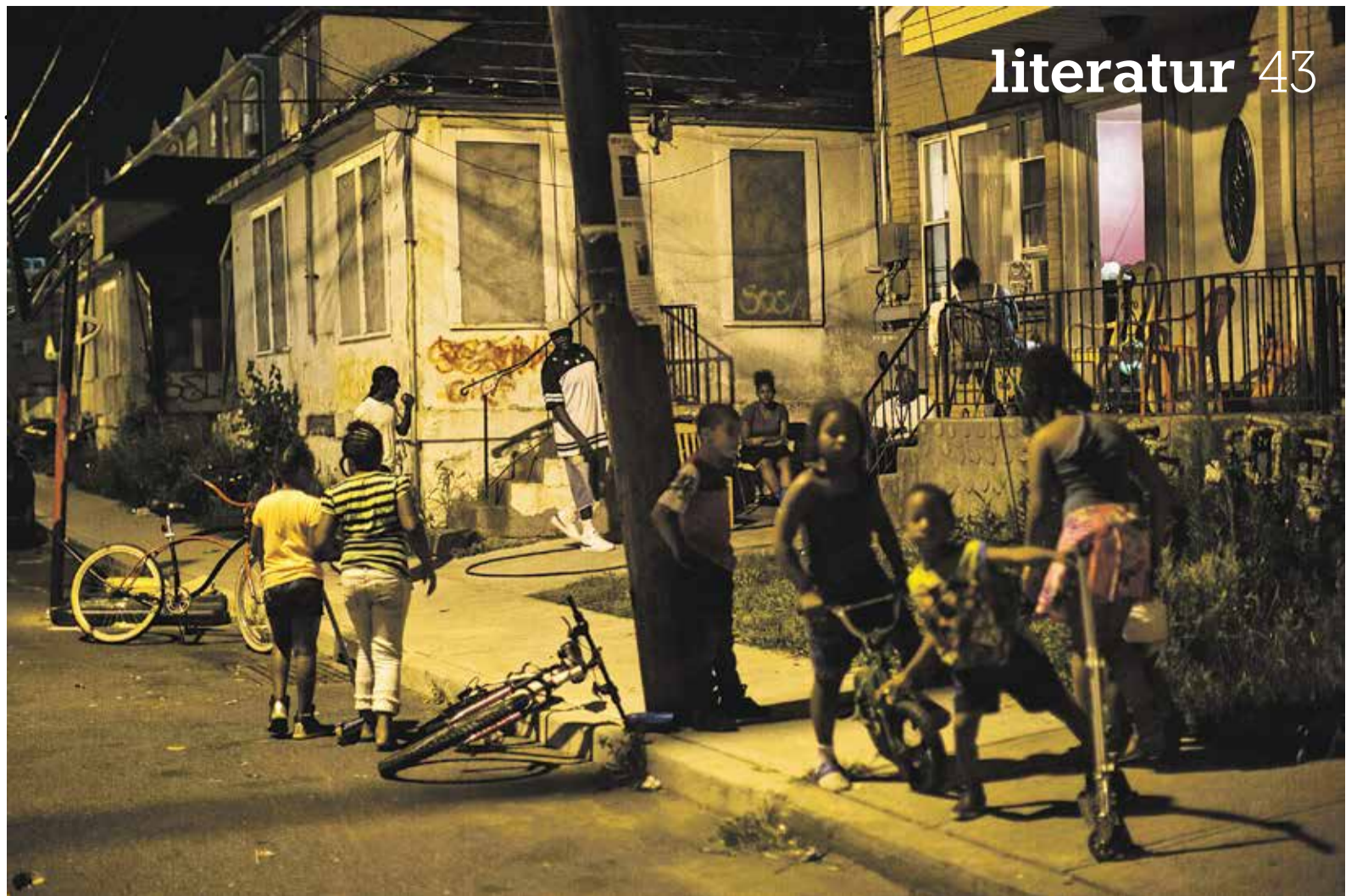
Es ist ein einfacher Kniff, mit dem Palasi Andreades dem Wir so vielseitige Facetten verleiht. Immer wieder zählt sie Frauennamen auf, die ganz verschiedene Herkünfte der Familien und somit

auch unterschiedliche Erfahrungen erahnen lassen, was die Autorin mit Bausteinen wie „einige von uns“ und „andere von uns“ verdeutlicht. Stück für Stück zerbricht die Einheit, die die Brown Girls in ihrer Kindheit geformt haben, als sie noch unzertrennliche Freundinnen waren. Es sind sowohl persönliche Entwicklungen als auch äußere Umstände, die aus den Freundschaften große Herausforderungen machen. Während die einen im Viertel bleiben, sich um die älter werdende Verwandtschaft kümmern und die anderen als herablassend empfinden, machen die anderen Karriere und fühlen den Neid jener, die zurückgeblieben sind.

So ist „Brown Girls“ trotz seiner Kürze ein vielschichtiger, kluger und intensiver Roman, mit dem Daphne Palasi Andreades beweist, dass man auf der Suche nach der so oft beschriebenen Great American Novel vielleicht nicht in die weiß-bürgerliche Schicht, sondern in die Peripherie gehen sollte.



Daphne Palasi Andreades: „Brown Girls“. Aus dem Amerikanischen von Cornelius Reiber. Luchterhand, München 2024. 240 Seiten, 20 Euro



Die Personen hinter der Repräsentation: „Brown Girls“ spielt im „miesen“ Teil von Queens Foto: Christopher Lee/NYT/Redux/laif

Wer die Wahrheit sagt, dem glaubt man nicht

Najem Wali erzählt von Flucht, Liebe und alteingesessenen Solinger Familien: „Stadt der Klingen“

Von **Fokke Joel**

Ende der 1980er Jahre desertiert Nuri Mohsen aus der irakischen Armee und flieht nach Deutschland. In dem sinnlosen Krieg Saddams gegen den Iran will er nicht als Kanonenfutter dienen. Zunächst lebt er in Hamburg und lernt dort seine Freundin Kathi kennen. Kathi, die aus Solingen kommt, der Stadt, die für ihre Klingenerstellung berühmt ist. „Stadt der Klingen“ heißt Najem Walis neuer Roman und Nuri Mohsen ist sein Erzähler.

Es ist eine rätselhafte Geschichte, die Nuri erzählt. Kathi wollte schon immer, dass er mit ihr nach Solingen zieht. Aber ihm gefiel Hamburg und er wollte nicht weg. Dann aber verliert er seinen Job als Dolmetscher für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Er hatte die Aussage einer Frau aus dem Irak nicht korrekt wiedergegeben. Sie hatte die Wahrheit über ihre Flucht erzählt. Aber wer die Wahrheit sagt, „hat kaum Chance auf Erfolg. Egal, wie tragisch seine Geschichte ist, man glaubt ihm nicht. Denn wahre Geschichten klingen im Gegensatz zu perfekten Lügen ungerecht und unglaubwürdig.“ Ohne Arbeit, finanzi-

ell von Kathi abhängig, gibt er nach und zieht mit ihr in eine billige Wohnung in ihre Heimatstadt. Dann verlässt Kathi Nuri plötzlich, ohne sich zu erklären. Nuri übernimmt die gemeinsame Wohnung, die in der Nähe eines Flohmarktes liegt.

Vielleicht hat der Koffer ja doch den wertvollen Dolch aus dem 18. Jahrhundert enthalten

Um sein Einkommen aufzubessern, lässt er gegen ein kleines Entgelt ein paar Händler Ware von fragwürdiger Herkunft bei sich unterstellen.

Eines Tages bringt ihm Armin, einer dieser Händler, einen braunen Lederkoffer. Als Nuri skeptisch guckt, sagt er: „Keine Sorge, keine Drogen, keine Waffen.“ Außerdem bittet Armin ihn, sich bei gerade angekommenen Flüchtlingen umzuhören. Es sei jemand darunter, der einen wertvollen, im 18. Jahrhundert in Solingen hergestellten Dolch bei sich haben soll. „Es könnte sich dabei“, sagt

er, „um einen Dolch handeln, der meiner Familie gehört.“ Wenig später wird Nuri auf offener Straße zusammengeschlagen. Eine zufällig vorbeikommende Frau hilft ihm nach Hause, wo er sich ins Bett legt und einschläft. Als er wieder aufwacht, ist der Koffer weg.

„Stadt der Klingen“ ist kein episch breit erzählter Roman wie „Engel des Südens“, der Wali in Deutschland bekannt gemacht hat. Aber Najem Wali, der wie sein Alter Ego vor dem ersten Golfkrieg nach Deutschland geflüchtet ist, behält in seinem ersten auf Deutsch verfassten Buch viele Elemente der Schreibweise des Vorgängerromans bei. Das Zitieren von Sprichwörtern vermittelt neben sprachlichen Wendungen, die an einen mündlichen Erzäh-



Najem Wali: „Stadt der Klingen“. Seccion, Berlin 2024. 280 Seiten, 25 Euro

ler denken lassen, den Eindruck von Unmittelbarkeit. Das Setting, die Klingentadt Solingen und ein Flüchtling aus dem Irak, der zwischen den Widersprüchen deutscher Asylpolitik gerät, macht den Roman zum Gegenwartsbuch. Der – wenn man so will – „exotische“ Ton ergibt sich dabei nicht nur aus der Erzählweise und der Herkunft des Erzählers, sondern ebenso durch die archaische Mentalität alteingesessener Solinger Familien.

Die Situation wird immer unübersichtlicher. Wie ein Detektiv arbeitet sich Nuri langsam an die Wahrheit heran, die mit den Messerschmiedern in Solingen, dem Zweiten Weltkrieg und dem Irak zu tun hat. Vielleicht hat der braune Koffer ja doch den Dolch enthalten. Aber warum sollte Armin ihn dann auf die Suche nach ihm schicken? Dann findet Nuri heraus, dass der Dolch seit den 1960er Jahren verschwunden ist. Verdächtig wurde damals ein irakischer Geschäftspartner der Messerfirma Horn, den die Tochter des Firmenvorgängers heiraten wollte. Der aber wollte einen Schwiegersohn aus einer anderen Solinger Messerschmiede. Der Mann verschwand überraschend wieder in den Irak und soll mit

dem Dolch aus der Sammlung des Firmeninhabers den vorzusehen Schwiegersohn seiner Tochter nicht nur schwer verletzt, sondern den Dolch auch aus der Sammlung gestohlen haben.

„Stadt der Klingen“ ist ein Krimi aus der deutschen Provinz, ohne provinziell zu sein. Wali nutzt das Genre, um eine Geschichte über Flucht, Liebe und einen unscheinbaren Ort zu erzählen. Das ist spannend.

Anzeige

		Alinae Lumar	
		16.–18.8.24	
Storkow (Mark)			
Die Nerven • Marika Hackman			
Brockhoff • International Music			
John Moods • Max Prosa			
Güner Künier • Judith Poznan			
SALOMEA • Meagre Martin			
Olicia • u.v.m.			
Tickets:		Kinderprogramm, Lesungen, Rundgänge und mehr	

Gänsehaut unter der Trockenhaube

Vor dem Finale der Fußball-Europameisterschaft 2024 wird in Berlins beliebtestem queeren Friseurladen die Weltlage erörtert

Von Michael Ringel

Keine schwarzrotgoldene Wimpelgirlande zielt den Salon Lander, dafür flattert ab und zu an der Wand die große Regenbogenflagge, wenn sich der träge rotierende Ventilator nach links neigt und sein laues Lüftchen herüberweht. Doch auch in Berlins führendem queeren Friseurladen lässt es sich nicht vermeiden, im Sommer 2024 die aktuelle Lage der deutschen Nation vor dem Finale der Fußball-EM zu erörtern, selbst wenn sich hier in der Oranienstraße niemand als fußballfachkundig bezeichnen würde.

„Also ich hab ja noch kein Spiel gesehen“, gesteht Tecumseh, erste Schere am Platz und nonbinäre Person. Tecumseh ist unter der Mireille-Mathieu-Frisur so hoch wie breit, firmiert deshalb auf Tiktok auch als „schnippelnder Zauberwürfel“ oder kurz „Zaubermaus“ – und „maus“ sollen nicht nur die Follower, sondern auch die Kunden auf dem Friseurstuhl statt er oder sie als Pronomen für die Haarstylingkraft verwenden. Misgendern ist im Salon Lander bei Höchststrafe Sektenzug auf Lebenszeit strikt verboten.

„Teci, da hast du aber die Italiener verpasst. Oh Emm Dschil!“, freut sich bebenden Busens die Salonchefin. „Scamacca! Ein Riesenstürmer! Von Kopf bis Fuß tätowiert. Sieht nicht nur aus wie ein Schurke, klingt auch wie einer – Scarpia, Scaramanga, Scamacca ... der Mann mit dem goldenen Schuss. Krieg ich sofort 'ne Gänsehaut.“

„Also Gänsehaut ist cool, goldenes Schießesisen noch cooler“, hebt Tecumseh den Mittelfinger mit dem edgy abgesplitterten grünen Nagellack, und beide kichern. Nur Fat Mo schüttelt grummelnd den Kopf.

Drei Personen arbeiten in Kreuzbergs beliebtestem Coiffeur-Studio: Neben der Chefin Lale Lander ihre beste Freundin und Kollegin Tecumseh. Und dann ist da noch Fat Mo. Das alters- und geschlechtslose Besenwesen ist für das ordnungsgemäße Sortieren der Trockenhaubenmagazine zuständig, steht allerdings meistens im schattigen Hintergrund, mit den verschränkten Ellenbogen auf den Besenstab gestützt. Das Fegefaktotum hört alles und brummt manchmal irgendetwas in sich hinein, sagt aber nie ein Wort.

„Fat Mo spricht nicht, Fat Mo ist Opfer“, erklärt Tecumseh. Und die Meisterin ergänzt: „Genau, strukturelle Gewalt!“ Fat Mo habe ein dunkles Familiengeheimnis und leide unter den Geistern seiner Ahnen.

„Also wo ich von wech komm, heißt es: Machse nix – is eben Familie! Guck mal meine Eltern: Voll die Hippies und Indigenen-Fans. Von daher eigentlich totaler Exotismus“, meint Tecumseh, hin und her gerissen zwischen Stolz und Groll, nach einem legendären Häuptling benannt zu sein. „Ein Glück, dass es nicht Winnetou war.“

Poesie übers Maus-Sein

Neben „Also“, mit dem fast jeder Satz beginnt, ist Tecumsehs Lieblingswort „maus“, und übers Maus-Sein hat ein Verehrer, ein „berühmter Poet“, ein Gedicht verfasst, das Pink auf Weiß gerahmt neben dem Spiegel hängt und dessen leichter Spottgehalt dem Dichtobjekt der Begierde offenbar nicht bewusst ist, wenn maus das Werk neuen Kunden mit bühnenreif dramatischer Stimme vorträgt.

„Der Titel lautet ‚Alle Abzählreime sind Bastarde‘. Also, das geht so: Tecumseh liegt im Schnee, / ist kein Engel, je-

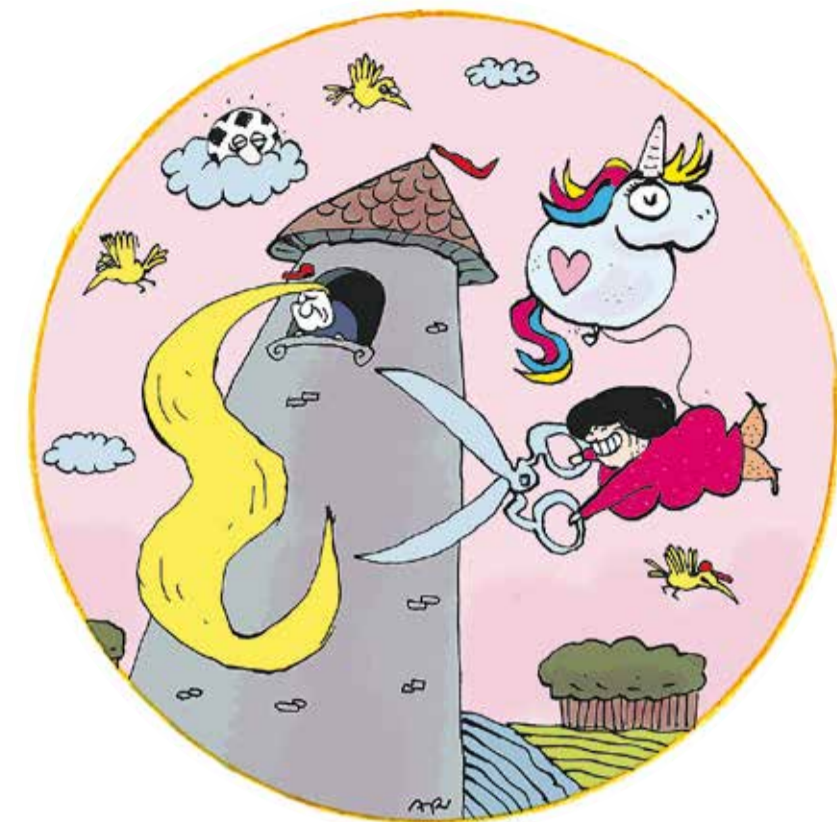
den Schwengel / beißt maus ab, nicht zu knapp. // Tecumsah liebt Blabla, / frisst gern Bullen auf den Stullen, / schluckt maus fix, schmeckt nach nix. // Tecumsoh mag die Mo- / de aktuell, und superschnell / ist maus queer wie ein Stier. // Tecumsih lächelt nie, / belehrt alle, das Gequalle / fließt heraus – aus die Maus! // Tecumsuh, raus bist du!“

Farben vor der Brust

Die Chefin rollt mit den Augen und zupft fuchsig ihr „Check 24“-Trikot zurecht, zu oft hat sie die Verse gehört. Lieber will sie jetzt ernsthaft über die Fußball-EM, Nationalismus und die deutschen Farben reden, die sie niemals in ihrem Geschäft aufhängen würde, allerdings „aus Modegründen“ vor der Brust trägt: „Flaggen sind eigentlich schlechte Symbole, weil Nationalismus nicht erst ein Problem ist, wenn's um Nazis geht. Meine Meinung!“, gibt sie zu bedenken, aber den Einwurf eines Kunden, dass auch die LGBTQ+-Bewegung ein Problem mit Gemeinschaftskitsch habe, weil sie die Regenbogenfahne als Symbol nutze, will Tecumseh so nicht stehen lassen.

„Also das ist ja gar kein Land. Aber es muss schon ein regelmäßiges und kritisches Hinterfragen der Nähe zum Nationalismus geben, das sage ich als antifaschistisch aktive Kreuzberger* in in diesem Friseurprojekt“, eilt Tecumseh mausfink der nickenden Chefin zu Hilfe. So lang ist die Gender-Pause vor dem „in“, dass Fat Mo herbeischlurft und knurrend ein paar Haare auf dem Boden zusammenfegt.

„Genau, aber schuld ist sowieso Trump“, lässt die Chefin das unheilvolle Wort einen Moment nachhallen, während alle überlegen, was der Make-America-Great-Again-Mann mit



Zeichnung: Ari Plikat

der Fußball-EM in Deutschland zu tun hat. „Trump“, versucht die Meisterin die Kurve zur Kernkompetenz Klatsch zu kriegen, „will Fußball in den USA als unamerikanisch verbieten, wenn er im Herbst wieder Präsident wird. Und deshalb dürfen die Amerikaner jetzt schon nicht mitspielen.“ Das habe sie aus erster Hand von einer alten Freundin aus Bel Air erfahren.

„Lale, sagt die Kim zu mir, der Kanye hat das eingefädelt“, sprudelt es aus Frau Lander.

„Also Kanye West heißt ja jetzt Ye“, ergänzt Tecumseh: „Der hat, wie ich gehört habe, alle Trikots von Adidas aufgekauft, von daher spielt die deutsche Mannschaft in Pink.“

„Genau, sag ich doch“, bestätigt die Chefin, „Ye ist der beste Freund von Trump, und Kim Kardashian ist schuld an seinem Nervenzusammenbruch ...“

„Von Trump?“

„Nein, von Kim!“

„Von Kim?“

„Nein, von Kanye! Also von Ye. Und der kennt Trump.“

„Also darum tritt Trump, der Orange-Man, jetzt in Pink auf?“

„Genau!“

Einen Augenblick lang sind die beiden Haar- und Redekünstler*innen selbst schwer verwirrt. Auch die Kunden, eingehüllt in ihre Umhänge und eine Wolke Haarspray, schauen sich irritiert an. Ein großes Schweigen liegt über dem Salon Lander.

„Also eins ist hundertpro maussicher: Die Deutschen gewinnen das Endspiel“, rettet Tecumseh die Vergaloppierten mit einem hammerharten Befreiungsschlag aus der unübersichtlichen Situation. „Queer werden Weltmeister!“, verwandelt Frau Lander die Vorlage. „Genau!“, raunt es durchdringend aus der Tiefe des Raumes. Alle fahren zusammen. Fat Mo hat gesprochen!

Abgesehen davon, dass es nur der Europameistertitel ist und die Deutschen längst ausgeschieden sind, scheint es der Besenschwinger exakt zu wissen. Inzwischen hat er wieder sein Arbeitsgesicht aufgesetzt und fegt stumm die letzten Haarreste zusammen.

gurke des tages

Versicherungen machen ihren Kunden gern das Leben schwer, wollen aber als **Lebenshilfe** wahrgenommen werden. Deshalb klingt ihre Werbung oft verdächtig: „**Sorglos sterben und erben**“ lautete jüngst die Reklame einer Lebensversicherung. Erst sterben und dann erben? Liefere das so ab, wären wir nicht sorglos, sondern zornig. Erben wollen wir nicht erst als **tote Leiche**. Im Gleichklang der Signalworte wurde die implizierte Abfolge ignoriert. Auch eine Art von **Versicherungsbetrug**.

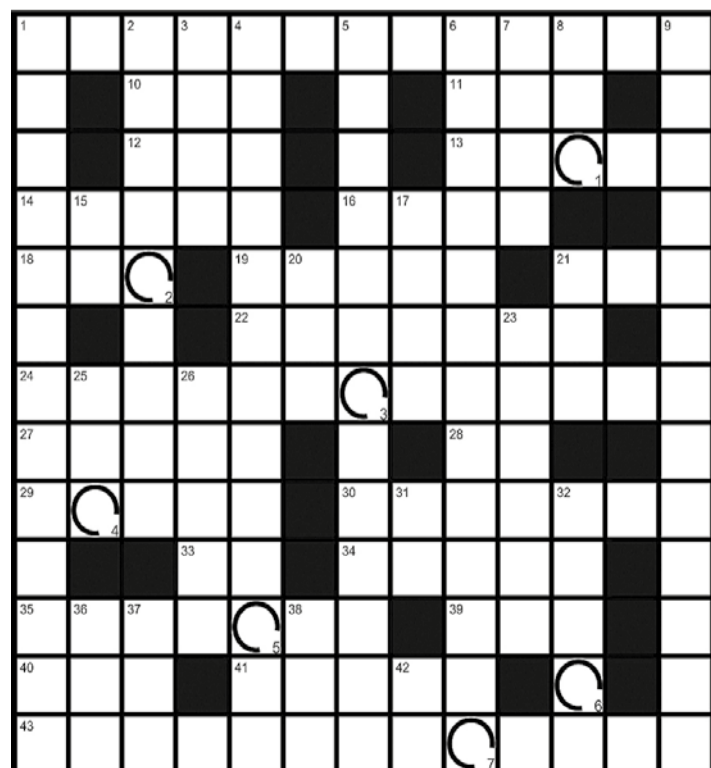


das wetter

Studienreise

Der deutsche Lehrer geht dahin, wo es weh tut. Das sagte Oberstudienrat Dr. Kurella immer seinen Schülern, wenn er aus den Ferien zurückkam. Bislang hatte er es jedes Mal noch herausgeschafft. Mehrmals war er allerdings von staatlichen Truppen aus den Händen bewaffneter Freischärler befreit worden. Aber Dr. Kurella mochte die Studienreisen mit Pericoloso Tours nicht missen. Da kribbelt es zwischen den Ohren, flüsterte er seiner

Mitgeisel zu, die ihn mit angst-erfüllten Augen ansah. Sie war die Todesschwadronen von Tijuana einfach nicht gewohnt. Da hätte sie mal in Haiti dabei sein sollen, überall schwirrende Kugeln. Gern zeigte Dr. Kurella auch die Nackenarbe von einer Machete aus Eritrea. Aber irgendjemand musste diese Reisen ja machen. Und den deutschen Studienrat kann nichts erschüttern, dachte Dr. Kurella noch, als die Handgranate näherrollte.



Wahres Rätsel 618 von RU

Die Ziffern hinter den Fragen zeigen die Buchstabenanzahl.

- Thomas von Aquin reloaded (13); Metallich blitzblanker geht's kaum (13)
- Er kennt theologisch nur eine göttliche Wesenheit (9)
- Der ebenso gewalttätige wie literarische Marquis (4)
- Die Eigenschaft hat mit der Persönlichkeit zu tun (13)
- Sie sperren den Lärm aus (13)
- Disposition für Unwortilhaftes (13)
- Noch sind wir ein Teil dessen (4)
- Verwässert im See Uws Nuur (3)
- Schwärzlich klingender Großteil unserer Nahrung (13)
- Was einem so geht, verrät Anteilnahme (3)
- Verlängerte Absage (3)
- Ehre ihr posthum (Vorn.) (3)
- Im Horoskop kein Einzelfall, sondern Mehrzahl (5)
- Auf der Taste könnte auch „Kaper“ stehen (5)

- Rumpffartikel (2)
- Jetzt aber mit Schawung! (4)
- Ihr verweigerte Otto den verdienten Anteil am Nobelpreis (4)
- Eine der Frauen Jakobs (3)
- Die Frau, die man musikalisch zum Waffengebrauch auffordert (5)
- Neu auf ganz alt (3)
- Der Vorname steht für Hamburg ... (3); ... und der für die Schweiz (3)
- Harry galt als der „rote Graf“ (7)
- Er vertonte aus Ruinen Auferstandenes (6)
- So ist das Weltbild, wenn man westlich denkt (13)
- Die um ein h kürzere Rheinzufusschwester (3)
- Ein 13, der geschmacklich Besonderes absondert (5)
- Sie war für Michelangelo der Gipfel aller Größe (5)
- Kaltes wird mit 33 Berg (2)
- Irrtum, Euer Rechner! (5)
- Zwischen Frankreich und Irland gelegen (7)

- Diese Verneinung wird durch 15 vertont (2)
 - Der mit dem argwöhnischen Blick (5)
 - Gott wird mit 28 olympische Trainingsstätte (2)
 - Kartenspiel mit Face-Zwang (5)
 - Rille plus Radiosender, zusammen Invasivlinge (7)
 - Noch steht der höchste Kirchturm da und nicht in Barcelona (3)
 - Die Nummer 65 in puncto flüssiger Länge (3)
 - Erlebnis-Vorwort (3)
 - Alte Energieeinheit (3)
 - Juda-König aus 18 gestrickt (3)
 - Udos Merci ging an einen Liebling mit -e, nicht an ihn (5)
 - Das alte Schiffsmaß (Abk.) (2)
 - Sie führt per Knopfdruck auf die nächste Zeile (13)
- Umlaute sind nicht zugelassen. Die Buchstaben in den eingekreisten Zahlenfeldern ergeben in geänderter Reihenfolge das Lösungswort: **Furys Lieblingsbeschäftigung (7)**

Auflösung vom 6. 7. 2024: **ZECHTOUR**
 1 SIEBENBUERGEN, SITTENPOLIZEI; 2 EDELPLITZE; 3 BUFDI; 4 ERDACHT; 5 BAUTISCHLEREI; 6 ECKLOHN; 7 GOA; 8 ELGAR; 9 NIEDERMETZELN; 10 DUR; 11 OLI; 12 TIEFDRUCKLAGE; 13 II; 14 TILDA; 15 AD; 16 PIC; 17 ISOBARE; 18 SCHEU; 19 BEIDE; 20 ANKA; 21 HASCHEN; 22 AER; 23 POLYTECHNIKUM; 24 OS; 25 YES; 26 UM; 27 OSZE; 28 RHE; 29 DAME; 30 ES; 31 LUPE; 32 PIZZA; 33 IN; 34 NIMM; 35 KOE, KLEO; 36 OP; 37 OEZ, OSS; 38 ES; 39 ZIVILPROZESSE; 40 VIP; 41 IRR; 42 EMIRE; 43 IMPROVISATION
 Gewinner: Sofie Manhart, Waiblingen; Antje Steinfurth, Dornum; Anne Frinken, Düsseldorf
 Zu gewinnen gibt es je ein Buch eines taz-Autors oder einer taz-Autorin. Schicken Sie das Lösungswort bitte bis zum Ein-sendeschluss am 17. 7. 2024 (Datum des Poststempels) per Postkarte an: taz, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, oder per E-Mail an: raetsel@taz.de. Der Rechtsweg ist wie immer und für alle Ewigkeit in diesem und jedem anderen Universum ausgeschlossen.



Foto: imago

Ans Meer: Diese beiden Strandkörbe stehen eindeutig an der Ostsee, das erkennen Eingeweihte an den geschwungenen Seitenteilen und der abgerundeten Haube, die ihnen eine dynamisch-wellenförmige Anmutung verleihen, passend zu den rund geschwungenen Buchten, die sich entlang der Ostseeküste reihen. Die Nordsee-Strandkörbe dagegen sind eher gerade geschnitten wie die dortige Wasserkante, die gerne von einer Wiese begrenzt

wird oder auch von einem langen Sandstrand wie in Sankt Peter-Ording. Für Menschen, die in Hamburg wohnen, sind diese Strände in erreichbarer Nähe, zumindest mit dem Auto. Manchmal fährt auch ein Zug, nach Timmendorfer Strand an der Ostsee zum Beispiel dauert das eineinhalb Stunden. Kalifornien, wo die Strandkörbe auf dem Foto oben stehen, erreicht man bisher nur schwer mit der Bahn – doch es gibt Pläne, das zu ändern. **48**

momentaufnahmen

Alle Karten: OSM contributors

Wenn auf dem Wasser die Not groß ist

Das Eiscafé in Ziegenrück vermietet auch Boote. Meine Tochter möchte das „Piratenschiff“ probieren, ein Tretboot aus Holz mit Segel in Piratenoptik. „Und das ist wirklich kein Segelboot, man muss also nicht segeln können?“, vergewissert sich meine Freundin. Die Kellnerin verneint: „Das Segel ist Deko.“

Schon nach kurzer Zeit werden wir von Wind und Strömung auf der Saale in die falsche Richtung getrieben und verhaken uns im Absperrband, das markiert, wo man wenden muss, da die Strömung auf einen Wasserfall zutreibt. „Nach rechts steuern und treten!“, schreien die Frauen des Eiscafé. Wir treten und steuern, kommen aber nicht weiter. Zu dritt versuchen sie vergeblich, uns mit einem Tretboot abzuschleppen. Ein Mann eilt mit einem weiteren Tretboot zur Verstärkung und überlässt es uns. Die vier schleppen das Piratenschiff ab.

Als wir von unserer Bootsfahrt zurückkehren, will der Mann uns einparken helfen, verliert dabei sein Gleichgewicht und fällt in die Saale.

Die Frauen vom Eiscafé berechnen nur die Hälfte: „Das Piratenboot ist neu – vermutlich ist das Segel doch keine Deko.“ *Eva-Lena Lörzer*



Ziegenrück
615 Einwohner*innen. Die fünftkleinste Stadt Deutschlands liegt am Nordrand des Thüringer Schiefergebirges an der Saale und trägt eine Ziege im Wappen. Der Name aber stammt vom sorbischen Czegegnuck, „Flussbogen“ oder „Fluss-schlinge“.

Wenn man nicht mehr dringlich warten mag

Hamburgs städtisches EM-Public Viewing findet auf einem abgesperrten Gelände auf St. Pauli statt. Wer auf dem Heiligengeistfeld dabei sein will, muss eine längere Einlasskontrolle hinter sich bringen. Das bedeutet auch: Wer drin ist, geht nicht mehr mal eben raus.

Beim Viertelfinale zwischen Deutschland und Spanien sind rund 50.000 Menschen gekommen, von denen viele viel von Bier halten. Die Toilettenlösung sieht so aus: Am Rand des Geländes gibt es Areale mit Toilettenhäuschen. Die Benutzung kostet 50 Cent, abkassiert wird an einem Tisch am Eingang des Areals. Links vom Tisch geht es hinein, rechts davon hinaus.

Kurz vor Ende der ersten Halbzeit wird die Mensentraube vor dem Klobereich größer und nervöser. Die Kassiererinnen kommen nicht mehr hinterher. Dafür kommen männliche Fans auf die Idee, den Ausgang als Eingang zu nutzen. Gegen den Strom der Austretenden drängeln sie sich durch. Die Kassiererinnen schreien „Hey!“, eine versucht es mit Festhalten am Trikot. Aber die jungen Männer reißen sich los. Hinterherlaufen können die Kassiererinnen nicht. Sonst bricht alles zusammen. *Klaus Irler*



Hamburg-St. Pauli
22.300 Einwohner*innen. Das Heiligengeistfeld in dem Stadtteil hat seinen Namen vom „Hospital zum Heiligen Geist“. Das Krankenhaus gibt es dort nicht mehr, Rummel auf dem Feld ist sonst mit dem Hamburger Dom.

Wenn Haare noch richtig schockieren können

„Du hast schöne Haare“, sagt einer der beiden Jungs zu einem der beiden Mädchen, die mit Snacks und Eistee an der Kasse in dem Rixdorfer Supermarkt anstehen, herumalbern und kichern. Tatsächlich reichen ihre Haare dunkel und glänzend bis weit über die Mitte ihres Rückens. Wortlos nimmt sie das Kompliment an. „Hast du schon Achselhaare?“, fragt sie zurück. Ihre Freundin kichert, der Junge presst die Arme fest an seinen Oberkörper. „Da ist nichts“, sagt er. „Ich habe so eine Stoffwechselstörung, da kommt nichts, ist einfach so.“ Auch sein Freund will nun mehr sehen – aber selbst nichts zeigen.

Ich muss lachen, und plötzlich gucken alle vier rüber. „Haben Sie Achselhaare?“, fragt der Junge mit den angesprengten Armen. Ich hebe einen Ellenbogen und gebe den Blick frei. Ihr quiekendes Entsetzen überrascht mich. Es ist knapp drei Tage her, dass ich mich rasiert habe. Interessant, dass schon ein Achselhaarschatten so schockiert. Selbst nachgucken wäre jetzt unpassend. Ich zahle.

Auch draußen kann ich nicht checken, wie es aktuell unter meinen Armen aussieht: Die zwei älteren Damen, die an der Kasse vor mir standen, berichten alles ihrer dort wartenden Freundin. „Wie in den 80ern war das da drinnen gerade“, sagt eine aufgeregt. *Uta Schleiernmacher*



Berlin-Neukölln
163.700 Einwohner*innen. Rixdorf ist ein Teil und war der frühere Name von Neukölln. 1912 erfolgte die Umbenennung. Mit dem Namen sollte das damalige Negativimage Rixdorfs als Ort der frivolen Unterhaltung abgestreift werden.



Katrin Seddig
Zu verschenken

Foto: privat

Rätsel der Männlichkeit: Vom Drang, den eigenen Penis zu zeigen

Es ist Sommer, ich jogge im Park, und schon sind sie wieder da – die Penisse. Ein Mann steht auf dem Weg und pinkelt an einen Baum. Er könnte sich auch hinter den Büschen erleichtern oder sich nach einer öffentlichen Toilette umsehen, aber er steht auf dem Weg, auf dem ich gerade um die Kurve gelaufen komme, und da ich ihn von der Seite erblicke, erblicke ich auch das kleine Fitzelchen Fleisch. Ich wollte es nicht, aber es ist schon geschehen.

Jedes Jahr sehe ich unfreiwillig wenigstens zehn Penisse, freimütig, gleichgültig oder auch stolz werden sie mir dargeboten, den ersten sah ich mit sechs, das sind dann ungefähr fünf-hundert unfreiwillige Penisanblicke.

Den ersten sah ich also mit sechs Jahren, wir wohnten im Wald und ich wartete an der Straße, die ebenjenen Wald durchschneidet, täglich alleine auf den Bus, um in die Schule zu fahren. Ein Mann stieg aus dem Auto und pinkelte in Sichtweite und mir zugewandt an einen Baum. Er wiederholte das in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten. Pinkelte er nur vor Kindern oder auch vor Frauen? Gibt es pä-dophile Exhibitionisten?

Wenn es sich dabei um eine Krankheit handelt, warum befällt diese Krankheit nur Männer?

In der Schule, in die ich von nun an ging, gab es dann bald die nächsten Penisse, die der kleinen Jungen meiner Klasse. „Willst du mal meinen Puller sehen?“, flüsterten sie mir verschwörerisch ins Ohr. Warum kleine Jungen so scharf darauf waren, ihn herzuzeigen, ich weiß es nicht.

Ich lehnte ab, aber andere Mädchen gingen mit den Jungen auf die Toilette, um ihn sich anzusehen. Waren sie neugierig? Mag sein. Wollten sie den Jungen einen Gefallen tun? Auch das kann sein. Einige Mädchen waren bereit, alles für Jungen zu tun, um ihnen zu gefallen. Jedenfalls kam unsere Hortbetreuerin in einem solchen Fall dahinter und der betreffende Junge musste ihn uns zeigen, Hose runter vor der ganzen Gruppe. Wahrscheinlich hielt sie das für eine gute, pädagogische Maßnahme. Sie sagte, „Jetzt habt ihr ihn alle einmal gesehen, damit ist das hoffentlich erledigt.“

Auch dieser pädagogisch motivierten Zurschaustellung wohnte ich nicht freiwillig bei, aber ich wagte nicht, nicht hinzusehen, denn das sollten wir ja, es war Teil der Bestrafung, dass wir hinsahen, man könnte sagen, wir wurden unfreiwillig Teil sowohl seiner als auch unserer kollektiven Bestrafung.

Die meisten Penisse, die ich im Laufe meines Lebens eigentlich nicht sehen wollte, waren die von pinkelnden Männern. Nachts, nach einem Konzert oder nach der Disco standen sie überall betrunken herum, oft nur wenige Schritte von der Tür entfernt, obwohl die entsprechenden Locations wohl Toiletten hatten, die sie hätten benutzen können. Ich sah sie am Rande eines Volksfests nebeneinander auf die Rückwand des Toilettenwagens strullen, obwohl am Eingang zur Herrentoilette dieses Wagens keine Schlange stand wie an dem der Frauen.

Auf Spielplätzen, rund um jeden Bahnhof, in dem es Toiletten gibt, aber das spielt keine Rolle, der Mann holt ihn raus, wenn ihm so ist. Ihm ist einfach danach. Er holt ihn auch raus, einfach, um ihn zu zeigen, in der U-Bahn, auf dem Sitz schräg vor dir, zum Beispiel, er leuchtet sich selbst mit der Taschenlampe an, damit du ihn im Dunkeln auch wirklich siehst.

Wenn es sich dabei um eine Krankheit handelt, warum befällt diese Krankheit nur Männer? Das Internet hat dem Mann mit Penisstolz unglaubliche Möglichkeiten eröffnet. Ein Bild kann mehrfach, ja hundertfach verschickt werden. Hier ist er, mein Penis, ist er nicht wunderschön, ist er nicht ein Geschenk?

die ortsbegehung

Spätnachmittags in der Heldenstraße

Am 20. Juli 1944 scheiterte Claus Graf Schenk von Stauffenberg bei dem Versuch, Hitler durch eine Bombe zu töten. Ein Besuch in der nach ihm benannten Straße in Hamburg

Aus Hamburg **Daniel Wiese**

Es ist, so viel ist schon mal klar, nicht viel los an diesem Freitagnachmittag in der Hamburger Stauffenbergstraße. Ein Vater, Handy am Ohr, skatet auf der Fahrbahn, seine kleine Tochter im herzallerliebsten weißen Rüschenkleidchen fährt auf einem Laufrad hinterher, später kommt noch die Mutter auf dem Gehweg heran, der hier naturbelassen ist: Erde und kleine Steinchen unter den großen Bäumen, die links und rechts auf den Grundstücken stehen und ganz hoch oben ein Dach über der Straße bilden.

Eine Stauffenbergstraße gibt es in vielen deutschen Städten. In Berlin liegt sie zentral und führt am Bendlerblock vorbei, also an genau der Stelle, wo die Verschwörer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler erschossen wurden. Nicht überall hat sie die beste Lage, in München etwa ist es eine spektakuläre, von Wohnblöcken bestandene Sackgasse in Schwabing-West. Ihren Namen hat sie von einem Vorfahren des Widerstandskämpfers, der bayerischer Politiker war.

Die Hamburger Stauffenbergstraße heißt wie fast alle anderen Straßen dieses Namens nach dem edlen Attentäter und liegt gutbürgerlich in den Elbvororten kurz vor Blankenese. Die Einfahrt von Süden erfolgt über die Elbchaussee. Gleich am Anfang kommt links eine luftige Villa in Weiß, ganz hinten im Garten steht ein alter eleganter Mercedes vor der Garage, aber das Haus gehört noch zur Elbchaussee. Das Straßenschild „Stauffenbergstraße“ kommt

danach, dort, wo nach einem verwilderten Grundstück links eine Straße abbiegt, in die später ein mit Kindern besetztes Lastenrad einbiegen wird.

Während der Held des deutschen Widerstands seine Kindheit auf württembergischen Schlössern verbrachte, die heute noch (oder wieder) stehen, hat die Hamburger Stauffenbergstraße Schwierigkeiten mit ihrem äußeren Erscheinungsbild. Gut, es gibt noch diese Villen in den großen Gärten, eine, von dunklen Holzbalken durchzogen, mit Türmchen und Erkerchen und wunderschönen Buntglasfenstern, liegt gleich gegenüber dem Straßenschild hinter Bäumen versteckt, und ganz weit hinten auf der anderen Straßenseite steht auf kurzem Rasen ein klassizistischer Kasten.

Stadtvillen, die alt aussehen sollen

Aber dazwischen hat sich mehrgeschossiger Rotklinker breitgemacht, hinter einer Mauer versteckt sich gleich eine Bungalowsiedlung ganz in Weiß, und mitten in der Straße, gleich nach einem leer stehenden Einfamilienhaus mit zugewuchertem Vorgarten, erhebt sich ein riesiger Kran in den Himmel. „Stadtvillen“ mit Etagenwohnungen entstehen hier, die alt aussehen sollen, aber aus Beton sind. Es gab Widerstand von Seiten der Anwohner*innen, doch er war zwecklos, zwei Blöcke davon stehen schon.

Die Demokratisierung der Elbvororte – oder ist es eher die Grundstückspekulation? – schreitet voran und verändert auch das Gesicht der Stauffen-

bergstraße, durch die, so ist es auch wieder nicht, immer noch Mädchen in Tenniskleidung fahren, hinten im Fahrradkorb den Schläger. Der Tennisplatz ist gleich auf der anderen Seite der Elbchaussee, und vor der zugehörigen Tapasbar sitzen die Vereinsmitglieder in der Sonne.

Es liegt eine Ruhe und Trägheit über der Straße, jetzt am späten Nachmittag, ein Pulk Jungen auf Fahrrädern kommt vom Hockey, erkennbar an den länglichen Rucksäcken, ein Vater und seine Tochter, diesmal beide skatend, unterhalten sich auf Französisch. In den neuen Stadtvillen sitzen die Menschen auf den Balkons, die Baustelle vor ihren Augen ruht, vor einem Haus weiter hinten steigt eine stark nach Parfüm duftende Frau in einen Golf Cabrio.

Und dann, die Straße ist recht kurz, kommt schon das Ende, die Stauffenbergstraße mündet in die größere Manteuffelstraße, 1928 benannt nach Edwin von Manteuffel (1809–1885), preußischer Generalfeldmarschall.

Die Stauffenbergstraße hat ihren Namen erst seit 1963. Es dauerte, bis der Mann zu der Symbolfigur des deutschen Widerstands wurde. Jedes Jahr am 20. Juli wird seiner und seiner Mitstreiter in einem Staatsakt gedacht, vergangenes Jahr sprach der Verteidigungsminister, diesmal ist der Bundeskanzler angekündigt.

Glorifizierung vernebelt den Blick

Inzwischen ist Kritik laut geworden: Die Glorifizierung der Wehrmachtsoffiziere um Stauffenberg habe den klaren Blick auf ihre teils reaktionäre Gesin-

nung vernebelt, und sie habe andere, weniger hochgestellte Akteure des Widerstands in den Hintergrund gedrängt.

Trotzdem bleibt Stauffenberg eine Symbolfigur. Genau gegenüber seiner Straße in Hamburg liegt ein Kasernengelände: Schranken, Gitter, Säulengänge, im Hintergrund Fahnenmasten, es weht die Deutschlandfahne. Es ist die Clausewitz-Kaserne. seit 1958 befindet sich hier die Führungsakademie der Bundeswehr.

Nix wie hin

Die Besonderheit

Nicht in jeder deutschen Stadt gibt es eine Stauffenbergstraße, aber doch in vielen; im Westen des Landes sind sie häufiger als im Osten. In der DDR galten die Wehrmachtsoffiziere um Claus Schenk Graf zu Stauffenberg, die das Attentat vom 20. Juli 1944 mit anschließendem Staatsstreich planten, als „reaktionäre Junker“.

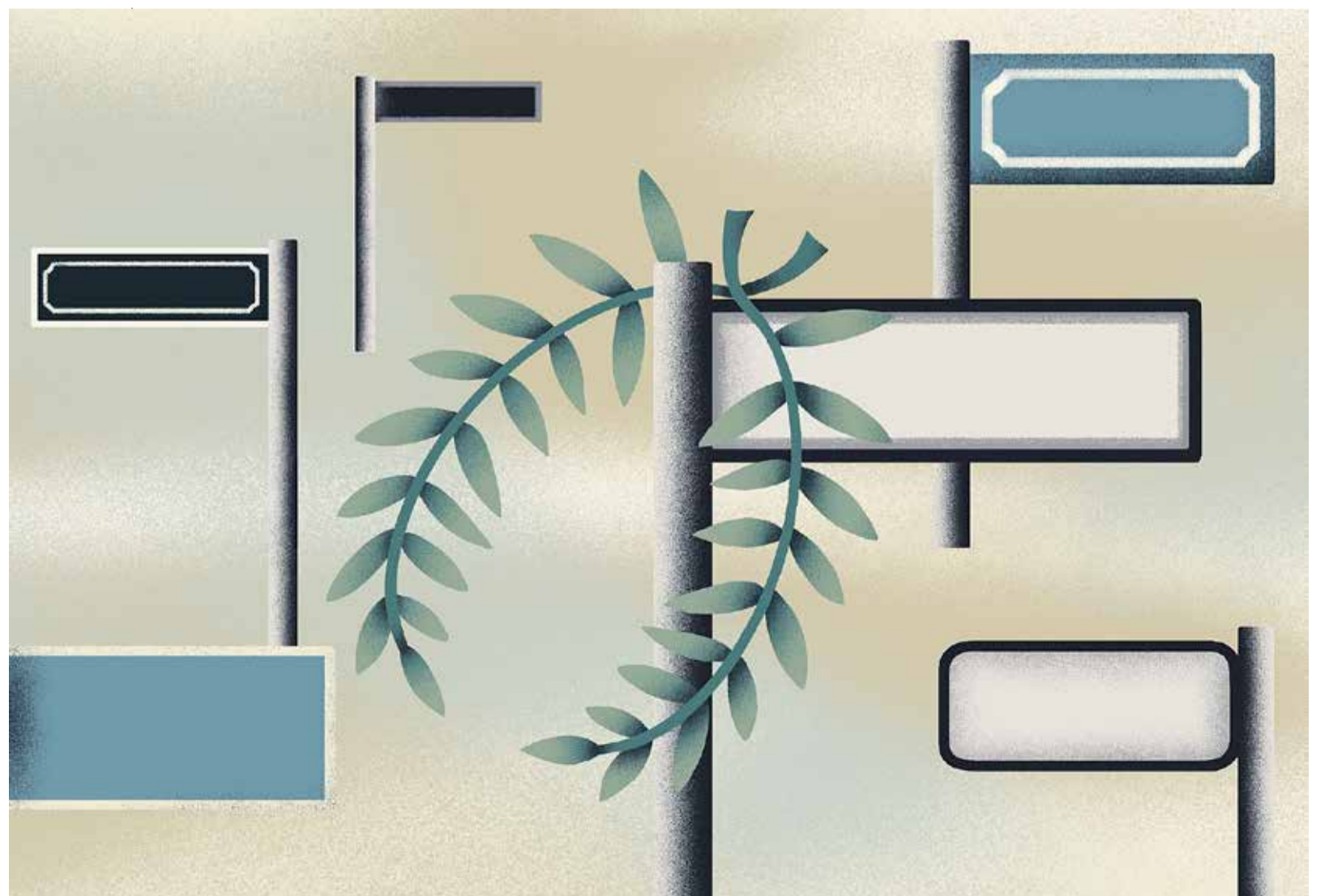
Das Zielpublikum

Alle, die an einer Stauffenbergstraße vorbeikommen und sehen wollen, wie hoch der 20. Juli lokal im Kurs steht.

Hindernisse auf dem Weg

Der Besuch einer Stauffenbergstraße erfordert vorbereitende Lektüre, um der Falle der Glorifizierung zu entgehen. Der deutsche Widerstand hatte viele Gesichter, es gab auch andere Attentatsversuche wie den von Georg Elser, nach dem in München ein Platz und in Hamburg seit Neuestem eine Halle benannt ist.

In vielen Städten gibt es eine Straße, die nach Claus Schenk Graf von Stauffenberg benannt ist, dem Mann, der beinahe Hitler getötet hätte
Illustration: Jeong Hwa Min



Swifties auf Schalke



Auf der Linie 302 ist man in Gelsenkirchen gerade mit Taylor Swift unterwegs

Nach Tokio, London und Paris spielt Taylor Swift ihre ersten Deutschland-Konzerte jetzt in: Gelsenkirchen. Wie elektrisierend!

Aus Gelsenkirchen **Marvin Kalwa** (Text) und **Magdalena Gruber** (Foto)

Man ist wie immer im Ruhrgebiet gut drin im Thema, wenn das Große aufs Kleine zugespitzt wird. Zum Beispiel auf diesen Schilderpfosten vor dem Hauptbahnhof Gelsenkirchen, zu sehen am Samstag vor einer Woche auf dem Instagram-Kanal von Paul Brown. Brown, englischer Fußballfan, blondierte Haare, ist neulich zu lokaler Blitzberühmtheit gekommen, weil er die Stadt vor dem dortigen ersten EM-Spiel seiner Mannschaft als „absolute shithole“ abkanzelte. Obwohl das Turnier vor Ort bereits beendet war und England sein Viertelfinale später im nicht weit entfernten Düsseldorf spielte, entschied sich Brown vorher noch mal zu einem Abstecher auf den Bahnhofsvorplatz und eben diesem Schilderpfosten.

Es gab da für ihn wohl noch was klarzustellen. Wohlweislich erst nach Abzug der letzten Fußballfans hat Gelsenkirchen nämlich damit begonnen, „Swiftkirchen“-Tafeln, optisch Ortseingangsschildern nachempfunden, auf Plätzen in der Innenstadt zu montieren. „Taylor Swift, don't try changing my city“, sagte nun Brown und klebte einen, alles wohl eher ironisch gemeint, „Gelsenkirchen – absolute shithole“-Sticker auf den Rohrpfeosten.

Die Szene besitzt alles, um Gelsenkirchens Ausgangslage vor einer magischen Anverwandlung zu beschreiben: Taylor Swift, eine, wie sich vielleicht sogar unter der älteren taz-Leserschaft herumgesprochen hat, aktuell ziemlich erfolgreiche Sängerin mit weltweit Dutzenden von Millionen Fans, genannt Swifties, spielt hier, in der Heimstatt des lokalen Fußballvereins FC Schalke 04 vom 17. bis 19. Juli die erste Deutschland-Konzerte ihrer „Eras Tour“.

Und nun lässt sich das wie Paul Brown in seinem Video lakonisch kommentieren. Alternativ gibt man sich der elektrisierenden Wirkung hin, die

diese ungleiche Paarung in einem auslösen kann.

Seit März 2023 läuft die Tour von Taylor Swift, 152 Konzerte soll sie bis zum Ende umfassen. Vor allem außerhalb der USA wählte ihr Management dafür nur die auserlesensten Städte aus: Tokio, Melbourne, London, Paris. Und nun Taylor Swift, live in Gelsenkirchen 2024, und das gleich an drei Abenden hintereinander. Sogar in Swifts Heimat sorgte diese Feinschmecker-Konstellation für Aufregung, der Late-Night-Show-Moderator Jimmy Kimmel zweifelte in seiner Sendung sogleich die Existenz dieses „Gelsenkörken, Germany“ an. Der Wahnsinn spricht für sich.

Der Reiz entsteht durch die augenfälligen Kontraste: hier der makellose Superstar, dort eine Stadt, die ihre Identität aus einem Fußballverein in der 2. Liga bezieht

Nüchtern aus Sicht US-amerikanischer Tourmanager betrachtet, denen an dieser Stelle auch keine geografische Indifferenz gegenüber Europa unterstellt werden soll, stellt sich die Sache weit erklärlicher dar. Gelsenkirchen besitzt dank seines Fußball-Stadtteilvereins Schalke eine der größten Multifunktionsstadion mit herauschiebbarer Rasenfläche in Deutschland. Auch andere musikalische Schwergewichte wie die Rolling Stones, U2 oder Metallica gaben hier ihr Stelldichein. Dazu war die Arena Schauplatz wichtiger deutsche Meilensteine des Unterhaltungsfernsehens wie zum Beispiel die „TV Total Stock Car Challenge“. Sie ist perfekt an die

vielen Autobahnen des Ruhrgebiets angeschlossen, bis nach Düsseldorf, Köln oder in die Niederlande ist es nicht weit.

Der Reiz entsteht gleichwohl durch die augenfälligen Kontraste: hier der makellose Superstar mit den strahlend weißen Zähnen, dort eine Stadt, die ihre Identität nach wie vor aus dem nicht mehr existenten Bergbau und einem Fußballverein in der 2. Liga bezieht. Hier die Musiktour der Rekorde, die bereits nach ihrer ersten Hälfte mehr als eine Milliarde Dollar eingespielt hat und damit bereits schon jetzt die weltweit bislang erfolgreichste ist, dort die auch im Jahr 2024 ärmste Stadt Deutschlands.

Zu Letzterem sei immerhin gesagt: Die Stadt geht davon aus, dass jeder einzelne Fan bis zu 150 Euro pro Tag zusätzlich zu den Tickets an den Konzerttagen ausgibt. Bei insgesamt 174.000 verkauften Tickets plus einer unbekannt Anzahl an Fans, die ohne Karten anreisen, wären das mindestens 26 Millionen, die in der Stadt bleiben.

Taylor-Swift-Konzerte sind mehr als eine Fußball-EM, sie sind Ereignisse von Welt. Gerade weil die eigentlich fußballerprobte Stadt es sich mit den englischen Fans verscherzt hat und im Hinblick auf Swifts internationale Anhängerschaft sei aus deutschen Imagegründen die Frage erlaubt: Wird die Stadt das schaffen?

Man macht sich Sorgen, wie der Superstar aus Nashville und die Swifties den möglichen Kulturschock am Rhein-Herne-Kanal aufnehmen werden, und be gibt sich daher am vergangenen Sonntag proaktiv auf eine zwei-stündige Stadtrundfahrt. Das ist insofern schon nötig, weil die Tour im Bus nur einmal im Monat von der Stadt angeboten wird, die Swift-Fans auf diese Hilfe also verzichten müssen.

Es muss konstatiert werden, dass zumindest das ausgewählt präsentierte Gelsenkirchen nicht so hässlich ist wie behauptet. So ist zum Beispiel von der Tourleiterin zu hören, dass die Stadt zu den zehn grünsten

Städten Deutschlands gehört. Ansonsten ist Gelsenkirchen tatsächlich eine nostalgische Angelegenheit: Zeche an Zeche reihte sich früher im Stadtgebiet, indirekt lebt Gelsenkirchen immer noch davon, indem aus den dazugehörigen Halden für den Bergbaumüll Aussichtsplattformen und die Fördertürme und Erzbunker als Industriedenkmäler umgenutzt wurden. Nur bedingt Zukunftsweisendes also, was für einen maximal dreitägigen Aufenthalt aber vielleicht auch gar nicht so benötigt wird.

„Gelsenkirchen ist eine Stadt für Entdecker“, redet sich Dirk Slawetzki, Tourismusmanager der Stadt im schönsten Tourismusmanagersprech um den Mangel an klaren Sehenswürdigkeiten herum. Wobei das natürlich auch eine Ausdruck von Selbstbewusstsein für eine Stadt ist, überhaupt einen Tourismusmanager zu haben. Als solcher hat Slawetzki seit vier Jahren die Aufgabe herauszufinden, wie man den Leuten Gelsenkirchen auch abseits von Fußball und Konzerten schmackhaft macht.

Mit den englischen Fans sei das am Anfang blöd gelaufen, gibt er zu, auch wenn Paul Brown später beispielsweise zugegeben hätte, einfach nur verkatert gewesen zu sein. Viele Engländer hätten aber wohl die Bahnhofskneipe und das Brauhaus vermisst, die es noch zur WM 2006 in der Stadt gab.

Swifties in Gelsenkirchen können sich mehr abgeholt fühlen. Zumindest gibt man sich vor Ort erkennbar Mühe, die Ortsschilder sind da längst nicht alles. So plant die Stadt auf dem zentralen Marktplatz die Errichtung einer „swifttown“ mit Bühne und DJ. Wer Glück hat, kann von dort ab der Haltestelle Heinrich-König-Platz die auf der Linie 302 fahrende Straßenbahn mit aufgeklebten Taylor-Swift-Motiven (kommt allerdings nur alle 60 Minuten) in Richtung Arena nehmen.

Natürlich gibt es genauso die Möglichkeit, mal aus dem Trübel auszubrechen und zum Beispiel den Blick oben auf den Halden über die Ruhrgebietsriviera am Rhein-Herne-Kanal und Em-

scher zu genießen. Ein Zoobesuch wäre auch eine Option, Gelsenkirchen besitzt hier eine der modernsten Anlagen Deutschlands, was vielleicht auch für Swift interessant sein könnte, spekuliert Dirk Slawetzki: „Mit ihrem Partner hat sie ja in Australien einen Zoo besucht, vielleicht kommt sie diesmal in unsere Zoom-Erlebniswelt.“

Den Glamour der Stadt möchte Gelsenkirchen Taylor Swift so oder so angeidehen lassen. Auf dem Walk of Fame auf der Horster Straße im Stadtteil Buer soll dafür eine eigene Sternplatte für Swift verlegt werden. Ob die Sängerin hier zwischen Deichmann-Schuhladen und Nagelstudio persönlich vorbeischauchen wird, ist noch nicht klar. Als man aber bei der Besichtigung der Starmeile einen Passanten auf das Kommen des amerikanischen Superstars anspricht, antwortete dieser jedenfalls: „Is schon wieder Konzert? Da sach ich jetzt nichts zu, aber wenn die Jugend sich dat wünscht.“

Gelsenkirchen ist bereit.

TRANS. CONTINENTAL

Africa's Future and the Competition of Global Powers

54-seitiges Magazin mit Berichten und Reportagen aus dem Afrika-Workshop der taz Panter Stiftung

Bestellen unter stiftung@taz.de taz.de/stiftung



Ans Meer!

Auch wenn Hamburg eher an der Küste liegt, muss man rausfahren, wenn der Elbstrand mal nicht reicht. Immerhin gibt es gleich zwei Hausmeere. Eine Art Liebeserklärung an braunes Wasser, Schlick und tiefe Stille

Aus Hamburg, Cuxhaven und Büsum
Ilka Kreuzträger

Wer in Norddeutschland geboren und aufgewachsen ist und in Hamburg lebt, hat, so aus dem Süden der Republik betrachtet, sein Leben an der Küste verbracht. Und auf eine Weise stimmt das auch, binnen einer Stunde kann man, wenn es gut läuft, auf einem Deich an der Nordsee sitzen oder am Ostseestrand im Sand rumliegen. Aber um es gleich am Anfang mal klar zu sagen: Alle beide Meere sind B-Ware, Aushilfskandidaten, zweite Wahl.

Rätselhaft, wieso Menschen aus dem Süden Deutschlands Hunderte Kilometer hier hochfahren, wo sie doch auf der entgegengesetzten Seite dem Mittelmeer so nah sind – mit glitzerndem Wasser, mit Salz, das am Ende des Badetages jedes Härchen auf dem Unterarm umschließt, und mit lauschigen Sommerabenden, die erfüllt sind von zirpenden Grillen.

Stattdessen fahren so viele Urlauber an die Nordsee, die nicht mal ein richtiges Meer ist, bloß ein Randmeer des Atlantiks. Ein Anhängsel. Eine große Pfütze, die oft etwas streng riecht und trüb an ihre rund Hunderte Kilometer lange deutsche Küstenlinie schwappt oder eben nicht schwappt, weil mal wieder gerade Ebbe ist. Wie oft schon den Deich hochgeflitzt, gleich, gleich endlich am Meer! Und dann: Schlick, Schlick bis zum Horizont. Bleibt nur, sich in einen der Nordseestrandkörbe zu setzen, die ordentlich aufgereiht auf dem mit Klee übersäten grünen Deich stehen.

Es gibt tatsächlich Strandkörbe für die Nordsee und für die Ostsee, sie unterscheiden sich in ihrer Bauform. Das Modell Ostsee soll mit seinen ge-

schwungenen Seitenteilen und der abgerundeten Haube an Dünen und Wellen erinnern. Ist eben etwas gefälliger, die Ostsee, mehr weiße Strände, klares Wasser und bisweilen Felsküste. Beim Nordseemodell ist alles von der Haube bis zu den Seitenteilen gerade und kantig, passend zur Rasenkante am Watstrand.

Viele Urlauber fahren an die geschwungene Ostsee, an das Baltische Meer, wie sie international irreführend heißt. Die ist auch kein eigenständiges Meer, sondern nur ein Binnenmeer des Atlantiks. Von Hamburg aus ist die Ostsee nah, zum Timmendorfer Strand, so was wie Hamburgs Hausstrand, sind es keine 100 Kilometer. Lebt man hier oben, fährt man nämlich dauernd an eines der beiden Behelfsmeere. Alle Wege gen Norden, egal ob man sich links hält und an der Nordsee landet oder rechts zur Ostsee fährt, führen von Hamburg aus irgendwann ein Meer. Das ist, was Hamburg so erträglich macht. Ist das Wasser nah, sind die Sorgen fern.

Nach der Arbeit mal eben ins Auto und nach Sankt Peter-Ording (SPO) fahren? Kein Problem, die Fahrt über die A23 durch Schleswig-Holstein dauert gute 1,5 Stunden – mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ist es nicht mal eben so machbar, da dauert ein Weg drei oder vier Stunden.

Bis vor wenigen Jahren gab es in SPO Leute wie Frau Schebara, die für 20 Euro die Nacht ein Zimmer bei sich zu Hause vermieteten. Da konnte man gut auch übers Wochenende am Meer bleiben. Heute heißen viele Hotels irgendwas mit Urban (englisch ausgesprochen), und eine Übernachtung für unter 100 Euro die Nacht abzustauben ist schier unmöglich. Aber morgens hin und abends zurück und dazwischen ei-

nen lieben langen Tag am schier endlos breiten Sandstrand verbringen, das ist immer drin. Kann halt sein, dass das Meer weg ist. Wer in der Nordsee baden will, muss laufen oder warten können.

Im vergangenen Jahr war SPO der beliebteste deutsche Nordsee-Ort und lag bundesweit auf dem fünften Rang der deutschen Lieblingsurlaubsziele. Sieger dieser Top-50-Liste sind die Seebäder Binz und Göhren auf Rügen geworden, gefolgt vom Seebad Heringsdorf auf der Insel Usedom und dem Ostseebad Dierhagen.

Cuxhaven, das direkt an der Elbmündung an der Nordsee liegt, taucht in dieser Liste nicht auf, dabei liegt hier immerhin der nördlichste Punkt von Niedersachsen. Mit solchen Superlativen warten sie hier oben eh gern auf: Heide will den größten Marktplatz Deutschlands haben, wollen aber auch andere, und die offiziell „Tiefste Landstelle der Bundesrepublik Deutschland“ liegt mit 3,54 Metern unter Normalnull in der Wilstermarsch in Schleswig-Holstein.

Der nördlichste Punkt Niedersachsens jedenfalls ist nicht zu übersehen, weil dort die knapp 30 Meter hohe Kugelbake steht, einst wichtiges Seezeichen und heute bloß noch Wahrzeichen. Heute werden in Cuxhaven jedes Jahr knapp 7 Millionen Übernachtungen und 8 Millionen Tagesgäste gezählt, es ist das größte Heilbad an der deutschen Nordseeküste, ein Kurort also.

In seiner allerersten Saison als Seebad, 1816 war das, kamen 295 Gäste ins damalige hamburgische Amt Ritzebüttel, um zu baden und durch das Watt zu laufen. Eher was für ein paar spinnerte Adelige und reiche Bürger. Wasser war vielen Leuten nicht geheuer, galt mit seinen Ausdünstungen gar als ungesund – nix da Reizklima oder Seeklima



In Büsum liegen auf dem Nordseegrund bei Ebbe in regelmäßigen Abständen Algenpuschel herum, deswegen miefte es, dazwischen überall spaghettiartige Ausscheidungen der Wattwürmer

oder Kurort – und Natur als gefährlich. Baden in der wilden und freien Nordsee war absolut unbekanntes Terrain.

In England waren Ende des 18. Jahrhunderts die ersten Seebäder entstanden, und der Göttinger Physikprofessor Georg Christoph Lichtenberg schlug 1793 in einem Artikel vor, in Cuxhaven ebenfalls ein solches Bad zu gründen. Im selben Jahr ging in Heiligendamm an der Ostsee das erste deutsche Seebad in Betrieb – jenes Heiligendamm übrigens, in dem im Juni 2007 die G8-Staats- und Regierungschefs in einem riesigen blau-weiß gestreiften Strandkorb fürs sogenannte Familienfoto Platz nahmen. Kanzlerin Angela Merkel in der Mitte, die Männer links und rechts von ihr.

Es folgten Seebäder auf den ostfriesischen Inseln, etwa Norderney. Es war dann der Hamburger Senator Amandus Augustus Abendroth, der Lichtenbergs Idee 1816 umsetzte, eine Aktiengesellschaft gründete und so Cuxhavens erstes Badehaus finanzierte.

Heute ist das Baden in der Nordsee so normal wie das Radfahren hinterm Deich und das allgegenwärtige vollgemoint werden an der gesamten deutschen Küste, egal ob Nord- oder Ostsee: Tassen, Regenschirme, T-Shirts und anderes Dies-und-das, auf denen Moin und/oder irgendwas mit Schietwetter steht. Moin hier, winkende Robben und Möwen da. Zum Auswachsen.

Den Touristen gefällt das, in Cuxhaven hängen die den ganzen Tag oben auf dem Anleger namens „Alte Liebe“ – kommt von „ole Leef“, niederdeutsch für „alte Liebe“ – ab, der hier seit 1733 steht, stützen sich mit den Ellenbogen auf das weiße Holzgeländer und gucken zu, wie die Elbe aus Hamburg angeflossen kommt und sich in die Nordsee ergießt. Im Rucksack haben die



Kurz mal zum Strand nach Kalifornien

Auch ohne Auto kommt man ans Meer: Von Hamburg Hauptbahnhof fährt ein Zug bis Travemünde Strand, im Sommer stündlich. Etwas umständlicher an die Ostsee geht es nach Kalifornien Mittelstrand

Von **Kaija Kutter**

Wenn man nur die weiße Schrift auf der blauen Anzeigetafel sieht, stiehlt sich gleich ein klitzekleiner Hauch von guter Laune in das Gemüt der Bahnreisenden am Hamburger Hauptbahnhof: Bis Travemünde Strand, tatsächlich, fährt im Sommer stündlich ein Zug. Meist von Gleis 6, neun Haltestellen, dann rollt schon der Zug zum „Strandbahnhof Travemünde“. Von dort sind es nur ein paar Meter bis zur Strandpromenade, ein paar Treppenstufen bis zum Sand. Man möchte sich kneifen, aber nein, es stimmt. Wir stehen echt am Meer. Die „Gehst-du-mit-mir-schwimmen?“-Frage wurde schon auf der 80-minütigen Fahrt zur Ostsee im Zug durch die grünen Wiesen Schleswig-Holsteins durchgekaut. Am besten immer sofort rein ins Meer und nicht lange zögern. Vorn in Ufernähe liegen spitze Steinchen am Grund. Da bietet sich der Einstieg über den Badesteg an. Und uah! 18 Grad sind nicht warm. Aber so kalt auch wieder nicht. Und nach dem Abtrocknen kribbelt die Haut so angenehm.

Ein Tagesausflug ans Meer

Es ist nur ein Tagesausflug, und es ist „nur“ Travemünde. Schon beim ersten Blick auf Wasser – es sind wirklich nur 300 Meter vom Bahnhof – lassen die armeeförmig in Reih und Glied angeordneten Strandkörbe mit ihren einheitlich nach Osten ausgerichteten rot-weißen Markisen ein Gefühl von Kleinheit aufkommen. Monströs überragt der Hochhausturm des Hotels Maritim die historische Strandanlage. Aus östlicher Richtung kommt ein „Umta, umta“, Jahrmarkt-musik und weiße Zeltbuden bremsen den Erkundungsdrang.

Also spazieren wir Richtung Westen das Strandufer entlang. Die pilzförmigen DLRG-Rettungshäuschen wirken wie kompetente Beschützer, erinnern in ihrer Form aber auch an alte Grenztürme. Früher begann am Ostufer der Travemündung die DDR.

Nach ein paar hundert Metern endet die Strandkorbzone. Es beginnt ein Abschnitt, den die Menschen frei nutzen können. Dann verjüngt sich die Sandfläche, und ein Yachtclub versperrt den Zugang, allerdings führt eine schmale Promenade am Wasser daran vorbei. Und dahinter, am „Hundestrand“, wird es richtig idyllisch. Hier führt auch ein Wanderweg ein Steilufer hinauf. Unten können die Urlauber sich mit dem Rücken an den gemauerten Sockel lehnen und im Schatten der Uferbäume aufs Meer schauen, der Fähre nach Finnland hinterher. Sofern der Duft von Selbstgegrilltem nicht stört.

Abseits des Massentourismus

Wem allerdings bereits der Anblick so eines Strandkorbeierleis aufs Gemüt schlägt und wer den Massentourismus nicht so mag, der findet schon auch ein idyllischeres Ziel am Meer. Von dem aber kündigt keine Leuchtanzeige am Hamburger Hauptbahnhof. Es ist ein bisschen tricky, dorthin zu kommen ohne Auto.

„Kalifornien“ muss man in die Suchmaske der DB-App eingeben. Tatsächlich, so heißt der Ort immer Richtung Norden von Hamburg im Ostseebad Schönberg. Benannt nach einer Schiffplanke, so heißt es, die ein Fischer an der Ostsee fand und vor seine Tür nagelte.

Zuerst lotst einen die Fahrplanauskunft in die Regionalbahn 70 nach Kiel und dann dort in die Buslinie 200. Über Stock und Stein und 35 Haltestellen in Dörfern mit Namen wie Muxall, Passade und Fiefbergen bringt der blaue Linienbus der Plöner

Verkehrsbetriebe den sonnenhungrigen Fahrgast in 55 Minuten nach „Kalifornien Mittelstrand“. Gesamtfahrtzeit ab Hamburg: mindestens zweieinviertel Stunden.

Das wird dann aber auch belohnt. Ein Bäcker, ein Fischstand, ein Fahrradverleih, ein kleiner Kaufmann, ein Hotel und ein Minigolfplatz. Sonst ist hier nicht viel los. Die Treppe rauf auf den grünen Deich, und man sieht das Wesentliche: Strand und Meer, soweit das Auge reicht.

Bis in die 1980er gab es hier an der Ostsee einen dünnen Strandstreifen, zu sehen auf alten Postkarten, geschützt von einem kleinen Deich. Doch dann wurde zum Schutz der Küste der Strand mit einem großen Deich überbaut. Und davor wurde neuer Sand aufgespült. Gehalten wird er am Ufer von zahlreichen Buhnen – Wälle aus großen Steinen, die in die Ostsee ragen. So entstanden auf einer Länge von über neun Kilometern 48 kleine Buchten, in die Ende der 1980er über eine halbe Million Kubikmeter feiner Sand gespült wurde.

Zum Baden ist das toll. Wer sich ins Wasser traut und ein paar Züge schwimmt, wird nach wenigen Metern mit einer Sandbank belohnt, wo ferienfreudige Kinder unter Wasser ihren Handstand mit Überschlag machen können. Das Licht, die Farben, blauer Himmel, grünes Meer, hellgelber Sand, all das hebt die Urlaubslaune. Die mit grünen Dünen zum Ufer hin geschützten Buchten bieten großzügig Platz, ihre Strände sind selten überlaufen. Auch wenn hier und dort mal ein Strandkorb steht, ist das kein Vergleich zu den Korbkolonien in der Travemünder Ecke.

Was daran liegen mag, dass die Gegend mit dem öffentlichen Nahverkehr nur umständlich zu erreichen ist.

In der Mitte dieser langen Buchtenkette liegt Kalifornien. Zu sehen ist es an den großen Nummern im Asphalt, wenn man mit dem Rad die autofreie Küstenpiste hinter den Dünen entlangfährt. Da künstlich entstanden, sehen diese Bühnenfelder alle recht ähnlich aus, da helfen die Nummern zur Orientierung.

Der Nachbarort von Kalifornien ist Schönberger Strand. Dort gibt es nicht nur eine Seebrücke ins Meer, sondern auch wieder nur 300 Meter vom Ufer entfernt einen Strandbahnhof. Seit seiner Schließung 1974 fristet er ein Dasein als Museumsbahnhof.

Mehr Bahnen hin zum Wasser

Das soll sich ändern. Bereits seit 2009 ist die Rede davon, dass die „Heinschönberg“ getaufte Verbindung nach Kiel wiederbelebt wird. Ende 2027, so verspricht das schleswig-holsteinische Verkehrsministerium, könnte es so weit sein. Dann fährt eine RB 76 von Kiel über Fiefbergen nach Schönberger Strand in 35 Minuten. Dann dauert die ganze Anreise in einem Rutsch von Hamburg Hauptbahnhof über Kiel bis zum Strand vielleicht deutlich unter zwei Stunden, wäre also schnell genug für einen Tagesausflug aus der Stadt raus ans Meer.

Heute schon bieten sich für die Tagesreise neben Travemünde die Ostseetouristenorte Timmendorfer Strand, Scharbeutz, Haffkrug und Sierksdorf an, die von Hamburg aus nach Umstieg in Lübeck mit der „Bäderbahn“ auch schnell erreichbar sind. Ginge es nach dem Verband „Pro Bahn“, würde bald halbstündlich ein Zug von Hamburg an die Travemündung durchbrausen. Der zweite Zug ab Lübeck fährt eh.

bestimmt alle eine Moin-Tasse. Oder unterm Windbreaker ein Shirt mit winkender Möwe, die Moin ruft. Das hat das Mittelmeer alles nicht nötig.

Die Einheimischen in Cuxhaven sind allerdings eh immun, sie sitzen manchmal unter dem Anleger, kehren dem Meer den Rücken, trinken Dosenbier und gucken auf ihre Stadt. Vor allem Menschen aus dem Ruhrpott kommen nach Cuxhaven; den Hamburgern, die es mit etwa 120 Kilometern durchs Alte Land nicht besonders weit hätten, ist das Nordseeheilbad vielleicht zu zurückhaltend, sie fahren jedenfalls lieber auf die Nordseeinsel Sylt oder ins von ihnen selbst gentrifizierte SPO.

Der Reiz des Seebades Cuxhaven liegt im Schlick, der sich hier dunkel, saftig und samtig zwischen die Zehen schiebt und da kleben bleibt. Wird grülich, wenn es trocknet. Hat man mal keine oder die falschen Klamotten dabei, kann man sich mit Schlick einfach welche aufmalen. Kniehose Stiefel mit Wellenrand, eine Latzhose, ein Bikinioberteil? Kein Problem, alles schnell aufgeschlickt. Oder Anlauf nehmen, auf den Bauch werfen und schlidern, dann auf den Rücken rollen und dem weiten Himmel beim Weitsein zuschauen. Geht allerdings schwer wieder ab, das Zeug.

Das Problem mit schwer abgehendem Schlick gibt es überall an der Nordseeküste. Auch in Büsum, einer kleinen Gemeinde in Dithmarschen – oberhalb von Cuxhaven und unterhalb von SPO. Hier leben rund 5.000 Büsumer, aber gemessen an den Übernachtungszahlen ist Büsum nach Sankt Peter-Ording und Westerland der drittgrößte Fremdenverkehrsort an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste.

„Du hast da noch Schlamm“, sagt der Mann, der in norddeutschen Ohren wie

ein Markus Söder oder so klingt, zu seiner Begleiterin. Der Dritte im Bunde steht nur da und guckt zu. Die drei sind gerade aus dem Büsumer Watt zurückgekehrt, bis zur Mitte ihrer Waden ist der Schlick hochgespritzt, der Saum ihrer hochgekrempelten Hosen ist auch ein bisschen eingesaut.

Hier in Büsum, wo das Watt fest, nicht so weich und glipschig wie in Cuxhaven ist, haben sie es geschafft, sich damit vollzusudeln. „Wo, wo denn?“, sagt sie und dreht sich vor dem Wasserhahn um die eigene Achse, beim Versuch, ihre Wade von hinten anzusehen. Das heißt nicht Schlamm, möchte man ihnen aus dem blau-weiß gestreiften Strandkorb Marke Nordsee zurufen.

Wären die Touristen statt in Büsum in Cuxhaven, würde ihnen der Schlamm-Fauxpas nicht passieren, da könnten sie das korrekte Vokabular an den Waschstellen hinterm Deich lernen. Da steht an den Fußbecken „Hier kein Geschirr spülen“ und an den Duschen „Schlickdusche“. An den Büsumer Hähnen und Duschen steht nichts. Woher sollen sie es also wissen.

In Büsum liegen auf dem Nordseegrund bei Ebbe in regelmäßigen Abständen Algenpuschel herum, deswegen mieft es, dazwischen überall die spaghettiartigen Ausscheidungen der Wattwürmer. Vielleicht bekommt ja auch jeder die Meere, die passend sind. Die beiden B-Seiten-Meere hier oben sind immerhin in erreichbarer Nähe.

Folgt man dem ablaufenden Wasser, lässt man alles hinter sich. Die Welt wird leise, nur das Platschen der Füße in den Nordseewasserpfützen ist noch zu hören, selbst die Möwen verstummen. Was bleibt ist eine stille Kullisse und das Gefühl, auf dem Meer zu schweben. Wer braucht da schon das Mittelmeer.

Manchmal ist die Nordsee, hier bei Sankt Peter-Ording, nur eine große Pfütze
Foto: Andreas Muhs/ostkreuz



Sucht bei
Demonstratio-
nen die
Kommunikati-
on und den
direkten
Kontakt:
Karoline
Preisler

„Manchmal
muss
man
Sachen
tun,
auch
wenn
sie
für
einen
unbequem
sind“



Karoline Preisler geht gerade zu den Demonstrationen, deren Ziele sie gar nicht teilt – um mit den Teilnehmern dort zu diskutieren. Das hat die FDP-Politikerin zur Zielscheibe für Querdenker, Reichsbürger und Islamisten gemacht

Interview **Tilman Baumgärtel**
Fotos **Wolfgang Borrs**

wochentaz: Frau Preisler, Sie haben einem Interview nur unter der Bedingung zugestimmt, dass es keine Informationen enthält, die Rückschluss auf den Aufenthaltsort Ihrer Kinder zulassen. Was ist da los, wenn ein einfaches FDP-Mitglied wegen seiner politischen Aktivitäten Angst um die Sicherheit seiner Familie haben muss?
Karoline Preisler: Politische Arbeit hat immer Konsequenzen, selbst wenn sie ein Ehrenamt ist. Ich habe zum ersten Mal Bedrohungen und Belästigungen erlebt, als die Nordkreuz-Gruppe – ein Verein von Reichsbürgern und Rechts-extremisten – mich auf ihre Feindesliste gesetzt hat, zusammen mit ganz vielen anderen Künstlerinnen und Künstlern, Politikerinnen und Politikern. Das waren Leute, die hatten schon Löschkalk für die Massengräber ihrer politischen Gegner eingeplant. Das war eine unschöne Erfahrung. In dieser Zeit sind Leute in das Haus eingestiegen, in dem ich damals gemeldet war, und haben mit einem Bunsenbrenner Hakenkreuze in die Decke eingebrannt. Wenn so etwas in dem Haus passiert, in dem man sich aufhält, dann macht das was mit einem. Damals habe ich mich noch wehrhafter gefühlt, denn ich war nicht die einzige Erwachsene im Haus. Nun hat sich meine familiäre Situation verändert, und ich wohne mit meinen minderjährigen Kindern alleine. Und da kam im letzten Sommer per Post ein Galgenstrick ins Haus. Das hat meine Kinder sehr geängstigt.

Während der Coronazeit sind Sie in das Fadenkreuz von Querdenkern und Verschwörungstheoretikern geraten. Was haben Sie gemacht, um deren Zorn auf sich zu ziehen?

Mein damaliger Partner war einer der ersten Abgeordneten im Bundestag, der sich mit Corona infizierte. Weil Corona eine große gesellschaftliche und politische Herausforderung war, entschieden wir uns dafür, über diese Krankheitserfahrung offen zu kommunizieren. Als er sein positives Testergebnis hatte, sind unsere Kinder und ich sofort in die freiwillige Quarantäne gegangen. Weil wir nicht mehr aus dem Haus konnten und trotzdem sinnvoll politisch arbeiten wollten, haben wir ein „Coronatagebuch“ auf Twitter veröffentlicht. Als dann ganz viele Leute krank wurden, konnten sie auf diese Erfahrungen zurückgreifen. Wir haben in Videos Updates über den Krankheitsverlauf gegeben, beschrieben, was das mit der Familie macht, wie es funktioniert, in einem Mehrfamilienhaus mit der Krankheit zu sein, mit gesunden und kranken Menschen, und alle unseren Irrungen und Wirrungen. Als ich krank wurde, war mein Verlauf schwerer. Ich musste ins Krankenhaus. Wir wussten nichts. Sehen wir uns wieder? Kann man das überstehen? Was hat das für Folgen? Es gab damals ja noch keine Impfung. Wir haben mit einigen Posts Millionen Menschen erreicht. Das war überwältigend.

Man könnte ja sagen: So eine Krankheit ist Privatsache, warum muss man das in der Öffentlichkeit verhandeln? Da muss man sich nicht wundern, wenn es Reaktionen gibt, auch solche, die nicht so freundlich sind.

Das sehe ich genauso. Wir ahnten zu Beginn dieses Tagebuchs nicht, worauf wir uns einlassen. Ganz besonders nicht, als es mich und die Krankenhauszeit betraf. Wir hatten uns als Familie entschieden. Alle Entscheidungen wurden einstimmig getroffen. Manchmal muss man gesellschaftlich Sachen tun, auch wenn sie für einen selbst unangenehm sind. Und das war so eine Sache.

Und wie sah das Feedback konkret aus?

Die meisten Reaktionen waren zunächst einmal positiv. Ich habe mich mit Menschen auf der ganzen Welt vernetzt. Ich habe mit Menschen in der Quarantäne in Spanien und in der Türkei Kontakt gehabt, denen es deutlich schlechter ging, weil bei uns in Deutschland das Gesundheitssystem trotz aller Verwerfungen funktioniert.

Und es gab viel Hilfe: Ich habe zum Beispiel aus dem Isolationszimmer im Krankenhaus ein Bild getwittert. Darauf trug ich eine FFP2-Maske, die ich als Brillenträgerin falsch aufgesetzt hatte. Sobald ich das Bild gepostet hatte, meldete sich jemand und sagte: Achtung, die Maske sitzt falsch. Die Brille muss oben drauf, sonst schließt das nicht ab, und wenn jemand ins Zimmer kommt, könnte der sich anstecken. Das hat mir sehr geholfen und vielen anderen Menschen auch. Denn die Fragen, die ich hatte, hatten andere ja auch, und die Fehler, die ich gemacht habe, machten andere auch. Corona war etwas, das die ganze Welt vereint hat. Wir alle haben eine gemeinsame Erfahrung, ganz unabhängig von dem Ort, an dem wir wohnen. Aber ich habe natürlich auch viel Negatives erlebt, Morddrohungen und Ähnliches. Niemand ist unbelastet aus dieser Krise rausgegangen. In Barth, wo ich damals lebte, rief ein junger Mann bei Facebook dazu auf, ein Erschießungskommando bei mir vorbeizuschicken. Ich machte davon einen Screenshot und twitterte das. In dieser Stadt kennen jeder jeden. Was dieser Mann danach erlebt hat, war vergleichbar mit dem, was mir passiert ist. So wie es mich erschüttert, dass jemand eine Mutter mit Kindern erschießen will, so hat es mich erschreckt, was er für einen digitalen Shitstorm geerntet hat, und zwar aus seinem eigenem Bekanntenkreis.

Sie hätten ihn auch anzeigen können. Wieso sind Sie so milde gegenüber jemand, der Ihnen den Tod wünscht?

Er hatte sich später bei mir entschuldigt. Mir reichte das, wir waren damals alle dünnhäutig. Bei anderen, die mich bedrohen, erstatte ich Strafanzeige. Zuletzt hat mich bei Youtube, Tiktok und Instagram ein Hamas-Unterstützer als „Tötungsobjekt“ markiert. Das ist auch wieder ein junger Mann. Er schickt das in die Runde, erzielt Reichweite, Tausende von Leuten sehen das, und keine 24 Stunden später erlebte ich einen körperlichen Übergriff in Berlin. Weil Terrorunterstützer das lesen und sich berufen fühlen, loszugehen und angelegliche Zionisten zu eliminieren. Das war am 3. Mai, als die Humboldt-Universität besetzt wurde. Ich war als Beobachterin dabei. Danach war ich noch nicht mal zu Hause, da hatte der bekannte Islamist mich in den sozialen Medien schon als Feind markiert – so wie die Hamas, die auch im Netz Videos veröffentlicht, wo Kriegsziele mit diesem roten Dreieck gekennzeichnet werden, damit man sieht, wo gleich die Rakete einschlägt.

Hat Tiktok diese Videos nicht gelöscht?

Bei Tiktok hat der Rechtsstaat vollkommen verloren. Ich habe Anwälte, die sich um so etwas kümmern, und natürlich ist der Staatsschutz eingeschaltet. Der weiß auch, von wem das ausging. Der junge Islamist ist oft Gegenstand von Ermittlungen.

Sie haben während der Pandemie angefangen, zu Demos zu gehen und da quasi Eine-Frau-Gegendemos durchzuführen. Was haben Sie da gemacht und warum?

Das war ein Dialogangebot. „Gegendemo“ ist der falsche Begriff, weil ich ja gezielt dorthin gehe, wo Leute anderer Auffassung sind, um Gespräche mit ihnen zu führen. Ich habe das schon in der Zeit der Flüchtlingsherausforderung erkannt: Jeder geht zur Demonstration seiner Community. Die brüllen sich dann gegenseitig an. Und dann gehen alle nach Hause. Das ist doch nicht zielführend! Darum bin ich bei Corona zu den Leuten gegangen, die gesagt haben, die Krankheit gibt es nicht, und habe ihnen von meiner Erkrankung erzählt. Und diesen Leuten, die so aufgewühlt waren, habe ich gesagt: Ich verstehe, was Sie hierher treibt. Aber schauen Sie doch mal bitte rechts und links, mit was für Leute sie da demonstrieren. Die wollen unserer Gesellschaft schaden. Manchmal bin ich auch schlauer zurückgekommen.

Solche Gespräche kann man ja in der Regel nur mit ein oder zwei Personen führen. Das hat doch überhaupt keine Breitenwirkung, damit erreichen Sie doch nur das ein oder andere Individuum.

Aber das ist total wichtig. Diese Leute waren politikverdrossen. In der Pandemie hat man ja ganz viel Politik nicht gesehen. Dass man in seinem Elend allein war, davon konnte auch ich ein Lied singen. Ich sollte ja auch normal arbeiten, Homeschooling und so weiter bewerkstelligen und war mit der Organisation dessen ziemlich allein. Viele Menschen litten unter dem gesellschaftlichen Pandemiemanagement. Querdenken war dann eine reine Gelddruckmaschine. Da hat man Menschen in Stresssituationen ausgenutzt. Diese Querdenker haben ihre eigene Community geprellt, betrogen, belogen und sich privat bereichert. Darum sitzen die Spitzen der Bewegung jetzt auch vor Gericht oder im Gefängnis. Ich wollte den Leuten, die zum Umsturz der Gesellschaft aufriefen und mit einem Galgen rumliefen, die Schwungmasse nehmen. Dabei habe ich aber auch wirklich anständige Menschen getroffen, die jemanden verloren hatten oder die der Berichterstattung über die Krankheit nicht vertrauten. Wenn man das ernst nimmt, macht man als Politiker etwas, das zur Jobbeschreibung gehört. Politik ist oft ein Ehrenamt, und ich habe versucht, die Ehre der Politik zu retten.

Clips von Ihren Gesprächen wurden auch online gepostet. Wer hat das denn überhaupt gefilmt? Sie selbst mit dem Selfie-Stick?

Bis ich ins Krankenhaus gekommen bin, war alles selbst gemacht, mit sehr bescheidener Medienkompetenz. Aber danach bin ich professioneller geworden und habe Passanten gebeten, mich aufzunehmen. Denen habe ich einfach mein Smartphone in die Hand gedrückt oder gebeten, dass jemand mir hinterher Bilder schickt. Ich treffe dabei sehr nette Menschen, und Kommunikation ist alles.

Ich erinnere mich an einen Auftritt bei einer Demonstration vor dem

Karoline Preisler

Der Mensch

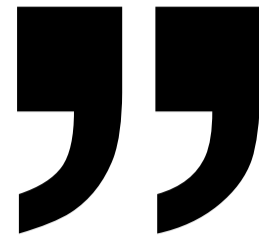
Karoline Preisler, Jahrgang 1971, ist Juristin und Politikerin. Die gebürtige Ost-Berlinerin trat 2013 in die FDP ein und war zunächst kommunalpolitisch aktiv. 2019 trat sie als FDP-Spitzenkandidatin für Mecklenburg-Vorpommern auf der Bundesliste ihrer Partei zur Europawahl an. Von 2014 bis 2023 war sie Vorsitzende der FDP-nahen Arno-Esch-Stiftung. 2021 erschien ihr Buch „Demokratie aushalten! Über das Streiten in der Empörungsgesellschaft“.

Der Aktivismus

Im März 2020 steckte sich Preisler mit dem Coronavirus an und musste im Krankenhaus behandelt werden. Während ihrer Quarantäne veröffentlichte sie auf Twitter ein „Coronatagebuch“. Dadurch erhielt sie viel Aufmerksamkeit in den sozialen Medien und wurde in Talkshows eingeladen. Ihr Aktivismus machte sie aber auch zu einer Zielscheibe für Querdenker und Impfgegner. Im August 2020 ging sie zum ersten Mal zu einer Coronaleugner-Demonstration in Berlin, um mit Kritikern der Coronamaßnahmen zu diskutieren. Seither hat sie sich auch bei Veranstaltungen von Reichsbürgern, Rechtsextremisten und Palästina-Unterstützern mit eigenen Plakaten positioniert, welche die politischen Ziele der Demonstranten hinterfragen.



Am Arm trägt Karoline Preisler ein Sicherheitsarmband, das bei einem Angriff einen extrem lauten Dauerton abgibt



„Jeder geht zur Demonstration seiner Community. Die brüllen sich dann gegenseitig an. Und dann gehen alle nach Hause. Das ist doch nicht zielführend!“

Reichstag, wo Sie neben der Rednerbühne standen, mit einem Schild, auf dem „Bullshit“ stand. Ist das wirklich eine Einladung zum Dialog?

Da war der Redner Rüdiger Hoffmann, ein früherer NPD-Kader, der für einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim verurteilt wurde. Er ist auch ein übler Antisemit. Hoffmann führt seine Versammlungen oft an einem Datum durch, das historisch sehr emotional besetzt ist. Der stellt sich dann am 9. November vor den Reichstag und erzählt sinngemäß, dass eine jüdische Weltherrschaft beseitigt werden müsse. Da ist „Bullshit“ genau die richtige Aussage. In Einzelfällen bin ich schon sehr plakativ. Aber manche Menschen brauchen auch einen Impuls, der drastisch ist, damit man sie erreicht.

Manchmal gelingt es Ihnen bei diesen Demonstrationen, Gespräche mit Teilnehmern zu führen. Aber oft werden Sie auch physisch angegangen, angepöbele. Können Sie erzählen, was Sie da für Erfahrungen gemacht haben?

Da manchem Tagen gibt es sehr viele Gespräche. Und es gibt schlechte Tage, da sind die Leute, die dorthin kommen, bereits so aufgewühlt, dass es zu keinem Gespräch kommt. Manch-

mal fangen die Leute gleich an, einen aufs Übelste zu beschimpfen, „du blöde Fotze“ und so. Dann sage ich: Mit Verlaub, wir können über alles reden. Aber wir müssen uns einig sein, dass wir uns nicht beschimpfen.

Das klingt so, als ob das bei Ihnen bei verbalen Auseinandersetzungen bleibt. Aber viele missliebige Beobachter oder Berichtersteller wurden bei Coronademos ja regelmäßig angegriffen, geschubst, ihr Equipment beschädigt.

Das ist zutreffend. So erlebte ich das auch. Wobei man sagen muss, dass das jetzt bei den Palästina-Demos viel schlimmer ist. Jetzt werde ich angespuckt und bedrängt. Bei den Coronademos war es auch nicht schön. Aber was ich jetzt bei den Palästina-Demos sehe, habe ich noch nie erlebt. Ich wusste nicht, dass diese Art der Brutalität und diese Übergriffigkeit in ganzen Personengruppen so selbstverständlich geworden ist. Bei jeder Demonstration gibt es jemanden, der versucht, mir wehzutun, mit der Fahnenstange nach mir schlägt oder mich anrempelt. Und ich rede hier von Frauen und Männern. Ich mache schon längst keine eigenen Bilder mehr, damit die Hände zum Eigenschutz frei sind, weil es eben nicht nur um meine Plakate geht, sondern um meine Tasche, meine Haare, mein Handy. Es ist nackte Gewalt.

Sind diese Demos überhaupt der beste Ort, um solche Dialoge zu führen? Oder gäbe es vielleicht andere Situationen, wo man nicht mit Leuten konfrontiert wird, die eh schon aufgekratzt und aggressiv sind?

Ich bin ja schon seit den 80er Jahren politisch aktiv, und da gibt es viele Formate. Aber die Bürgersprechstunde und der Wahlkampfstand sind es halt nicht. Denn dort trifft man auf Menschen, die bereits ein demokratisches Grundverständnis haben oder einem eher zustimmen. Im Grundgesetz steht: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Deswegen muss man dahin gehen, wo das Volk ist.

Bei diesen Demos stehen Sie meistens alleine da. Warum benutzen Sie Ihre politische Bekanntheit nicht dafür, um größere Gruppen oder Gegendemos zu organisieren? Als Einzelperson kann man schnell als Provokateurin abgetan werden und hat einen schwächeren physischen Stand gegenüber den Massen.

Es gibt ja Gegenproteste. Allerdings gibt es dann diese Gespräche nicht, weil die Gegendemos räumlich getrennt werden. Wenn man sich mit mehreren Leuten zu einer Demo zusammenschließt, muss man das anmelden, und dann gibt es einen Sicherheitspuffer dazwischen. Und jeder geht nach Hause, ohne dass es eine Kommunikation und einen direkten Kontakt gab. Und was Sie als körperliche Unterlegenheit beschrieben haben, ist auch ein enormer Vorteil. Man sieht eben, dass ich vollkommen harmlos bin. Ich nehme auch immer Blumen mit, weil ich denke: Das Blumenmädchen schlägt keiner.

Es gibt aber sehr wohl Videos, wo sich die Leute feiern, weil sie Sie angerempelt oder beleidigt haben.

Ich weiß. Aber ich glaube, dass so etwas nur in deren Kreisen zieht. Wer darüber lacht, dass eine einzelne Frau fertig gemacht wird, kann einem eher leidtun.

Haben Sie das Gefühl, dass Sie auch wegen Ihres Geschlechts eine besonders willkommene Zielscheibe sind? Menschen, die den politischen Islam unterstützen, sind keine Feministen. Ich kenne ganz großartige Menschen in jeder Religion. Hier geht es um eine ganz bestimmte Personengruppe, die ein Problem damit hat, dass ausgerechnet eine Frau ihnen entgegentritt. Das fällt allerdings auf die Akteure zurück. Im Islam ist das Verhalten, das sie an den Tag legen, haram, also unrein. Einer Frau und Mutter gebührt Respekt. Den lassen sie vermissen. Ich fordere ihn trotzdem ein.



die wunderbare welt des waschsalons (5)

Von **Florian Sulzer**

Johnny und seine Freundin machen Urlaub in Frankfurt. Er arbeitet als Fliesenleger in Australien, genauer gesagt in Canberra. Aufgewachsen ist er in einer eritreischen Familie von Zeugen Jehovas. Er selbst ist kein Mitglied der Zeugen Jehovas, aber der Glaube ist ihm wichtig. In ärmeren Ländern, sagt Johnny, seien die Menschen eher gläubig. „Wenn sie sich nicht auf die Regierung, nicht mal auf die Nachbarn verlassen können, dann halten sie am Glauben fest, die einzige Hoffnung, die sie haben.“

Zehn Tage verbrachte der Fotograf Florian Sulzer in einem Waschsalon im Frankfurter Bahnhofsviertel. Mittlerweile lebt er in Wien ohne Waschmaschine und ist Stammkunde in einem Waschsalon im 16. Bezirk.

großbraumdisco

Ein Abstecher zum Rhein für den experimentellen Kick

Die Monheim Triennale bietet traumhafte improvisatorische Einwüfe in einer Stadt, in der man sich gar nicht zwischen Kölsch und Alt entscheiden will

Monheim ist ein westdeutsches 40.000-Einwohner-Städtchen. Tech- und Chemiefirmen sind hier ansässig, es gibt keinen Bahnanschluss, aber jede Menge Kunst im öffentlichen Raum. Die Mittelstadt liegt am Rhein. Und sie liegt am Äquator.

Denn Monheim ist etwas weniger als 17 Kilometer von Düsseldorf entfernt und etwas mehr als 17 Kilometer von Köln. Ich könnte hier also gut beides abwechselnd trinken, das dunkle Altbier und das säuerliche Kölsch. Monheim liegt am rheinischen Bieräquator.

Ismaily verspricht, einen kriegerischen Song zur Motivation der Deutschen zu spielen

In der Praxis ist die Auswahl weniger groß. Am späten Donnerstagabend bedauert der Barkeeper an der Hotelbar, kein Alt ausschenken zu können. Immerhin bekomme ich eine kühle Kölschstange. Das beruhigt nach einem nervenaufreibenden Reisetag. Die Konzerte des Tages habe ich allesamt verpasst.

Ich bin wegen der Monheim Triennale an den Niederrhein gekommen, ein internationales Musikfestival für improvisierte und experimentelle Musik, das alle drei Jahre nach Monheim kommt, aber auch in den Zwischenjahren ein aufwendig kuratiertes Programm bietet. 2024 ist so ein Zwischenjahr.

Freitagabend in Monheim. Unglücklicherweise steht parallel ein alles überschattendes Großereignis an. Man muss halt damit umgehen können – und die Triennale kann. Der New Yorker Multiinstrumentalist Shahzad Ismaily sitzt am Flügel und spielt einige sanfte Akkorde, dazu improvisiert die indisch-US-amerikanische Sängerin Ganavya Doraiswamy mit ihrer famosen Sopranstimme. „Hey, I heard there’s Fußball going on“, sagt Ismaily zu seiner Partnerin, und prompt erscheint auf der bislang schwarzen Leinwand hinter der Bühne das aktuelle Fernsehbild des EM-Spiels Deutschland – Spanien.

Die beiden kommentieren nun für gute 20 Minuten das Geschehen. Beide haben nicht die blasseste Ahnung von Fußball und thematisieren dies auch lustvoll. „Is the red team Germany?“, fragt Ismaily. Dani Olmo erzielt den spanischen Führungstreffer („Olmo? Sounds German to me!“), und Ismaily verspricht, einen kriegerischen Song zur Motivation der Deutschen zu spielen. Genützt hat es wenig. Aber ich bin ja für die Musik hier.

16 KünstlerInnen sind für fünf Tage an den Rhein gekommen, um zu improvisieren, sich auszutauschen, um spontan Duos, Trios und größere Bands zu bilden. Eine erstaunlich vielfältige Auswahl wurde dabei getroffen, queere KünstlerInnen, People of Colour, Kunstschaffende aus Georgien, Australien und dem Iran sind vor Ort; abgesehen davon liegt der Schwerpunkt eindeutig auf US-KünstlerInnen.

Ich will wissen, wie der erste Festivaltag, an dem ich es zu den Konzerten nicht geschafft habe, verlaufen ist, und die Kollegin sagt: „dreamy“. In ähnlicher Stimmung beginnt der zweite Nachmittag. Den Satz „Ich bin eigentlich kein Dudelsack-Fan, aber ...“ höre ich gleich mehrmals. Gemünzt ist er auf die Schottin Brighde Chaimbeul. Sie spielt eine Smallpipe, bei der der Sack nicht mit dem Mund, sondern über einen Blasebalg unter dem Ellenbogen aufgeblasen wird. Durch die 500 Jahre alte Marienkapelle direkt am Rheinufer wabern hypnotische Drones, die weder nach Highlands noch nach Rheinland klingen. Alleine interpretiert Chaimbeul Philipp Glass – und Monheim scheint in Richtung eines anderen Universums zu schweben.

Nur ein paar Meter von der Kapelle entfernt liegt die „MS Rheinphantasie“ am Anleger der Stadt. Das 85 Meter lange Ausflugsschiff ist Hauptspielort der Triennale, auf der Bühne im abgedunkelten Bauch ist drei Tage lang bis spät in die Nacht Programm. Für ein leises Quartett ist Chaimbeul mit Gitarrist Ismaily, der Sängerin Doraiswamy und der Violinstin yuniya edikwon zusammengesessen, zuvor hat ein Bläser-Trio die schrillen Seite der Impro-Kultur ausgelotet. Ich habe Durst.

Über die Bar auf dem Oberdeck des Partyschiffs weht ein strammer Wind. Auf der Getränkekarte steht doch tatsächlich: „Alt nur in Düsseldorf“. Der Kellner grinst. Kein Problem, wir sind doch hier auf halbem Wege.

Jan Paersch



Monheim am Rhein hält es neben der Musik auch mit der Gänselesel: Eine Gänselesel trägt die Stadt im Wappen und vor dem Rathaus steht der Gänselesel-Brunnen.

ortsgespräch

Rund ums neue Cannabisgesetz: Berliner CDU will bei Verstößen drastische Strafen

Bis zu 30.000 Euro Strafe soll denjenigen drohen, die Cannabis samen aus Nicht-EU-Ländern beziehen. Das sieht der Bußgeldkatalog vor, den die Berliner CDU rund um mögliche Folgen der seit dem 1. April geltenden gesetzlichen Cannabisenteilegalisierung erarbeitet hat. 30.000 Euro für ein paar nichteuropäische Samen sind ganz schön happig. Wer nach dem Wunsch der Berliner CDU einem Minderjährigen direkt vor den Augen eines Polizisten den Rauch seines Joints ins Gesicht bläst, muss sich dieses Fehlverhalten schon 30 Mal hintereinander leisten, um auf diese Summe zu kommen. Kiffen in Nähe von Jugendlichen soll mit 1.000 Euro bestraft werden.

Fragt man herum bei Cannabisaktivisten, die sonst wirklich alles rund um das neue Cannabisgesetz wissen, können die sich auch nicht erklären, warum Samen aus beispielsweise Holland in Ordnung gehen, aus beispielsweise der USA aber nicht. Weil man glaubt, so den Markt besser kontrollieren zu können? Liegt es an der Angst vor amerikanischer Gentechnik?

Die Berliner CDU hat sich bei der Erarbeitung ihrer strafrechtlichen Anti-Kiffer-Maßnahmen erkennbar Mühe gegeben, Cannabis Konsumenten durch die Hintertür erneut zu schikanieren und zu kriminalisieren. Im Zweifelsfall sind sie sogar eine Bedrohung für die Sicherheit des Vaterlandes. Bekifft lässt sich jedenfalls kein Krieg gewinnen, deshalb sollen Soldaten nicht einmal in ihrer Freizeit auf dem Gelände einer Kaserne einen durchziehen dürfen. Und wer zwischen 7 und 20 Uhr in einer Fußgängerzone einen Joint in der Hand hält, soll dafür mit 500 Euro Bußgeld rechnen müssen.

Es ist zugegebenermaßen etwas abgedroschen, der Dämonisierung von Kiffern mit dem Hinweis zu begegnen, wie lasch im Vergleich mit der Volksdroge Alkohol umgegangen wird. Aber es wirkt nun mal nicht besonders ver-

hältnismäßig, dass man sich in Fußgängerzonen zu jeder Zeit besaufen darf, wie man will. Aber sobald man einen Spliff erglühn lässt, soll man ordentlich zur Kasse gebeten werden.

Die Berliner CDU gibt an, man habe keine besonders übertriebenen Strafmaße im Sinn und man orientiere sich bloß an dem, was auch Hamburg plane. Ob der Koalitionspartner der CDU in Berlin, die SPD, die im Bund ja für das neue Cannabisgesetz und die Entkriminalisierung gestimmt hat, die Bußgelder in der Höhe mittragen wird, das steht noch in den Sternen. Bis zum 1. September wünscht sich die Berliner CDU hier eine Einigung.

Dass die hiesige CDU kaum minder rigide gegen Cannabis Konsumenten vorzugehen gedenkt als Bayern, das dem neuen Cannabisgesetz immerhin offen den Krieg erklärt hat, schmeckt der Berliner Cannabislobby natürlich überhaupt nicht. Besonders bitter aber stößt ihr auf, dass bestimmende politische Kräfte in der Stadt ganz offensichtlich mit viel Eifer und Akribie weiter das Bild des Kiffers als potentiell Dauergefährder des Sozialgefüges zeichnen. Und gleichzeitig nicht fähig oder bewusst unwillig sind, den Cannabisclubs, die seit dem 1. Juli laut Gesetz dafür da sind, ihren Mitgliedern Cannabisblüten abzugeben, die obligatorischen Genehmigungen zu erteilen. Berlin hat es wieder mal geschafft, als einziges Bundesland nichts geschafft zu haben. Alle haben es im Gegensatz zu Berlin bekommen, gemäß des Bundesgesetzes Strukturen zu schaffen, die Anträge der Cannabisvereine auf Lizenzen zu bearbeiten. In Berlin sollen das nun die Gesundheitsämter der Bezirke übernehmen. Aber die sagen beinahe unisono: Wir wollen und werden dafür nicht bereitstehen. Wie es nun weitergeht, weiß niemand. Berlin hält sich somit nicht an das Bundesgesetz. Ein derart kriminelles Verhalten sollte ordentlich bestraft werden.

Andreas Hartmann

Rotem Levin (links) bei seiner Deutschlandtour mit Osama Iliwat. Foto: Combatants for Peace/Marc Doradzill



„Liefen Sie uns keine Waffen mehr“

Gesellschaft

Von Gesa von Leesen (Interview)

Sie sind für den Stuttgarter Friedenspreis nominiert: die Combatants for Peace. Die binationale Organisation von ehemaligen israelischen Soldat:innen und einstmals kämpfenden Palästinenser:innen steht für Gewaltfreiheit. Ein Gespräch mit dem Israeli Rotem Levin, der derzeit mit dem Palästinenser Osama Iliwat durch Deutschland reist.

Herr Levin, sind Sie hoffnungsvoll, dass es zu einem Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel kommt?

Hoffnung ist etwas, das wir wählen. Das passiert nicht von alleine, wir müssen uns dafür entscheiden. Und ich finde Hoffnung in vielen Dingen – zuallererst in meiner Verbindung zu Osama und durch diese Tour, die wir machen. Wir treffen jeden Tag viele Menschen, arabische Einwanderer, Juden, Deutsche, und die Reaktionen sind sehr unterstützend. Es fühlt sich tatsächlich sehr gut an, auf diese Weise aktiv zu sein.

Und ja, ich sehe hoffnungsvoll auf diese Verhandlungen, aber ich weiß: Der Frieden, die Lösung und die Befreiung, die wir suchen, wird nicht an einem Tag passieren. Es ist ein sehr langer Prozess. Selbst wenn sie eine Einigung erzielen und die Geiseln zurückbringen und den Krieg beenden, haben wir auf beiden Seiten viel zu tun, um echten Frieden zu erreichen. Diesen Ort, an dem wir gleichberechtigt zusammenleben. In Freiheit für alle, in Sicherheit. Ein Waffenstillstand kann ein erster Schritt sein. Aber wir müssen immer noch die Art und Weise ändern, wie wir im Land leben, denn im Moment funktioniert das System nur für die Juden. Und solange einige Leute nicht in das System aufgenommen werden, solange einige Leute nicht die gleichen Rechte haben wie ich, wird es Widerstand geben.

Combatants for Peace

Seit 2006 begegnen sich bei Combatants for Peace ehemalige israelische Soldat:innen und palästinensische Widerstandskämpfer:innen. Selbst haben sie Gewalt erfahren und/oder ausgeübt und sind zu dem Schluss gekommen: Mit Gewalt ist ihre Heimat nicht zu befreien. Die Combatants organisieren Treffen von Palästinenser:innen und Israel:innen und reisen, um ihre Botschaft von einem gewaltlosen Miteinander zu verbreiten. Aktuell sind nach Angaben der Organisation rund 600 Menschen für Combatants for Peace aktiv.

Wenn ich in den Nachrichten die Demonstrationen in Israel sehe, frage ich mich immer, ob es dabei ausschließlich um die Befreiung der Geiseln geht oder ob sich auch eine Art von Solidarität mit den Palästinenser:innen entwickelt? Ich denke, die Mehrheit ist hauptsächlich an den Geiseln interessiert. Und sie wollen ihre Kinder nicht mehr in den Kampf nach Gaza schicken, weil sie wissen, dass es gefährlich ist. Die Menschen suchen schon nach alternativen Lösungen. Aber viele von ihnen haben keine Hoffnung, sie können keine Lösung finden. Ich würde sagen, dass gerade ein Wandel stattfindet. Immer mehr Menschen beginnen zu erkennen, dass dieser Krieg nicht bald enden wird und dieser Konflikt nicht mit Waffen gelöst werden kann. Die Waffen schützen uns nicht. Nicht die Juden und nicht die Palästinenser. Wenn wir in diesem Land wirklich sicher leben wollen, müssen wir die Richtung ändern.

Sie und Osama Iliwat erzählen, dass Sie in Ihrer Kindheit und Jugend nie echten Kontakt zu Palästinenser:innen beziehungsweise umgekehrt zu Israelis hatten. Wie kann das sein? Die zionistische Bewegung hatte die Idee, einen jüdischen Staat gründen zu wollen. Das bedeutet, dass sie in das Land kamen und Siedlungen nur für Juden bauten. Sie haben ein separates System für Juden geschaffen. Wir leben also in einer getrennten Realität. Juden leben in ihren Dörfern, gehen in ihre Schulen, und Palästinenser leben in ihren Dörfern und gehen in ihre Schulen. Es gibt nur ein paar gemischte Städte mit ein paar wenigen gemischten Schulen. Und im Westjordanland sind die Palästinenser keine Bürger, sie haben keine Menschenrechte. Sie haben nichts. Sie sind vom gesamten System ausgeschlossen.

Wie haben Sie dieses Denken abgelegt?

Ich habe vor elf Jahren in Deutschland an einem Dialog mit Palästinensern teilgenommen. Wir saßen zwei Wochen da und haben über alles gesprochen, und ich habe gesehen, wie emotio-

nal sie waren und wie viel Schmerz sie hatten, als sie mir von ihrer Geschichte erzählten, von ihrer Katastrophe. Und irgendwie konnte ich ihrem Leid nicht gleichgültig gegenüberstehen. Ich wollte mehr über sie und ihre Geschichte erfahren, von der ich noch nie zuvor gehört hatte, also von der Nakba. So wurde ich aktiv. Zunächst habe ich mich auf meine persönliche Veränderung konzentriert. Denn um die Realität zu ändern, musste ich erst Frieden in mir finden. Ich musste mich mit mir selbst versöhnen und mit meiner Gesellschaft, der israelischen Gesellschaft.

Am Anfang war ich sehr voreingenommen meinen eigenen Leuten gegenüber. Ich habe verstanden, dass es ein sehr schmerzhafter und schwieriger Prozess ist, den wir Israelis durchmachen müssen. Und ich habe zu Mitleid mit meinen Leuten gefunden, die immer die Täter zu sein scheinen. Aber – es geht darum, Mitleid mit allen zu empfinden. Denn wir sind alle traumatisiert. Menschen verhalten sich auf bestimmte Weise, weil sie Angst haben, weil sie Schmerzen haben aufgrund des kollektiven Traumas, wegen dieses Systems der Indoktrination, das uns trennt und nicht will, dass wir etwas über den anderen erfahren. Wir müssen Fürsorge und Mitgefühl zulassen gegenüber allen Menschen, die in diesem Land leben.

Hat sich Ihre Arbeit in Israel nach dem Terroranschlag und dem Krieg verändert?

In Israel war es nach dem 7. Oktober etwas heikler, weil die Menschen wieder sehr traumatisiert waren und nicht an Frieden glaubten. Viele Menschen, die davor Friedensaktivisten waren, beschlossen, zur Armee zurückzukehren um zu kämpfen. Es gab also einen Moment von: Wie können wir weitermachen? Denn egal was passiert, wir wenden keine Gewalt an. Es gab also Diskussionen darüber, und nachdem wir uns darauf geeinigt hatten, dass wenn du Teil unserer Bewegung sein willst, du nicht Teil des gewalttätigen Kreises sein kannst, konnten wir die Arbeit fortsetzen. Denn noch einmal: Palästinenser waren nie sicher, sie waren immer in Gefahr. Niemand schützt sie. Nach dem Terroranschlag spüren die Israelis wirklich Gefahr. Sie gehen zurück zur Armee, erwarten aber, dass die Palästinenser nicht Teil des gewaltsamen Widerstands sind oder werden. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sowohl Gewalt gegen die israelische Armee als auch gegen den palästinensischen Widerstand nicht akzeptabel ist. Wenn wir eine neue Realität schaffen wollen, eine friedliche Realität, müssen wir die Gewalt auf beiden Seiten vollständig ablehnen.

Und was machen Sie und Ihr Partner von Combatants for Peace, Osama Iliwat, in Deutschland?

Wir wollten zunächst für zwei Wochen touren, ab Mitte Oktober. Zwei Wochen nach dem 7. Oktober reisten wir zusammen nach Deutschland – und blieben fünf Monate. Wir haben auf den Veranstaltungen über 12.000 Menschen getroffen. An Universitäten, Gymnasien, auf öffentlichen Veranstaltungen. Im Februar sind wir zurück nach Israel und sprachen hauptsächlich mit israelischen Teenagern. Vor dem Militärdienst haben sie ein Jahr Zeit, um sich auf ihren Dienst vorzubereiten, an einer Art vormilitäri-

schen Hochschule. Dann erhielten wir wieder Einladungen aus Deutschland. Jetzt sind wir für den nächsten Monat hier und jeden Tag in einer anderen Stadt.

Friedensaktivist statt Soldat

Rotem Levin, 33, ist in einem Dorf in der Nähe von Tel Aviv aufgewachsen und hat Medizin studiert. Während seines dreijährigen Wehrdiensts bekam er in einem Dorf südlich von Bethlehem den Befehl, Schallgranaten in ein palästinensisches Haus zu werfen. Danach war er schockiert über sich selbst. Er lernte arabisch, befasste sich mit der Geschichte Palästinas und ist mittlerweile überzeugt, dass Israelis und Palästinenser:innen gleichermaßen traumatisiert sind und nur Begegnungen und Kennenlernen zu Frieden führen. Eigentlich lebt er in einem selbst ausgebauten Bus. Den hat er allerdings gerade vermietet, erzählt er und sagt: „Gerade bin ich ein bisschen obdachlos.“

Geht es bei den Diskussionen in diesen Veranstaltungen mal härter zu oder kommen nur Menschen mit ähnlichen Einstellungen?

Wir beginnen zunächst damit, dass wir unsere persönlichen Geschichten teilen. Jeder aus seiner Realität, seiner Gesellschaft, und wie wir zu uns selbst gefunden haben. Wir glauben an gewaltfreien Widerstand, wir leben in Frieden miteinander und wir versuchen, unsere Erkenntnisse über diesen Prozess, diese Versöhnung, zu verbreiten. Es geht um das Zusammenkommen, um die Heilung des Traumas, darum, die Regeln und Rollen von Opfer und Täter loszulassen. Und dann gibt es viele Fragen. Manche Menschen werden von unseren Geschichten herausgefordert, weil es ganz besondere Geschichten sind. Sie bieten ihnen eine neue Strategie, eine neue Perspektive für die Zukunft. Manche Menschen sind verwirrt. Sie haben Angst davor, mit uns zu träumen. Es ist beängstigend, ein Träumer zu sein, weil du den Mainstream verlassen musst. Wir kämpfen nicht für die Israelis oder für die Palästinenser, wir kämpfen für die Menschlichkeit. Und ja, die meisten Leute, ich würde sagen 90 Prozent, unterstützen uns sehr. Und sie sind sehr gerührt und bewegt von unseren Geschichten.

Gibt es gar keinen Widerspruch?

Wir haben immer ein paar wenige, die verärgert sind und kämpfen wollen, sie vertrauen nicht und sie haben Angst. Ich verstehe das, ich war auch so, als ich jünger war. Aber jetzt versuchen wir, eine neue Botschaft zu verbreiten, die uns hilft, gemeinsam voranzukommen, alle Israelis und Palästinenser und auch Deutsche und Amerikaner und alle anderen, denn in diesem Konflikt geht es nicht nur um Israel und Palästina. Und wir können die Reaktionen der Welt auf diesen Konflikt sehen. Wir sind uns auch bewusst, dass es Länder gibt, die mitschuldig sind. Sie schicken Waffen. Und diese Waffen schützen niemanden, nicht die Israelis, nicht die Palästinenser, sie schüren nur noch mehr Hass. Menschen verlieren ihre Lieben, verlieren die Hoffnung in die Zukunft und wollen sich rächen. Deshalb sagen wir, dass wir diese Waffen nicht brauchen. Bitte hören Sie auf, uns Waffen zu liefern. Wir brauchen Heilung. Wir müssen zusammenkommen. Wir müssen uns gegenseitig helfen aus diesen Welten, in die wir hineingeboren wurden.

Das ist Ihre Forderung an die deutsche Regierung: Waffenlieferungen an Israel zu stoppen? Ja.

Wurden Sie bei den Veranstaltungen hier in Deutschland schon mal als antisemitisch bezeichnet?

Ja, bei der evangelischen Akademie in Frankfurt.

Und was sagen Sie dann?

Ich sage, die Deutschen sollten sich zuerst darüber informieren, was Antisemitismus bedeutet. Denn wenn sie denken, dass Kritik an Israel antisemitisch ist, haben sie die Lektion aus dem Holocaust nicht gelernt. „Nie wieder“ heißt: nie wieder für alle. Nicht nur für jemand bestimmten. Wenn wir für nur ein Volk kämpfen, gehen wir in die falsche Richtung, wenn wir kein Mitgefühl haben mit allen Menschen, gehen wir in die falsche Richtung.

Unter dem Titel „Ein gerechter Frieden in Israel und Palästina – eine Utopie?“ berichten Rotem Levin und Osama Iliwat am Donnerstag, dem 18. Juli in Esslingen über ihre Arbeit. Die Veranstaltung des Esslinger Friedenbündnisses mit Unterstützung des DGB Esslingen-Göppingen beginnt um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus, Julius-Motteler-Straße 12. Das Gespräch findet auf Englisch statt und wird übersetzt.

Die Überläuferin

Politik

Von Johanna Henkel-Waidhofer

Politik, sagt die Bundestagsabgeordnete Melis Sekmen, muss den Mut haben, unbequeme Realitäten zu benennen, „auch wenn es nicht in die eigene politische Erzählung passt“. Für sich selbst allerdings strickt die Ex-Grüne und Neo-CDUlerin aus Mannheim eine reichlich dubiose Legende.

Der Empfang für Melis Sekmen war überaus herzlich: Mit Applaus und Küsschen, viel Anerkennung und „großem Respekt“ (CDU-Bundeschef Friedrich Merz) für ihren Schritt wurde die 30-jährige Mannheimer Bundestagsabgeordnete in der vergangenen Woche – nach ihrem Wechsel von den Grünen zur Union – von ihren künftigen Fraktionskolleg:innen begrüßt. Vorerst hat sie in der CDU/CSU-Fraktion Gaststatus, was ihr den ersten Offenbarungseid schon mal ersparte. In der letzten Plenarwoche vor der Sommerpause versuchte die Union erfolglos, das deutsche Lieferkettengesetz zu Fall zu bringen. Als sie noch Grüne war, hatte Sekmen immer wieder dafür geworben, „eine nachhaltige und soziale Handelspolitik zu etablieren“. Denn: „Wen von uns lassen Berichte über menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in Textilfabriken in Süd-asien, über Kinderarbeit auf Kakaoplantagen in Westafrika oder über den Abbau des Konfliktrohstoffs Coltan in Zentralafrika nicht empört, aber doch ratlos zurück?“ Als grüne Obfrau im Wirtschaftsausschuss des Bundestags war Sekmen immer Anhängerin strenger Regelungen und ganz nebenbei auch stolz auf Mannheim als „Fairtrade-Town“.

men, sondern konkret ein Kreuzchen für die Liste eins der Grünen und namentlich für grüne Kandidat:innen empfohlen. In ihrer Heimatzeitung, dem „Mannheimer Morgen“, vertrat sie am vergangenen Wochenende in einem langen Interview die Ansicht, Kommunalwahlen seien immer Personenwahlen, und dass sie Leute unterstützt habe, „die ich inhaltlich sehr gut finde und von denen ich finde, dass wir sie dringend im Gemeinderat brauchen“. Eine davon ist ihre Nachrückerin Regina Jutz, die als größte Herausforderung beschreibt, dass „die Politik den Klimawandel endlich angehen muss“, weil eigene Verhaltensänderungen allein nicht reichen. Auch Sekmen war überzeugt, dass es „echten Klimaschutz nur mit starken Grünen gibt“. Inzwischen rühmt sie bloß noch vage den „positiven Geist“ des neuen CDU-Grundsatzprogramms, das zum Thema Erderwärmung nur ziemlich allgemeine Einlassungen bietet. Dabei hat sie noch am Tag nach den Europa- und Kommunalwahlen ihrer – inzwischen früheren – Partei gute Ratschläge gegeben, den Menschen zu zeigen, „dass wir einen klaren Kurs haben, wenn es darum geht, Zuwanderung zu steuern“ oder Klimaschutz und Wirtschaft zusammenzudenken. Dabei ist die Idee, mit grünen Ideen



Wechselt auch schnell von grün zu anderen Farben: Chamäleon. Foto: towi, CC BY-NC-SA 2.0

saal dieses Problem wieder aufgerufen. Gelegenheit für die frischgebackene Christdemokratin, mit guten Argumenten für eine Revision bisheriger schwarzer Positionen zu fechten. Denn bisher gilt das Urteil von Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz über die Neuregelungen, wonach „nie in der Geschichte unseres Landes eine Regierung so klar gegen die Interessen der Bevölkerung regiert“ habe. Sein Fraktionsvize Alexander Dobrindt (CSU) sieht sogar den deutschen Pass „verramsch“ durch die Politik der Ampel. Und der Heilbronner Abgeordnete Alexander Throm, Kollege der bejubelten Überläuferin in der baden-württembergischen Landesgruppe, spricht vom „Staatsangehörigkeitsentwertungsgesetz“, mit dem die Ampel vor allem neue Wählerschichten „generieren will“, vom Ausschütten der Staatsbürgerschaft mit der Gießkanne. Ob die Mannheimerin da dagegehalten kann oder darf? Immerhin hat Merz im Zusammenhang mit Forderungen, sie möge ihr Mandat zurückgeben, ein großes Wort gelassen ausgesprochen: Sekmen sei frei gewählte Abgeordnete und nur ihrem Gewissen verpflichtet.

Apropos Mandat: Die frühere Gemeinderätin ist über die grüne Landesliste in den Bundestag eingezogen, hat ihr Mandat dort also ganz wesentlich ihrer Partei zu verdanken. Beim Listenparteitag 2020 in Heilbronn hatte Sekmen nach einem engagierten Vorstellungsauftritt einen der aussichtsreichen vorderen Plätze ergattert. „Jetzt ist es unsere Verantwortung, mit unseren grünen Ideen und unseren Konzepten die Menschen zu überzeugen und mit einem konsequenten Klimaschutz und einer grünen Sozialpolitik dafür zu sorgen, dass unserer Gesellschaft und Wirtschaft die Transformation gelingt“, hatte sie damals gesagt und sich „mit Herzblut und Verstand“ angeboten, weil „Grünen Unterschied macht“.

Bisherige Überläufer:innen blieben politisch glücklos

Keineswegs ist Melis Sekmen die erste Parlamentarierin aus dem Südwesten, die die Seiten wechselt. Allerdings wäre sie die erste, die nach dem Übertritt so Fuß fassen könnte, dass es für ein Mandat in der folgenden Legislaturperiode reicht. Drei Landtagsabgeordnete gingen im Laufe der Zeit von den Grünen zur CDU. Die Erklärungen dafür waren immer ähnliche. Heike Dederer zog 2005 die Konsequenzen aus ihrer zunehmenden Entfremdung gegenüber grüner Wirtschafts- und Finanzpolitik und ging zur CDU unter Ministerpräsident Günther Oettinger, der es überhaupt ganz gut konnte mit den Leuten von der einstigen Alternativpartei. „Der grüne Laubfrosch hüpfte weiter“, urteilte der SWR damals. Allerdings nur in die Ministerial- und später nach Hessen in die Landtagsverwaltung. Die erhoffte Rückkehr in die Politik hingegen blieb ihr ebenso verwehrt wie Michael Jacobi, ihrem Ehemann, der die Landtagsfraktion der Grünen 2007 verließ.

Sekmen hätte mit dem inzwischen 69-Jährigen telefonieren können, der sich unter anderem als Autor im ziemlich rechtskonservativen „Einblick“ von Roland Tichy betätigt. Mit seinen Texten soll er dort die „liberal-konservative Elite“ ansprechen, die vom „bevormundenden Mainstream-Journalismus“ genug habe und „die Wahrheit“ vertrage. Vermutlich hätten die Mannheimerin Sekmen und der eigensinnige Oberschwabe Metzger etliche Gemeinsamkeiten gefunden – auch dazu, wie sich Abgeordnete

und ihre Partei auseinanderleben können. In einem wichtigen Punkt jedoch liegen Welten zwischen den beiden, denn Metzger hat sein Mandat 2007, damals im Landtag sitzend, zurückgegeben, wiewohl er der Südwest-CDU damit zur absoluten Mehrheit hätte verhelfen können. Sekmen hat das nicht vor.

Sekmen nimmt in Anspruch, was sie früher kritisierte

Die Ex-Grüne misst hier mit zweierlei Maß; als 2017 ihr Parteifreund Thomas Hornung, im Brotberuf vorübergehend Pressesprecher der Fraktion der Grünen im baden-württembergischen Landtag, im Mannheimer Gemeinderat die Seiten wechselte und zur CDU ging, wusste Sekmen ganz genau, dass er sein Mandat zurückzugeben habe. Und bedauerte, dass dieser Wechsel „leider den Eindruck derjenigen bestärkt, die Politikern immer wieder unterstellen, ihr Engagement nur zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen“.

Hornung blieb damals, weil er, so begründete er es, durch Kumulieren und Panaschieren ein gutes persönliches Ergebnis erzielt habe und den Wählerauftrag weiter wahrnehmen werde. Sekmen argumentiert heute – das Sein bestimmt das Bewusstsein – genauso, fühlt sich ihrem Mandat sogar verpflichtet, offenbart allerdings auch ein Missverständnis, wenn sie sich in der Facebook-Erklärung an die „Follower und Followerinnen“ wendet, die sie meint mitnehmen zu können zur CDU: „Ich bleibe eure Melis, ihr könnt euch darauf verlassen, ich werde für euch weiterarbeiten.“ Was nicht wenige der Angesprochenen jedoch gar nicht wollen. „Ihren Gesinnungswandel muss man respektieren, Ihr Festhalten an einem politischen Amt, das Ihnen nur durch die Wählerstimmen der grünen Partei zugefallen ist, nicht“, antwortet einer. „Ihre persönliche ‚Weiterentwicklung‘ in Ehren – ein Listenmandat ist keine Erbpacht und nicht alles, was rechtens ist, ist richtig“.

Eine Streitfrage, in der die Langzeitstudentin diametral anderer Meinung als ihre neue Partei ist, betrifft eine mögliche künftige CDU-Kandidatur für den Bundestag und damit die eigene Zukunft in spezieller Weise. Denn Sekmen ist zwar Anhängerin des im März 2023 beschlossenen neuen Bundestagswahlrechts, das unter anderem den Verzicht auf Überhangmandate vorsieht. Sie hat aber, wenn die beschlossenen Neuerungen vor Gericht bestehen, gute Chancen, auch dessen Opfer zu werden. „Der Bundestag wird kleiner“, freut sie sich im März 2023. Die Reform sei „längst überfällig und notwendig“, und ihr persönlich sei ein arbeitsfähiges, vielfältiges Parlament sehr wichtig: „Hätten wir nicht eingegriffen, wären bis zu 900 Abgeordnete möglich und die Kosten, die am Ende von Steuerzahler:innen und Steuerzahlern übernommen werden, weiter gestiegen.“ Sie hofft auf vielfältige, die Gesellschaft widerspiegelnde Listen. Auf diesem Wege, über einen Listenplatz, hätte sie aber ebenso wie als Mannheimer Direktkandidatin – Stand heute – keinerlei Chance auf einen Einzug in den Bundestag, selbst bei einem sehr guten Ergebnis der Südwest-CDU.

Jetzt hat sie erst einmal den Aufnahmeantrag an den Kreisverband Mannheim gestellt, die Annahme ist Formsache. Und dann wird sie ausgetestet können, ob sie die bei den Grünen vermisste Debatte in der Union findet. Die „Meinungskorridore“ seien ihr zu eng geworden. In ihrer alten Partei wollte sie für die Verbreiterung nicht sorgen.



Jetzt schwarz: Melis Sekmen. Foto: HYP/Yerlikaya

Großstadthintergrund wie sie haben in der Unionsfraktion nur wenige. Jetzt wird Sekmen dort die Jüngste sein und eine der ganz wenigen mit türkischen Wurzeln. Die christlich-demokratischen und christlich-sozialen Volksvertreter:innen und vor allem bürgerliche Medien jubilierten darüber um die Wette. „Mehr CDU-DNA geht kaum“, trompeten die Gen-Expert:innen von „Bild“, weil Sekmens Familie durch viel Arbeit und Leistung den gesellschaftlichen Aufstieg geschafft habe. Und das Magazin „Fokus“ dreht gleich das ganz große Rad, thematisiert eine mögliche Vorbildwirkung und sinniert jetzt über die verlockende Frage, ob „die Grünen-Abgeordneten das sinkende Schiff verlassen“. Der nordbadische Regionalsender RNF mutmaßt, dass der Vorgang eine Symbolkraft hat, die gar nicht hoch genug einzuschätzen sei. Sogar in die Primetime-Nachrichten des Fernsehens hat es die Überläuferin geschafft, nicht zuletzt mit ihrem Bekenntnis, dass „meine Entscheidung das Ergebnis eines langen Prozesses ist“.

Jedoch stimmt da was nicht. Noch am 9. Juni hatte Sekmen nicht nur aufgerufen, an der Europa- und der Gemeinderatswahl teilzuneh-

schwarzen Zahlen zu schreiben, doch älter als sie selber.

Neben Lieferketten und der konkreten Ausgestaltung von Klima- und Umweltschutz ist die Migrations- und Flüchtlingspolitik das zentrale Thema, bei dem die Positionen von Union und Grünen nicht einmal annähernd deckungsgleich waren und sind. Noch vor vier Wochen waren sich Sekmen und der nordbadische CDU-Bezirksvorsitzende Moritz Oppelt heftig in die Wolle geraten über die Migrationspolitik. Anlass bot die Debatte rund um die tödliche Messerattacke auf einen Mannheimer Polizisten und die Bewertung der Gefahren durch den Islamismus. Sekmen verteidigte das neue Ausländerrecht, denn „ein modernes Einwanderungsland braucht ein modernes Staatsangehörigkeitsgesetz“. Allein in Mannheim lebten Menschen aus circa 170 Ländern, „sie sind Teil unserer Gesellschaft, leisten für unser Land und zahlen Steuern“, und da sei es an der Zeit, „dass wir ihnen unsere Anerkennung und Wertschätzung für deren Lebensleistung ausdrücken und ihnen endlich die politische Teilhabe ermöglichen“.

Gewiss wird demnächst im Unionsfraktions-

Wessen Heidelberg?

Politik

Von Philipp Rajwa, Mara Renner,
Till Gonsler, Ulrike Husemann
und Lena Hill

Eine neue Medienplattform will in Heidelberg die Demokratie beleben, doch die Nähe zu Parteimitgliedern des bürgerlichen Lagers sorgt für Kritik: Soll verdeckt Einfluss genommen werden? Die Beteiligten zeigen bislang wenig Interesse, für Transparenz zu sorgen.

„Was ist dein Lieblings-Viertel?“ „Was ist dein Lieblings-Restaurant?“ Mit einem Straßeninterview zu Fragen wie diesen wagt sich am 28. März 2024 der Kanal „Unser Heidelberg“, kurz @unser.hd, auf Instagram erstmals in die Schlacht um die Aufmerksamkeit der scrollenden Heidelberger:innen. Der Interviewer im Video, dunkelblond und sneakertragend, verrät seinen Namen nicht – wir nennen ihn einfach mal Tom. Er stellt weder sich noch den Kanal vor. Schnell folgen weitere Straßenumfragen.

Die Interview-Videos kommen gut an und erreichen zehn-, teilweise hunderttausende Views. Inzwischen folgen dem Account auf Instagram rund 35.000 Menschen (Stand: 9. Juli), fast so viele wie der lokal dominierenden „Rhein-Neckar-Zeitung“, über 10.000 mehr als dem „Mannheimer Morgen“. Falls es in diesem Tempo weitergeht, könnte „Unser Heidelberg“ bald alle regionalen Medien überholen.

Für die steigenden Abozahlen sind auch Gewinnspiele verantwortlich. Tom verlost regelmäßig Smartphones und teure Kopfhörer. Die Plattform betreibt zudem einen WhatsApp-Kanal, auf dem sich Neuigkeiten und Veranstaltungstipps mit weiteren Verlosungen abwechseln. Die Gewinne werden von Firmen gesponsert, die in diesem Zusammenhang auch namentlich erwähnt werden.

Irgendwann scheint „Unser Heidelberg“ sogar Geld zu verschenken. In Videos klebt eine Person Sticker mit dem Logo der Plattform an Orte in der Innenstadt. Unter den Stickern: 50-Euro-Scheine. Wer dem Account folgt, erfährt, wo das Geld versteckt ist. Woher diese Scheine stammen, wird nicht erklärt.

Wie das alles finanziert wird, die Filmcrew, das Equipment, die Postproduktion, das bleibt unklar, bis irgendwann ein Impressum erscheint. Der Zeitstempel der angepinnten Story weist darauf hin, dass spätestens seit dem 1. Mai öffentlich bekannt ist, wer „Unser Heidelberg“ betreibt: Der Verein „Bürgerforum Heidelberg“, zu dem Zeitpunkt noch in Eintragung, gegründet am 21. März 2024. Außer den Namen der beiden Vorsitzenden sind zu diesem Zeitpunkt nur wenige Informationen über den Verein bekannt.

Mit einem Video zur Kommunalwahl beginnt der Ärger

Am 5. Mai kündigt Tom in einem Video an, künftig auch über die anstehende Kommunalwahl zu berichten. „Unser Heidelberg“ wolle seinen Zuschauer:innen dabei helfen, „die wichtigsten Neuigkeiten der Stadt zu verstehen“. Er fordert auf, Vorschläge für Fragen einzureichen.

Bereits einen Tag später, am 6. Mai, folgt das erste politische Video. Tom behauptet, dass Heidelberg durch Abwanderung von großen Unternehmen bereits über 32 Millionen Euro an Gewerbesteuererinnahmen verloren habe. Zudem habe eine Mehrheit des Gemeinderats die Ansiedlung von Unternehmen, wie dem Pharmakonzern Eli Lilly, verhindert. Als Belege werden im Video Screenshots eingeblendet, die Überschriften von Medienberichten und die damalige Zusammensetzung des Gemeinderats zeigen.

Das Video sorgt für Ärger, hunderte Kommentare werden darunter gepostet. Manche unterstellen der Plattform Populismus und fragen nach Quellen, andere meinen, in den Inhalten des Videos ein Versagen rot-grüner Politik zu erkennen. Die Stadträte Matthias Kutsch (CDU) und Felix Grädler (Grüne) diskutieren darüber, ob die Grünen die Ansiedlung von Unternehmen in Heidelberg verhindern hätten. Einige Wochen später wird Grädler als Reaktion auf das Video eine Gegendarstellung mit Faktencheck auf seiner Website veröffentlichen.

„Unser Heidelberg“ fehlt bei der ganzen Diskussion. Vonseiten der Plattform gibt es keine Moderation in den Kommentaren, es wird weder auf Kritik eingegangen, noch werden Quellen nachgereicht.

Aber bald nach dem ersten Video zur Kommunalwahl, am 9. Mai, wird das erste von vielen Straßeninterviews mit Politiker:innen veröffentlicht. Den Anfang macht der SPD-Politiker Sören Michelsburg, der zu fehlendem bezahlbarem Wohnraum und bundesweiter Kritik an der SPD befragt wird. Am nächsten Tag folgt ein Interview mit Nicole Marmé,

CDU. Sie darf die Wirtschaftspolitik ihrer Partei erklären und Parallelen aus dem Wahlprogramm zur Bundespolitik herstellen. Das zentrale Thema: Sicherheit. Es folgen Interviews mit Kandidierenden der FDP, der Wählerinitiative „Die Heidelberger“, der Linken und der Grünen, wobei die Fragen sehr unterschiedlich und teils stark suggestiv sind. Auch Heidelberger Bürger:innen werden in Straßenumfragen nach kommunalpolitischen Themen oder Wahl Tendenzen befragt.

Ein trojanisches Pferd?

Schnell kommt in den Kommentaren zu „Unser Heidelberg“ der Vorwurf auf, der Account würde verdeckte Wahlwerbung für bürgerliche Parteien betreiben. Kritisiert wird die Auswahl an vermeintlich kritischen Fragen für progressive Parteien, während liberal-konservative Politiker:innen meist ihre eigenen Positionen ausführen dürften. Tatsächlich bleibt zunächst unklar, wie die Fragen an die Politiker:innen ausgewählt werden.

Plötzliche und große Aufmerksamkeit erhält „Unser Heidelberg“ dann am 27. Mai. Der von Studierenden betriebene Meme-Account „Uni Heidelberg Quotes“ (UHQ) veröffentlicht eine

digiten Listen, wobei unklar bleibt, ob diese vorab um eine Stellungnahme gebeten wurden. Und manche Anschuldigungen lassen sich nicht aus den vorgelegten Belegen ableiten, vieles ist spekulativ.

Der Post von UHQ sorgt auch hinter den Kulissen für Bewegung. Seitdem kommen bei „Unser Heidelberg“ nur noch Politiker:innen von CDU, FDP und Die Heidelberger zu Wort. Die Grünen und Die Linke bestätigen auf Anfrage, dass beide Parteien sich gemeinsam mit der SPD dazu entschlossen hätten, die Plattform zu boykottieren.

Demokratie fördern – aber ohne Transparenz

Weder die betroffenen Listen noch „Unser Heidelberg“ reagieren offiziell auf den UHQ-Post. Stattdessen teilt „Unser Heidelberg“ in der eigenen Instagram-Story am 28. Mai einen Link zu den FAQ auf ihrer Website. Die Plattform gibt an, dass der dahinterstehende Verein, das Bürgerforum Heidelberg, „lebendige Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Weltoffenheit“ fördern wolle. Mit „Unser Heidelberg“ sollen junge Menschen nach relevanten Themen befragt werden, um diese an Heidelberger Politiker:innen weiterzugeben. Zur Kritik, dass manche die Straßenumfragen mit Politiker:innen als tendenziös empfinden, erklärt „Unser Heidelberg“, die Fragen würden auf Grundlage von Bürger:innenfragen in der Redaktion gemeinsam ausgewählt. Die Redaktion bestehe dabei aus zwei Vorstandsmitgliedern des Bürgerforums sowie zwei externen Experten – Namen werden nicht genannt.

Mit dem Beitrag von UHQ wird eine breitere Öffentlichkeit erstmals auf den neuen Verein Bürgerforum Heidelberg aufmerksam. Im Impressum werden Heino Freudenberg und Marina von Achten als Vorsitzende genannt. Beide stammen aus bekannten Unternehmerfamilien, sind unternehmerisch tätig und waren zeitweise in verschiedenen Ehrenämtern aktiv, doch als Akteur:innen in der Heidelberger Kommunalpolitik waren sie bisher nicht bekannt.

Um einen Verein zu gründen, benötigt es sieben Personen, Ende Mai waren nur zwei Mit-

seiner Projekte. CDU, FDP und Die Heidelberger reagieren darauf mit eigenen Statements, in denen sie jegliche organisatorische oder finanzielle Verbindungen zum Bürgerforum verneinen. Am 3. Juni veröffentlicht das Amtsgericht Mannheim schließlich den Vereinsregistereintrag des Bürgerforums. Darin wird Tilman Segler als Schatzmeister aufgeführt. Segler ist Bezirksbeirat für die FDP, er kandidiert auf deren Liste für den Gemeinderat. Auf seinem Kandidierendenprofil gibt er verschiedene Ehrenämter an – seine Position im Vorstand des Bürgerforums Heidelberg fehlt. Wir fragen bei ihm nach, warum er diese Position nicht bekannt gegeben hat und ob er seine Mitgliedschaft während des Wahlkampfes ebenfalls ruhen lässt. Statt zu antworten, lässt er den Eintrag auf seinem Profil ergänzen. Auch in einer Stellungnahme der Heidelberger FDP auf eine Anfrage von uns wird seine Rolle im Bürgerforum nicht erwähnt. Auf Rückfrage, warum nicht, teilt FDP-Schatzmeister Sebastian Heimbuch mit, dass er davon keine Kenntnis hatte.

Ebenfalls am 3. Juni lädt „Unser Heidelberg“ ein Interview mit Bürgermeister Jürgen Odszuck (CDU) hoch. Erstmals wird ein Mitglied der Stadtverwaltung interviewt, die sich traditionsgemäß vor Wahlen neutral verhält. Tom fragt Odszuck im Interview nach seiner „skurrilen Erfahrung“ im Amt, als Antwort erwähnt er die andauernden Artenschutzmaßnahmen für die Mauereidechse.

Eine Parabel publizistischer Unvernunft

Auch Odszuck fragen wir nach dem Zustandekommen des Interviews, ob es Absprachen zwischen ihm und dem Bürgerforum gab und ob ihm die Kritik an der Plattform zuvor bekannt war. Odszuck antwortet, er sei in seiner Funktion als Bürgermeister angefragt worden, das Gespräch habe bereits Mitte Mai stattgefunden. Und ergänzt: „Der Kanal war für mich nicht als parteipolitische Plattform erkennbar und dem Neutralitätsgebot vor Wahlen bin ich im Gespräch voll und ganz nachgekommen.“

Gleichzeitig wird auf der Homepage von „Unser Heidelberg“ ein Artikel zur Problematik



Spezialität von „Unser Heidelberg“: Straßeninterviews.
Foto: Till Gonsler

umfangreiche Recherche, die der Plattform verdeckte Wahlwerbung für die Gemeinderatsfraktionen von Die Heidelberger, CDU und FDP vorwirft. Dafür wählt der Account das Meme eines trojanischen Pferds. Als Belege werden Screenshots und öffentliche Quellen verlinkt.

Unter anderem macht UHQ darauf aufmerksam, dass viele der Gewinnspiele auf dem WhatsApp-Kanal von „Unser Heidelberg“ von Firmen gesponsert werden, deren Inhaber:innen auf Listen von CDU, FDP und Die Heidelberger für den Gemeinderat kandidieren. Auf Nachfrage an die jeweiligen Parteien, wie die Kooperationen zustande gekommen sind, antwortet die FDP, dass Unterstützung im kulturellen und sportlichen Bereich für Unternehmen nicht unüblich sei und damit versucht werde, dem Fachkräftemangel durch Recruitment entgegenzuwirken. Auch Die Heidelberger erklären, die ihnen nahestehenden Unternehmen hätten den Instagram-Kanal lediglich als Werbepattform nutzen wollen. Die CDU antwortet nicht.

Weiterhin kritisiert UHQ, dass „Unser Heidelberg“ über seinen WhatsApp-Kanal auf Wahlkampfveranstaltungen hinweist, etwa die „Start-up Talkrunde“ der Wählerinitiative Die Heidelberger. Auf Anfrage erklären Die Heidelberger, dass weder sie das Bürgerforum beauftragt haben, dafür zu werben, noch das Bürgerforum von sich aus angezeigt habe, Wahlwerbung zu schalten. Außerdem sei zwischen der Wählerinitiative und dem Bürgerforum kein Geld geflossen.

Der UHQ-Beitrag geht viral und wird oft geteilt. Allerdings fehlen darin Stellungnahmen von „Unser Heidelberg“ und den beschul-

glieder des Bürgerforums namentlich bekannt. Am 31. Mai dann aktualisiert „Unser Heidelberg“ die FAQ seiner Website und gibt darin bekannt, dass die Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDP und Die Heidelberger zu den Mitgründer:innen des Vereins gehören, ihre Mitgliedschaften während des Wahlkampfes jedoch ruhen lassen würden, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Wenige Wochen zuvor wurden zwei der Fraktionsvorsitzenden, Nicole Marmé (CDU) und Larissa Winter-Horn (Die Heidelberger), noch von „Unser Heidelberg“ interviewt – ihre Verbindung zum dahinterstehenden Verein machten sie dabei nicht öffentlich. Warum erfolgte diese Bekanntgabe nicht früher? Auf Anfrage reagiert der Verein zwar, beantwortet diese spezielle Frage aber nicht, sondern betont in einer allgemeinen Stellungnahme seine Unabhängigkeit: „Das Bürgerforum und seine Aktivitäten sind spendenfinanziert. Absprachen oder eine Finanzierung durch Parteien gibt es nicht. Umgekehrt finanziert das Bürgerforum auch keine Parteien. Kein Mitglied profitiert persönlich von den Aktivitäten des Bürgerforums.“

Der Schatzmeister des Vereins kandidiert für die FDP

Als Reaktion auf die bekannt gewordene Verbindung führender Köpfe aus CDU, FDP und Die Heidelberger mit dem Bürgerforum fordern daraufhin neun Parteien und Listen aus dem Gemeinderat in einer gemeinsamen Erklärung transparentere Kommunikation. Sie kritisieren das Bürgerforum und fordern die Einstellung

der Mauereidechsen veröffentlicht, der eine Gemeinderatsinitiative der CDU ankündigt und mit der Frage schließt, ob sich im „mehrheitlich grün-rot-roten Gemeinderat die notwendige Mehrheit“ dafür finde. Verfasst wurde der Text von der Contentagentur HAAS Publishing, die zur selben Mediengruppe wie die Tageszeitung „Mannheimer Morgen“ gehört. In der Tatsache, dass beide Unternehmen den Wahlkampf redaktionell behandelt haben, sieht die HAAS Mediengruppe auf Anfrage jedoch keinen Interessenkonflikt. Es handele sich um eigenständige Unternehmen mit unterschiedlichen Redaktionen, und der „Mannheimer Morgen“ unterhalte keine Beziehungen zum Bürgerforum.

Mit dem Vorhaben, junge Menschen für Demokratie zu begeistern, hat sich das Bürgerforum Heidelberg ein ehrbares Ziel gesetzt, doch die schnell erlangte Reichweite geht auch mit Verantwortung einher. Versuche, diese einzufordern, enden an einer Mauer des Schweigens. Inzwischen ist „Unser Heidelberg“ ein Symbol der Spaltung im politischen Heidelberg geworden. Wir hätten gerne Tom gefragt, wie er sich damit fühlt, weil er als Moderator das Gesicht der Plattform ist. Erst zeigt er sich offen für eine Stellungnahme, doch dann erhalten wir eine neue Nachricht: Er wolle sich nicht mehr dazu äußern.

Der vorliegende Text ist die gekürzte und leicht aktualisierte Fassung eines Artikels, der am 7. Juni 2024, kurz vor den Kommunalwahlen, in der Heidelberger Studierendenzeitschrift „ruprecht“ erschien.



Die Häuser waren mal bewohnt und hübsch, bis sich keiner mehr kümmerte.
Fotos: Joachim E. Röttgers

Leerstand im Dschungel

Seit 30 Jahren streiten Stadt und Kreisbaugenossenschaft Böblingen um die Neubebauung der Hohenstaufenstraße. In der Zwischenzeit gammeln mehrere Wohnblöcke vor sich hin und ein kleiner, innerstädtischer Urwald ist drumherum gewachsen. Doch jetzt tut sich was. Vielleicht.

Gesellschaft

Von Anna Hunger

Der Dschungel liegt in Böblingen rund um die Ruinen der Hohenstaufenstraße und ist außerordentlich hübsch. Direkt vor der Eingangstür eines dieser alten, verfallenen Mehrfamilienhäuser wächst ein Baum, der über die Jahre stattliche Ausmaße angenommen hat. Wein rankt in zersplitterte Fenster, Buschwerk hat den Raum zwischen den Gebäuden nahezu undurchdringlich bewuchert, eine mittelgroße Eiche ist auf dem Weg, eine große zu werden, und unter einer rostigen Wäschestange, wie

sie alte Häuser gerne mal haben, blühen kleine Blümchen in gelb und lila. Igel soll es hier geben, Eidechsen, Spechte, sogar ein Eichelhäher wurde in diesem kleinen wilden Wald mitten in der Stadt schon gesichtet. Vor einem der Häuser steht seit Jahren ein Schuttcontainer, in dem momentan Hunderte gut gelaunter Mückenbabys darauf warten, endlich zu Blutsaugern zu werden. Warum auch immer da ein Container steht: Seit gut 30 Jahren wird an dieser Stelle weder saniert noch abgerissen noch neu gebaut.

Dabei wäre es doch lohnenswert gewesen, diese Wohnungen irgendwann in der Vergangenheit mal instand zu setzen.

Die Häuser gehören der Kreisbaugenossenschaft Böblingen, errichtet wurden sie in den Dreißigerjahren, vor dem Zweiten Weltkrieg. Anfang der Neunziger ließ die Kreisbau drei der alten Gebäude abreißen und neue, massivere hinbauen. Eine Entwicklung, die die Stadt Böblingen wenige Jahre später stoppte: Die noch geplanten neuen Gebäude seien zu groß und zu klobig. Der Bebauungsplan änderte sich, schrieb kleinere Häuser vor und mehr grün, die Baugenossenschaft war sauer und fand das nicht wirtschaftlich. Dann war Sendepause. Und so verfielen die fünf Häuser auf der – vom Blumenladen Stierle-Wagner aus betrachtet – rechten Straßenseite mit jedem Jahr ein bisschen mehr. Auch auf der linken Straßenseite gehören der Kreisbau mehrere Mehrfamilienhäuser, da sieht es aber nicht so schlimm aus.

Dann aber! 2018 in einer Sitzungsvorlage des Gemeinderats findet sich der Vermerk: „Über einen längeren Zeitraum hinweg wurde in mehreren Gesprächsrunden zwischen Verwaltung und Kreisbaugenossenschaft versucht, das richtige Maß für eine Nachverdichtung zu finden.“ Wieder änderte die Stadt den Bebauungsplan für das Gebiet, die Kreisbau legte neue Pläne vor. Etwa 50 Wohnungen sollten neu gebaut werden.

Zu viele Autos für die kleine Straße

Den Plänen allerdings widersprachen die Nachbarn: Zu dicht, zu groß, „grüne Durchblicke“ würden versperrt, stattdessen gäbe es bestimmt nur noch Sicht auf eine Mauer, außerdem würden so viele neue Bewohner:innen zu viele Autos in dieser kleinen Straße abstellen, und die Abluft der angedachten Tiefgarage würde möglicherweise zu Lärmbelästigung führen und/oder Abgase auf die eigene Terrasse blasen. Auch die Platzierung der Mülltonnen war Thema: wegen Geruchsbelästigung und möglichem Ungeziefer. Andere ärgerten sich, dass die Kreisbau nun höher bauen dürfte, als sie selbst, dabei hätten sie das auch gerne getan.

Seit 2022 ist nun allen Seiten irgendwie Genüge getan und es kann, es könnte!, losgehen. Tut es aber nicht. Bis jetzt gibt es keinen Bauantrag, bestätigt die Stadt Böblingen auf Anfrage. Geschäftsführender Vorstand der Kreisbaugenossenschaft, die vor allem dringend benötigte Mietwohnungen im Landkreis Böblingen bauen soll, ist Rainer Schnaithmann, von 1971 bis 1975 Bürgermeister von Gültstein und seit 1976 hauptamtliches, wenn auch nicht ganz unumstrittenes Vorstandsmitglied der Kreisbau. 2015 schon, damals war er Ende 60, hatte der Aufsichtsrat der Baugenossenschaft Schnaithmann gekündigt. Der aber klagte – wegen Altersdiskriminierung. Und blieb bis heute.

Am Telefon äußert er sich vor allem sarkastisch. Er sei in Sachen Hohenstaufenstraße x-mal übers Ohr gehauen worden, ist sich Schnaithmann sicher: von der Stadt, den Anwohner:innen, von den Medien, die immer wieder über den Stillstand in Böblingen berichteten. Die Akten zur Hohenstaufenstraße und ein von seiner Seite aus betrachtet 25 Jahre währendes „katastrophales Erleben“ seien „meterlang“. Aber, versichert Schnaithmann, man sei jetzt dran. Das neue Baugesuch liege der Stadt Böblingen „in den nächsten Wochen“ vor. Und dann – muss es nur noch genehmigt werden.

Mehr Kontext online auf kontextwochenzeitung.de:

Kein Geld für alternatives Wohnen

In Freiburg entsteht ein neues Baugebiet, errichtet von gemeinwohlorientierten Akteuren. Ob daraus ein Vorzeigequartier wird, hängt auch davon ab, ob die Landesregierung endlich mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau steckt.
Von Fabian Kienert

Vom Schmuck zur Kunst

Drei Monate Kunst und Design im gesamten Nordschwarzwald: Das hat es in der Region noch nicht gegeben. Die Ornamenta, von Pforzheim ausgehend, bringt Unternehmen und soziale Einrichtungen mit internationalen Künstler:innen zusammen.
Von Dietrich Heißenbüttel

Mit der U4 durch Stuttgart

Karoline Brombach lebt am Hölderlinplatz und hat mit ihrer Band Die Konsequenz ein Album aufgenommen: „Innenstadtrandlage“ porträtiert mit geschultem Blick und freundlicher Ironie Stuttgart und seine Bewohner:innen.
Von Thomas Morawitzky

Mehrheit macht mobil

Frankreich hat ganz Europa überrascht – und sich selbst. „C'est Ouf“, titelte die linksliberale „Libération“, was so viel heißt wie: komplett verrückt. Der Wahlausgang zeigt, dass an der Urne ein rechter Durchmarsch durchaus zu stoppen ist.
Von Johanna Henkel-Waidhofer

Kontext fördern

Unterstützen Sie Kontext dauerhaft mit einer Spende von 10,00 € | Monat – gerne auch mehr. Sie finden das Soli-Formular unter www.kontextwochenzeitung.de/soli. Gerne schicken wir Ihnen auch per Post oder E-Mail ein Formular zu.
Unser Spendenkonto bei der GLS Bank:
IBAN: DE30 4506 0967 7011 8506 00
BIC: GENODEM3333
KONTEXT e. V. ist gemeinnützig. Sie erhalten automatisch zum Jahresanfang eine Spendenbescheinigung. Teilen Sie uns dazu bitte Ihre Adresse mit. Wenn Sie Fragen haben, senden Sie uns eine E-Mail an verwaltung@kontextwochenzeitung.de oder rufen Sie uns an unter Telefon 0711 66 48 65 48.

Impressum

KONTEXT:Wochenzeitung ist unabhängig. Sie wird von keinem Wirtschaftsunternehmen oder anderen Lobbyisten finanziert. Getragen wird sie von Menschen, die wissen, dass eine freie Presse das Brot der Demokratie ist. KONTEXT:Wochenzeitung erscheint mittwochs online auf www.kontextwochenzeitung.de und samstags als Beilage der wochentaz.
Herausgeber: KONTEXT Verein für ganzheitlichen Journalismus e. V., Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, verein@kontextwochenzeitung.de
Der Verein wird vertreten durch die Vorstandsmitglieder Anni Endress (Vors.), Jürgen Klose, Michael Schulze und Johannes Rauschenberger.
Redaktion: KONTEXT:Wochenzeitung, Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, redaktion@kontextwochenzeitung.de
Redaktionsleitung: Anna Hunger (verantwortl. gem. § 8 PresseG BW | § 55 RStV.)
Produktion: büro uebele visuelle kommunikation Glorija Sisko, Michael Krefß, Lukas Osele, Andreas Uebele
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg; MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die KONTEXT:Wochenzeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung der Redaktion strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in der KONTEXT:Wochenzeitung-Printausgabe, im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Da wächst der Wein direkt ins Wohnzimmer.



Innen, so hört man, gebe es hübsche kleine Zimmer.

